
Teil 5: 1939–1943

**Stalin-Hitler-Pakt, Angriff auf die Sowjetunion und
Neuausrichtung von Komintern und KPD
im Zweiten Weltkrieg**

Dok. 456

Die Komintern zur „antisowjetischen Kampagne im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen der UdSSR und Deutschland“

Moskau, 22.8.1939

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1291, 141–143. In deutscher Sprache publ. in: Bernhard H. Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“ Vom Ende der linken Solidarität. Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg, Berlin, Aufbau, 2008 (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts. 4), S. 105. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 69–71.

Protokoll (B) Nr. 477

der Sitzung des Sekretariats des Ekki

22.8.1939

ANWESEND: Gen. Gottwald, Dimitrov, Kuusinen, Manuilski, Marty, Florin.

ENTGEGENGENOMMEN: 1 (1155). Zur antisowjetischen Kampagne im Zusammenhang mit den Verhandlungen zwischen der UdSSR und Deutschland.

BESCHLOSSEN:

1. Den Parteien wird empfohlen, gegen die bürgerliche und sozialdemokratische¹ Presse in die Offensive zu gehen und dabei folgendermaßen zu argumentieren:

a) Der eventuelle Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen der UdSSR und Deutschland schließt die Möglichkeit und Notwendigkeit eines Abkommens zwischen England, Frankreich und der UdSSR nicht aus, um die Aggressoren gemeinsam zurückzuschlagen.²

1 Ursprünglich: „sozialistische“, von Dimitrov handschriftlich korrigiert.

2 Am 19.8.1939 übergab Molotov dem deutschen Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, den Entwurf eines Nichtangriffspaktes mitsamt einer geheimen Klausel, die ein Protokoll über gemeinsame außenpolitische Interessen konkreter enthielt. Am 21.8.1939 teilte Stalin auf Drängen Hitlers mit, die sowjetische Regierung habe zugestimmt, dass der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop nach Moskau reise, um einen Nichtangriffspakt zwischen beiden Staaten abzuschließen. Am 22.8.1939 gab TASS eine offizielle Verlautbarung über das bevorstehende Eintreffen des deutschen Außenministers in Moskau zu Verhandlungen mit dem Ziel heraus, „die Kriegsgefahr zu bannen und einen Nichtangriffspakt zu schließen“. Mit Datum des 23.8.1939 wurde am 24.8.1939 in Moskau von Hitlers Außenminister von Ribbentrop und dem Außenkommissar Stalins, Molotov, der „deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt“ unterzeichnet („Stalin-Hitler-Pakt“, „Molotov-Ribbentrop-Pakt“). In einem geheimen Zusatzprotokoll erfolgte die Neuaufteilung Ost- und Südosteuropas nach den Vorstellungen der beiden Diktatoren. Der Paktabschluß war eine Voraussetzung für den Beginn des 2. Weltkriegs mit dem Überfall der Wehrmacht auf Polen am 1.9.1939. Am 28.9.1939, nachdem die Rote Armee ab dem 17.9.1939 in Ostpolen einmarschiert war, wurde der Nichtangriffspakt zum „Deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag“ ergänzt, der wiederum mit einem geheimen Zusatz-

b) Ausgehend von den Interessen des Sozialismus und der Sache des Friedens betreibt die UdSSR eine selbständige Politik, deren Grundsätze Gen. Stalin auf dem XIII. Parteitag formuliert hat.³

c) Die UdSSR ist ein entschiedener Gegner der Aggressoren, ein Freund des tschechoslowakischen Volkes und der Spanischen Republik, die von England und Frankreich im Stich gelassen worden sind. Sie verteidigt die Völker, die für ihre Unabhängigkeit kämpfen. Seit vielen Monaten versucht sie ein Abkommen mit England und Frankreich über gemeinsame Aktionen gegen die Aggressoren zu erzielen. Die englische und die französische Regierung haben die Verhandlungen bewusst hingezogen und wollten sie als Mittel nutzen, um einen Kompromiß mit Deutschland auf Kosten der UdSSR zu erreichen. Unter ihrem Einfluß hat Polen eine mögliche wirksame Hilfe der UdSSR zurückgewiesen.⁴ Die Männer von München⁵ – Chamberlain und Bonnet – sind das Haupthindernis für ein Abkommen zwischen England und Frankreich einerseits sowie der UdSSR andererseits.

d) Die Bereitschaft der UdSSR, mit Deutschland einen Nichtangriffspakt zu schließen, hilft den kleinen baltischen Nachbarstaaten und trägt zur Sicherung des allgemeinen Friedens bei.

e) Damit vereitelt die UdSSR die Pläne bürgerlicher, reaktionärer Kreise und der Kapitulanten der Zweiten Internationale, die die Aggression gegen die Länder des Sozialismus lenken wollen.

protokoll verbunden war, das u.a die Aufteilung Polens zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion regelte. Zu den Reaktionen und Veränderungen innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung durch den Paktabschluß und zu den folgenden Dokumenten siehe: Bayerlein: Stalin, der Verräter bist Du, S. 103ff.

3 „XIII. Parteitag“ ist ein Druckfehler im Dokument. Es handelt sich um den XVIII. Parteitag der VKP(b), vom 10. bis zum 21.3.1939. Im Rechenschaftsbericht des ZK der VKP(b) erklärte Stalin: „Die Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik bestehen in folgendem: 1. auch in Zukunft eine Politik des Friedens und der Festigung sachlicher Beziehungen mit allen Ländern zu betreiben; 2. Vorsicht an den Tag zu legen und den Kriegsprovokateuren, die es gewohnt sind, sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen, nicht die Möglichkeit zu geben, unser Land in Konflikte hineinzuziehen; 3. die Kampfkraft unserer Roten Armee und unserer Roten Kriegsmarine mit allen Mitteln zu stärken; 4. die internationalen Freundschaftsbeziehungen mit den Werktätigen aller Länder, die am Frieden und an der Freundschaft zwischen den Völkern interessiert sind, zu festigen.“ (J. Stalin: Fragen des Leninismus, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur, 1947, S. 692).

4 Am 11.8.1939 hatte die Sowjetunion Polen bei Verhandlungen auf militärischer Ebene in Moskau angeboten, die polnische Westgrenze mit großem militärischen Aufgebot gegen eine deutsche Aggression zu schützen – allerdings unter Einräumung eines Durchmarschrechtes für sowjetische Truppen auf polnischem Territorium, und dies jederzeit, unabhängig von einer deutschen Aggression. Dies war für die polnische Führung nicht hinnehmbar. Am 21.8.1939 wurden die Verhandlungen vertagt und nach dem Abschluss des Stalin-Hitler-Pakts schließlich abgebrochen.

5 *Männer von München*: Gemeint ist das Münchner Abkommen vom 30.9.1938..

f) Die UdSSR entweicht⁶ die Aggressoren, bekommt die Hände frei, um gegen die Aggression Japans vorzugehen und dem chinesischen Volk zu helfen.⁷

g) Verhandlungen mit Deutschland können schließlich die Regierungen Englands und Frankreichs dazu bewegen, von hohlen Worten zum raschen Abschluß eines Paktes mit der UdSSR zu kommen.

Bei alledem sind die Parteien darauf hinzuweisen, daß der Kampf gegen die Aggressoren, besonders gegen den deutschen Faschismus, mit gesteigertem Einsatz fortgesetzt werden muß.

Gen. MARTY wird beauftragt, in diesem Sinne einen Artikel für die Zeitschrift „K[ommunistische] I[nternationale]“ zu schreiben.⁸ [...]

22.8.39

Generalsekretär des EKKI: [Sign.] /G. DIMITROV/

Als Revision eines Beschlusses vom 26.8.1939 entschied das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 2.9.1939, Aleksej Švarcev als Bevollmächtigten Vertreter, Amajak Kobulov als Zweiten Rat und Vladimir Pavlov als Sekretär der Bevollmächtigten Vertretung der UdSSR in Deutschland einzusetzen.⁹



Am 2.9.1939 ernannte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion Ivan Majskij, Aleksandra Kollontaj und Mark Gel'fand zu sowjetischen Vertretern auf der Septembersession des Völkerbundes.¹⁰

Am 2.9.1939, einen Tag nach dem deutschen Überfall auf Polen, befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit den Fragen der Radiosender. Es wurde beschlossen, neue Sendeanlagen in Sibirien und im Fernen Osten zu errichten, die zum Hauptziel hatten, antisowjetische Radiosendungen zu stören, jedoch auch die Bevölkerung mit Rundfunk zu versorgen. Das Volkskommissariat für Verbindungswesen wurde angewiesen, diese insofern geheimen Sendeanlagen nicht beim Berner Internationalen Rundfunkbüro oder bei anderen internationalen Stellen zu registrieren. Auch sollte das Volkskommissariat binnen 15 Tagen eine Maßnahmenliste zur Bekämpfung antisowjetischer Radiosendungen aus dem Ausland erstellen.¹¹

⁶ Von Dimitrov durchgestrichen: „erneut“.

⁷ Am 7.7.1937 begann Japan eine großangelegte Invasion gegen China, was den Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg auslöste, der bis zur Kapitulation Japans im Zweiten Weltkrieg 1945 andauerte. Nationalistische Kräfte, aber auch die KP Chinas unter Mao Zedong, führten einen Guerilla-Krieg gegen die japanischen Besatzer.

⁸ Der nächstfolgende eruierte Artikel von Marty, der eruiert werden konnte, wurde in der Oktoberausgabe 1939 der Zeitschrift veröffentlicht. Hierbei handelt es sich um den „Offenen Brief an Herrn Léon Blum, Herausgeber des ‚Populaire‘“ und Führer der französischen Sozialisten. Darin versuchte Marty nachdem u.a. die Parteizeitung *l'Humanité* in Frankreich aufgrund des Stalin-Hitler-Paktes verboten wurde, in z.Tl. heftigen und groben Anklagen auf seine Weise, den Spieß umzudrehen: „Sie haben einen nichtswürdigen Pakt mit der schlimmsten Reaktion gegen die französische Arbeiterklasse und ihre Partei, die Kommunistische Partei, gegen das Land des Sozialismus und des Friedens, gegen die Sowjetunion, geschlossen!“. In: *Kommunistische Internationale* 20 (1939), Oktober, S. 1056–1066, hier S. 1057.

⁹ RGASPI, Moskau, 17/3/1013, 63.

¹⁰ RGASPI, Moskau, 117/162/25, 165.

¹¹ RGASPI, Moskau, 117/162/25, 165–166.

Dok. 457**Vorschläge Walter Ulbrichts zu den Änderungen der Politik der KPD-Politik nach dem Stalin-Hitler-Pakt**

Moskau, 9.9.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317,100–102. Auszugsweise publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 156. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 91–95.

Vorschläge des Genossen Ulbricht.

Welche Aenderungen der Politik der KPD ergeben sich aus der Veränderung der Lage.¹²

1./ Der Ausbruch des imperialistischen Krieges zwischen Deutschland, England, Frankreich und Polen einerseits und der Kampf der sozialistischen Sowjetunion um den Frieden andererseits, zeigen den werktätigen Massen, dass die sozialistische Sowjetunion das einzige Land ist, das konsequent für den Frieden und für den Fortschritt der Menschheit kämpft.¹³

Die Komintern war bestrebt, durch den Kampf um die Volksfont und die Schaffung der internationalen Aktionseinheit dem Vordringen der faschistischen und reaktionären Kräfte einen starken Wall entgegen zu setzen und einen neuen Typus der demokratischen Republik zu erkämpfen.¹⁴ Durch diese Politik wurden grosse Fortschritte in der Stärkung der Aktionskraft der Arbeiterklasse und der Einigung der Werktätigen gegen den Faschismus und gegen die kapitalistische Reaktion erreicht. Das beweist der heroische Kampf der spanischen Volksfront und die internationale Solidarität zur Unterstützung dieses Kampfes. Es gelang jedoch infolge des reaktionären einheitsfeindlichen Verhaltens der rechten sozialdemokratischen Führer und der Führung der II. Internationale nicht, Spanien zu retten und in Frankreich und England eine solche Veränderung der Klassenkräfte zu erreichen, durch die die reak-

12 Veränderung der Lage: Gemeint ist der Abschluß des Stalin-Hitler Pakts und der Beginn des Zweiten Weltkriegs.

13 Am Morgen des 1.9.1939 griff Deutschland ohne vorhergehende Kriegserklärung Polen an („Fall Weiß“). England und Frankreich als Schutzmächte Polens forderten ultimativ den Rückzug deutscher Truppen und erklärten Deutschland schließlich am 3.9.1939 den Krieg. Im Westen begann der bis zum Beginn des Westfeldzugs am 10.5.1940 währende „Sitzkrieg“ („drôle de guerre“). In Vorbereitung des Einmarsches der Roten Armee in Ostpolen am 17.9.1939 wurden die kommunistischen Parteien dahingehend instruiert, keinerlei Solidarität mit Polen zu üben (Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 126–127).

14 Die Losung der „demokratischen Republik“ für ein Deutschland nach Hitler wurde von der KPD im Rahmen der Volksfrontpolitik im Juni 1936 aufgestellt. Die Losung der „demokratischen Republik“ wurde im Frühjahr 1937 zur „demokratischen Volksrepublik“ erweitert, wobei die Entwicklung in Spanien als Vorlage diente (siehe: Arnold Sywottek: Deutsche Volksdemokratie: Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946, Düsseldorf, Bertelsmann, 1971, S. 63ff.; vgl. Dok. 403F).

tionären Regierungen beseitigt und solche Regierungen zustande gekommen wären, die bereit sind, die demokratischen Errungenschaften zu verteidigen und den Frieden zu retten.

Es gelang den entscheidenden Kreisen der englischen und der französischen Bourgeoisie mit Hilfe der rechten sozialdemokratischen Führer die „Nichtinterventionspolitik“, die Unterstützung der faschistischen Aggression gegen Spanien,¹⁵ München¹⁶ und die Politik der Verhinderung eines Friedenspaktes mit der Sowjetunion durchzuführen. Diese Kräfte suchten Hitlers Aggression gegen Polen auszunutzen und das deutsche Volk und die Sowjetunion in einen Krieg zu treiben, in deren Ergebnis der englische Imperialismus hoffte, die Friedensbedingungen und die politischen Verhältnisse in Europa diktieren zu können. Diese Aussenpolitik der Bourgeoisie war verbunden mit der Kapitaloffensive gegen die demokratischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Werktätigen im eigenen Lande, mit dem Kampf gegen die Einigungsbestrebungen in der Arbeiterklasse und gegen das Bündnis der Arbeiterklasse mit den kleinbürgerlichen Schichten.

Dem gegenüber bedeutet der Pakt der Sowjetunion mit Deutschland eine Stärkung der internationalen Arbeiterklasse, denn er zwang den deutschen Faschismus, sich so der Macht der Sowjetunion zu beugen und damit seine eigenen Lügen gegen die Sowjetunion zu widerlegen, der Pakt stärkt die Friedenskräfte, indem der Antikominternpakt zerschlagen wurde. Der Pakt stärkt die antifaschistischen Kräfte, indem der Antibolschewismus, die Grundlage der faschistischen Ideologie zerstört wurde. Der Pakt stärkt die Freundschaft zwischen der Sowjetunion und dem werktätigen Volke in Deutschland und damit den ideologischen Einfluss des Sozialismus.

Aus dem imperialistischen Charakter des gegenwärtigen Krieges, der Tatsache, dass Millionen in Deutschland bewusst wird, dass der Faschismus Deutschland zugrunde richtet, der Tatsache der Krise der bürgerlichen Demokratie und der Verbundenheit der rechten sozialdemokratischen Führer mit der imperialistischen Politik der englischen und französischen Regierung und andererseits aus der Tatsache, dass die Sowjetunion von breiteren Volksmassen als die Hauptkraft des Friedens und als einzige fortschrittliche Kraft in der Welt auftritt, ergibt sich, dass die KPD das sozialistische Ziel in den Vordergrund stellen muss und statt der Losung der demokratischen Republik die Frage einer Volksrepublik stellen, an deren Spitze eine Arbeiter- und Bauernregierung steht, die sich stützt auf die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern. Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch den Kampf um den Frieden, für die Volksrevolution zum Sturz der faschistischen Kriegsverbrecher, für die Beseitigung der Ursachen des Krieges, der Herrschaft des Grosskapitals.

¹⁵ Die Sowjetunion selbst war Mitglied des Nicht-Interventionskomitees und verweigerte bis September 1937 Waffenhilfe an die Republikaner; die französische Sozialdemokratie unter Léon Blum unterstützte offiziell die Nichtintervention und organisierte zugleich den geheimen Waffenschmuggel nach Spanien.

¹⁶ Gemeint ist das Münchener Abkommen 1938.

2./ Durch den imperialistischen Krieg einerseits und die Siege des Sozialismus und die Friedenspolitik der Sowjetunion andererseits, vollziehen sich in Deutschland Veränderungen im Denken der werktätigen Massen in folgender Richtung: Das Land des Sozialismus erweist sich als das einzige Land das konsequent für den Frieden kämpft, weil in der SU der Kapitalismus vernichtet ist und damit die Ursachen der imperialistischen Politik. Die Stellung der Sowjetunion gegen Versailles¹⁷ und der Kampf der deutschen Kommunisten in früheren Zeiten für das Bündnis mit der Sowjetunion, trägt jetzt Früchte. Es gibt jetzt die Möglichkeit, legaler Propaganda für den Sozialismus.¹⁸ Die vom Faschismus aus demagogischen Gründen genährten antikapitalistischen Stimmungen gegen den „liberalen Kapitalismus“ und gegen die kapitalistischen Demokratien Westeuropas, wirken jetzt gegen den Faschismus selbst und begünstigen die Propaganda für den Sozialismus.

Nach den Erfahrungen der Kriegsinvasion Hitlers in Spanien,¹⁹ der Annektion Oesterreichs und der Tschechoslowakei²⁰ und im jetzigen Krieg wächst in den Volksmassen die Erkenntnis, dass der Faschismus Deutschland nicht stark und glücklich macht, sondern ins Unglück gestürzt hat. Der parasitäre Charakter der faschistischen Herrschaft und die Verfaulungserscheinungen des Kapitalismus, die besonders durch die Kriegswirtschaft offener sichtbar werden, schaffen günstigere Bedingungen für den Kampf gegen das Grosskapital. Da sowohl die Arbeiter durch die verschärfte Ausbeutung, wie die Bauern durch die Kriegszwangswirtschaft des Reichsnährstandes und der Mittelstand unmittelbar als früher von der Volksausplünderung durch das Finanzkapital getroffen werden, deshalb sind heute günstigere Bedingungen für den Kampf gegen die Herrschaft des Grosskapitals und für den Sozialismus, als früher. Bis in die Kreise der werktätigen Nazis wurde über die Frage diskutiert, „Brauchen wir Unternehmer“. Es kommt hinzu, dass im zweiten imperialistischen Krieg die Massen empfänglicher sind für den Kampf um die Beseitigung der Ursachen des Krieges, damit sich die Entwicklung von 1918 bis 1939 nicht wiederholt.

17 Gemeint ist der Vertrag von Versailles (1919).

18 Legale Propaganda in Deutschland: Die Möglichkeit einer „legalen Propaganda“ für die KPD war in Hitlerdeutschland nach wie vor keineswegs gegeben. Gegen diese Fehleinschätzung sprechen die Zahlen der Gestapo, die nach eigenen Angaben von September bis November 1939 3037 Personen „wegen marxistischer Betätigung im weiteren Sinne“ verhaftete, von denen 630 „wegen Betätigung für die KPD bzw. SPD dem Richter vorgeführt wurden“ (Margot Pikarski, Elke Warning (Hrsg.): Gestapo-Berichte über den antifaschistischen Widerstandskampf der KPD 1933 bis 1945, Bd. 2, Berlin (-Ost), Dietz, 1989, S. 22f.). Der Pakt brachte weder eine „Möglichkeit legaler Propaganda für den Sozialismus“, noch einen Verhaftungsstopp für KPD-Mitglieder in Deutschland.

19 Gemeint ist die militärische Hilfestellung Hitlerdeutschlands an Franco, unter anderem durch das Expeditionskorps „Legion Condor“ der Luftwaffe.

20 Österreich wurde am 13.3.1938 von Deutschland annektiert. In der Tschechoslowakei wurden die sudetendeutschen Gebiete im Oktober 1938 von Deutschland annektiert, während die von den Nationalsozialisten so bezeichnete „Rest-Tschechei“ am 15.3.1939 von deutschen Truppen besetzt und das „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ gegründet wurde. Der slowakische Teil wurde einen Tag zuvor als scheinbar unabhängiger, de facto jedoch von Deutschland kontrollierter Staat formiert.

3./ Für die Politik der KPD ergibt sich daraus: die Partei muss mit einem Manifest hervortreten zur Rettung des deutschen Volkes durch den Kampf um den Frieden, der nur herbeigeführt werden kann durch den Sturz der faschistischen Kriegsverbrecher, durch die Beseitigung der Macht des Grosskapitals.²¹ Frieden kann nur geschlossen werden durch eine Regierung der Arbeiter und Bauern, dadurch dass das werktätige Volk selbst die Geschicke Deutschlands in seine Hände nimmt.

Zur Erreichung dieses Zieles ist es notwendig, die Arbeiterklasse und die Volksmassen zum Kampf gegen den Feind im eigenen Land und für die Niederlage des Hitlerregimes im Kriege zu mobilisieren, weil dadurch der Freiheitskampf des deutschen Volkes erleichtert wird.

Um die Massen zur Aktion zu führen, ist es notwendig, vor allem an ihre Friedenssehnsucht anzuknüpfen und alle Fragen des Lohnes, der Lebensmittelschwierigkeiten, des faschistischen Terrors, der Bevorzugung der faschistischen Parasiten zum Anlass zu nehmen, um die Massen zu passiver Resistenz, zu Streiks und Demonstrationen zu bringen.

Gleichzeitig ist es notwendig, entschiedener gegen den grossdeutschen Chauvinismus, für die nationale Unabhängigkeit, für das Selbstbestimmungsrecht der vom deutschen Faschismus unterdrückten Völker zu kämpfen und für die Stärkung der Freundschaft des deutschen Volkes mit der sozialistischen Sowjetunion.

Um die breitesten Massen unter den Losungen Frieden, Freiheit und Brot zum Kampf mobilisieren zu können, ist es notwendig, dass sich die Partei konzentriert auf die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiter und auf die Schaffung des Bündnisses mit den Bauern. Unsere Taktik muss berücksichtigen, dass die Schaffung der Aktionseinheit die Verschärfung des Kampfes gegen die rechten sozialdemokratischen Führer und ihre Isolierung notwendig macht und dass angesichts der Veränderungen in der Arbeiterklasse vor allem die Sozialdemokraten und früheren Gewerkschaftler für die Aktionseinheit gewonnen werden müssen, aber auch breitere Massen der bisher parteilosen Arbeiter und auch bisher unter nationalsozialistischem Einfluss stehende Arbeiter die jetzt gegen das Hitlerregime Stellung nehmen. Angesichts der Bedeutung der Bauernfrage und der besonderen Schwächen unserer Partei und der deutschen Arbeiterklasse auf diesem Gebiet, ist es notwendig, dass die Partei mit einem Aktionsprogramm für die Bauern auftritt.

Die Durchführung dieser neuen Aufgaben macht es noch dringender, dass die Partei in den Reihen ihrer Anhänger und unter den revolutionären Arbeitern eine systematische Ueberzeugungsarbeit über die Rolle der Kommunistischen Partei und die Bedeutung ihrer organisatorischen Stärke durchführt. Das bedeutet keine Abschwächung, sondern im Gegenteil eine Förderung des Kampfes um die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Partei der deutschen Arbeiterklasse. Notwendig ist, die bisherigen Unklarheiten zu korrigieren, die darin bestanden, dass verschiedene

²¹ Der Diskurs zur Rettung des deutschen Volkes wurde seit 1943 vom Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) übernommen..

Genossen der Meinung waren, die Einheitspartei könne auf der Basis des Kampfes gegen Hitler und für eine demokratische Republik geschaffen werden.²² Nicht durch Verschweigen unserer Ziele, sondern durch Verstärkung der marxistisch-leninistischen Propaganda wird es am ehesten gelingen die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse für die Schaffung einer einheitlichen revolutionären Partei des Proletariats zu gewinnen.

U[llbricht].

9.9.39/6 Ex./Bi

Dok. 458

„Der Verräter, Stalin, bist Du!“: Münzenbergs Artikel „Der russische Dolchstoß“ als Reaktion auf den Stalin-Hitler-Pakt

Paris, 22.9.1939

In deutscher Sprache publiziert in: *Die Zukunft*, Paris, Nr. 3, 22.9.1939. Neu veröffentlicht in Bayerlein: *Der Verräter, Stalin, bist Du!*, S. 148–149, in russischer Übersetzung von Kirill Levinson in: Bernhard Bajerljajn: „Predatel' – ty, Stalin!“. Komintern i kommunističeskie partii v načale Vtoroj mirovoj vojny (1939–1941): utračennaja solidarnost' levych sil, Moskva, ROSSPEN, 2011, S. 164–166.

Der russische Dolchstoß

In den letzten Jahren hat eine Frage alle politischen Kreise und besonders die Arbeiterbewegung aller Länder beschäftigt, die Frage: „Was geht in Russland vor?“

Diese Frage hat in den letzten Wochen eine eindeutige, furchtbare und blutige Deutung erfahren.

Der Hitler-Stalinpakt, das Abkommen Moskau-Tokio²³ und schliesslich der feige Überfall auf das geschwächte Polen lassen keinen Zweifel mehr darüber zu, was in Russland in den letzten Jahren vorgegangen ist.

Welche Absichten auch immer Stalin vorgeben mag und welche wirkliche[n] Absichten er auch immer für den Überfall auf Polen gehabt hat,²⁴ mit der demo-

²² Der Abschnitt suggeriert, daß die Einheitspartei als neues Ziel gerade nicht im Kampf gegen Hitler und für eine demokratische Republik erreicht werden könnte.

²³ Am 16.9.1939 unterzeichneten die Sowjetunion und Japan einen Waffenstillstand, der dem seit 1938 schwelenden japanisch-sowjetischen Grenzkonflikt ein Ende setzte. Ein sowjetisch-japanischer Nichtangriffspakt wurde erst 1941 unterzeichnet.

²⁴ *Sowjetischer Überfall auf Polen*: Als Konsequenz des geheimen Zusatzprotokolls des Paktes mit Hitler marschierte die Sowjetunion am 17.9.1939 in Ostpolen ein. Deutschland und die Sowjetunion arbeiteten ein gemeinsames, am 19.9.1939 in der *Pravda* veröffentlichtes Kommuniqué aus, in dem die Präsenz der Armeen beider Staaten in Polen mit der Notwendigkeit erklärt wurde, „Ruhe und Ordnung herzustellen, und der Bevölkerung Polens zu helfen, die Bedingungen seines staatlichen Daseins neu zu regeln“. Am 22.9.1939 trafen sich die deutschen und sowjetischen Armeen bei Lublin; am nächsten Tag

kratischen Friedenspolitik eines sozialistischen Staates hat diese imperialistische Gewaltmethode nichts zu tun. Selbst wenn die Ewig-Gläubigen Recht bekämen und der russische Einmarsch nur erfolgte, um Hitlers Vormarsch zu begegnen, sich Faustpfänder zu sichern oder gar zwecks heimlich geplanten Vorstosses gegen Hitler ein besseres Terrain und Aufmarschgebiet zu haben, nichts entschuldigt und rechtfertigt den Gewaltstreich eines Staates, der bisher als Verteidiger der Unabhängigkeit kleiner Nationen auftrat, der sich bis heute einen sozialistischen Staat nennt und auf dessen Wappen die Worte leuchten: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!„

War es wirklich die heimliche Absicht Stalins, nicht Hitler zu helfen, sondern seinen Vorstoss in Polen, im Baltikum und nach Süd-Osteuropa aufzuhalten, so war diese Absicht rascher, sicherer und ohne Krieg und Blutvergiessen durch den Abschluss eines Vertrages mit den Westmächten, ja allein durch eine Garantie Polens und Danzigs zu verwirklichen gewesen. Niemals hätte Hitler gewagt, gegen den Willen Englands, Frankreichs und Russlands Danzig zu besetzen und den Krieg gegen Polen zu eröffnen. Die schwere, untilgbare Schuld der Stalin-Regierung ist es, dem Hitler-System durch den Hitler-Stalin-Pakt erst den Weg zu einem verbrecherischen Krieg gegen Polen frei gemacht und damit den neuen Weltkrieg ausgelöst zu haben.

Es war Romain Rolland, der den oft zitierten Satz prägte: „Der Frieden ist tödlich für Hitler.“²⁵ Niemals war das Wort so berechtigt wie in den Augusttagen 1939. Hätte Russland in gleicher Weise wie die Westmächte Polen und Danzig garantiert,²⁶ dann wäre es nie zu dem Kriege gekommen und das Hitlersystem wäre in die schwerste seiner inneren Krisen gestürzt worden.

Der Stalin-Hitler-Pakt und der Einmarsch in Polen demonstrieren in dramatischer Weise die Entwicklung Russlands in den letzten Jahren. Die alte Ideologie, die Prinzipien der kollektiven Sicherheit und die nur als Tarnung mühselig mitgeschleppten sozialistischen und internationalistischen Doktrinen sind in Stalin-Russland ein für allemal tot und begraben.

Das russische Volk mag dem leichten Ländergewinn zujubeln. Es ist kein sozialistisches Russland mehr, sondern ein Russland, das seine imperialistischen Machtansprüche mit Feuer und Schwert angemeldet hat.

verkündete Molotov im Rundfunk zur Begründung des Einmarsches, es sei die Pflicht der Sowjetunion, „ihren ukrainischen und bjelorussischen Brüdern, die Polen bewohnen, die Hand zur Hilfe zu reichen“ (*Die Welt*, 23.9.1939). Die kommunistischen Parteien wurden in der Folge darauf ausgerichtet, das nun als Staat liquidierte Polen als ausbeuterisches Völkergefängnis zu verdammen (siehe: Bayerlein: *Der Verräter, Stalin, bist Du*, S. 129). Den Ton hatte Stalin bereits am 9.9.1939 vorgegeben, als er Komintern-Generalsekretär Dimitrov erklärte, Polen sei „ein faschistischer Staat, der Ukrainer, Weißrussen usw. knechtet“ (Bayerlein: *Georgi Dimitroff. Tagebücher*, I, S. 273–274).

25 „Der Frieden ist tödlich für den Hitlerismus“ – Titel eines Artikels von Romain Rolland in der Kominternzeitschrift *Monde* aus dem Jahre 1933 („La Paix est mortelle pour l’hitlérisme“, *Monde*, 24.3.1933).

26 Garantie für Polen und Danzig: Am 31.3.1939 hatten die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs verkündet, im Falle eines Angriffes Deutschlands auf Polen dem Aggressor den Krieg zu erklären, was am 3.9.1939 auch geschah.

Vergeblich versuchen unverbesserliche und unbelehrbare Anhänger den Verrat Stalins mit dem Ausspruch zu beschönigen. „Er hält sich zurück, um seinem Lande den Krieg zu ersparen!“ Welcher Hohn für die Männer, die angeblich die leidenschaftlichsten und einzigen Schützer der Unabhängigkeit der kleinen Nationen, des unteilbaren Friedens, der kollektiven Sicherheit und des internationalen Sozialismus waren.

Erst der drohende Aufmarsch von vier Millionen russischer Soldaten²⁷ und der spätere Einmarsch ermöglichten es dem nationalsozialistischen Angreifer, sein blutiges Henkerwerk in Polen sorgloser und gründlicher zu vollenden.²⁸

Wie sich auch immer die Verhältnisse entwickeln werden, und wie rasch Kämpfe zwischen den beiden Diktaturstaaten, die jetzt eine Grenze haben, ausbrechen können, gegenwärtig bedrohen sie gleichzeitig und im gleichen Masse die zur Verteidigung Polens, der europäischen Freiheit und Kultur aufmarschierten westlichen Demokratien.

Alles Rätselraten darüber, ist es nur eine Besetzung gegen Hitler, ist zu Ende. Es ist ein Kriegspakt mit der Spitze gegen die freiheitlichen und demokratischen Völker der Erde.

In dem Aufruf der „Freunde der sozialistischen Einheit“,²⁹ den die „ZUKUNFT“ am 26. August veröffentlichte, wurde gesagt:

„Der Pakt ist objektiv gegen die Völker des Westens gerichtet. Deren Ländern den historischen Boden der europäischen Demokratien darstellen.“³⁰

Aus dieser Feststellung haben alle wirklichen deutschen Hitlerfeinde die Schlussfolgerung gezogen und den Platz eingenommen, der ihnen in diesem Entscheidungskrieg zukommt, in dem letzten Schützengraben der Freiheit.

27 Bereits am 3.9.1939 erging an sowjetische Truppen in Weißrussland und der Ukraine der Befehl zur Herstellung der Kampfbereitschaft. Nachdem am 6.9.1939 die Generalmobilmachung ausgerufen wurde, erfolgten zwischen dem 8.9. und dem 13.9.1939 Truppenverlegungen an die sowjetische Westgrenze.

28 *Blutiges Henkerwerk in Polen*: U.a. gab die Sowjetunion über den Rundfunksender Minsk den deutschen Fliegern beim Bombardieren polnischer Städte Navigationshilfe. Siehe: Johann Wolfgang Brügel: Stalin und Hitler: Pakt gegen Europa, Wien, Europaverlag, 1973, S. 107–108.

29 *Freunde der sozialistischen Einheit Deutschlands*: Von Münzenberg nach seinem Bruch mit der KPD am 1.5.1939 in Paris gegründete Gruppe, „die [...] – „für eine sozialistische Demokratie, für einen freiheitlichen Sozialismus!“ eintrat, als Keimzelle einer künftigen reformierten und vom Stalinismus befreiten „deutschen Einheitspartei der Arbeiterklasse“. Ihr Name wurde später von Ulbricht für die SED usurpiert („Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“). Führende Mitglieder waren die ehemaligen KPD-Mitglieder und Gewerkschafter Walter Oettinghaus, Peter Maslowski und Grete Hahne, und linke Sozialisten wie Jakob Altmaier und Hans Siemsen; die „Münzenberg-Gruppe“ wurde von den im französischen Lager Gurs internierten Spanienkämpfern der „9. Kompanie“ unterstützt und lieferte eine sowohl diskursive wie auf die Praxis orientierte Vorlage für eine neue Dynamik im Exil. Sie war an der „Zukunft“ beteiligt und gab die Beilage *Deutsche Arbeiterbriefe* heraus. (*Die Zukunft*, 26.1.1940, 19.5.1939; Babette Gross: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, 1968, S. 324; Nelles: Die Unabhängige Antifaschistische Gruppe 9. Kompanie, S. 71ff.).

30 Siehe: In der Freiheitsfront für die Einheitspartei. Ein offener Brief. In: *Die Zukunft*, 28.8.1939.

Heute sind die Feinde der Freiheit und des Friedens klar erkenntlich, scharf, wie im Scheinwerferlicht. Niemand kann sich mehr täuschen. Allzu lange wurden Millionen getäuscht und darunter nicht die schlechtesten, jedenfalls die opferwilligsten. Allzu viele sinnlose Opfer sind für diese Täuschung gefallen, jahrelang, vor wenigen Wochen noch, gestern noch.

Machen wir die äussersten Anstrengungen, um zu verhindern, dass der Moloch noch weitere Opfer fordert.

Die Folgen des schändlichsten Verrates sind heute noch unabsehbar. Es ist der schwerste Schlag, den die Arbeiterbewegung und die Front des Friedens und der Freiheit erhalten hat.

So schwer und so ernst auch die Folgen dieses Überfalles sind, eins ist damit eingetreten, die Fronten sind klar geworden.

Frieden und Freiheit müssen verteidigt werden gegen Hitler und gegen Stalin, der Sieg muss gegen Hitler und gegen Stalin erkämpft und die neue, unabhängige Einheitspartei der deutschen Arbeiter im Kampfe gegen Hitler und gegen Stalin geschmiedet werden.

Kein Zaudern und kein Schwanken gilt mehr, kein Ausweichen ist mehr möglich. Es gibt nur noch ein Hüben und Drüben.

Mit doppeltem Recht gilt heute, was wir vor wenigen Wochen schrieben:

„Die Stellung des Feindes ist klar. Der Feind steht in Deutschland. Er heisst Hitler und sein System. Gegen diesen Feind, gegen diesen Todfeind des deutschen Volkes und der Freiheit auf der Welt, gilt es verstärkt zu kämpfen. Und

Hitlers Feinde sind unsere Freunde und

Hitlers Freunde sind unsere Feinde.“

Jahrelang hat eine ausgehaltene Presse gehetzt und verleumdet, hat hunderte von niederträchtigen Lügen verbreitet, tausende tapfere Arbeiter verdächtigt, keine Nummer der „Volkszeitung“³¹ erschien, die nicht hundertmal wiederholte: „Nieder mit dem Schädling. Nieder mit dem Verräter.“³²

Heute stehen in allen Ländern Millionen auf, sie recken den Arm und rufen, nach dem Osten deutend:

„Der Verräter, Stalin, bist Du.“

Am 22.9.1939 setzte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Ingenieure Georgij P. Budjakov und Ivan S. Kormilicyn als stellvertretende Handelsbevollmächtigte in Deutschland ein.³³



³¹ Gemeint ist die *Deutsche Volkszeitung*, zuletzt vom ZK der KPD in Paris herausgegeben.

³² Münzenberg bezieht sich hier auf die als „Schädlinge“ und „Verräter“ verfeimten Angeklagten der stalinistischen Schauprozesse in Moskau und der im Terror umgebrachten deutschen Kommunisten.

³³ APRF, Moskau, 3/64/639, 160–162. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 221.

Dok. 459**Der Pressechef der Komintern, Bedřich Geminder über die Situation der Juden in den von der Sowjetunion „befreiten“ Gebieten**

[Moskau], 26.9.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/67, 77. Erstveröffentlichung.

An Gen. Dimitroff

Obwohl wir fast das gesamte Material aus der Sowjetpresse über die b[e]freiten Gebiete³⁴ in unserer telegrafischen Berichterstattung ausnützen, erhalten wir ununterbrochen Telegramme von den Redaktionen³⁵ mit Sonderwünschen über ausführlichere Beschreibung der Lage in diesen Gebieten nach dem Einzug der Roten Armee. Solche Telegramme erhielten wir vor allem von Oslo und New York. Von der „Morningfreiheit“, der jüdischen Tageszeitung der KPUSA,³⁶ erhielten wir schon 6 Telegramme mit der Forderung Materialien über die jüdische Bevölkerung in den befreiten Gebieten zu senden.³⁷ Heute richtete auch „D[aily] W[orker]“, bzw. unsere Presseagentur in New York das gleiche telegrafische Verlangen.³⁸ Die Sowjetpresse,

34 *Befreite Gebiete*: Gemeint sind die von der Sowjetunion besetzten Ostgebiete Polens.

35 Der tschechische Kommunist Bedřich Geminder (Ps. Fridrich, 1901–1952, in der Tschechoslowakei hingerichtet) leitete seit Januar 1938 den Pressesektor der Presse- und Propagandaabteilung des EKKI.

36 *Morning Freiheit*, auch *Morgn Freyhey*: 1922 von der jüdischen Sektion der KP der USA gegründete Tageszeitung, 1988 eingestellt.

37 *Jüdische Bevölkerung*: Von der Sorge um das Schicksal der Juden auf dem Territorium des ehemaligen polnischen Staates und der Hoffnung auf rettende Maßnahmen seitens der Sowjetunion zeugen zahlreiche überlieferte Eingaben an Molotov. So bat bspw. am 12.1.1940 eine Gruppe von mehrheitlich jüdischen Bürgern aus dem Gebiet Bialystok in einem Schreiben an Molotov den von ihnen so titulierten „Vater und Befreier“, etwas zur Rettung von 300 Menschen zu unternehmen, die von den Deutschen verschleppt worden waren. (RGASPI, Moskau, 82/2/1465, 44). Tatsächlich gab es Grund zur Sorge um die jüdische Bevölkerung auf dem sowjetischerseits „befreiten“ Territorium, deren Sicherheit vor den Deutschen keineswegs gegeben war. So war es Praxis der deutschen Okkupanten, Juden aus Westpolen auf das russisch besetzte Territorium abzuschieben. Die sowjetische Verwaltung dachte jedoch nicht daran, die auf diese Weise den Deutschen entkommenen Juden in Schutz zu nehmen, sondern schickte sie schlichtweg zurück. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hielt im Dezember 1939 nach einem Gespräch mit Feldmarschall Wilhelm Keitel folgendes fest: „Die Abschiebung von Juden in das russische Gebiet vollziehe sich [...] nicht so anstandslos, wie es anscheinend erwartet wurde. Praktisch gesprochen gehe die Sache so vor sich, daß z. B. an einem stillen Ort im Walde tausend Juden über die russische Grenze abgeschoben würden; 15 km davon kämen sie wieder zurück, wobei der betreffende russische Befehlshaber den deutschen nötigen wolle, den Schub wieder aufzunehmen.“ (Kurt Pätzold, Günter Rosenfeld (Hrsg.): *Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen*, Berlin, Akademie-Verlag, 1990, S. 279 (nach ADAP, D, VIII, S. 384).

38 *Daily Worker*: Tageszeitung der KP der USA, New York, gegründet 1924.

auch die ukrainische und jüdische, bringt bisher nichts über die Juden. Wir haben uns schon an jüdische Schriftsteller gewandt, die erklären jedoch, dass sie auch nicht über derartiges Material verfügen. In diesem Zusammenhang möchte in [ich?] die Frage aufrollen, ob nicht die Möglichkeit besteht einen Sonderkorrespondenten für die Berichterstattung an unsere Presse (selbstverständlich über unsere Kontrolle) in die befreiten Gebiete zu entsenden.

Friedrich³⁹

Dok. 460

Nicht publizierter Entwurf eines Aufrufs der KPD mit der Aufforderung zum Sturz der Hitlerdiktatur

[Moskau], 28.9.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1307,96–102. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 127–132.

„5“

8205/7/F

Abschrift

28.9.1939.

Vertraulich!

Korrigierter Entwurf eines Aufrufs des Zentralkomitees der KPD.⁴⁰

³⁹ Hdrschr. Vermerk von Dimitrov in russischer Sprache: „Gen. Friedrich [unleserl.] aus diesem Anlass einen Brief an das ZK (Gen. Ždanov) [geschickt]. GD 29.9.39“.

⁴⁰ Der Entwurf des Aufrufs wurde von Wilhelm Pieck vorbereitet und am 25.9.1939 Dimitrov übergeben. Das Dokument ist auf den 1.9.1939 datiert, wurde jedoch viel später verfasst. Der erwähnte Krieg Englands und Frankreichs gegen Deutschland wurde erst am 3.9.1939 erklärt. Auch sind zahlreiche Wendungen aus der Direktive der Komintern an alle kommunistischen Parteien zum „imperialistischen“ Charakter des Krieges übernommen (siehe Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 126–127), die erst am 8.9.1939 verfasst wurde. Eine Kehrtwende im Sinne des Stalin-Hitler-Pakts konnte die KPD noch nicht vollziehen; so ist im Dokument weiterhin vom Hitlerfaschismus als Hauptfeind des deutschen Volkes die Rede. Es ist unwahrscheinlich, daß der Aufruf überhaupt publiziert wurde. Am 1.10.1939 beriet das EKKI-Sekretariat über das Dokument und beschloss, es gründlich umzuarbeiten und es im Namen der KPs Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei herauszugeben. Eine Kommission, bestehend aus Klement Gottwald, Wilhelm Pieck und Friedl Fürnberg sollte den Text umarbeiten (RGASPI, Moskau, 495/18/1294, 64). In der Endversion vom 23.10.1939 figurierten dann nicht mehr die Begriffe „Hitlerismus“ oder „Faschismus“, sondern es war nur noch vom „deutschen Großkapital“ die Rede. Die Stoßrichtung war nun „gegen den imperialistischen Krieg“ gerichtet, „für die soziale und nationale Befreiung der Völker“. Der deutsche Imperialismus sollte durch ein Zusammenrücken „national-sozialistischer, sozialdemokratischer, katholischer und kommunistischer Ar-

Deutsche Arbeiter, Bauern und Soldaten!
Werktägliches deutsches Volk!

Die grossen Kapitalmächte des deutschen Imperialismus, die Krupp, Thyssen, Vögler⁴¹ und Konsorten haben Euch in den Krieg hineingetrieben. Hitler hat dieses Verbrechen zur Ausführung gebracht. Auf den polnischen Schlachtfeldern und an der Westfront wird das Leben Tausender deutscher Soldaten vernichtet. Im Lande leiden Männer und Frauen, Kinder und Greise unsägliche Not.

Die imperialistischen Mächte Englands und Frankreichs führen den Krieg gegen Deutschland, gegen das deutsche Volk. Bald werden sie die grossen Städte und Industriegebiete im Innern Deutschlands bombardieren lassen. Männer und Frauen, Kinder und Greise werden von den Bomben zerfetzt werden. Hunderttausende deutscher, französischer und englischer Soldaten werden die Opfer des furchtbaren Gemetzels an der Kriegsfrent sein.

Warum dieses wahnsinnige Verbrechen?

Hitler, Chamberlain und Daladier versuchen die Massen über Ursachen und Ziel des Krieges zu betrügen.

Hitler wollte angeblich einige Zehntausende Deutscher vor dem Terror der polnischen Reaktion schützen.⁴² In Wirklichkeit handelt es sich um die Durchführung imperialistischer Raubpläne des deutschen Grosskapitals. Darum jagte Hitler das deutsche Volk in den Krieg, bei dem die Existenz der deutschen Nation aufs Spiel gesetzt ist.

Chamberlain und Daladier wollen angeblich mit dem Kriege den Hitlerfaschismus vernichten. Aber haben sie ihn bisher nicht unterstützt und ihn zu seinen kriegesrischen Aggressionen geradezu ermuntert? Sie wollten Hitler dazu benutzen, um das deutsche Volk in den Krieg gegen die Sowjetunion hineinzutreiben. Weil ihnen das nicht gelungen ist, jagen sie jetzt die Massen Englands und Frankreichs in den Krieg gegen das deutsche Volk.

beiter“ niedergeworfen werden. Hierzu ausführlicher: Fridrich Firsov: Archivy Kominterny i vnešnjaja politika SSSR v 1939–1941 gg. In: *Novaja i novejšaja istorija* (1992), Nr. 6, S. 23–24.

⁴¹ Der Unternehmer Albert Vögler, Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke AG in Düsseldorf, gehörte zu den Industriellen, die Hitlers Machtantritt finanziell unterstützten.

⁴² 1931 lebten 739.000 Angehörige der deutschsprachigen Minderheit in Polen. Nach Hitlers Machtantritt wurden als Reaktion auf die deutsche Bedrohung die vom Versailler Vertrag verbrieften Minderheitenrechte der Deutschen als Folge der Polonisierungspolitik der polnischen Regierung teilweise ausgehebelt. Die Nationalsozialisten ihrerseits versuchten dagegen erfolgreich, die deutschen Verbände in Polen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Auf dem Hintergrund des 1934 abgeschlossenen polnisch-deutschen Nichtangriffspakts ließen die polnischen Behörden diese Unterwanderung zum Teil geschehen. Ab Anfang 1939 kam es zu antideutschen Ausschreitungen in Polen, was von der NS-Propaganda aufgegriffen wurde. Auch nach dem deutschen Überfall hielt sich dieser Topos als Kriegsbegründung: So zeigten deutsche Wochenschauen im September 1939 bspw. brennende deutsche Bauernhöfe in Polen. Siehe: Albert S. Kotowski: *Polens Politik gegenüber seiner deutschen Minderheit 1918–1939*, Wiesbaden, Otto Harrassowitz Verlag, 1998, S. 298ff., S. 338ff.

Der Krieg geht um die Neuverteilung Europas und der Kolonien, um die Vorherrschaft in Europa. Es ist ein imperialistischer Raubkrieg der am Kriege beteiligten Kapitalmächte.

Werktätiges deutsches Volk!

In Deiner Hand liegt es, dem Kriegsverbrechen ein Ende zu machen und Dich von den Kriegsverbrechern im eigenen Lande zu befreien und die Macht der imperialistischen Grosskapitalisten und des Hitlerfaschismus zu vernichten.

Stürze den Hitlerfaschismus,
der Dein grausamer Feind ist.

Stürze die Macht des deutschen imperialistischen
Finanzkapitals,

in dessen Auftrage der Hitlerfaschismus seine fortgesetzten kriegerischen Provokationen unternimmt! Mache der Herrschaft dieser Grossverdiener und Kriegsgewinnler ein Ende, entreisse ihnen die Grundlage ihrer Macht, den Besitz an den grossen Industrie-, Bank- und Handelsunternehmungen und den grossen Ländereien.

Die englischen und die französischen Volksmassen werden in diesem Kampfe an der Seite des deutschen Volkes stehen. Sie werden das imperialistische Kriegsziel der Chamberlain und Daladier klar erkennen und ihnen die Fortsetzung ihres Kriegsverbrechens gegen das deutsche Volk unmöglich machen.

Nur durch diesen Kampf wird sich das deutsche Volk vor der schweren Niederlage bewahren, in die es der Hitlerfaschismus hineintreibt. Nur so wird das werktätige Volk sich von seinen schlimmsten Feinden im eigenen Land befreien, sich seine Existenz sichern und sich die Möglichkeit verschaffen, mit den anderen Völkern in Frieden und Freundschaft zu leben.

Der Krieg stellt vor die werktätigen Massen Deutschlands die gewaltige Aufgabe *Deutschland durch die sozialistische Revolution vom Hitlerfaschismus und von der Herrschaft des Finanzkapitals zu befreien*

Die werktätigen Massen werden selbst das künftige Staatsregime bestimmen. Gerade das aber fürchtet der englische Imperialismus und darum sucht er das deutsche Volk an der Durchführung dieser Aufgabe durch den Krieg zu hindern. Er will die imperialistischen Kapitalismächte Deutschlands vor der Revolution retten, um sie zum Kriege gegen die Sowjetunion zu gebrauchen.

Werktätiges deutsches Volk! Erkenne Deine Feinde! Du wirst in diesem schweren Kampfe siegen, wenn Du alle Deine Kräfte vereinigst. Lasse Dich nicht durch die

Führer der deutschen Sozialdemokratie und des deutschen Katholizismus

VON DIESEM Kampfe zurückhalten. Diese suchen die politische und weltanschauliche Zersplitterung des werktätigen Volkes, die dem Finanzkapital die Aufrichtung seiner faschistischen Diktatur ermöglichte, auch weiterhin zu erhalten und dadurch seine Befreiung zu verhindern. Sie hetzen gegen die Kommunisten, weil diese für die Befreiung des werktätigen Volkes, für den Sozialismus kämpfen. Sie dienen dem

Kapitalismus, um ihm die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft und die Ausbeutung und Knechtung des werktätigen Volkes auch weiterhin zu ermöglichen.

Sie wollen die sozialistische Revolution in Deutschland verhindern.

Deshalb verbinden sie sich auch noch mit den ausländischen imperialistischen Mächten und sind bereit, jeden nationalen Verrat am deutschen Volke zu begehen.

Deutsche Arbeiter, Bauern und Soldaten!

Zur Durchführung Eurer gewaltigen Aufgabe ist die *Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihr Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft*, ist die Schaffung von Organen des illegalen Kampfes die wichtigste Voraussetzung.

In dem gemeinsamen Kampfe der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitermassen wird unter Einbeziehung der anderen werktätigen Schichten in diesen Kampf gegen den Hitlerfaschismus und das Finanzkapital die Aktionseinheit geschaffen werden. Sie hat die Kraft, mit der Ihr Eure Feinde im Lande zerschmettern werdet.

Ihr habt in dem Kampf um Eure Befreiung eine mächtige Stütze in der *Internationalen Solidarität der werktätigen Massen*

der anderen Länder, in der internationalen Bewegung gegen Faschismus und Krieg, vor allem aber in den Völkern des mächtigsten Landes des Sozialismus.

Die Sowjetunion ist Euer bester Freund!

Sie sucht Euch und die Welt vor diesem Kriege zu bewahren. Mit dem von ihr mit Deutschland abgeschlossenen Nichtangriffspakt hat sie den verbrecherischen Plan des englischen Imperialismus zerschlagen, Euch in den Krieg gegen die Sowjetunion zu treiben. Eure Sympathien für das mächtige Sowjetreich wachsen von Tag zu Tag.

Die kapitalistischen Regierungen Englands und Frankreichs und die sozialdemokratischen Führer der Parteien der II. Internationale entfalten gerade deshalb eine fanatische Hetze gegen die Sowjetunion.

Sie hassen die Sowjetunion, weil deren Völker unter der ruhmreichen Führung der bolschewistischen Partei und ihres weisen Führers Stalin den Sozialismus verwirklichten, wahre Demokratie schufen und den Wohlstand und die Kultur des ganzen Volkes auf eine immer höhere Stufe heben. Sie fürchten dieses leuchtende Beispiel, das die werktätigen Massen der kapitalistischen Länder immer stärker zum Kampfe um den Sozialismus anspornt. Sie wollen dieses Beispiel auslöschen. Darum wollen sie den Krieg gegen die Sowjetunion.

Werkstätiges deutsches Volk!

Arbeiter, Bauern und Soldaten!

Unerhörte Lasten und Opfer werden Euch durch den imperialistischen Krieg auferlegt. Noch mehr als vor dem Kriege sollt Ihr der wichtigsten Lebensmittel entbehren, noch mehr soll Eure ohnehin kärgliche Lebenshaltung herabgedrückt werden.

Die deutschen Grosskapitalisten machen bei diesem Kriege durch ihre Kriegslieferungen ein glänzendes Geschäft.

Je länger der Krieg dauert, umso höher steigen ihre Millionengewinne. Ihr sollt Euer Blut und Euer Leben opfern, damit die Kapitalisten ihren Reichtum vermehren und ihre Herrschaft erweitern.

Ihr müsst diesem Verbrechen ein schnelles Ende bereiten.

Entlarvt die Kriegsverbrecher hüben und drüben, macht ihnen die chauvinistische Verhetzung der Völker unmöglich!

Kämpft gegen alle Einschränkungen und Verschlechterungen Eurer Ernährung und Bekleidung! *Kämpft um mehr Brot, Butter, Fleisch für Euch und Eure Kinder!*

Kämpft gegen die Arbeitsantreiberei und Lohndrückerei! *Kämpft um höhere Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit!* Kämpft um den Achtstundentag!

Kämpft um ausreichende Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Soldaten!

Soldaten an der Front! Fordert bessere Verpflegung und Löhnung.

Glaubt nicht dem Schwindel und Betrug, die durch die Radiosendungen der kapitalistischen Regierungen über den Krieg verbreitet werden.

Lasst euch durch die Hetze der sozialdemokratischen und katholischen Führer gegen die Kommunisten und gegen die Sowjetunion nicht verwirren. Sie wollen Euch dem englischen Imperialismus ausliefern, der Euch auf die Stufe eines Kolonialvolkes herabdrücken und Deutschland zu seinem Vasallenstaat machen will.

Unterstützt das tschechoslowakische und österreichische Volk in seinem Kampfe für die Befreiung vom Joch der faschistischen Herrschaft des deutschen Imperialismus und in seinem Kampfe für nationale Freiheit und Unabhängigkeit.

Nur die revolutionäre Aktion der werktätigen Massen in den Betrieben und der Soldaten an der Front wird der Faschismus stürzen und den Krieg beenden. Lasst Euch nicht durch die provokatorische Agitation für individuelle Sabotageakte und Desertion der Soldaten von dieser Aufgabe ablenken.⁴³ Der Krieg gegen die Feinde im

⁴³ Aufrufe zur Desertion als Teil des Widerstandes lehnte die KPD strikt ab, gegen weite Teile des Pazifismus und des Widerstands. Auf den 4.10.1939 datiert ist bspw. ein Aufruf des deutschen Dichters Fritz von Unruh an die deutschen Soldaten, der im April/Mai 1940 als Flugblatt in einer Auflage von über 100 000 hinter den deutschen Angriffslinien in Frankreich abgeworfen wurde. Im Schlusssatz werden die Soldaten aufgefordert, „den Kriegstreibern in die Arme zu fallen und sich mit denen zu verbrüdern, die ebenfalls für die Freiheit kämpfen. Mit der abschliessenden Losung: „Der Feind steht nicht am Rhein, der Feind sitzt in Berlin“, wird die Analogie zu Karl Liebknechts Haltung im Jahre 1914 offensichtlich. „Das Hitlersystem ist nicht die Knochen eines einzigen deutschen Soldaten wert. Denkt an alle Leiden und Schrecken seit 1933, gedenkt der Verfolgten, Eingekerkerten, Erschlagenen und heimlich Ermordeten. Die Stunde der Abrechnung ist gekommen! Sagt Euch los von den Brandstiftern und Tyrannen. Fallt den Kriegstreibern in die Arme. Bekennt Euch zu unserem Volke und zu Deutschland. Verbrüderd Euch mit denen, die wie wir für die Freiheit kämpfen. Kameraden erkennt: Der Feind steht nicht am Rhein, der Feind sitzt in Berlin.“ (Karlheinz Lipp: „Der Feind sitzt in Berlin“. Ein Flugblatt und seine Geschichte. Fritz von Unruhs Aufruf an die deutschen Soldaten vom 4. September 1939. In: *Praxis Geschichte*, Heft 4, 2009, S. 50–51).

eigenen Land und die Verbrüderung der Soldaten an den Fronten wird diesem Kriegsverbrechen ein Ende machen.

Es lebe die Aktionseinheit des werktätigen Volkes Deutschland gegen den Hitlerfaschismus und den deutschen Imperialismus!

Krieg dem imperialistischen Kriege und den Kriegstreibern!

Es lebe die Freundschaft des deutschen Volkes mit dem mächtigen Sowjetvolke!

Nieder mir den Hetzern gegen die Sowjetunion!

Es lebe die internationale Solidarität der Werktätigen aller Länder! Es lebe die Völkerverbrüderung gegen Faschismus und Imperialismus!

Es lebe die sozialistische Revolution!

Hoch der Sozialismus!

1. September 1939⁴⁴

Zentralkomitee
der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)



Am 29.9.1939 ratifizierte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen sog. sowjetisch-estnischen Beistandspakt, der am Vortag in Moskau abgeschlossen wurde.⁴⁵

Am 2.10.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Ausweitung der Kompetenzen der Presseabteilung des Außenkommissariats, dem nun die Leitung aller Auslandsrubriken in zentralen Presseorganen und Radiosendungen obliegen sollte. Die Publikation von Artikeln „zu den Fragen des internationalen Lebens und der Außenpolitik der UdSSR“ sollte forciert werden; unter anderem sollte die Auslandsrubrik der Gewerkschaftszeitung *Trud* erweitert werden, um eine „nicht offiziöse Beleuchtung der sowjetischen öffentlichen Meinung zu internationalen Fragen in ihren verschiedenen Facetten“ zu produzieren.⁴⁶

Am 2.10.1939 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit dem Schicksal der anlässlich der Besetzung Ostpolens zu Kriegsgefangenen gemachten Angehörigen der polnischen Streitkräfte. Unter anderem wurde beschlossen, polnische Offiziere und Polizisten in einem gesonderten Lager zu internieren.⁴⁷ Am 3.10.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, den Feldgerichten an der ukrainischen und weißrussischen Front zu erlauben, Todesurteile an Zivilisten und ehemaligen Offizieren der polnischen Armee zu vollstrecken.⁴⁸

Am 8.10.1939 traf das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Reihe von Beschlüssen zur personellen Besetzung der für die neue, durch die Aufteilung des polnischen Staatsgebiets entstandene

⁴⁴ Das Dokument wurde vordatiert.

⁴⁵ RGASPI, Moskau, 17/3/1014, 52.

⁴⁶ RGASPI, Moskau, 17/3/1014, 62.

⁴⁷ APRE, Moskau, 3/3/614, 228–230. In russischer Sprache publ. in: I.I. Kostjuško (Hrsg.): *Materialy „osoboj papki“ Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b) po voprosu sovetско-pol'skich otnošenij 1923–1944 gg., Moskva, [Institut slawjanovedenija i balkanistiki], 1997, S. 94–95. Es handelt sich um die unmittelbare Vorgeschichte des Massakers von Katyn, siehe hierzu den Politbürobeschluss vom 5.3.1940.*

⁴⁸ APRE, 3/162/26, 21. Publ. in: Kostjuško: *Materialy „osoboj papki“*, S. 96.

Demarkationslinie der deutsch-sowjetischen Grenze zuständigen Organe. Der sowjetischen Delegation hierzu eingerichteten deutsch-sowjetischen Kommission sollte ein Vertreter des NKID, zwei des Generalstabs der Roten Armee sowie ein Vertreter der Grenzschutztruppen angehören. Die Kommissionsarbeiten sollten bis zum 31.3.1940 abgeschlossen sein.⁴⁹

Ebenfalls am 8.10.1939 wurde der am 5.10.1939 geschlossene sog. sowjetisch-lettische Beistandspakt vom Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion ratifiziert.⁵⁰

Dok. 461

Aufzeichnungen Ulbrichts zur „Wirkung des Nichtangriffspaktes in Berlin“

[Moskau], 17.10.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 103–104. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 138–141.

*Ueber die Wirkung des Nichtangriffspaktes in Berlin.*⁵¹

Aus den vorliegenden Berichten unserer Instrukteure über die Massenstimmung bei Bekanntgabe des Paktes geht hervor, dass die Autorität der Sowjetunion und des Kommunismus gewachsen ist. Zunächst knüpften die revolutionären Arbeiter daran, dass durch den Pakt die ganze antibolschewistische Hetze des Faschismus wiederlegt wurde und dass die SU für den Frieden ist. Zunächst wehrten sie sich gegen die Demagogie der Nazis. In Berlin und Umgebung hingen riesengrosse Plakate mit Bildern des Genossen Stalin und von Ribbentrop mit Texten wie: „Die Sowjetunion schlägt sich zur Achse“ oder „Zwei Diktatoren erkennen die Gefahr“.⁵² Schwankungen traten ein in der Frage, dass durch den Pakt die Aggression Hitlers gegen Polen

⁴⁹ RGASPI, Moskau, 17/162/26, 70–71.

⁵⁰ RGASPI, Moskau, 17/3/1015, 8.

⁵¹ Handschriftlich darüber: „Für Gen. Manuilsky“. Seit dem 28.9.1939 wurde der ursprüngliche Nichtangriffspakt durch den „Deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag“ ergänzt, in dem u.a. in drei geheimen Zusatzprotokollen die Aufteilung Ost-Mittel- und Teilen Südosteuropas zwischen Deutschland und der Sowjetunion niedergelegt wurde. Im zynischen Eingangssatz hieß es: „Die Deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR betrachten es nach dem Auseinanderfallen des bisherigen Polnischen Staates ausschließlich als ihre Aufgabe, in diesen Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und den dort lebenden Völkern ein ihrer völkischen Eigenart entsprechendes friedliches Dasein zu sichern.“ (siehe: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte, http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0027_gre&st=1939&l=de; vgl. den Politbürobeschluß vom 19.10.1939).

⁵² Diese sensationell anmutende Beschreibung Ulbrichts von Berliner Plakaten konnte bisher nicht verifiziert werden. Daß Ulbricht die propagandistischen Rechtfertigungen des Stalin-Hitler-Paktes positiv sieht, versteht sich von selbst.

unterstützt würde. Manche Sozialdemokraten sehen nicht die internationale Bedeutung der Politik der SU, sondern glaubten die Sowjetregierung vertrete nur nationale Interessen und habe aus diesem Grunde den Pakt abgeschlossen. Gewisse bürgerliche Kreise, die gegen Hitler sind, äusserten sich gegen den Pakt, weil sie auf England spekulierten.

Unsere Instrukteure berichten u.a. über folgende Äusserungen von Genossen und Arbeitern in diesen Tagen: Ein Genosse hob hervor, dass der Pakt dem Frieden dient und Hitler dadurch gezwungen wurde, seine Aggression gegen die SU aufzugeben. Ein Genosse aus einem grossen Metallbetrieb berichtete: „Der Abschluss des Nichtangriffspaktes hat bei uns wie eine Bombe eingeschlagen. Die Arbeiter grüssten sich morgens mit Rot Front. Einigen, die mit Heilt [sic] Hitler grüssten, wurde von anderen gesagt, jetzt heisst es nicht mehr Heil Hitler, sondern Heil Moskau“.⁵³

Ein Genosse sagte, alles hätte ich erwartet, aber nicht so etwas. Ihr müsst doch verstehen, dass unsere Augen alle nach der Sowjetunion gerichtet waren. Täglich haben wir mit dem Abschluss eines Paktes mit England, Frankreich und der SU gerechnet. Statt dessen Abschluss mit Deutschland. Ich weiss zwar, dass die SU nichts tut, was dem Faschismus helfen könnte, aber in diesem Falle ist sie doch zu weit gegangen.

Der Leiter einer Parteigruppe berichtet: Ich begründete von vornherein die Notwendigkeit des Paktes. Ich berief mich auf die Rede des Genossen Stalin auf dem XVIII. Parteitag.⁵⁴ „Chamberlain und Daladier haben einen grossen Schlag erhalten, aber Hitler noch viel mehr. Der Antikominternpakt ist gesprengt.“⁵⁵ „Der Nichtangriffspakt ist vollkommen richtig und dokumentiert die Stärke der SU“.

Ein Student äussert: „Russland hat England und Frankreich verraten in dem Moment, wo die beiden Staaten einen Schlag gegen das Hitlersystem führen sollten“. „Russland hat seine Prinzipien aufgegeben zugunsten der russischen Nation“.⁵⁶ Vor

⁵³ „Heil Moskau“ war nicht nur eine Paraphrasierung des Hitlergrußes, sondern der Rückgriff auf kommunistische Grußformeln der späten 20er Jahre, als Parolen wie „Heil Sowjet“ zum Repertoire der KPD gehörten (siehe Eumann: Eigenwillige Kohorten, S. 195).

⁵⁴ Gemeint ist der XVIII. Parteitag der KP der Sowjetunion (10.–21.3.1939), siehe Dok. 456.

⁵⁵ Der sogenannte Antikominternpakt wurde am 25.11.1936 zwischen Deutschland und Japan geschlossen, offiziell um den Kampf gegen die Aktivitäten der Komintern zu koordinieren. Ein Zusatzvertrag beinhaltete auch den gegenseitigen Verzicht auf vertragliche Vereinbarungen mit der Sowjetunion, was durch den Abschluss des Stalin-Hitler-Paktes gebrochen wurde. 1937 schloss sich Italien dem Antikominternpakt an, im Frühjahr 1939 Mandschukuo, Franco-Spanien und Ungarn. Nach dem Pakt schien sogar ein Beitritt der Sowjetunion zum Antikomintern-Pakt im Rahmen des Möglichen; so kolportierte Joachim von Ribbentrop am 24.8.1939 bei seinem Moskaubesuch ein angeblich in Berlin kursierendes Gerücht, Stalin bzw. die Sowjetunion selbst werde dem Antikominternpakt beitreten (siehe: Brügel: Stalin und Hitler, S. 88–90). Eine tatsächliche Sondierung der UdSSR in Richtung auf einen Beitritt zum 1940 als „Dreierpakt“ wiederbelebten Antikominternpakt erfolgte während Molotovs Reise nach Berlin im November 1940 und ist auch in den Tagebüchern Dimitrovs belegt (vgl. Besymenski: Stalin und Hitler, S. 326f.; Dimitroff: Tagebücher, I, S. 321f.).

⁵⁶ Der Pakt gilt als endgültiges Abrücken von den internationalistischen Prinzipien der Sowjetunion zugunsten nationaler und imperialer Interessen, was nicht nur von NS-Seite, sondern auch von der

der Sitzung einer Berliner Parteileitung äusserte sich der verantwortliche Genosse für den Pakt und begründete das mit der Stalinrede auf dem XVIII. Parteitag. Ein anderes Leitungsmitglied sagte, dass der Pakt für die SU richtig ist, um Chamberlain und Daladier zu zeigen, dass die SU nicht gewillt ist, für sie in den Krieg zu ziehen. „Aber für Polen und für uns ist jetzt eine schwierige Lage eingetreten“.

Ein drittes Leitungsmitglied erklärt: „Es ist nicht leicht, sich sofort ein Bild von all dem Geschehenen zu machen. Aber eins dürfen wir nicht verlieren, den Glauben an unser Vaterland, die Sowjetunion. Wir dürfen keine Angst vor den Schwierigkeiten haben, noch nie hatten wir eine so gute Gelegenheit, so offen für die SU einzutreten. Hitler ist doch als Lügner entlarvt.“ Ein anderes Leitungsmitglied erklärte nach einer Ansprache: „Wir möchten erklären, dass wir als Gruppe des KJV⁵⁷ unbedingtes Vertrauen zur Politik der SU und insbesondere zum Genossen Stalin haben.“

Aus vielen Äusserungen von Arbeitern geht hervor, dass sie zunächst vor allem die Nazilügen entlarvten, indem sie hervorhoben, dass jetzt die faschistische Presse das Gegenteil von dem über die SU schreibt, was sie bisher geschrieben hat. Ein Arbeiter sagte: „Ich denke, die Russen haben nichts zu fressen und Stalin sei ein Räuber? Da kann man mal wieder sehen, wie gelogen und betrogen wird. Wir tun gut, uns mit den Russen zu verbinden, von uns bliebe ja doch blos Asche übrig, wenn wir auch noch die Russen gegen uns hätten. Ich war schon immer für die Russen. Frieden, das weiss ich schon lange“. Ein Parteigenosse: Und wenn die ganze Welt gegen die SU ist, für mich gibt es kein Wanken. Die Politik der SU ist die Politik der Komintern und da darf es für uns Kommunisten keine Zweifel geben.

In der Sitzung einer Berliner Parteileitung wurde sofort zum Pakt Stellung genommen. Der Instrukteur erklärte, welche grosse Möglichkeiten jetzt im Kampf gegen das Hitlersystem und für die Popularisierung des Sozialismus bestehen. „Überall, wo man sich über die SU unterhält, müssen wir eingreifen, Fragen stellen, sich sehr eingehend über das Wirtschaftsleben der SU informieren. Wir müssen die früheren Nazilügen gegen die SU widerlegen“.

In einem Rüstungsbetrieb gab es folgende Unterhaltung zwischen dem Vertrauensrat und einem Arbeiter: *Vertrauensrat*: „Ich bin ja auch nur gezwungen in der NSDAP, jeder will doch gerne seinen Arbeitsplatz erhalten, wenn er eine Familie hat, ich war ja niemals einer von den Scharfen“. *Arbeiter*: „Na, Maxe, brauchst ja keine Angst zu haben, gegen die kleinen Nazis sind wir loyal“.

In einem Berliner Lokal sitzen Bauarbeiter von der Nord-Süd-Bahn.⁵⁸ Der Wirt sagt: „Hoffentlich verwirklichen sie auch das Programm der KPD“. – Die Arbeiter:

russischen sozialistischen Emigration so gesehen wurde (siehe: David Brandenberger: Proletarian Internationalism, ‚Soviet Patriotism‘ and the Rise of Russocentric Etatism During the Stalinist 1930s. In: *Left History* 6 (2000), 2, S. 80–100).

⁵⁷ KJV (Abk.): Kommunistischer Jugendverband Deutschlands.

⁵⁸ *Nord-Süd-Bahn*: Gemeint ist der Nord-Süd-Tunnel der Berliner S-Bahn, u.a. mit dem S-Bahnhof Friedrichstraße, errichtet zwischen 1934 und 1939.

„Na, da kannst Du lange darauf warten“. Sie sprachen über die Kommunisten, als ob die KPD niemals verboten war.

Vielfach wurde auch anders diskutiert und gesagt, man könne nicht verstehen, dass die SU mit Deutschland einen Pakt abschliesst. Aber nach einigen Tagen legte sich auch diese Verwirrung. Ein Bauer sprach davon, dass es ein Glück sei, dass die Russen mit uns einen Pakt abgeschlossen haben. Er begründet es damit, dass wir Haue gekriegt hätten „dass uns ein für allemal die Lust vergangen wäre, andere Völker zu überfallen“.

Auf die überzeugten Nazis wirkte der Pakt wie eine kalte Dusche, das sei Verrat am Naziparteiprogramm. Ein Nazi sagte: „Da haben wir die Russen ja schön hereingelegt“. Ein anderer Nazi antwortet: „Quatsch, die Russen haben uns hereingelegt, wir sind doch nach Moskau gegangen“. Aus einem Bericht über den Erntehilfsdienst deutscher Studenten⁵⁹ wird gesagt, dass ein Junker sich gegenüber Studenten über die Stimmung der Bauern folgendermassen äusserte: „Die Bauern in meiner Umgebung sind grosse Freunde der SU. Sie sind fast alle Kommunisten oder denken wenigstens so. In ihren Gesprächen kommt immer wieder zum Ausdruck, dass nur recht bald die Zeit kommen möge, wo sie mein Gut aufteilen können. Wenn sie abends zusammenkommen, ist das das Hauptthema. Auch sonst schimpfen sie über alles.“

17.10.1939/6 Ex/Bi.



Auf Vorschlag des NKVD-Vorsitzenden Lavrentij Berijas beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 13.10.1939, die ca. 33.000 polnischen Soldaten, die aus dem nun von Deutschland besetzten Teil Polens stammten, in der nächsten Zeit an Deutschland zu übergeben und Verhandlungen in diesem Sinne zu führen.⁶⁰

Am 15.10.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, eine Gruppe von Spezialisten nach Deutschland zu entsenden, um „neue technische Errungenschaften der Deutschen in Schiffsbau, Artillerie, Schiffstechnik, Panzerung, wie auch zur Eisenmetallurgie, darunter zur Mechanisierung des Erzabbaus, vor allem zur Stahlherstellung ohne Verhüttungsprozess, in Erfahrung zu bringen“. Über die Möglichkeiten, in den betreffenden Bereichen Bestellungen aufzugeben, seien Erkundungen einzuziehen.⁶¹

Am 19.10.1939 ratifizierte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den am 4.10. geschlossenen „Deutsch-sowjetischen Freundschafts- und Grenzvertrag“ einschließlich der Zusatzprotokolle zur Aufteilung Ostmitteleuropas.⁶²

⁵⁹ *Erntehilfe*: Studentische Erntehilfsdienste waren Bestandteil des nach dem Gesetz zur Arbeitspflicht 1935 geschaffenen Reichsarbeitsdienstes unter Reichsarbeitsführer Konstantin Hierl.

⁶⁰ APRF, Moskau, 3/162/26, 71. Publ. in: Kostjuško: Materialy „osoboj papki“, S. 96–97.

⁶¹ RGASPI, Moskau, 17/162/26, 73.

⁶² RGASPI, Moskau, 17/3/1015, 22; APRF, Moskau, 3/64/674, 47. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 232.

Am 20.10.1939 legte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Zusammensetzung der sowjetischen Delegation in der neu geschaffenen deutsch-sowjetischen Evakuierungskommission fest.⁶³

Am gleichen Tag beschloss das Politbüro, der Komintern bis Ende 1939 einen Kredit von 3.500.000 Tscherwonzenrubel und 200.000 Goldrubel zu gewähren.⁶⁴

Dok. 462

Anweisungen der KPD-Führung zu den Aufgaben der Partei unter den neuen Bedingungen des Paktes

[Moskau], 21.10.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 111–119; 495/15/274, 56–66. Deutsche Quelle: IML ZK SED ZPA 3/1/451, 151–153. In deutscher Sprache publ. in: Müller: Die Akte Wehner, S. 382–395. Auszugsweise publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 172–175. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 143–154.

*Vertraulich*⁶⁵

*Brief der Parteileitung an die Leitungen und Funktionäre der K.P.D. im Lande über die Aufgaben der Partei.*⁶⁶

21.10.1939

Liebe Freunde,

In den Berichten, die uns in letzter Zeit zugehen, sind verschiedene Fragen aufgeworfen worden, die im *Artikel des Genossen Dimitroff*⁶⁷ und auch in der *gemeinsamen Erklärung der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Oesterreichs und der Tschechoslowakei*⁶⁸ grundsätzlich beantwortet werden. In diesem Brief an die Parteilei-

⁶³ Kostjuško: Materialy „osoboj papki“, S. 120.

⁶⁴ RGASPI, Moskau, 17/162/26, 75. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 782.

⁶⁵ In der oberen linken Ecke: „10 Ex./Kls. 26.X.39,“

⁶⁶ In verstümmelter Form wurden Auszüge aus dem Dokument auch in der DDR veröffentlicht, siehe: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Dok. 64, S. 530.

⁶⁷ Siehe: G. Dimitroff: Der Krieg und die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder. In: *Kommunistische Internationale* 20 (1939), Nr. 8–9, S. 1112–1125 (2.11.1939). Publ. in: Georgi Dimitroff: Ausgewählte Schriften. III: 1935–1948, Berlin (-Ost), Dietz, 1958, S. 101–184.

⁶⁸ Nach zähen Diskussionen im EKKI wurde der ursprünglich als KPD-Dokument vorgesehene Aufruf (siehe Dok. 460) am 11.11.1939 als Aufruf der KP Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei unter dem Titel „Gegen den imperialistischen Krieg – Für den Frieden und die Freiheit der Völker“ beschlossen (RGASPI, Moskau, 495/10a/310, 121–142). Im Unterschied zu den meisten anderen Programmdokumenten aus der Paktperiode enthielt der Aufruf einige zutreffende Charakterisierungen des Nationalsozialismus, plädierte für einen Internationalismus der Verbrüderung und forderte

tungen und Funktionäre im Lande wollen wir einige Aufgaben unserer Partei näher erläutern.

1. Die Aufklärung über den Krieg.

Die gegenwärtige Lage erfordert von den Kommunisten vor allem *Klarheit in der Beurteilung des Krieges* als eines imperialistischen Krieges und *Festigkeit* in der Widerlegung der Kriegslügen, die von den kriegführenden imperialistischen Mächten verbreitet werden. In diesem Krieg suchen die imperialistischen Mächte und ihre Agenten in der Arbeiterbewegung mit raffinierten Mitteln die werktätigen Massen irrezuführen und für ihr verbrecherisches Spiel einzufangen. [...]

Jeder Kommunist, jeder revolutionäre Arbeiter in Deutschland kann und darf stolz sein, wenn er heute – in der geeigneten Form – *nationalsozialistischen Werktätigen* auseinandersetzen kann, daß gerade die Sowjetunion es ist, die das deutsche Volk durch den *Vertrag mit Deutschland* vor dem schlimmsten Krieg bewahrt hat, in den es nach den verbrecherischen Plänen der imperialistischen Reaktion gestürzt werden sollte. Jeder Kommunist soll, soviel er nur vermag, aufklärend wirken über die *Entwicklung der UdSSR* von der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution bis zum siegreichen Triumph des Sozialismus auf einem Sechstel der Erde. Jetzt ist es an der Zeit, *den Nationalsozialisten und anderen Werktätigen [sic] die Augen zu öffnen*, damit sie ganz verstehen, auf welcher Grundlage die SU zu ihrer Stellung als stärkste Friedensmacht gelangt ist. Die Kommunisten können und sollen ihnen berichten von der *Ausrottung der kapitalistischen Ausbeuter*, Unterdrücker und Kriegstreiber *durch die Revolution* der Arbeiter, Bauern und Soldaten, – von der Verwirklichung der sozialistischen Demokratie durch die Stalinsche Verfassung, – von der Errichtung einer gewaltigen sozialistischen Industrie und Landwirtschaft durch die Verwirklichung der Stalinschen Fünfjahrespläne, – von der erstmaligen Verwirklichung des vollen Selbstbestimmungsrechtes der Nationen durch den Sozialismus und der friedlichen Zusammenarbeit der Nationalitäten in der UdSSR.

Das ist zur Zeit die wichtigste Aufgabe, weil ihre Erfüllung dazu beiträgt, dem in den deutschen Werktätigen – einschließlich der nationalsozialistischen – vorhandenen Hass gegen den Kapitalismus und den immer stärker werdenden Drang zur Verwirklichung des Sozialismus eine klare Richtung zu geben. Dadurch werden auch die Manöver der reaktionären Kräfte in Deutschland und die Einwirkung der reaktionären Propaganda des englischen und französischen Imperialismus durchkreuzt. [...]

Die Arbeit der Kommunisten in dieser Richtung schafft unzerstörbare Voraussetzungen für die Ablehnung und Demaskierung aller Versuche – gleichgültig, von welcher imperialistischen Seite sie kommen mögen – die Volksmassen mit falschen Reden über einen „Frieden“ einzufangen, der kein wirklicher Friede ist. [...]

neben der Freiheit des deutschen Volkes die Selbstbestimmung der Österreicher, Tschechen, Slowaken und Polen. Wahrscheinlich sollte der Aufruf deshalb wieder zurückgezogen werden, doch die Entscheidung des EKKI-Sekretariats erfolgte offenbar zu spät, um eine Veröffentlichung noch zu verhindern (hierzu Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 184–186).

Unsere wichtigsten Aufgaben sind also: die Enthüllung des imperialistischen Krieges. Es gilt, die Massen für die Friedenspolitik der Sowjetunion zu gewinnen und sie davon zu überzeugen, daß ein wirklicher Frieden nur durch die Beseitigung der Ursachen des Krieges, der Herrschaft des Grosskapitals herbeigeführt werden kann. Gegenüber der Expansionspolitik des Faschismus *kämpfen wir für das Selbstbestimmungsrecht der vom Faschismus unterdrückten Völker und für die internationale Klassensolidarität des Proletariats* im Kampfe gegen den imperialistischen Krieg und für den Sozialismus. Diese internationale Solidarität muß u.a. ihren Ausdruck finden im Kampfe um die Verbrüderung der Soldaten.

2. Die Organisierung des antikapitalistischen Kampfes.

[...] Im Vordergrund steht zunächst die Aufgabe, *die Massen zu Widerstandsaktionen in den vielfältigsten Formen in Bewegung zu bringen* (also nicht individuelle Sabotageakte). Der nächste Schritt ist, *die Opposition zu stärken*, den Aktionswillen der Massen zu wecken und die Massen an den revolutionären Kampf heranzuführen. Dabei ist es notwendig, *kleine illegale Komitees* aus revolutionären Arbeitern zur Organisierung des Kampfes zu bilden. Es gilt, die verschiedenen Aeusserungen der Unzufriedenheit zum Anlass zu nehmen, *den Hass gegen das kapitalistische System* zu stärken. Es genügt nicht zu zeigen, welches Unglück das Hitlerregime über das deutsche Volk gebracht hat, sondern es ist notwendig, darüber hinaus zu beweisen, daß die Ursache all dessen die *Herrschaft des Großkapitals* ist. [...]

Wir müssen den Massen erklären, *dass die in Deutschland herrschenden Trust- und Bankherren und neureichen faschistischen Funktionäre*, die eine kleine Minderheit sind, das deutsche Volk in den Strudel des Krieges und des kapitalistischen Chaos gerissen hat [sic], in der Hoffnung, auf diesem Wege die Existenz des verfaulenden kapitalistischen Systems verlängern zu können. [...]

4. Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiter.

Der Ausbruch des Krieges, der Uebergang der Parteien der II. Internationale in das Lager des englischen Imperialismus und sogenannter „demokratische“ bürgerliche Richtungen auf die Seite der imperialistischen Kriegstreiber, *macht die bisherige Weiterführung der Taktik der Einheits- und Volksfront* unmöglich. Mit den Verrätern der Arbeiterklasse und des deutschen Volkes, mit den erbitterten Feinden der sozialistischen Sowjetunion kann es keine Gemeinschaft geben. Die verräterischen sozialdemokratischen Führer und jene sogenannten „Antifaschisten“, die die Einheits- und Volksfront sabotierten, als es darum ging, den Kampf für die Erhaltung des Friedens zu führen, sie spielen sich jetzt als „Kämpfer“ für die „Demokratie“ auf,⁶⁹ worunter sie die Unterdrückung der Kommunisten, die Zerstörung der Arbeiterorganisationen und die Errichtung der kapitalistisch-imperialistischen Militärdiktatur in Frankreich verstehen. Der Krieg verschärft die Krise des Kapitalismus und stellt die Arbeiter-

⁶⁹ Vermutlich gegen Willi Münzenberg gerichteter Vorwurf, im Zusammenhang mit den völlig unberechtigten Beschuldigung der Sabotage der Volksfront, die seinerzeit gegen ihn erhoben wurden.

klasse vor die *historische Aufgabe der Beseitigung des Kapitalismus und der Verwirklichung des Sozialismus*.

Die gegenwärtige Lage bringt eine *wesentliche Veränderung im Denken der breiten Massen* mit sich. Grosse Teile der früheren sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftler, sowie viele katholische Arbeiter *fühlen sich enger mit der sozialistischen Sowjetunion verbunden* und ihr Wille zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für den Sozialismus wächst. Die sozialistischen Ideen dringen bis tief in die Reihen der *Jugend- und Naziwerkstätigen* ein. Die Gewinnung dieser breiten Kreise der Werkstätigen für den gemeinsamen Kampf um den Sozialismus ist durch die Zerstörung der Grundlage der antibolschewistischen Ideologie des „Nationalsozialismus“ erleichtert.

Unter diesen Bedingungen muss die Partei ihre Kraft darauf konzentrieren, die *Aktionseinheit der Arbeiter herzustellen*, die Sozialdemokraten, Gewerkschafter, christliche, parteilose und nationalsozialistische Arbeiter, *für den gemeinsamen Kampf mit der KPD und für die sozialistische Sowjetunion zu gewinnen* und die reaktionären früheren führenden Kräfte der SPD und der früheren bürgerlichen Parteien, die auf den englischen Imperialismus spekulieren, zu isolieren, sie als Verräter zu bekämpfen. [...]

Die Erfüllung dieser Aufgaben erfordert *die systematische geduldige Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen*, insbesondere in der DAF und in den Organisationen des Reichsnährstandes.⁷⁰ Der Umschwung, der sich bei vielen nationalsozialistischen Anhängern vollzieht, gibt die Möglichkeit, größere Kreise von „nationalsozialistischen“ *Funktionären* zu beeinflussen und für den Kampf um ein neues, ein sozialistisches Deutschland zu gewinnen. [...]

6. Die Stärkung der Parteiorganisation und ihre illegalen Aufgaben.

Die Erfüllung der historischen Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse ist abhängig von der *politisch-organisatorischen Stärkung der KPD*. Manche Genossen beschränken sich auf die individuelle mündliche Propaganda und haben noch nicht erkannt, daß die großen Aufgaben, die unter den Bedingungen des Krieges vor der Partei stehen, nur durch *eine starke illegale Parteiorganisation* erfüllt werden können. [...] Genossen, die bei solchen Ereignissen wie bei Kriegsausbruch oder bei Bekanntwerden des sowjetisch-deutschen Paktes *hartnäckig einen falschen Standpunkt vertreten*, müssen *von den leitenden Funktionen entfernt und durch kampfesmutige, politisch richtig orientierte Genossen ersetzt werden*. Angesichts der Bemühungen der Trotzlisten und der Agenten des Imperialismus, die unter den verschiedensten Verkleidungen versuchen, in unsere Organisationen einzudringen, ist verstärkte Wachsamkeit notwendig.

Die *Parteileitungen und Zellen* müssen unmittelbar *selbständig auf alle Ereignisse reagieren*, die Hauptargumente des Faschismus sofort beantworten und die Organisation des revolutionären Kampfes in den Betrieben und Massenorganisationen

⁷⁰ Zum Reichsnährstand siehe Dok. 370.

leiten. Es ist notwendig, Arbeiter, die sich im Kampfe bewährt haben, für die Partei zu gewinnen und dadurch die *Parteizellen zu stärken und die Zahl der Parteigruppen zu vermehren*. Von größter Bedeutung für die Führung des Massenkampfes [sic] ist die *Herausgabe illegaler vervielfältigter Flugblätter und Zeitungen* durch die Parteileitung im Lande.⁷¹ Diese illegalen Zeitungen sind gleichzeitig ein organisatorisches Mittel, einen Kreis von Sympathisierenden um die Partei zu bilden.

Vor der KPD steht in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus die Aufgabe, *die Arbeiterklasse zum Kampf um den Sozialismus zu einigen und in diesem Kampfe zu führen*. Durch die größte Kampfinitiative, durch bolschewistische Festigkeit, durch die Meisterung des Marxismus-Leninismus muß sich in dieser historischen Situation jeder Kommunist bewähren.

⁷¹ Eine Parteileitung im Lande gab es nicht, genausowenig wie den hier beschworenen Massenkampf.

Dok. 463**Über die Stimmungen in Deutschland nach dem Stalin-Hitler-Pakt
(aus den Deutschland-Berichten der Sopade)**

[Paris], [24.10.1939]

Veröffentlicht in: *Deutschland-Berichte [der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands] VI (1939)*, Nr. 8, S. A26–A31 (Nachdruck: Klaus Behnken (Hrsg.): *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940. Sechster Jahrgang 1939*, Salzhausen-Frankfurt am Main, Verlag Petra Nettelbeck, Zweitausendeins, 1982, S. 985–989).

Deutschland-Berichte [der SOPADE]⁷²

6. Jahrgang, 1939. Nr. 8.

[...] 4. Die Einstellung zum Russenpakt

Auch die Reaktion der Bevölkerung auf den Abschluß des Russenpaktes läßt sich noch nicht vollständig übersehen. Diese Reaktion kann nicht einheitlich sein. Die Stellung zum Bolschewismus war in den einzelnen Bevölkerungsschichten bis zuletzt verschieden.

War auch die kommunistische Parteiorganisation – nicht nur die legale, sondern auch die illegale – vollständig zerschlagen, so gab es doch noch immer kommunistische Arbeiter, die daran glaubten, daß auch das deutsche Proletariat eines Tages durch den Bolschewismus erlöst würde.⁷³ [...]

72 „Sopade“ war die Bezeichnung für die Exilleitung der SPD in Prag (1933–1938), Paris (1938–1940) und London (1933–1945). Nachdem die meisten SPD-Führer nach Hitlers Machtantritt mithilfe der sudetendeutschen Sozialdemokraten ins Prager Exil gegangen waren, kam es zum Bruch mit der Berliner Führung, die sich zunächst Illusionen über die Möglichkeit einer Weiterarbeit in Hitlerdeutschland gemacht und Hitlers außenpolitischer „Friedensresolution“ vom 17.5.1933 zugestimmt hatte. Die Sopade unterhielt mittels eines Systems von „Grenzsekretären“, die von grenznahen Gemeinden aus Kontakte ins Land knüpften, ein wirksames geheimes Informations- und Widerstandsnetzwerk. Aus den auf diese Weise erhaltenen politischen und wirtschaftlichen Nachrichten setzte die Sopade die sog. „Deutschland-Berichte“ zusammen (auch als „Grüne Berichte“ bekannt), die von 1934 bis 1938 in Prag und von 1938 bis 1940 in Paris herausgegeben wurden. Ihre Zielgruppe waren Sozialisten im Ausland wie auch Untergrund-Kader in Deutschland. Die Berichte erschienen zeitweise zweisprachig (deutsch und englisch), und erreichten eine Auflage von bis zu 1700 Exemplaren (siehe: Marlis Buchholz/Bernd Rother: Einleitung. In: Id. (Hrsg.): *Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933–1940*, Bonn, J.H.W. Dietz Nachf., 1995, S. XII-IL; Werner Plum (Hrsg.): *Die „Grünen Berichte“ der Sopade. Gedenkschrift für Erich Rinner*, Bonn, Friedrich-Ebert-Stiftung, 1984).

73 Ähnliches wurde im Sopade-Bericht Nr. 9 vermerkt, den wiederum Walter Ulbricht am 3.1.1940 (äußerst selektiv) in einen internen Komintern-Bericht umformulierte. Dort hieß es: „Sogenannte Sympathisierende [der KPD] sind fertig mit dem Kommunismus. Die ehemaligen Funktionäre der KPD jedoch sind nach Ueberwindung der ersten Ueberraschung nach wie vor von der Weisheit und Grösse Stalins überzeugt. Sie glauben, dass nun der Bolschewismus erst recht in Deutschland zur Macht kommen würde. Sie glauben einfach an die unüberwindliche Kraft des Bolschewismus, dem Deutschland sich nicht mehr entziehen könne.“ (RGASPI, Moskau, 495/10a/424, 185). Im Sopade-

Unseren Berichten entnehmen wir:

Oberschlesien: Der Abschluß des deutsch-russischen Nichtangriffspaktes hat wie eine Bombe eingeschlagen. Die größte Überraschung rief er in der Arbeiterschaft und insbesondere bei den Nazis hervor. [...] Eine Diskussion über die Bedeutung des Paktes ist den Nazis untersagt und in den Betrieben gehen die Nazis auf die Anzapfung ihrer Arbeitskollegen nicht ein. Sie sagen nur, daß, nachdem die ganze Welt gegen Deutschland ist und Polen zu einem Kriege gegen das Reich hetzt, es nur natürlich sei, daß der Führer neue Bundesgenossen suchen muß. Aber zweifellos ist das Ganze den Nazis höchst unangenehm, denn ihr bestes Agitationsstück, der Bolschewismus, ist nun erledigt. [...]

Am niederschmetterndsten war die Wirkung des Paktabschlusses in der *Arbeiterschaft*. Stalin hat die gesamte internationale Arbeiterbewegung verraten, hieß es, und Diktatoren sind eben zu jedem Verrat fähig, wenn es sich um die Erhaltung ihrer Macht handelt. Nun sei es erwiesen, daß zwischen Hitler und Stalin kein Unterschied bestehe. Zum Verständnis dieser Reaktion muß man wissen, daß bei uns innerhalb der Arbeiterschaft seit den letzten Jahren eine gemeinsame Kampffront gegen das Nazisystem bestand und insbesondere in den letzten Monaten die Gegensätze zwischen Kommunisten, Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten gegenüber dem Kampf gegen den gemeinsamen Gegner sehr zurückgetreten waren.

Soweit im oberschlesischen Industriegebiet die Stimmung in den Betrieben übersehen werden kann, gibt es unter den früheren *Kommunisten* nur ein Urteil: Moskau hat an der Arbeiterbewegung den ungeheuerlichsten Verrat getrieben. Bolschewismus und Nationalsozialismus in einer Front, das kann sich nur gegen die Arbeiterbewegung auswirken. Am deutlichsten kam diese Stimmung auf der Hedwigswunschgrube bei Hindenburg zum Ausdruck,⁷⁴ wo kurz nach dem Paktabschluß morgens auf einer der Fahrtstrecken eine große Kreideanschrift zu lesen war: „Nieder mit Stalin und Hitler – Es lebe die freie Republik!“ Die Nazis haben zwar diese Aufschrift rasch entfernt, aber sie wurde auf der Grube viel diskutiert und fand allgemeine Zustimmung.

Die früheren *Freigewerkschaftler*⁷⁵ und *Sozialdemokraten* erinnern sich der Tatsache, daß die Kommunisten schon einmal in einer Front mit den Nationalsozialisten gestanden haben, nämlich bei der „roten Volksabstimmung“ gegen die preußische Regierung Braun-Severing im Jahre 1931.⁷⁶ Sie sehen in dem Bündnis Hitlers mit

Bericht wurde diese Passage durch den folgenden, von Ulbricht nicht zitierten Satz eingeleitet: „Am verrücktesten steht es bei den ehemaligen Kommunisten selbst.“ (Siehe: *Deutschland-Berichte [der Sopade]* VI (1939), Nr. 9, S. A12.

⁷⁴ Die oberschlesische Industriestadt Zabrze wurde 1915 in „Hindenburg“ umbenannt. Die sich dort befindliche Hedwigswunschgrube war Teil der Borsig-Werke.

⁷⁵ *Freigewerkschaftler*: Gemeint sind hier die ehemaligen Mitglieder des von den Nationalsozialisten verbotenen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB).

⁷⁶ Gemeint ist die von der KPD als „Roter Volksentscheid“ propagierte, gescheiterte Abstimmung vom 9.8.1931 für die Auflösung des preußischen Landtages. Siehe Dok. 264–269.

Stalin ein Zeichen der großen Schwäche des Systems, die Hitler zu diesem verzweifelten Schritt genötigt hat.

Berlin, 1. Bericht: Das deutsch-russische Abkommen und die Fahrt Ribbentrops nach Moskau kam allen zunächst wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß die meisten zunächst regelrecht die Sprache verloren hatten. In den nächsten Tagen konnte man dann den Eindruck gewinnen, daß jene *SA-Leute*, die ehemals dem Roten Frontkämpfer-Bund angehört hatten, den Auftrag hatten, die neue Wendung der Nazipolitik in den Betrieben zu feiern. Sie fanden aber eigentlich nirgends die Kraft dazu. Ein solcher ehemaliger RFB-Mann, der später beim SA-Sturm Maikowski⁷⁷ war, sagte: „Ich bezweifle sehr, daß hier Stalin etwas für uns erreicht hat. Hitler ist doch so eng mit dem Kapital verbunden, daß er, wenn wir jetzt etwa hier Sowjets bilden wollten, die ganze Armee gegen uns loslassen würde, wie damals 1919 in Bayern.“⁷⁸

Viele ehemalige *Gewerkschaftler* empfinden das Abkommen als eine Bestätigung ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den Kommunisten und sagen: „Wir haben doch immer gewußt, daß die Brüder noch einmal zusammengehen werden. Wenn es einmal wieder Demokratie gibt, werden sie wenigstens gleich beide erledigt sein.“ Es hat aber auch regelrechte Wutausbrüche gegen die kommunistischen Drahtzieher gegeben, und wer jetzt im Betrieb sich als Verfechter des deutsch-russischen Paktes bekennt, fällt bei den alten Arbeitern radikal ab, ganz gleich, ob es sich bei dem Russenfreund um einen Provokateur oder um einen ehrlich überzeugten Kommunisten handelt.

Es wird jetzt sehr viel mit Provokateuren gearbeitet, die die abenteuerlichsten Gerüchte in die Welt setzen. So wollen einige wissen, Dimitroff sei bereits in Berlin eingetroffen und die Nazis wollten den deutschen Arbeitern die Deutsche Arbeitsfront⁷⁹ „wiedergeben“.

2. Bericht: Es ist erstaunlich, mit welchem Mißtrauen man in Deutschland der neuen Freundschaft Hitler-Stalin begegnet. Je mehr die offizielle Propaganda von der russischen wirtschaftlichen Hilfe spricht, desto stärker werden die Zweifel, ob man nicht hereingelegt sei, ob Stalin nicht nur dem Hitler Mut machen wollte zum Absprung in den Krieg und ihn nun im Stich ließe. Diese Zweifel kommen aus der nazistischen Bevölkerung. Unsere eigenen Leute und auch Kommunisten, die an die russische Mitwirkung innerhalb der Friedensfront der Westmächte glaubten, äußern derartige Zweifel nicht, sondern sind vom 100%-igen Verrat Stalins überzeugt.

⁷⁷ Die SA-Standarte 1 war nach Hans Eberhard Maikowski benannt, einem NS-„Märtyrer“ und Führer des „SA-Sturms 33 Berlin Mitte“, auf dessen Konto zahlreiche politische Morde der frühen 1930er Jahre gingen. Maikowski wurde bei einer Straßenschlacht im Anschluss an den NS-Fackelzug zur Feier der „Machtergreifung“ Hitlers am 30.1.1933 erschossen und wie Horst Wessel zum NS-Helden stilisiert (siehe: Sauer: Goebbels' Rabauken, S. 139).

⁷⁸ Gemeint ist die Bayerische Räterepublik 1919, die von Regierungstruppen und Freikorps brutal niedergeschlagen wurde. Zum Ablauf der Räterepublik siehe Dok. 13.

⁷⁹ Siehe hierzu Dok. 462.

Rheinland-Westfalen: Die *Kommunisten* fühlen sich betrogen und sie bringen in den Unterhaltungen im Betrieb oft deutlich zum Ausdruck, daß die Vereinbarung Hitler-Stalin eine furchtbare Enttäuschung für sie ist. Sie sehen alles grau in grau, weil sie nun alle ihre Hoffnungen auf die Zukunft begraben müssen. Mancher von ihnen hatte noch immer den Traum von der Diktatur des Proletariats nicht aufgegeben. Sie sind jetzt ganz fassungslos.

Jetzt erfährt auch die ablehnende Haltung der ehemaligen *Sozialdemokraten* bei all den früheren Einheitsfrontsmanövern in den Augen der *Kommunisten* ihre Rechtfertigung. Das Ansehen der *Sozialdemokraten* ist mit einem Schlage ganz erheblich gestiegen und oft sagt man ihnen, daß die Demokratie wohl doch das Beste sei.

Immerhin gibt es auch heute noch Leute, die die Politik Rußlands für richtig halten und die die Schuld an einer Fortsetzung des Krieges den Westmächten zuschieben möchten. Eine solche Haltung macht aber auf die deutsche Arbeiterschaft im allgemeinen keinen Eindruck mehr. Im Gegenteil: Man flüstert sich zu, daß diese Propagandisten offenbar im Dienste der Gestapo stünden. Es handelt sich dabei fast ausschließlich um ehemals führende *KPD*-Leute. Die Opposition gegen Hitler hat mit Leuten dieser Art nichts mehr gemein.

Nur wer unter der Hitlerdiktatur leben muß, kann diesen Verrat in seiner ganzen Gemeinheit beurteilen. Auch unter den Nichtkommunisten gab es Leute, die außenpolitische Hoffnungen auf Rußland gesetzt hatten. Jetzt empfinden sie nicht nur bittere Enttäuschung, sondern sagen auch: Hitler ist Stalin und Stalin ist Hitler, beide sind einander wert. Eins ist sicher: In Deutschland wird der Kommunismus im Innern keine Gefahr mehr bedeuten. [...]

Am 27.10.1939 beauftragte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Hauptverwaltung der Zivilluftflotte, Verhandlungen mit der Lufthansa zwecks Einrichtung einer Luftlinie Moskau-Berlin aufzunehmen.⁸⁰



Am 10.11.1939 bildete das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion eine Kommission „zur Verwendung der Arbeitskraft von Flüchtlingen“, die aus dem deutsch besetzten Territorium Polens in die Sowjetunion geflohen waren. Der nicht zu verwendende Teil der Flüchtlinge sollte zurückgeschickt werden.⁸¹

Während der Verhandlungen mit Finnland im Oktober-November 1939 veränderte Stalin seine Politik gegenüber der orthodoxen Kirche. Das Politbüro verabschiedete eine an Berija adressierte Instruktion, in der es fortan für „inopportun“ gehalten wird, „die Praxis der Organe der NKVD der UdSSR bezüglich der Verhaftungen von Angehörigen des orthodoxen Kultes und der Verfolgung von Gläubigen fortzusetzen“. Damit wurde explizit die Instruktion Lenins über „den Kampf gegen die Popen und die Religion“ aufgehoben.⁸²

⁸⁰ RGASPI, Moskau, 17/3/1015, 37.

⁸¹ RGASPI, Moskau, 17/3/1016, 3.

⁸² Siehe zu diesem Beschluss: Marie: Staline, S. 584.

Dok. 464**Vorschläge der Komintern zur engeren Zusammenarbeit von KPD, KP Österreichs und KP der Tschechoslowakei**

[Moskau], 22.11.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1301, 165–166. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 192–194.

8 Ex/Bö Streng vertraulich!

22.XI.1939

*Vorschläge**Zur Organisation der Arbeit der K.P.D., K.P.Oe. und K.P.Tsch.*

- 1.) Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg im Zusammenhange mit der Tatsache der Annexion Oesterreichs und der Tschechoslowakei durch den deutschen Imperialismus erfordert eine engere Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe der Kommunistischen Parteien Deutschlands, Oesterreichs und der Tschechoslowakei. Die allgemeine Linie des Kampfes dieser drei Parteien wird durch die gemeinsame Deklaration dieser Parteien „Gegen den imperialistischen Krieg – für den Frieden und die Freiheit der Völker“ gegeben.⁸³ Darüber hinaus müssen die einzelnen Parteien ihre Taktik den besonderen Bedingungen ihrer Länder anpassen.
- 2.) Für die kollektive Lösung wichtiger Probleme, für die Koordinierung der Arbeit der einzelnen Parteien und für die Sicherung der Einheitlichkeit ihrer Politik wird ein neu[n]gliedriger „gemeinsamer Ausschuss“ der drei Parteien geschaffen. Jede Partei delegiert in diesen „gemeinsamen Ausschuss“ je drei führende Genossen. Der gemeinsame Ausschuss hat seinen Sitz in M[oskau].
- 3.) Darüber hinaus hat jede einzelne Partei ihre eigene Auslandsleitung, deren Sitz ebenfalls M[oskau] ist. Um die einzelnen Parteien miteinander möglichst eng vertraut zu machen, delegieren die einzelnen Parteien gegenseitig je einen Genossen in die Auslandsleitung der Bruderpartei.
- 4.) Im neutralen Ausland werden Hilfsstellen der drei Parteien für die Arbeit im Land geschaffen. Ihre Aufgabe ist es, Verbindungen ins Land zu schaffen und auszubauen, Publikationen im Ausland herauszugeben und sie ins Land zu schaffen zu lassen, der Organisation im Lande alle mögliche Hilfe angedeihen zu lassen und als Verbindungsstellen zwischen den Auslandsleitungen in M[oskau] und dem Lande zu dienen. Diese Hilfsstellen sind verpflichtet, sich gegenseitig zu unterstützen bei strenger Beachtung der konspirativen Regel.

⁸³ Zur Deklaration siehe Dok. 462.

5.) Um die Verbundenheit der drei Parteien nach aussen zu demonstrieren und gemeinsame Probleme publizistisch zu bearbeiten, wird die „Internationale“ als gemeinsames Organ der drei Parteien herausgegeben.⁸⁴

6.) Eine der dringendsten Aufgaben der KPD und KPOe ist die Schaffung der Parteileitung im Lande selbst sowie auch die Herausgabe eines illegalen Zentralorgans der Partei im Lande. Die KPTsch. ist verpflichtet, alles zu unternehmen, damit die bestehende Parteileitung im Lande gesichert und aktionsfähig bleibt und weitere Verbindungen mit dem Lande ausgebaut werden.⁸⁵

Dok. 465

Von Walter Ulbricht zusammengestellte Stimmungsberichte aus dem Deutschen Reich

[Moskau], 23.11.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 143–146. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 194–199.

23.11.39

7 Ex/Si.

Vertraulich!

Ueber die Stimmungen in Deutschland.

Wir erhalten von unseren Genossen aus dem Lande Mitteilungen über die Stimmungen in verschiedenen Kreisen der Bevölkerung. Im Nachfolgenden einige Auszüge aus diesen Berichten.

Aus *Elbing*⁸⁶ in Ostpreussen wird berichtet:

Die Stimmung der Zivilbevölkerung ist sehr deprimiert und steht sehr im Gegensatz zur Haltung der Parteileute und der jungen Soldaten. Die Zivilbevölkerung fürchtet einen langen Krieg. Diese Furcht hat sich auch nicht etwa seit dem Einmarsch der

84 Die *Internationale* war die 1915 von Rosa Luxemburg und Franz Mehring begründete, ab 1919 als theoretisches Organ der KPD erscheinende Zeitschrift. In der Emigration wurde sie zunächst in Prag, dann in Paris bis 1939 weitergeführt. Die Wiedergeburt der Zeitschrift unter Beteiligung der „drei Parteien“ erfolgte nicht, wie auch die gesamte anvisierte Zusammenarbeit der deutschen, österreichischen und tschechischen kommunistischen Partei nicht systematisch anlief. In der KPD-Führung wurden Bedenken laut, „österreichisiert“ zu werden (vgl. Dok. 467).

85 Im Unterschied zur KPD besaßen sowohl die KP der Tschechoslowakei, als auch die KP Österreichs funktionierende Inlandsleitungen.

86 Elbing (heute poln. Elbląg), Kleinstadt an der Ostseeküste.

Russen in Polen gebessert. Man glaubt allgemein, dass die Russen eins Tages auch gegen Hitler marschieren werden.

Die Jugend Elbings ist fast durchweg beim Militär. Die Stimmung der eingezogenen jungen Soldaten ist recht zuversichtlich. Bei solchen Soldaten, die aus Polen zurückgekommen sind, ist die Stimmung noch siegessicherer. Sie sind der Ansicht, dass der Krieg nicht lange dauert und siegreich für Deutschland endigt.

Nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Paktes bestand über denselben Verwirrung. Zunächst begannen viele Werktätige damit, den Widerspruch zwischen der bisherigen Lügenpropaganda gegen die Sowjetunion und den jetzt in der Presse veröffentlichten Tatsachen festzustellen. Sie wiesen darauf hin, dass demnach alles, was gegen die SU gesagt worden sei, Lüge ist. Manche Sozialdemokraten äusserten: Jetzt hat Eure SU, auf die wir noch gebaut haben, uns auch noch im Stich gelassen. Allmählich wurden die Probleme klarer. „Dass die SU den Westimperialisten die Kastanien aus dem Feuer holen würde, habe ich nie erwartet. Aber warum dann Nichtangriffspakt?“ Als man diesen Freund gründlich informiert hatte, schrieb er: „Jetzt gelesen, dann kam der Krieg. Habe alles verstanden. Polen, das eine Kluft zwischen dem deutschen Volke und der SU aufreissen sollte, wird zur Brücke. Jetzt geht es um den Sozialismus gegen die westkapitalistischen Mächte.“ (Kommunisten in Deutschland im Zuchthaus:) „Der Pakt war nur im Moment überraschend. Er ist richtig und wirkt beschleunigend.“⁸⁷

Aus *Dessau* wird berichtet: „Die Naziredner in den Betrieben gehen immer damit um, dass mit einem baldigen Frieden gerechnet werden könne. Die Kräfte in England, die den Frieden wollen, seien sehr am Werke. England müsse nur noch ein bisschen ‚so tun‘. In Wirklichkeit sei England sehr dankbar, dass der Führer die englischen Städte noch nicht habe mit Bomben belegen lassen. Dem Führer sei von seinen englischen Freunden mitgeteilt worden, dass der Krieg für Polen gar nicht begeistert geführt werden [sic]“.

Ein Bürger äusserte Mitte Oktober folgendes: „Neben den Ernährungs- und Rohstoffschwierigkeiten wird in der Bevölkerung am meisten über die Politik der Sowjetunion diskutiert und zwar in einem für die Hitlerregierung ungünstigen Sinne. Die für Hitler mildeste Auffassung ist die, dass die Sowjets nur die Konsequenz aus dem Verhalten der Westmächte gegenüber Spanien, CSR usw. gezogen haben. Am meisten wird darauf hingewiesen, welche schwere politische Niederlage die Liquidierung des Nazieinflusses im Baltikum und das Vordringen des Bolschewismus in der Westukraine für Hitler und besonders für Ribbentrop bedeutet, die beide einst gerade diese Gebiete zur politischen und militärischen Basis gegen die SU ausersehen hatten. In Offizierskreisen sagt man, militärisch und politisch sei der Russenpakt eine einzig-

⁸⁷ Zu den Reaktionen von KPD-Mitgliedern in deutschen Gefängnissen auf den Stalin-Hitler-Pakt, siehe zuletzt: Wolfgang Leonhard: Der Hitler-Stalin-Pakt. Zeitzeugen erinnern sich. In: Bayerlein, Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 9–41.

artige Dummheit Ribbentrops, die er noch einmal teuer bezahlen müsse. Statt ein wirkliches Bündnis mit der SU zu erreichen, habe Ribbentrop das Dritte Reich an Stalin auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, dafür seien schon die errichteten sowjetischen Luft- und Flottenstützpunkte im Baltikum⁸⁸ und die Bolschewisierung der Westukraine und Westweissrusslands⁸⁹ genügender Beweis. Man müsse schon heute aus Furcht vor den Russen zuviel Truppen im Osten lassen, die bei einer Offensive im Westen fehlen würden“.

Ueber die *Diskussion unter den Soldaten* wird berichtet:

In der Bevölkerung fragt man die aus Polen zurückgekommenen deutschen Soldaten begierig danach aus, ob sie in Polen die Rote Armee gesehen hätten.⁹⁰ Die deutschen Soldaten ihrerseits halten mit ihren Berichten nicht zurück und erzählen von dem disziplinierten Verhalten der Rotarmisten, von den guten Verhältnissen zwischen Offizieren und Mannschaften, von ihrer hervorragenden technischen Ausrüstung, die viel besser als die der deutschen Armee sei, von der hohen Kampfkraft und Moral der Roten Armee. „Wenn die mal gegen uns marschieren, werden deutsche Festungen ebenso schnell kapitulieren, wie Warschau vor uns kapitulierte“, sagte ein Leutnant. [...]

Ein Bürger äusserte über die *Stimmung von Soldaten* Ende September: „Selbst in den bisher hitlertreuesten Nazikreisen greift die Zersetzung um sich. Ihnen galt der Bolschewismus als der Weltfeind Nr. 1 und man stellt sich die Frage: ‚Wofür haben wir dann eigentlich gekämpft?‘ Von einem fanatischen Naziamtswalter hörte ich neulich folgende resignierte Aeusserung: ‚Hitler ist der Gefangene Stalins und Stalin weiss das, er nützt das rücksichtslos aus.‘“

Ein *Sozialdemokrat* über die *Stimmung unter den Soldaten* Ende September: “Soldaten, die in Polen in Kontakt mit der Roten Armee kamen, sind von ihr begeistert und rühmen besonders das gute Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften,

88 Am 28.9.1939 schloss die Sowjetunion mit Estland, am 5.10.1939 mit Lettland Beistands- und Stützpunktabkommen ab, denen ein verstärkter Druck seitens der SU auf die Vertragspartner vorhergegangen war. Mit Litauen wurde fünf Tage später, am 10.10.1939, ebenfalls ein Vertrag abgeschlossen, der dem Land ihre alte, seit 1922 zu Polen gehörende und nun sowjetisch besetzte Hauptstadt Vilnius zurückgab, es jedoch zur Stationierung sowjetischer Truppen und Flugplätze zwang.

89 Am 26.10.1939 proklamierte eine Volksversammlung in der von sowjetischen Truppen besetzten Westukraine, ein ehemals ostpolnisches Territorium, die Angliederung an die Ukrainische SSR. Ähnliches erfolgte am 30.10.1939 in Westweißrussland (Ostpolen), mit dem Gebiet um Bialystok, das an die Weißrussische SSR angeschlossen wurde.

90 Eine Truppenbegegnung zwischen Wehrmacht und Roter Armee fand 22.9.1939 bei Lublin statt. Auch wurde am gleichen Tag in Brest eine gemeinsame Parade der Roten Armee und der Wehrmacht unter der Führung von General Heinz Guderian und Brigadekommandeur Semen Krivošeïn abgehalten. Krivošeïn soll bei dieser Gelegenheit einen Trinkspruch „auf die beiden Führer – gemeint sind Hitler und Stalin –, die aus dem Volke kommen“ ausgestoßen und deutsche Journalisten für die Zeit „nach dem Siege über das kapitalistische Albion [Großbritannien]“ nach Moskau eingeladen haben (Georg Schmidt-Scheeder: Reporter der Hölle. Die Propaganda-Kompanien im 2. Weltkrieg. Erlebnis und Dokumentation, Stuttgart, Motorbuch Verlag, 1977, S. 101).

was man im hitlerischen Heere nicht kennt. Ein Hafenarbeiter in Hamburg sagte: „Der Pakt sei kein Pakt Stalins mit Hitler, sondern mit dem deutschen Volke gegen Hitler, denn je näher die Rote Armee käme, desto zuversichtlicher könnte die deutsche Arbeiterklasse an ihrer eigenen Befreiung arbeiten“.

Ein *Sozialdemokrat* berichtet: „Soldaten berichteten, dass, als ihr Regiment bei Brest-Litowsk stand, ständige Diskussionen unter vielen deutschen Soldaten geführt wurden ob man nicht zur Roten Armee überlaufen solle. ‚Dann sind wir aus dem Dreck heraus und brauchen nicht für Hitler zu sterben!‘ Man gab diesen Gedanken aber wieder auf, ‚man kann nicht wissen, was die jetzt mit uns machen‘.“ [...]

Ein *Bürger* berichtet: In den Betrieben nimmt der Rohstoffmangel zu. Die Unternehmer, deren Fabriken mit Kriegsmaterialherstellung betraut sind, werden immer wieder bei den Behörden vorstellig, weil sie infolge Mangels an Rohstoffen und wegen der an Qualität schlechten Ersatzstoffe die Lieferfristen nicht einhalten können. Oft müssen die Behörden sogar nachgeben und die Lieferfristen verlängern.

Ein *Kommunist* berichtet über den Inhalt der Opposition: „Gegen die Nazis wächst der Hass nicht so sehr, aber gegen die ‚Wirtschaftsführer‘ und Direktoren, die in jedem Betrieb in den Generalkommandos und in anderen Kommandohöhen als Reserve-Offiziere und ‚Wirtschaftsberater‘ die entscheidenden Posten besetzen. ‚Das sind dieselben Kreise, die uns im Weltkrieg ausgeplündert haben‘ sagt man“.

Ueber den *Widerstand in den Lohnfragen* wird von Mitte September aus *Sachsen* berichtet: „Die Unzufriedenheit wächst noch deswegen, weil keine Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit mehr bezahlt werden, sodass der Verdienst noch geringer wird. Die Arbeiter arbeiten immer langsamer, mit der Begründung, sie könnten bei der schlechten Ernährung nicht genügend leisten“.

Von Anfang November wird aus *Hannover* berichtet: „Die industrielle Arbeitsleistung geht rapide zurück, obwohl die Werkmeister mit Anzeige wegen Sabotage drohen. Klagen der Unternehmer über den Leistungsrückgang liegen nun allen Industriezweigen vor. Bei den Gummiwerken wird entweder das Soll eingehalten und dann ist die Arbeit schadhaft – oder die Arbeitsleistung liegt bis zu 30% unter dem Soll“.

Ein *Bürger* äusserte Ende September: Zum ersten Male ist eine zunehmende und sehr ernste Besorgnis auch in schwerkapitalistischen Kreisen festzustellen. In diesen Kreisen wächst von Tag zu Tag die Furcht vor dem Bolschewismus. Man beginnt auf einen Sieg der Westmächte zu hoffen, damit in Deutschland nicht der Bolschewismus siegt, denn nach Meinung dieser Kreise ist ein Bündnis des bolschewistischen Deutschland mit der Sowjetunion unüberwindlich und die Klassenherrschaft der Kapitalisten auch in Deutschland für immer dahin“.

Dok. 466**Aus einer Rede Kaganovičs im Volkskommissariat für Verkehrswesen über die kriegerischen Ziele der Sowjetunion**

Moskau, 26.11.1939

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 81/3/333, 133–137. Erstveröffentlichung.

Gen. KAGANOVIČ. Was die internationale Lage angeht – was soll ich Euch die Vorgeschichte der Frage erzählen? Ihr kennt unseren Streit. Wir wollen die Sicherheit Leningrads gegenüber Finnland verteidigen. Wir müssen diese Grenze befestigen, denn die Grenze befindet sich einen Kanonenschuss von Leningrad entfernt. Eine unmögliche Sache ist das. Wir haben sie [die Finnen] mit entsprechenden Forderungen konfrontiert, wovon Gen. Molotov gesprochen hatte, haben Verhandlungen geführt, sie jedoch haben sich verweigert, eine riesige Armee bei sich mobilisiert, die ganze Zeit spielen sie sich auf und benehmen sich frech.⁹¹ Jetzt kam es zum Zwischenfall an der Grenze.⁹² Ganz dicht an der Grenze haben sie eine bewaffnete Armee aufgestellt, ohne besondere dringliche Gründe. Es ist klar, dass wenn die Armee schon mobilisiert ist – und da gibt es ja ziemlich viele Provokateure, Weißgardisten gibt es da –, sie [die Provokateure?] provoziert haben. Genaue Angaben habe ich noch nicht. Hier wurde berichtet, dass wir ihnen unsererseits eine entsprechende Note vorgelegt haben, der Text der Note wird wahrscheinlich morgen abgedruckt.⁹³ Wir haben verlangt, dass sie ihre Armeen abziehen und von ihrer niederträchtigen Politik der Provozierung eines Krieges abrücken. Sie sind doch Spielzeug in den Händen der Engländer, in den Händen der Imperialisten überhaupt. Finnland selbst hat keiner-

91 Am 5.10.1939 wurden Vertreter Finnlands nach Moskau einbestellt, denen, ebenso wie den baltischen Staaten ein Beistandspakt aufgezwungen werden sollte. Allerdings schaffte es Finnland, im Gegensatz zu den baltischen Staaten, sich dem sowjetischen Druck dadurch teilweise zu entziehen, dass es parallel eine verdeckte Mobilisierung durchführte. Die Verhandlungen scheiterten, die Sowjetunion griff am 30.11.1939 das Nachbarland an (siehe Max Jakobson: Diplomatie im Finnischen Winterkrieg 1939/40, Wien-Düsseldorf, Econ, 1970, S. 130ff.; Ohto Manninen, Nikolaj I. Baryšnikov: Peregovory osen'ju 1939 goda. In: Oleg A. Ržeševskij, Olli Vehviläinen (Hrsg.): Zimnjaja vojna 1939–1940. Političeskaja istorija, Moskva, Nauka, 1998, S. 113–130).

92 Am 26.11.1939 kam es zu einem Zwischenfall in der Nähe des karelischen Grenzdorfs Mainila. Die sowjetische Seite erklärte, sie sei von Finnland aus beschossen worden, und verwarf den Vorschlag der finnischen Seite, den Vorfall von einer neutralen Kommission aufklären zu lassen. Die „Schüsse von Mainila“ sind bis heute nicht vollständig aufgeklärt (siehe Jakobson: Diplomatie im Finnischen Winterkrieg, S. 180ff.; Nikolaj I. Baryšnikov, Ohto Manninen: V kanun Zimnej vojny. In: Ržeševskij/Vehviläinen: Zimnjaja vojna, S. 131–141, hier S. 136f.).

93 Am Abend des 26.11.1939 überreichte Molotov dem finnischen Botschafter Aarno Yrjö-Koskinen eine Protestnote wegen des Grenzzwischenfalls von Mainila, worin die finnische Regierung aufgefordert wurde, ihre Truppen um 25 Kilometer zurückzuziehen (*Izvestija*, 27.11.1939). Die finnische Seite lehnte ab und beharrte auf einer neutralen Klärung des Vorfalls, woraufhin Molotov in einer weiteren Note vom 28.11.1939 den finnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1932 aufkündigte (*Izvestija*, 29.11.1939). Siehe Jakobson: Diplomatie im Finnischen Winterkrieg, S. 180–188.

lei Unabhängigkeit, es erhält von wem auch immer Direktiven, und wir können eine solche Lage nicht auf sich beruhen lassen. Das wäre von unserer Seite sehr falsch. In historischer Sicht entspricht das nicht der Stärke und der Macht unseres Staates. So ein kolossaler Staat hat sich erhoben. Wir haben die Westukraine und Westweißrussland angegliedert. Estland hat einen Vertrag mit uns abgeschlossen, der für uns ziemlich günstig ist. Lettland und Litauen ebenfalls.⁹⁴ Unsere Einheiten sind dort, und sie [die baltischen Staaten] spielen sich auf, und stellen die Sache auch noch so dar, als ob wir ihnen die Selbständigkeit, die Unabhängigkeit wegnähmen. Das ist durchweg eine Lüge. Niemand nimmt ihnen die Unabhängigkeit weg. Wir selbst gaben ihnen die Unabhängigkeit. Unter dem Zaren waren sie Untergebene, unter dem Bolschewismus jedoch bekamen sie Freiheit und Unabhängigkeit. Wir fordern ein gesetzliches Recht ein – die Grenze von Leningrad wegzurücken, die Möglichkeit zu haben, die Inseln zu befestigen,⁹⁵ um die Zugänge zu Leningrad und Kronstadt zu sichern, und sie [die Finnen] wehren sich dagegen, indem sie eine Armee mobilisieren, in der sich eine gehörige Anzahl von Weißgardisten befindet. Wir können dies nicht dulden, und überhaupt haben wir Angaben, wonach diese Regierung in einer ziemlich schwankenden Lage ist. Sie hat viele Leute mobilisiert, hat aber nichts, um sie zu ernähren und anzuziehen, Geld hat sie nicht so viel, sie hat die Leute von ihren Familien weggerissen, einen großen Teil der Bevölkerung evakuiert, aber das Volk versteht nicht, warum. Sie wissen, dass die Bolschewiki ihnen die Freiheit gegeben haben, dass es unter dem Zaren eine Kolonie gewesen ist. Und plötzlich tritt eine solche Regierung gegen die Bolschewiki auf, gegen die elementaren loyalen Vorschläge, die wir ihnen gemacht haben, die noch bescheidener waren, als die gegenüber Estland und Lettland. Das Volk versteht es nicht und die Lage dort ist sehr schwankend. Deswegen entschlossen sie sich zu diesem Abenteuer. Wenn sie sich aber auf ein Abenteuer einlassen, so lassen wir uns jedoch nicht auf ein Abenteuer ein. Die Ereignisse haben gezeigt, dass wir keine Abenteuer unternehmen, und dass, wenn es sein muss, wir ernsthaft und beharrlich handeln.

Ich kann jetzt nichts Bestimmtes sagen, das eine oder andere kann ich Euch nicht mitteilen, doch ich kann mir denken, dass wenn diese Lumpen, diese Hanswürste, wie heute in der *Pravda* über den Premierminister K. [d.i. Aimo Cajander] geschrieben

⁹⁴ Zu den Verträgen der Sowjetunion mit den baltischen Staaten siehe Dok. 465.

⁹⁵ Die Forderung der Sowjetunion bei den am 12.10.1939 in Moskau begonnenen Verhandlungen zwischen der UdSSR und Finnland lautete auf Abtretung aller Inseln im Finnischen Meerbusen sowie der Hafenstadt Koivisto/Björkö (heute russ. Primorsk) an die UdSSR (Jakobson: Diplomatie im Finnischen Winterkrieg, S. 142–143).

wurde,⁹⁶ wenn sie uns herausfordern, dann denke ich, dass, wenn es sein muss, sich keiner von Euch drücken wird (stürmischer Applaus).⁹⁷

Wir müssen bereit sein, denn nicht wir entscheiden, es entscheiden die standfesten Menschen, mit festem Willen, mit festem Rückgrat. Das Schicksal des Landes liegt in sicheren Händen, so dass wir Eisenbahner uns zusammen mit allen Werktätigen in dieser Frage auf die zuständigen Instanzen verlassen können – auf die Regierung und das Politbüro des ZK der Kommunistischen Allunions-Partei der Bolschewiki (stürmischer Applaus).

Was den Rest betrifft, so ist unsere internationale Lage jetzt sehr gut, sicher und stabil. Wir haben innerhalb kurzer Zeit derartige Siege errungen, dass es sich nur schwer vorzustellen lässt. Der Sinn dieser Siege besteht nicht nur darin, dass wir die Westukraine und Westweißrussland der Sowjetunion angeschlossen haben, nicht nur darin, dass wir unsere Position gewaltig gestärkt haben. Nein, der historische Sinn dieser Ereignisse besteht darin, dass die Sowjetunion eine völlig neue Lage, eine neue Linie in die gesamte Geschichte der internationalen Beziehungen, der internationalen Diplomatie und der Politik hineinbringt. Während in den imperialistischen Staaten vernichtet wird...⁹⁸ nimmt jede beliebige Aktion, die die imperialistischen Regierungen unternommen haben, sie waren von Blut begleitet, von kolossalen Opfern, angefangen mit Abessinien⁹⁹ und abschließend mit den übrigen Unternehmungen, die jede einzelne imperialistische Großmacht initiiert hat. Bei uns verhält es sich komplett umgekehrt. Wir agieren friedlich, und haben dabei unsere Verteidigungsstellung gestärkt wie noch nie, wir haben die Grenze weiter von Leningrad wegbewegt, haben diese angrenzenden Länder faktisch zu unseren Verbündeten gemacht. Sollte etwas passieren, werden sie uns verteidigen. Wenn es sein muss, werden wir auf einem Territorium kämpfen – haltet es für fremd oder nicht – jedenfalls auf einem Territorium, das es bis vor kurzem [für uns] nicht gegeben hat.

Unsere gesamte Politik ist eine Politik der Stärkung unserer Verteidigung, eine Politik der Befestigung unserer Grenzen, es ist eine Stalinsche Politik, die bedeutet,

96 Der Botaniker und Politiker der Nationalen Fortschrittspartei Aimo Kaarlo Cajander (1879–1943) war von 1937 bis 1939 finnischer Premierminister. Die *Pravda* publizierte am 26.11.1939 einen Leitartikel unter dem Titel „Ein Hanswurst auf dem Posten des Premiers“. Darin wurde der Premierminister in drastischen Worten verhöhnt, u.a. wurde ihm vorgeworfen, gegen den „Willen des finnischen Volkes“ die Verhandlungen mit der UdSSR sabotiert zu haben und ein Verehrer des russischen Zarismus zu sein (Šut gorochovj na postu prem'era. In: *Pravda*, 26.11.1939).

97 Nachdem die Sowjetunion am 29.11.1939 die diplomatischen Beziehungen zu Finnland abgebrochen hatte, kostete der damit begonnene „Winterkrieg“ (finn.: *talvisota*) die Rote Armee aufgrund des erbitterten Widerstands der Finnen und der überlegenen Ausbildung der finnischen Truppen hohe Verluste, und trug, verbunden mit dem Ausschluss der UdSSR aus dem Völkerbund, zu ihrem weiteren Prestigeverlust in der Weltöffentlichkeit bei. Erst am 13.3.1940 wurde ein Friedensabkommen unterzeichnet, mit territorialen Verlusten für Finnland.

98 So im Original. Vermutlich brach hier der Gedankengang Kaganovičs ab.

99 *Abessinien*: Gemeint ist der italienische Überfall auf Abessinien 1935. Siehe Dok. 370, sowie die Politbürobeschlüsse vom 4.10.1935, 11. und 14.12.1935 u.a.

fest, sicher, ruhig, ohne Hysterie, ohne Hetze, ohne Eile die eigene Linie umzusetzen, und dabei eine Position nach der anderen zu verteidigen. Wir hoffen, mit dieser Position die Lage zu konsolidieren. Die internationale Lage ist gut. Wir standen kurz davor, in einen großen Krieg hineingezogen zu werden. Wir wären jetzt aktive Kriegsteilnehmer. Die Engländer und Franzosen hätten abseits gestanden, hätten zugeschaut und von Flugzeugen Flugblätter abgeworfen, doch vielleicht hätten sie nicht einmal Flugblätter geworfen. Sie wollten uns in einen Krieg hineinziehen, damit wir uns an den Deutschen den Kopf stoßen, aber die Sache ging so aus, dass die imperialistischen Mächte [sich be]kämpfen,¹⁰⁰ und wir zuschauen, und dabei schauen wir nicht nutzlos zu, sondern reißen uns dieses und jenes unter den Nagel.¹⁰¹

Das heißt, unsere Politik ist richtig, und deswegen muss man diese Politik bis zum Ende fest, auf bolschewistische Art, unterstützen, und ich denke, dass die Eisenbahner diese Politik unterstützt haben, unterstützen und unterstützen werden, denn es ist die Politik STALINS, die Politik der Partei, die Politik unserer geliebten Regierung.

(Applaus).

Gen. BABAJCEV¹⁰² – Wir sind in der allergünstigsten Lage, weil es in keinem einzigen Land des Kapitals einen solchen Minister gegeben hat und gibt, wie bei uns in der Sowjetunion für den Eisenbahnverkehr den Volkskommissar der Verkehrswege Lazar' Moisevič Kaganovič.

(Applaus).

Gen. KAGANOVIČ – Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

100 Die Vorstellung, die Sowjetunion könne, nicht zuletzt dank des Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes mit Deutschland, im europäischen Krieg die Rolle des profitierenden Dritten einnehmen, äußerte Stalin bereits am 9.9.1939 in einer Unterredung mit Dimitrov, Molotov und Ždanov. Seine krude Argumentation wird von Dimitrov in den Tagebüchern folgendermaßen wiedergegeben: „Der Krieg wird zwischen zwei Gruppen von kapitalistischen Staaten geführt. [...] Wir haben nichts dagegen, daß sie kräftig aufeinander einschlagen und sich schwächen. – Nicht schlecht, wenn Deutschland die Lage der reichsten kapitalistischen Länder (vor allem Englands) ins Wanken brächte.“ (Dimitroff. Tagebücher, I, S. 273–274).

101 Für den Einmarsch der Sowjetunion in Polen traf dieser Ausspruch auch im konkret-materiellen Sinne zu. So besprach das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 10.10.1939 die Frage der „Kriegstrophäen der Polen-Kampagne“. Die Befehlshaber der ukrainischen und weißrussischen Fronten wurden aufgefordert, Listen der entsprechenden „Trophäen“ zusammenzustellen, insbesondere „Waffen, Munition, Eigentum der [von den Deutschen versenkten] Pinsker Militärbinnenflotte, Ausrüstung von Kriegsbetrieben, Autos, Motorräder und Fahrräder, Pferde, Gegenstände der Güterversorgung und des Trosses, Treibstoff für Flugzeuge und Autos, militärische Reparaturbasen und -werkstätten usw.“ (RGASPI, Moskau, 17/3/1015, 10).

102 Wahrscheinlich I.F. Babajcev, Leiter des nach Kaganovič benannten Lokomotivdepots in Moskau (vgl. <http://rgakfd.altsoft.spb.ru/showObject.do?object=1811896980>).

Dok. 467**Diskussionsbeitrag Dimitrovs in der Kommission des
EKKI-Sekretariats über die Fehler der KPD**

Moskau, 29.11.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1298, 119–143. Erstveröffentlichung.

Vertraulich!

Sitzung der Kommission des

Sekretariats des EKKI¹⁰³

am 29.XI.1939

Kl/Bö./1 /Diskussion/¹⁰⁴*Genosse Dimitroff:*

Es ist begreiflich, dass im Zentrum unserer Diskussion gerade die Frage der KPD steht.¹⁰⁵ [...] Fast sieben Jahre nach dem Hitlers Umsturz sind verflossen und man kann feststellen, dass nur ein ganz kleiner Teil der Kader der KPD renegiert ist.¹⁰⁶ [...] Und ein anderer Teil der Kader in den Gefängnissen und Konzentrationslagern, an der Spitze unser Genosse Thälmann, stehen fest wie ein Felsen. [...] So stehen Hunderte unserer Genossen, aktive Kämpfer der KPD, die sechs bis sieben Jahre in den Gefängnissen und Konzentrationslagern sitzen, treu zur Kommunistischen Partei, treu zur Kommunistischen Internationale, treu zum Kommunismus. Diese Partei, Genosse Pieck, liebt die Kommunistische Internationale nicht weniger als der Genosse Pieck und die deutschen Kommunisten selbst. Wir sind stolz auf die deutsche Kommunistische Partei, aber das kann nicht verhindern, sondern das verpflichtet, die wahre Lage der Partei zu sehen, besonders in der jetzigen Situation des Krieges im Zusammenhang mit den großen Prozessen, die innerhalb Deutschlands sich entwickeln, ist die grosse Aufgabe der Partei gestellt.

103 An anderer Stelle wird die Kommission als „Kommission des Sekretariats zur Frage der KPD, KPOE. und KPTsch.“ bezeichnet (RGASPI, Moskau, 495/18/1298, 109).

104 Die Überschrift ist aus der unkorrigierten Version des Stenogramms (RGASPI, Moskau, 495/18/1298, 144) übernommen. Die im weiteren verwendete korrigierte Version des Stenogramms trägt weder Datum noch Überschrift.

105 Auf der Sitzung des EKKI-Sekretariats vom 23.11.1939 stand lediglich die Frage „Betr. KPD, KPTsch. und K.P.Oe.“ auf der Tagesordnung. Nach Berichterstattung durch Arndt (Ps.), d.i. Karl Mewis, Wilhelm Pieck, Klement Gottwald, Johann Kopleng, Otto Ditman und Fritz Schalek wurde die Verlagerung der Frage in eine „breite Kommission“ beschlossen (RGASPI, Moskau, 495/18/1298, 2). Diese tagte am 27. und 29.11.1939, und förderte eine für Komintern-Verhältnisse stark emotionalisierte Debatte zutage, v.a. um die Fehler und Versäumnisse der KPD drehte. Teilnehmer waren u.a. Jenő Varga, Dimitrov, Pieck und Johann Kopleng (RGASPI, Moskau, 495/18/1298, 109ff).

106 *renegiert ist*: Soll heißen „abgeschworen“ hat, zum „Renegaten“ geworden.

Wir müssen offen sagen, dass die Lage der deutschen Partei in der jetzigen Situation eine sehr ernste ist. Es ist in keinem Zusammenhang mit Pessimismus, wenn wir diese Tatsache feststellen und offen die grossen Schwächen der deutschen Partei sehen. Sie hat Fehler gemacht. Soll man das kritisieren? Muss man das kritisieren? Selbstverständlich. Ohne ernste Kritik und Selbstkritik kann die Partei aus dieser Lage nicht herauskommen. Besonders bedauere ich, in gewissem Sinne glaube ich sagen zu können empörend, ist die Haltung der deutschen Genossen zur Kritik zu sehen [sic], besonders des Genossen Pieck,¹⁰⁷ eine Haltung, die aufgebaut ist auf die Konstruktion, dass in der K.I., in unserer Leitung Tendenzen sind, die KPD, die glorreiche KPD, die KPD, die wir schätzen, die wir lieben, zu degradieren, die Parteiführung zu diskreditieren, evtl. sogar die Parteiführung, wenn wir das so sagen wollen, zu österreichisieren.¹⁰⁸

Weiter: Gegen die KPD geht ein Kampf – Genosse Pieck hat das zu meiner grossen Überraschung ausgesprochen – ein Kampf gegen die KPD und darum haben Genosse Pieck und andere deutsche Genossen sich auf eine Verteidigungsfront gestellt und belegen vor unserem Sekretariat wie vor einem Gericht, dass die Lage der Partei nicht so schlecht ist, dass die Tätigkeit der Partei nicht zufriedenstellend ist, aber auch nicht schlechter wie bei anderen Parteien. Und dann kommt eine Offensive gegen die „Gegner“, gegen die tschechischen und österreichischen Genossen. Front gegen Front. Wir haben so etwas nach dem VII. Kongress¹⁰⁹ – glaube ich – zum ersten Male erlebt. So etwas ist bis jetzt noch nicht dagewesen. [...]

Es ist etwas besonderes in Deutschland. Ich sage offen, die Frage ist so, dass man nicht nur die Grundfragen der Existenz und des weiteren Ausbaus der Partei stellen und über sie sprechen muss, sondern Alarm schlagen und beunruhigt sein [muss]. Aber das haben wir nie gesehen. Es ist eine gewisse Selbstzufriedenheit vorhanden. Ich frage zum Beispiel unsere deutschen Genossen: Was charakterisiert eine Partei, die als Partei lebt und als Partei arbeitet? Die deutsche Partei existiert. Wenn jemand sagt, dass die Partei verschwunden ist, so ist das eine Unwahrheit und Verleumdung. Die deutsche Partei existiert als einzelne Mitglieder, einzelne Kommunisten, die verstreut im ganzen Lande sind und die nicht verbunden sind mit einer festen Organisation unter einer festen Leitung.¹¹⁰ Stimmt das oder nicht? Das stimmt. Man muss

107 Wilhelm Piecks handschriftliche Notizen über die Sitzung sind überliefert. Siehe: SAPMO-BArch, Berlin, Nachlass Pieck, NY 4036/540, 166–172. Auszugsweise publ. in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 209–210.

108 Hiermit gemeint sind die Befürchtungen in der KPD-Führung, gegenüber der österreichischen KP benachteiligt zu werden. Zur von der Komintern geforderten, jedoch kaum umgesetzten Zusammenarbeit zwischen der deutschen, österreichischen und tschechischen KP siehe Dok. 464.

109 Vom VII. Weltkongress (1935) sind solche Auseinandersetzungen nicht überliefert. Vermutlich eine Anspielung Dimitrovs auf die Auswechslung leitender Komintern-Kader seit dem VII. Weltkongress.

110 Auch das Geheime Staatspolizeiamt stellte in einem Bericht diesbezüglich fest: „Es fehlt den noch vorhandenen und ohne organisatorischen Zusammenhalt in Verbindung stehenden kommunistischen Kreisen jede einheitliche Ausrichtung.“ (SAPMO-BArch, Berlin, R 58/3070, 13. Zit. nach:

dialektisch sein. Sie existiert und ist doch keine richtige Partei, keine organisierte Partei. Die Partei hat deswegen keine einheitliche politische Linie. [...] Eine Leitung, ein politischer Kopf im Lande selbst, abgesehen davon, wo er ist, ob in Berlin oder in einer anderen Stadt, ob in einer Wohnung oder in einem Keller [...] – das haben wir nicht. Es gibt eine Leitung im Ausland, Instruktoren, die aus dem Lande kommen, Instruktionen übergeben und bekommen. Ich sage, es ist einer der grössten Fehler der führenden Genossen, die im Auslande sind, dass [...] sie, nachdem die Lage sich geändert hatte und die Verhältnisse anders geworden waren, es nicht ermöglichten, eine Leitung im Lande zu organisieren.¹¹¹ Die Führer im Ausland sind auf der Linie des geringsten Widerstandes weitergegangen. Stimmt das oder nicht? Muss man das kritisieren? Muss man das feststellen und eine Lehre daraus ziehen? Ich glaube, darüber ist, meiner Meinung nach, jede Diskussion ausgeschlossen. Das muss man zugeben und die Konsequenzen daraus ziehen.

Es wurde über grosse Bewegungen gesprochen, die im Lande stattgefunden haben. Erstens darf man nicht übertreiben, – es waren nicht so grosse Bewegungen; zweitens haben die Kommunisten bestimmt daran teilgenommen und mitgemacht, aber die Partei als Partei – nicht; drittens, alle diese Bewegungen, über die berichtet wurde, haben vorwiegend wirtschaftlichen Charakter gehabt. Es gab in diesen 6–7 Jahren in Deutschland keine politische Bewegung gegen den Faschismus.¹¹² Stimmt das oder nicht? Ich glaube, es stimmt. Wir brauchen hier keine Zitate aus Artikeln oder anderen Sachen und Dokumenten, um das zu beweisen. [...]

Ich frage weiter: Niemand kann uns bestimmt sagen (leider auch die deutschen Genossen haben diese Informationen nicht – meiner Meinung nach müssten sie sie haben), wie viel[e] unserer Genossen, wie viel[e] Leute in den Gefängnissen und Konzentrationslagern sitzen.¹¹³ Da sitzen gewöhnlich nicht einfache Genossen. Ich

Kinner: Der deutsche Kommunismus, III, S. 97). Zur Fragmentierung der Kommunisten in Hitlerdeutschland und den Schwierigkeiten, Komintern-Richtlinien an die Kommunisten in Deutschland zu kommunizieren, siehe auch Dok. 433.

111 Dimitrov unterstellt hier, dass sich die Lage für die KPD durch den Stalin-Hitler-Pakt objektiv zum Positiven verändert habe.

112 Vermutlich meinte Dimitrov das Ausbleiben einer politischen Massenbewegung gegen das Hitlerregime. Mit dieser Aussage, die die KPD diskreditieren sollte, negierte Dimitrov gleichzeitig den Widerstand, der nicht von den verbliebenen KPD-Strukturen ausging. Zur Veranschaulichung der Breite des politischen Widerstands in Berlin trotz aller Begrenzungen siehe neuerdings: Sandvoß: Die „andere“ Reichshauptstadt.

113 In den Jahren 1933/34 wurden 60.000 Kommunisten verhaftet und 2000 von ihnen ermordet, 1935 gab es 15.000 Festnahmen von Kommunisten. Von 1933 bis Ende 1935 wurden fast 3000 Prozesse gegen mindestens 18.243 Kommunisten geführt. Von den 300.000 KPD-Mitgliedern im Jahr 1932 waren 150.000 mehr oder weniger lange in Haft (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 20; Herbst: Kommunistischer Widerstand). Von September bis November 1939, also während der Laufzeit des Nichtangriffs- und Freundschaftspakts mit Hitlerdeutschland wurden immer noch 3037 Personen „wegen marxistischer Betätigung im weiteren Sinne“ festgenommen (Kinner: Der deutsche Kommunismus, III, S. 96).

glaube, die grosse Masse der Genossen in Gefängnissen und Konzentrationslagern sind die aktiven Funktionäre, ein grosser Teil von unserem goldenen Fond[s] der deutschen Arbeiterklasse, der deutschen Revolution. Die Gefangenen, wie die Familien, leiden. Wenn die Frauen und die Familien von verantwortlichen Funktionären der Partei sich jetzt in der grössten Not befinden und keine Verbindung mit der Partei oder irgendeiner Gruppe der Organisation haben – und das wissen wir positiv – was zeigt diese Tatsache? Das zeigt, dass kein organisiertes Organ für die Gefangenen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern und für die Familien dieser Genossen besteht. Weiter Genossen, dass die Leitung und die Instrukteure diese grosse und wichtige Aufgabe der Partei und Arbeiterklasse vernachlässigt haben, sie haben diese Leute in den Händen von Feinden gelassen und Schluss. Das zeigt nicht eine besondere Tätigkeit der Partei und man kann nicht Aktivität der ausländischen Parteileitungen und der hiesigen Leitung zugute schreiben. Im Gegenteil. [...]

Genosse Pieck ist empört, wenn andere Genossen sagen, dass ein Kampf gegen den grossdeutschen Chauvinismus von der Partei nicht geführt worden ist. In verschiedenen Dokumenten ist etwas gesagt gegen den grossdeutschen Chauvinismus, aber die Tatsache ist nicht vorhanden, dass im Lande selbst eine Kampagne, eine Aufklärungsarbeit geführt wurde. Es genügt nicht, nur zu deklarieren, es genügt nicht, etwas nur in Resolutionen aufzunehmen und zu betonen, sondern dass es Blut und Fleisch wird vor allem, es unseren Kommunisten und Parteimitgliedern und vor allem den Massen zu erklären. Was kann man sagen über eine solche Tatsache, dass kein einziger Kommunist im Lande die Geschichte der KPdSU vollständig in die Hand bekommen hat? Einzelne Texte sind ins Land geschickt worden, niemand weiss wieviel, niemand weiss, wieviele Leute sie bekommen haben.¹¹⁴ Kein einziges Exemplar in diesem Deutschland, das ein Grossdeutschland geworden ist. Im Gegenteil in Oesterreich ist ein Teil verbreitet worden und auch in der Tschechoslowakei wurde etwas gemacht. [...]

Der Pakt¹¹⁵ übt einen revolutionierenden Einfluss auf Deutschland aus. [...] Die Frage der Sowjetunion und die Frage des Sozialismus bekommt jetzt in Deutschland eine Legalität. Legale Diskussionen, legale Agitation in jedem Betrieb, überall kann man ganz legal zu dem deutsch-sowjetischen Pakt auftreten, über die Sowjetunion

114 Gemeint ist der „Kurze Lehrgang“ (Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki). Kurzer Lehrgang, Moskau, Verlag für Fremdsprachige Literatur, 1939), dessen illegaler Verbreitung seitens der Komintern unverhältnismässig große Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Im Direktivbrief der KPD zum Stalin-Hitler-Pakt vom 21.10.1939 hiess es dazu: „*Die Arbeiterklasse kann diese historische Aufgabe nur erfüllen*, wenn sie sich leiten lässt von der einzigen fortschrittlichen Theorie, von der *Theorie des Marxismus-Leninismus*. Deshalb ist die weiteste Verbreitung und Durcharbeitung der „Geschichte der WKP (B)“ die vordringlichste Aufgabe. [...] Wir schlagen vor, das Studium möglichst in kleinen Zirkeln durchzuführen und durch Abschreiben und Vervielfältigen einzelner Abschnitte des Buches die weitere Verbreitung zu organisieren.“ (RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 116). Auch Schriften Stalins sollten verstärkt auf diese Weise (!) verbreitet werden, siehe Dok. 481.

115 Gemeint ist der Stalin-Hitler-Pakt.

sprechen, über den Sozialismus diskutieren.¹¹⁶ Die Grösse dieser Tatsache kann man nicht richtig genug einschätzen, so grosse Möglichkeiten sind für die Kommunistische Partei durch diesen historischen Akt geschaffen. Es ist ohne Zweifel, dass ein Teil von Anhängern der nationalsozialistischen Partei, werktätige Elemente, solche Elemente, die unter dem Einfluss des Faschismus gewesen sind, sich unter dem Einfluss des deutsch-sowjetischen Paktes, unter dem Einfluss der Popularisierung der Sowjetunion und des Sozialismus auf die Sowjetunion, auf den richtigen, den wahren Sozialismus, auf ein Zusammengehen in zukünftigen Kämpfen mit den Kommunisten und der Kommunistischen Partei orientieren. [...]

Ich glaube, in dieser Etappe des Kampfes steht nicht die Frage des Sturzes von Hitler. Anstatt solcher Losungen muss man den englischen Imperialismus entlarven und bekämpfen, die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und der Sowjetunion vertiefen. Man muss berücksichtigen, dass für das Hitlerregime der deutsch-sowjetische Pakt eine Konjunktursache ist, nicht aus tiefster Ueberzeugung erfolgte und bei der ersten Möglichkeit evtl. eine neue Wendung in der deutschen Politik durchaus möglich ist. Die Garantie gegen eine solche Wendung in der deutschen Politik ist die Kraft der Arbeiterklasse, die Kraft des deutschen Volkes und seiner Freundschaft mit der Sowjetunion. [...]

Weiter. Im Hitlerdeutschland ist alles auf das sogenannte Führerprinzip aufgebaut. [...] Gegen dieses Führerprinzip des faschistischen Regimes soll man die Massen mobilisieren, für die Selbstverwaltung, für die freie Organisation, eigene Massenorganisationen – Florin hat darüber gesprochen – bis zu politischen, selbständig gewählten Organen, ohne Sturz des nationalsozialistischen Systems. Dann, Freilassung der gefangenen Kommunisten bis zur Legalisierung, freie Hand und Tätigkeit der Kommunistischen Partei. Das propagieren, dafür Massen gewinnen, dafür kämpfen, dafür eine Reihe Nationalsozialisten zu gewinnen [...].

Erlauben Sie mir noch ein paar Worte über die gegenseitigen Beziehungen der drei Parteien.¹¹⁷ Ich habe schon gesagt, für eine Vereinigung der drei Parteien, eine einheitliche Partei zu schaffen, ist es noch zu früh. Das kann nur schädlich sein. Erstens: Das sogenannte Grossdeutschland ist ein provisorisches. Wie lange bleibt dieses „Grossdeutschland“ ist eine Frage. Zweitens: Die Lage in den drei Ländern ist ganz verschieden, die Aufgaben in diesen Ländern sind ebenfalls verschieden, spezielle Aufgaben für die deutsche Partei, für die österreichische und die tschechische Partei. Drittens muss man vor Augen haben: die deutsche Partei ist die Partei der Arbeiterklasse der herrschenden Nation. Begreiflich ist das Misstrauen unter den Massen und der Arbeiterklasse, unter den Kommunisten sogar, in der Tschechoslowakei und in Oesterreich. Die Vereinigung der drei Parteien bei einer solchen Lage wird nicht die eigene Partei stärken, sondern schwächen. [...]

116 Eine ähnliche Imaginierung einer nicht existenten „Meinungsfreiheit“ in Hitlerdeutschland findet sich auch im Dok. 457.

117 Gemeint sind neben der KPD die KP Österreichs und die KP der Tschechoslowakei.

Die Verbindungen sind praktisch zwischen dem Ausland und Deutschland abgerissen, das muss man sagen. Die Verbindungen müssen wir in allernächster Zeit wieder herstellen.¹¹⁸



Am 4.12.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, die in Westweißrussland und der Westukraine lebenden polnischen Wehrbauern mit ihren Familien durch das NKVD ins Innere der Sowjetunion deportieren zu lassen, um sie bei Waldarbeiten einzusetzen.¹¹⁹

Am gleichen Tag beschlossen wurde die Zuteilung von 3 Millionen Rubel aus dem Reservefonds des Rats der Volkskommissare an Otto Kuusinen – vermutlich für die Bedürfnisse der von ihm geführten Marionettenregierung der sowjetfreundlichen „Finnischen Demokratischen Republik“ in Terijoki.¹²⁰

Am 11.12.1939 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Beschluss zur Einrichtung eines neuen Laboratoriums am Lenin-Mausoleum, vor allem um die Balsamierungs- und Konservierungstechniken einer neuen Generation von Forschern zu vermitteln.¹²¹

Am 16.12.1939 behandelte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Havarie des Passagierdampfers „Indigirka“. Das Schiff, das größtenteils befreite GULAG-Häftlinge an Bord hatte, fuhr am 13.12.1939 an der japanischen Küste vor Hokkaido gegen ein Riff, als es auf dem Weg von Magadan nach Vladivostok war. Über 740 Menschen starben, 430 Menschen wurden von den Japanern gerettet. Das Politbüro beschloss, eine Delegation von Spezialisten an die Unglücksstelle zu entsenden, um den Zustand des gestrandeten Schiffs zu untersuchen. Die geborgenen Leichen der Passagiere sollten in Anwesenheit des sowjetischen Vertreters in Japan kremiert und die Urnen nach Vladivostok gebracht werden. Für die Kremierung wurden am 22.12.1939 der sowjetischen Botschaft in Japan 50.000 Yen zugeteilt. Den japanischen Behörden übergab man am 29.1.1940 nach langen Verhandlungen 105.000 Yen für die Bergungsarbeiten.¹²²

118 In einer Gegenrede wehrte sich Wilhelm Pieck gegen Dimitrovs Vorwürfe. Er war offensichtlich erzürnt und sprach vom „Herunterreißen einer Parteiführung“, was mit einer „kameradschaftliche[n] Kritik“ nichts mehr zu tun habe (siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 209–210).

119 Kostjuško: Materialy „osoboj papki“, S. 98.

120 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 120.

121 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 138, 148–149.

122 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 139, 154; 17/162/27, 4. Siehe auch: Kvašonkin/Košeleva/Rogovaja u.a.: Sovetskoe rukovodstvo, S. 402.

Dok. 468**Grußadresse des ZK der KPD an Stalin zu seinem 60. Geburtstag**

Moskau, 21.12.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 148–149. In deutscher Sprache auszugsweise publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 194. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 204–206.

Teurer Genosse Stalin!

Zu Deinem sechzigsten Geburtstage senden wir Dir im Namen aller deutschen Kommunisten und im Namen unseres seit fast sieben Jahren in Deutschland eingekerkerten Genossen Ernst Thälmann die herzlichsten brüderlichen Grüsse. Wir verehren in Dir den engsten und schöpferischsten Mitarbeiter unseres teuren Lenin bei der Organisierung der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution, des Aufbaus der Sowjetmacht und ihrer Verteidigung gegen die äusseren und inneren Feinde. Wir verehren in Dir den Lenin unserer Tage,¹²³ den Organisator des Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion, den grossen Führer, Lehrer und Freund des Weltproletariats. Unter Deiner genialen Führung haben die Bolschewistische Partei und das grosse Sowjetvolk in grandiosem Arbeitsheroismus den Sozialismus verwirklicht und damit den Beweis erbracht, [zu] welcher gewaltigen Leistung die Arbeiter und Bauern in ihrer Zusammenarbeit fähig sind, wenn sie von den Fesseln der kapitalistischen Unterdrückung und Ausbeutung befreit sind und wenn sie eine feste bolschewistische Führung haben. Strahlend steht vor den Massen die neue Welt des Sozialismus, die Sowjetunion, in der Glück und Wohlstand, nationale Freiheit und Kultur und wahre Demokratie zum Gemeingut Aller geworden sind und immer höher entfaltet werden, steht die Sowjetunion, die der wahre Freund aller Völker, der Schützer ihrer nationalen Selbständigkeit und Freiheit ist.

Teurer Genosse Stalin! Wir verehren in Dir den Mitschöpfer und Wahrer der Lehre unseres teuren Lenin, die Du durch Deine grossen theoretischen Leistungen am Werke des Marxismus-Leninismus weiter entwickelt hast. Du hast diese Lehre den

123 Das Bild von Stalin als „Lenin unserer Tage“ wurde von Henri Barbusse in seinem apologetischen Buch „Stalin – eine neue Welt“ (1935) geprägt. Dort heisst es im Schlusskapitel: „Die Toten leben nur auf der Erde weiter. Lenin ist überall da, wo es Revolutionäre gibt. Aber man kann sagen: nirgendwo ist der Gedanke und das Wort von Lenin so gegenwärtig, wie in Stalin. Er ist der Lenin unserer Tage.“ (Henri Barbusse: Stalin. Eine neue Welt. Aus dem Französischen übersetzt von Alfred Kurella, Paris, Éditions du Carrefour, 1935, S. 279). Nachdem Gor'kij kein Stalin-Biograph werden wollte, gedachte man diese Rolle Barbusse zu. Sein Buch, das 1935 in mehreren Sprachen und in hoher Auflage erschien, wurde jedoch nicht wieder aufgelegt. Rogovin führt als Grund die Erwähnung einer Vielzahl von später ermordeten Kommunisten an (Vadim Rogovin: Vor dem grossen Terror. Stalins Neo-NÖP, Essen, Arbeiterpresse Verlag, 2000, S. 333).

Millionen und Abermillionen Arbeitern in der ganzen Welt zum Bewusstsein gebracht und in ihnen den Glauben an ihre Kraft und ihren Sieg gestärkt.

Teurer Genosse Stalin! Wir verehren in Dir den grossen Freund des werktätigen deutschen Volkes. Der unter Deiner Initiative zustande gekommene Freundschaftspakt zwischen der Sowjetunion und Deutschland ist das Ergebnis Deiner weisen und konsequenten Friedenspolitik, durch den nicht nur der von den englischen und französischen Imperialisten gewollte Krieg zwischen den Völkern der beiden Staaten verhindert, sondern auch die Grundlage für eine dauernde feste Freundschaft zwischen dem Sowjetvolke und dem deutschen Volke geschaffen wurde, dem in allen seinen grossen Nöten zu helfen Du immer bereit warst. Wir geloben Dir, alles zu tun, dass die werktätigen Massen Deutschlands den Freundschaftsvertrag zu ihrer urenigsten Sache machen und nicht zulassen, dass er, von wem auch immer, untergraben und zerstört wird.

Lieber Genosse Stalin! Wir deutschen Kommunisten haben das tiefe Herzensbedürfnis, Dir, unserem Lehrer und Führer, an Deinem sechzigsten Geburtstage für alles das zu danken, was Du uns, unserer Partei und den werktätigen Massen Deutschlands durch Dein Werk gegeben hast. Du stehst vor uns als das leuchtende Vorbild eines wahrhaft revolutionären Kämpfers. Wir streben darnach, so zu werden wie Du. Wir wollen, so wie Du, konsequent und aufopferungsvoll kämpfen für die Verwirklichung der Lehre von Marx-Engels-Lenin-Stalin.

Lang lebe unser grosser Stalin!¹²⁴

21. Dezember 1939

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Wilhelm Pieck.



Am 22.12.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Einrichtung einer regulären Flugverbindung zwischen Deutschland und der UdSSR in Zusammenarbeit zwischen Aeroflot und Lufthansa. Sowjetischerseits sollte die Verbindung mit vier Douglas DC-3-Maschinen bewerkstelligt werden.¹²⁵

124 Auf der EKKI-Sekretariatssitzung vom 20.12.1939 wurde ebenfalls eine in ähnlich heroisierenden und apologetischen Tönen gehaltene Grußadresse an Stalin zu seinem sechzigsten Geburtstag verabschiedet, die um einiges ausführlicher ausfiel und positiv auf die Sowjetisierung der polnischen Ostgebiete und den sowjetischen Angriff auf Finnland einging. Unterzeichnet wurde sie von Georgi Dimitrow, José Diaz, Dolores Ibárruri, Klement Gottwald, Dmitrij Manuilski, André Marty, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Johann Koplénig, Zhou Enlai, Vasil Kolarov und Michal Wolf [d.i. Mihály Farkas] (siehe: RGASPI, Moskau, 495/18/1301, 35–39).

125 RGASPI, Moskau, 17/162/26, 153–154.

Dok. 469**Brief Gustav Sobottkas an das EKKI über die Verhaftung seines Sohnes in der Sowjetunion und die Lebenssituation seiner kranken Frau**

[Moskau], 22.12.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 158–163. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 206–214.

An die Genossen Dimitroff,
Manuilski,
Pieck.

Werte Genossen!

Am 8. Dezember 1939 musste ich meine Frau in die Heilanstalt für Geisteskranke, Kaschenko,¹²⁶ bringen. Sie war seelisch vollkommen zusammengebrochen und sah in jedem Menschen einen Feind. Ich kenne meine Frau seit ihrem 17. Lebensjahr, jetzt ist sie 52. Seit 31 Jahren sind wir verheiratet. Seit 1909 bin ich und seit 1910 meine Frau politisch organisiert¹²⁷ und seit Bestehen der Kommunistischen Partei Deutschlands deren Mitglieder. Wir haben als Funktionäre der sozialistischen Arbeiterbewegung manche schwere Zeiten durchgemacht. Nie hat meine Frau irgendwelche Verzweiflung gezeigt; sie stand in allen Kämpfen tapfer an meiner Seite. Im März 1933, als ich auf Wunsch der Komintern Deutschland verliess,¹²⁸ setzte sie tapfer als Kassiererin ihrer Parteizelle in Berlin-Oberschöneweide ihre Arbeit fort. Als drei Monate später unsere beiden Söhne verhaftet und ins Konzentrationslager geworfen wurden, auch da liess sie den Mut nicht sinken.¹²⁹ Durch Zeitungsverkauf erwarb sie sich ihren

126 *Kaschenko*: Nach dem russischen Revolutionär und Psychiatrie-Reformer Petr P. Kaščenko (1859–1920) benannte psychiatrische Klinik in Moskau.

127 Gustav Sobottka (1886–1953), ein Veteran der deutschen Arbeiterbewegung, trat als Bergarbeiter 1909 in den Bergarbeiterverband ein, 1910 in die SPD, 1913 war er bereits Parteivorsitzender in Eickel. 1920 kam er über die USPD zu KPD, war von 1921 bis 1932 Mitglied des Preußischen Landtags und übernahm zentrale Funktionen in der RGO (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 879). Sobottka heiratete die Dienstmagd Henriette, geb. Schantowski (1888–1971), im Jahre 1909; 1910 trat sie in die SPD ein (Mensing: Von der Ruhr in den Gulag, S. 155).

128 Sobottka emigrierte im Frühjahr 1933 zunächst nach Saarbrücken und war Vorsitzender der Internationalen Konferenz der Bergarbeiter. Anschließend ging er 1935 nach Paris, von wo aus er mit seiner Familie im November des Jahres nach Moskau emigrieren konnte (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, 880).

129 Sobottkas Söhne Bernhard (1911–1945) und Gustav jun. (1915–1940) wurden im August 1933 verhaftet und blieben bis Ende 1933 in Konzentrationslagern inhaftiert. Bernhard blieb in Deutschland und arbeitete illegal für die KPD, wurde 1943 wiederholt verhaftet und zu fünf Jahren Haft verur-

Unterhalt und unterstützte ihre Söhne im Konzentrationslager. Ja, als ich selbst im Sommer 1933 als Angestellter der Profintern eine zeitlang keine Geldmittel zum leben hatte und mich im Saargebiet befand, stellte meine Frau mir ihre Spargroschen zur Verfügung, damit ich meine Arbeit fortsetzen konnte. Im August 1933 wurde sie selbst von den Faschisten verhaftet, doch nach vier Wochen Haft wieder entlassen. Sofort setzte sie ihre Parteiarbeit fort, bis im April 1934, als ihr die Gestapo den Zeitungsverkauf entzogen hatte und ein zweiter Haftbefehl gegen sie erlassen wurde, folgte sie mir nach dem Saargebiet und später nach Paris. Auch hier war das Leben für sie nicht leicht; der Sprache unkundig, stets auf der Suche nach einer illegalen Wohnung, jeden Augenblick gewärtig zu sein von der Polizei angehalten und verhaftet zu werden, war wenig erfreulich. Doch meine Frau ertrug alles und lies nie den Mut sinken. Als Kommunistin hielt sie fest an ihrer Ueberzeugung; oft sagte sie: Wir müssen alles durchhalten, einmal wird die Arbeiterklasse siegen, dann wird es auch für alle besser.

Und diese tapfere Frau, die niemals krank war, bricht jetzt verzweifelt am Leben zusammen.

Im Dezember 1935 kam sie mit mir und ihrem jüngsten Sohn nach der Sowjetunion.¹³⁰ Hier fing sie an sofort die Sprache zu erlernen, sodass sie bald besser russisch sprach wie ich. Sie lernte in Sanitätskursen, die im Klub „Ernst Thälmann“ abgehalten wurden,¹³¹ besuchte die Kurse für Parteigeschichte, um ihr Wissen zu vervollkommen und sich so besser in die Reihen der Sowjetbürger einzureihen.

Dasselbe tat unser Sohn. Er arbeitete im Werk NATI.¹³² In einem Jahr erlernte er die russische Sprache, besuchte neben seiner Fabrikarbeit die Rabfak¹³³ und später Abendkurse in einem Moskauer Institut. Es war für uns Eltern eine Freude zu sehen,

teilt. 1945 von britischen Truppen aus dem Gefängnis befreit, starb er wenige Monate später an den Haftfolgen. Gustav jun. hingegen zog mit seinen Eltern 1935 nach Moskau (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 880).

130 Gustav Sobottka jun. war bereits seit 1923 Mitglied der KPD-Kinderorganisation, mit 14 Jahren war er Gruppen-Polleiter im KJVD. Bei seiner Einreise transportierte Sobottka jun., der mittlerweile den Parteinamen „Hans Boden“, trug, als Kurier Dokumente der Roten Gewerkschafts-Internationale in die Sowjetunion (Mensing: Von der Ruhr in den Gulag, S. 155–156; Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Sobottka, Gustav“).

131 Der 1923 gegründete Deutsche Kommunistenklub in Moskau wurde Anfang der 1930er Jahre in „Klub ausländischer Arbeiter „Ernst Thälmann““ umbenannt, ab November 1937 schlicht Ernst-Thälmann-Klub. Der Klub hatte mehrere nationale Sektionen, deren zahlenmäßig größte die deutsche war. Für die deutschsprachige Emigration war die Einrichtung ein wichtiges kulturelles und soziales Zentrum. Mit der Verhaftung seines letzten Leiters, Albert Zwicker, wurde die Existenz des Klubs mit Anfang 1937 fast 2000 Mitgliedern beendet (siehe: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 30).

132 NATI: russ. Abk. „*Naučnyj avtotraktornyj institut*“ („Wissenschaftliches Forschungsinstitut für Automobile und Traktoren“), 1925 gegründete Forschungs- und Entwicklungsanstalt, die einen kleinen Versuchsbetrieb hatte. Gustav Sobottka jun. arbeitete dort als Schlosser.

133 *Rabfak*: Kurzform für russ. „*Rabočij fakul'tet*“ (Arbeiter-Fakultät), in den 1920er–1930er Jahren ein Netz sowjetischer Bildungseinrichtungen zur Vermittlung von Mittelschulbildung an Arbeiter.

wie schnell sich der Junge von 20 Jahren in die neuen Verhältnisse einlebte.¹³⁴ Nie beschwerte er sich. Von Kind an als Kommunist erzogen, zeigte er volles Verständnis für manche Schwierigkeiten, die sich hier und da zeigten. Wenn wir zu Hause mal über Arbeitsverhältnisse sprachen, so äusserte er sich stets nur lobend über seine Arbeitskollegen, seinen Meister und die Parteiorganisation des Betriebes. Oft sprach er mit mir oder der Mutter über die Bereitwilligkeit seines Meisters und seiner Arbeitskollegen, die ihm bei der Arbeit halfen, damit er bald das Handwerk des Mechanikers erlerne. Nie hörten wir auch nur ein Wort von ihm, das auch nur einen Zweifel an seiner ehrlichen aufrichtigen kommunistischen Gesinnung zugelassen hätte. Die Mutter war stolz auf ihren Sohn, den sie als einzigen bei sich hatte, während die anderen ihrer zwei Kinder im faschistischen Deutschland verblieben waren.

Dann kam das erste Unglück. In der Nacht vom 4. zum 5. März 1938¹³⁵ wurde unser Sohn verhaftet.¹³⁶ Als bei seinem Fortgang aus unserer gemeinsamen Wohnung die Mutter weinte, sagte mein Sohn zu ihr: „Weine nicht Mutter, ich war in Deutschland von Faschisten verhaftet. Hier sind es Genossen mit denen ich gehe und da ich ein reines Gewissen habe bin ich überzeugt, dass der Irrtum bald aufgeklärt wird und ich wieder zurückkomme.“ Als mein Sohn fort war, sagte meine Frau zu mir: „Ich bin überzeugt, er ist unschuldig, denn so spricht ein Verbrecher nicht zu seiner Mutter“.¹³⁷

134 Sobottka beschönigt hier den Lebenslauf seines Sohnes. Sobottka jun. besuchte neben der Lehre in der Traktorenfabrik die an der KUNMZ angeschlossene deutschsprachige *Rabfak*. Als diese im Herbst 1937 geschlossen wurde, konnte er wegen seiner mangelnder Russischkenntnisse weder eine russischsprachige *Rabfak* noch ein privates Lehrinstitut besuchen, wonach sein Vater für ihn eine Privatlehrerin engagierte. Auch sonst war seine Integration in die sowjetische Politik, um die er sich sehr bemühte, wenig erfolgreich: Weder sein Antrag zur Überführung in die VKP(b) im Januar 1936 noch ein Antrag zum Übertritt in die sowjetischen Staatsbürgerschaft im November desselben Jahres waren erfolgreich (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 158–159).

135 Laut Weber/Herbst und Mensing erfolgte die Verhaftung in der Nacht vom 4. auf den 5.2.1938 (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 880; Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 159).

136 Laut Mensing war Sobottka jun. wenige Stunden vor der Verhaftung in eine Auseinandersetzung mit dem Leiter des Moskauer Ernst-Thälmann-Klubs verwickelt, der ihm und weiteren jungen Deutschen den Eintritt verweigerte und sie angeblich ans „Naziagenten“ beschimpfte (Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 159). Der letzte Leiter des Ernst-Thälmann-Klubs, Albert Zwicker, wurde nur wenige Tage später, am 16.2.1938, selbst verhaftet, wonach der Klub aufgelöst wurde (vgl. Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 1065; Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 30). Es ist daher denkbar, dass die Auseinandersetzung nicht mehr mit Zwicker, sondern mit einem sowjetischen Beamten, der die Auflösung des Klubs in die Wege leitete, geführt wurde.

137 Gustav Sobottka jun. wurde vom NKVD als angebliches Mitglied einer Hitlerjugend-Organisation verhaftet. Das „Hitlerjugend“-Komplott war ein Konstrukt des NKVD, das die Vorgabe umsetzte, eine nationalistische Organisation unter jungen deutschen Politemigranten „aufzudecken“, wie dies eine im Zuge der Entstalinisierung abgegebene Erklärung eines ehemaligen NKVD-Mitarbeiters bezeugt: „Ich halte es für möglich, daß es unter den verhafteten jungen Deutschen einige der Sowjetunion feindlich gesinnte Elemente gab. Aber der überwiegende Teil von ihnen wurde grundlos verhaftet. [...] Im Ganzen war die Organisation ‚Hitler-Jugend‘ [...] künstlich geschaffen.“ (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 106–109). Siehe auch: Dehl: Verratene Ideale, S. 169–278; Hans Schafraneck: Am Beispiel

Von der Unschuld ihres Sohnes überzeugt, überwandt die Mutter verhältnismäßig schnell den Schmerz in dem Glauben an seine baldige Rückkehr und die Gerechtigkeit der Sowjetjustiz.

Bei der Verhaftung sagte uns der NKWD-Beamte, dass wir nach etwa 5 Tagen nach der Lubjanka 14¹³⁸ kommen sollten, da würden wir erfahren, wo unser Sohn ist. Zuerst ging ich dorthin. Die Auskunft, die ich erhielt, war: „Wir wissen von nichts, gehen Sie zum Taganka-Gefängnis“.¹³⁹ Die Mutter ging dorthin. Die Antwort war, „hier ist er nicht, gehen Sie zu Matrosnaja Tichina“.¹⁴⁰ Von Matrosnaja Tichina wurde die Mutter zum Prokuror¹⁴¹ Dimitrowka 18 geschickt¹⁴² – „Kommen Sie nach 14 Tagen wieder, dann erhalten Sie Auskunft“ – . Nach 14 Tagen: „Gehen Sie zu Arbatskaja 37, dort erhalten Sie Auskunft“.¹⁴³ Dort wissen sie wieder von nichts – „Gehen Sie zum Kusnetzki Most 24,¹⁴⁴ die müssen es wissen“. Die wissen auch von nichts. So ging es neun Monate lang. Wir schrieben an die Prokuratur,¹⁴⁵ an die NKWD – die Briefe wurden nicht beantwortet. So war der Sohn spurlos verschwunden.¹⁴⁶

Erst ungefähr Ende November 1938 wurde ich telefonisch von der NKWD abends spät angerufen. Man sagte mir, dass unser Sohn uns grüssen lässt und bittet die Mutter, ihm Wäsche und einige Kleidungsstücke, sowie etwas Geld zu bringen. Wir sollten die Kleidungsstücke am nächsten Tage punkt 12 Uhr mittags an den Eingang des NKWD-Gebäudes bringen. Die Mutter brachte die Sachen hin. Dort wurden die Sachen abgenommen. Auf die Frage, wo der Sohn sich befände, erhielt sie nur die Antwort, es ginge ihm gut. Es wurde ihr verboten, irgend jemand von dieser Sache etwas mitzuteilen.

Nach diesem Geschehnis weinte die Mutter mehrere Tage. Sie war der Meinung, dass der Sohn verschickt worden sei. Dann beruhigte sie sich wieder; es ist unmöglich, dass er verschickt ist, er ist unschuldig, er muss wieder kommen. Das war ihr fester Glaube.

der Moskauer Hitler-Jugend (1938). Mechanismen des Terrors der stalinistischen Geheimpolizei. In: *Jahrbuch Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (1999), S. 124–160.

138 In der Bol'saja Lubjanka, Hausnummer 14, befand sich das Hauptquartier des NKVD.

139 Das Moskauer Taganskaja-Gefängnis, 1804 erbaut, war Haftort vieler Bolschewiki vor der Revolution. Im „Großen Terror“ als Haftanstalt berüchtigt, wurde es 1958 abgerissen.

140 *Matrosnaja Tichina*: Richtig: *Matrosskaja Tišina* – Moskauer Untersuchungsgefängnis in der gleichnamigen Straße.

141 *Prokuror* (russ.): Staatsanwalt.

142 *Dimitrowka 18*: In der Bol'saja Dmitrovka, Hausnummer 18, befand sich vermutlich die Auskunftsstelle oder das Sprechzimmer der Staatsanwaltschaft. Die Behörde selbst befindet sich (auch heute noch) im Gebäude schräg gegenüber, Hausnummer 15a (in unmittelbarer Nachbarschaft zum RGASPI).

143 *Arbatskaja 37*: Im Arbat (so der korrekte russische Straßename), Hausnummer 37, befand sich das Revolutionäre Militärtribunal des Moskauer Bezirks.

144 In der Straße Kuzneckij Most, Hausnummer 24, befand sich die Auskunftsstelle des NKVD.

145 *Prokuratura* (russ.): Staatsanwaltschaft.

146 Am 27.8.1938 schrieb Henriette Sobottka an Stalin und beklagte sich über die Ungewissheit über den Aufenthaltsort ihres Sohnes (siehe Müller: „Wir kommen alle dran“, S. 128).

Im Januar 1939 erfolgte wiederum ein Anruf von derselben Stelle. Man verlangte wiederum einige Sachen und etwas Geld. Die Mutter brachte es wieder zur selben Stelle. Aber in welchem Gefängnis ihr Sohn war, erfuhr sie auch jetzt nicht. Doch hatte sie die Gewissheit, dass er noch in Moskau war. Erneut ging sie von einer Stelle zur anderen, von einem Gefängnis zum anderen um zu erfahren, wo ihr Sohn ist und um ihm etwas Geld einzahlen zu können. Doch alle Bemühungen waren vergeblich.¹⁴⁷

Erst im Januar¹⁴⁸ 1939 erhielt sie in der Matrosnaja Tichina die Auskunft, dass unser Sohn im Gefängnis Taganka sitzt, dass ein Prozess aus Mangel an Material nicht stattfinden könnte, aber über seine Entlassung hätte nicht mehr der Prokurator, sondern eine besondere Kommission zu entscheiden. Diese Auskunft gab der Mutter neue Hoffnung. Sie ging zum Taganka-Gefängnis, um Geld für ihren Sohn einzuzahlen. Aber hier sagte man ihr wiederum, er sei nicht da. Erst nach einem erneuten Vorstelligwerden in der Matrosnaja Tichina und einem Telefonat dieser Stelle mit dem Taganka-Gefängnis wurde erklärt, ja, er ist da, und Geld wurde für ihn angenommen. Nun hoffte die Mutter, dass ihr Sohn bald zurückkommt. Anfang August wurde ihr dann mitgeteilt, dass ihr Sohn ins Budirki-Gefängnis¹⁴⁹ überführt sei. Doch jetzt trat eine Änderung im Verhalten meiner Frau ein. Sie ging nicht mehr zum Budirki-Gefängnis, sondern sagte mir „Geh’ Du jetzt hin und zahle für ihn Geld ein“, was ich alle 14 Tage tat und ihr die Nachricht brachte, dass er noch da ist. In der ganzen Zeit hoffte sie, dass ihr Sohn zum 7. November, zum XXII. Jahrestag der Oktoberrevolution zu Hause sein würde. Man feiert doch ein Fest, da wird auch mein unschuldiger Sohn entlassen – von diesem Glauben war sie überzeugt.

In dieser Situation kam ein neuer schwerer Schlag.

Am 4. November ds. Js. lief unsere Aufenthaltsgenehmigung ab. Bereits am 23. Oktober ersuchte ich, mir und meiner Frau eine neue Aufenthaltsgenehmigung für Moskau zu geben. Es wurde mir versprochen, dass am 29. Oktober das Dokument fertig sein würde. Am 29. Oktober wurde mir jedoch mitgeteilt, dass es erst am 4. November fertig sein würde und am 4. November erklärte mir der Leiter der Auslandabteilung, dass mir und meiner Frau ein Aufenthalt in Moskau nicht mehr gewährt werden würde, sondern wir sollten um mindestens 100 km von Moskau entfernt einen Ort suchen, für den wir dann Aufenthaltsgenehmigung erhielten. Da ich im Alter von 54 Jahren und meine Frau von 52 Jahren stehen, die letzten 20 Jahre meines Lebens in gewerkschaftlicher, politischer wie journalistischer Arbeit bestand, hätte ich ausserhalb Moskaus an irgend einem kleinen Ort keine Lebensmöglichkeit. Ich sagte deshalb dem Beamten, dass meine Ausweisung aus Moskau gleichbedeutend ist mit dem Entzug jeglicher

147 Die geschilderte quälende Ungewissheit der Sobottkas ob des Haftorts ihres Sohnes und das endlose Umherziehen von einem Moskauer Gefängnis zum anderen war nicht singulär, sondern gehörte zum Alltag der Angehörigen von Verhafteten während des Großen Terrors. Es findet sich als häufiges Motiv in den Memoiren dieser Zeit.

148 Handschriftlich durchgestrichen: „Juni“.

149 *Budirki-Gefängnis*: Richtig: Butyrka-Gefängnis. Untersuchungsgefängnis in Moskau in der Novoslobodskaja Straße, Hausnummer 45. Eines der ältesten und berüchtigtsten russischen Gefängnisse.

Lebensmöglichkeit. Der Beamte sagte mir, dass er sich daran nicht stören könne, er hätte seine Gesetze. Nach längerer Aussprache schliesslich sagte er, wenn ich von der Organisation, die mich nach Moskau gerufen habe eine Bescheinigung beibringe, in der die Organisation für mich bittet, mir in Moskau Aufenthalt zu gewähren, dann würde das geschehen. Hierauf wandte ich mich sofort an die Komintern, deren Kaderabteilung eigentlich über mich zu bestimmen hat. Dort erhielt ich am 4. November und später am 9. November die Mitteilung, dass man für mich Aufenthalt in Moskau beantragt habe und die Angelegenheit erledigt würde. Auf dem Passamt jedoch sagte man mir, dass sie nichts erhalten hätten. Als ich am 16. November noch keine Aufenthaltsgenehmigung erhielt, wandte ich mich erneut telefonisch an den Genossen Ulbricht.¹⁵⁰ Der gab mir die kurze Antwort „Wir können dem Beamten keine Vorschriften machen“. In den 6 Wochen, vom 23. Oktober bis 7. Dezember, musste ich sieben Mal zur Passtelle und jedes Mal nach längerem, stundenlangen Warten fortgeschickt mit der Mitteilung, dass die Angelegenheit noch nicht erledigt sei.

Als ich am 19. November immer noch keine Aufenthaltsgenehmigung erhalten hatte, wandte ich mich persönlich an den Genossen Losowski, der seit 20 Jahren nicht nur mich persönlich kennt, sondern auch meine Arbeit, da ich unter seiner Leitung längere Jahre gearbeitet habe. Am 22. November teilte mir Genosse Losowski mit, dass er die Angelegenheit erledigt habe und ich würde mit meiner Frau die Aufenthaltserlaubnis erhalten. Diese Mitteilung beruhigte meine Frau sehr. Als ich jedoch am 25. November wieder auf dem Passbüro erschien wurde mir mitgeteilt, dass die Angelegenheit noch nicht erledigt sei und es wurde mir eine weitere Frist von 10 Tagen gestellt. Als meine Frau das erfuhr, sagte sie mir, jetzt glaube ich an nichts mehr, jetzt glaube ich auch nicht, dass unser Sohn entlassen wird und ich glaube auch nicht, dass wir Aufenthaltsgenehmigung in Moskau erhalten.

Alle meine Versuche, meine Frau zu trösten, scheiterten, sie wurde immer schwermütiger und Anfang Dezember machten sich Anzeichen einer schweren Krankheit bemerkbar.

Am 6. Dezember sagte meine Frau, jetzt muss der Sohn wieder zurückkommen, wenn er heute nicht kommt, dann kommt er nicht mehr, dann bleibt für mich nichts anderes übrig, als nur zu sterben. Am 7. Dezember verschlechterte sich ihr Zustand und am 8. Dezember musste ich sie in das Krankenhaus Kaschenko bringen, wo sie zurzeit schwer krank darnieder liegt.

Ich weiss nicht, durch wessen Schuld die Verzögerung der Ausstellung einer Aufenthaltsgenehmigung für mich und meine Frau verursacht wurde, ob ich von der Kaderabteilung der deutschen Sektion der Komintern eine unrichtige Antwort erhalten habe oder ob der Vorsteher des Passbüros die Angelegenheit hinauszögerte. Doch bin ich der festen Ueberzeugung, dass die Befürchtungen meiner Frau, jetzt im Winter auch noch das Dach über dem Kopf zu verlieren, die schwere Krankheit hervorgerufen haben. Dies umsomehr, als bereits im Juni 1938 der Vorsteher des Passamtes mir

150 Die Stellungnahme Walter Ulbrichts zum Brief Sobottkas siehe Dok. 470.

auf einmal erklärte, dass von mir und meiner Frau überhaupt keine Akten vorhanden wären darüber, wie und woher wir nach Moskau gekommen wären und da wir keinen Nationalpass hätten,¹⁵¹ würde man uns aus Moskau ausweisen. Erst auf ein von mir an den Genossen Dimitroff gerichtetes persönliches Schreiben erhielten wir dann Aufenthaltsgenehmigung. Einige Zeit später machte man die Genehmigung des Aufenthalts für meine Frau von der Aufnahme einer Arbeit abhängig. Meine Frau erfüllte auch diesen Wunsch und nahm Arbeit in der Fabrik „Oktober-Revolution“ an.¹⁵² Die Wiederholung der Drohung jetzt, hat meiner Frau, im Zusammenhang mit der Angelegenheit ihres Sohnes den letzten Stoss gegeben und sie zur Verzweiflung getrieben.

Als wir am 7. Dezember wiederum nach 2½ stündigem Warten endlich unsere Aufenthaltsgenehmigung erhielten, da war es schon zu spät. Zu Hause angekommen, sagte ich meiner Frau „Siehst Du, es wird doch alles wieder gut, für ein ganzes Jahr hast die Aufenthaltsgenehmigung“. „Ja“, sagte meine Frau, „für ein Jahr, und was dann, dann wiederholt sich dieselbe Quälerei. Was haben wir denn verbrochen, dass man uns so behandelt. Haben wir nicht unser ganzes Leben für die Arbeiterbewegung gearbeitet, haben wir nicht alles geopfert. 20 Jahre hast Du für die Sowjetgewerkschaften gearbeitet. Die russischen Genossen sind zu uns in die Wohnung gekommen als wir noch in Deutschland waren, sie haben mit Dir alle Arbeiten besprochen. Du hattest keine Zeit, weder für die Familie noch für Urlaub, nur Arbeit für die Partei, und jetzt hat man [für] Dich keine Arbeit. Deinen Sohn hat man verhaftet, Dich aus der Arbeit geworfen, noch nicht mal die Putjowka¹⁵³, die man Dir erst versprochen, hat man Dir gegeben. Nein, so behandelt man keine Menschen, die 30 Jahre für die Arbeiterbewegung gearbeitet haben, so behandelt man Verbrecher und wenn wir Verbrecher sind, dann soll man uns totschiagen, aber nicht so behandeln.“

Das war der Verzweiflungsausbruch einer Irren. Aber leider Genossen, ist es Wahrheit.¹⁵⁴ Deshalb teile ich Ihnen als Führer der Kommunistischen Internationale dies mit.

Es war eine Ungerechtigkeit, dass man mich entliess, als mein Sohn verhaftet wurde. Drei Tage vorher wurde mir vom Genossen Gottwald, der damals Sekretär der Komintern war, gesagt, dass, wenn auch die Büros für Internationale Verbindungen, wo ich Sekretär war, aufgelöst würden, man für mich andere Arbeit genügend habe.¹⁵⁵

151 Die Familie Sobottka wurde im April 1937 von den deutschen Behörden ausgebürgert und besaß somit keine gültigen deutschen Pässe (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 880; Mensing: Von der Ruhr in den GULag, S. 159).

152 Vermutlich ist die Textilfabrik „Oktjabr'skaja revoljucija“ bei Moskau gemeint.

153 *Putjovka* (russ.): Reisegenehmigung, Geleitschein für Kuraufenthalte u.ä.

154 Nach Interpretation von Carola Tischler postulierte Sobottka die von seiner Frau geäußerte Kritik an den Zuständen als „Verzweiflungsausbruch einer Irren“, da ihm andernfalls die eigene Parteidisziplin verboten hätte, solche Vorwürfe gegen die Sowjetunion zu erheben (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 119).

155 *Büro für internationale Verbindungen*: Gemeint ist die Internationale Verbindungsabteilung der Roten Gewerkschaftsinternationale, die Ende Dezember 1937 aufgelöst wurde.

Fünf Tage später erklärte mir der Genosse Walter Ulbricht, dass meine Beschäftigung nicht mehr in Frage käme.

Wäre meine tapfere Frau nicht auch eine fürsorgliche Hausfrau gewesen, dann hätten wir nach 30jähriger Arbeit für die Arbeiterbewegung und nach 20jähriger Arbeit als Funktionäre der Kommunistischen Partei und Kommunistischen Internationale verhungern können, niemand hätte danach gefragt.¹⁵⁶ Ja, Genossen, es ist bitter, das auszusprechen, aber als Kommunist bin ich verpflichtet, Euch das in diesem Schreiben zu sagen.

Im November 1936 waren die Führer der französischen Bergarbeiter hier in Moskau. An einem Empfangsabend, den die Sowjetbergarbeiterverbände zu Ehren der Delegation veranstalteten, nahm auch ich teil. Bei der Vorstellung der einzelnen Genossen sagte der Vertreter der Sowjetbergarbeiterverbände: „Das ist Genosse Sobottka, ein deutscher Emigrant, der bei uns Arbeit und Wohnung erhalten hat“. Darauf erwiderte der Präsident der französischen Bergarbeiterföderation,¹⁵⁷ Vigne: „Nun, wir kennen den Genossen Sobottka und sein Verhältnis zu den Sowjetgewerkschaften. Wir haben in Frankreich sechs deutschen Bergarbeiterfunktionären Wohnung und Arbeit besorgt und wenn Genosse Sobottka mal nach Frankreich kommen sollte, so werden wir auch ihm helfen, trotz den Gegensätzen, die zwischen uns bestanden haben.“ Ich habe über dieses Angebot damals gelacht. Doch 15 Monate später hatten die Sowjetgewerkschaften keine Arbeit mehr für mich. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen!

Da hier im Hause, wo ich wohne, sehr oft französische Genossen verkehren, muss Vigne von meiner Arbeitslosigkeit erfahren haben, denn im Frühjahr 1939 liess er mir durch einen Genossen, der aus Nordfrankreich hier in Moskau war einen Gruss bestellen. Wenn ich keine Arbeit hätte, sollte ich nach Frankreich kommen, er würde mir helfen, Arbeit zu finden. Ich weiss nicht, ob das Ironie, Verhöhnung oder ehrliche Absicht war. Aber eins weiss ich, Genossen, dass ich auf Grund meiner 30jährigen Arbeit in der Arbeiterbewegung in jedem Lande eine Unterstützung gefunden hätte.

Die schweren seelischen Kämpfe, die auch ich infolge meiner Entlassung, Behandlung und wenn auch unausgesprochenen Beschuldigung, der Vater eines faschistischen Spions zu sein, durchmachte, blieben meiner Frau nicht verborgen. Auch sie trugen zu ihrer Verzweiflung bei.

Jetzt steht es seit langem fest, dass mein Sohn unschuldig ist, Mitte September erfuhr ich von dem ersten Sekretär des Woenni Tribunal,¹⁵⁸ Arbatskaja 37, dass die Sache meines Sohnes dort zur Nachprüfung läge. Ich ersuchte einen Advokaten, den

156 Eine Ironie des Schicksals ist, dass Gustav Sobottka zwei Jahre zuvor in einer Broschüre den Wohlstand der sowjetischen Arbeiter angepriesen hatte (Gustav Sobottka: *Leben und Wohlstand der Bergarbeiter in der Sowjetunion*, Strasbourg, Éd. Prométhée, 1937).

157 Pierre Vigne war der sozialistische Generalsekretär der *Fédération nationale des mineurs*, der französischen Bergarbeiterföderation, der später das Vichy-Regime untertützte.

158 *Voennyj tribunal* (russ.): Militärtribunal. Gemeint ist das Revolutionäre Militärtribunal des Moskauer Bezirks.

Genossen Rusakow, falls ein Prozess stattfindet, vor dem Gericht die Verteidigung meines Sohnes zu übernehmen. Als meine Frau erkrankte, bat ich den Advokaten, da ich selbst nicht hingehen konnte, bei dem Woenni Tribunal nochmals vorstellig zu werden und zu bitten, die Erledigung der Sache doch zu beschleunigen, da von der Entlassung meines Sohnes das Leben meiner Frau abhängt. Am 11. Dezember erhielt ich den Bescheid, dass das Woenni Tribunal keinen Prozess machen könnte, die Sache würde anderweitig entschieden und zwar mit ziemlicher Gewissheit in dem von mir gewünschten Sinne, positiv.¹⁵⁹

Aber es vergeht Tag um Tag und es wird nichts entschieden. Inzwischen windet sich die Mutter voll Schmerzen und verlangt verzweifelt nach ihrem Sohne. Noch am 18. Dezember sagte mir die Aerztin, dass durch ein Wiedersehen der Kranken mit ihrem Sohne eine entscheidende Wendung in ihrem Zustand eintreten würde. Aber was ist zu tun, wenn die Menschen anstelle des Herzens einen Stein tragen.¹⁶⁰

Damit Genossen, will ich schliessen, ich habe keine besondere Bitte an Sie. Ich wollte Ihnen nur mitteilen das Schicksal eines Parteiarbeiters nach 30jähriger Tätigkeit für die sozialistische Arbeiterbewegung, nach fast 20jähriger Tätigkeit für die Kommunistische Internationale und die Sowjetgewerkschaften.

Mit kommunistischem Gruss

22. Dezember 1939

[Sign.] Gustav Sobottka

/Gustav Sobottka/

159 Daraufhin, am 13.12.1929, schrieb Sobottka einen Brief an Vyšinskij, in dem er den Sachverhalt ähnlich wie im vorliegenden Dokument, jedoch knapper und weniger emotional, darlegte. Er appellierte an den Staatsanwalt, die Überprüfung der Angelegenheit seines Sohnes zu beschleunigen. Der Brief ist abgedruckt in: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 1–2; Dehl: Verratene Ideale, S. 248–251.

160 Gustav Sobottka jun. wurde schwer gefoltert und nach langem Widerstand am 9.3.1938 zu einer frei erfundenen, sich selbst und andere belastenden Aussage gezwungen, die er jedoch am 29.12.1938 schriftlich widerrief. Er bestätigte den Widerruf am 4.2.1939, worauf die Anklage gegen ihn dem Militärkollegium zur Überprüfung übergeben wurde. Während seine Eltern im Juni 1939 die unrichtige Auskunft erhalten hatten, es werde gegen ihren Sohn mangels Belastungsmaterial keinen Prozess geben, beschloss das Militärkollegium im Oktober, der Anklageschrift stattzugeben. Sobottka jun. wurde jedoch davon nicht in Kenntnis gesetzt und weiter in Haft gehalten, sein letztes Geschuch um Akteneinsicht stammt vom 13.4.1940. Er starb am 22.9.1940 in Haft. (Mensing: Von der Ruhr in den Gulag, S. 160–165). Gustav Sobottka sen., der über einen freigelassenen Häftling davon erfuhr, wandte sich an die „Organe“ sowie an Dimitrov, um die Todesursache in Erfahrung zu bringen und den Leichnam zur Beerdigung zu erhalten. Am 2.4.1941 schrieb Dimitrov an den NKGB-Vorsitzenden Vsevolod Merkulov, um sich für die Bitte Sobottkas einzusetzen. Merkulov antwortete am 23.5.1941, Sobottka sei eine Bescheinigung über die Todesursache seines Sohnes überreicht worden, die Leiche sei jedoch bereits kremiert. Am 16.6.1941 ließ Dimitrov über andere deutsche Kommunisten Sobottka davon in Kenntnis setzen (siehe: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 214).

Dok. 470**Stellungnahme Ulbrichts an Dimitrov, Manuilski und Pieck zum Hilferuf Sobottkas**

[Moskau], 25.12.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 157. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 214–216.

Liebe Genossen!

Zum Brief des Genossen Sobottka möchte ich [einige] Ergänzungen machen:

1./ Seit der Verhaftung seines Sohnes ist Gen. Sobottka so deprimiert, dass er nur noch wenig arbeitsfähig ist. Nachdem das Sowjetgericht ein Verfahren gegen den Sohn des Gen. Sobottka abgelehnt hat und die Untersuchung in den Händen der NKWD liegt, ohne dass bisher eine Entscheidung erfolgte, es sich aber um mehrere ähnliche Fälle handelt, wäre es notwendig, dass ein Mitglied des ZK der WKP (B) diese Fälle nachkontrolliert.

Gegen Gen. Sobottka wurde in Verbindung mit der Verhaftung seines Sohnes von einem Parteigenossen eine Beschuldigung erhoben, die wir nachgeprüft haben mit dem Resultat der Rehabilitierung des Gen. Sobottka.¹⁶¹

2./ Genosse Sobottka wurde im Zusammenhang mit der Liquidierung der RGI¹⁶² von WCSPS entlassen. Meines Erachtens war es politisch nicht zulässig, dass WCSPS einen alten führenden Gewerkschaftsfunktionär in dieser Weise entlässt, ohne ihm vorher andere Arbeit zu besorgen.

Wir haben Gen. Sobottka dazu verholfen, dass er Artikel für Ino-Radio schreiben kann.¹⁶³ Mit dem Honorar dieser Artikel konnte er leben. Als die Mitarbeit infolge Aenderung des Inhaltes der Sendungen nicht mehr möglich war,¹⁶⁴ und als wir keine

161 Die Art der Beschuldigung ist nicht bekannt, bei Weber/Herbst ist lediglich eine „Parteiprüfung“ erwähnt, der Sobottka nach seiner Entlassung aus dem VCSPS (dem Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften), wo er als Referent gearbeitet hatte, unterzogen wurde (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 880).

162 Die Rote Gewerkschafts-Internationale wurde im Dezember 1937 statutenwidrig und heimlich aufgelöst, nachdem ihr Apparat durch den Terror bereits dezimiert worden war; das Vermögen der RGI sowie ihr Archiv und die Bibliothek fielen an die Komintern (Tosstorff: Profintern, S. 696–707).

163 *Ino-Radio*: Abkürzung für russ. *inostrannoe radio* („Auslandsrundfunk“), fremdsprachiger sowjetischer Rundfunk, dessen deutsches Programm, in dem zahlreiche deutsche Kommunisten tätig waren, als „Radio Moskau“ bekannt war. Zeitweise arbeiteten mehr als zehn nationale Sektionen mit eigenen Redaktionen im Ino-Radio. Wegen zu hitlerfreundlichen Sendungen kam es ab 1939 zu Protesten aus der Komintern; die Verbindungen zum sowjetischen Rundfunkkomitee kamen im Herbst 1939 fast völlig zum Erliegen.

164 *Änderung des Inhaltes der Sendungen*: Gemeint ist die Aufgabe der antifaschistischen Stoßrichtung sowjetischer Rundfunkpropaganda infolge des Stalin-Hitler-Paktes. Allerdings konnte Sobottka

Möglichkeit sahen, ihm Arbeit zu besorgen, habe ich ihm vorgeschlagen, dass wir für ihn Personalpension beantragen.¹⁶⁵ Das ist auch geschehen.

3./ Ich hörte von anderen Genossen über Schwierigkeiten der materiellen Lage des Gen. Sobottka. Darauf habe ich ihm vorgeschlagen, dass wir uns bei der MOPR dafür einsetzen wollen, dass er reguläre Unterstützung als Politemigrant erhält, bis zur Erledigung seines Antrages auf Personalpension. Gen. Sobottka lehnte das ab mit der Begründung, dass er vorläufig einigermassen durchkommen könne.

Als wir hörten, dass sich seine materielle Lage verschlechtert hat, haben wir ihm aus der Parteikasse am 8. Oktober 300 Rbl. und am 3. Dezember 300 Rubel gegeben und gleichzeitig bei der MOPR Gewährung von Politemigrantenunterstützung beantragt.

4./ Wegen seiner Aufenthaltsbewilligung hat er sich an die Genossin Priborotzkaja von der Kaderabteilung gewandt, die nach seinen Angaben ihm zugesagt haben soll, dass sich die Kaderabteilung für die Aufenthaltsbewilligung einsetzen wird. Ich vermute, dass er auf Grund dessen zunächst nur die Verlängerung des Aufenthalts um 4 Wochen erhalten hat. Später wandte er sich erst an uns. Durch ein Schreiben vom 3. Dezember haben wir bei der dafür zuständigen Kommission die Aufenthaltsbewilligung in Moskau beantragt. Wenn der Milizionär auf der Passtelle ihm, wie anderen, auch gesagt hat, er habe keine Anweisung von Komintern, oder, er kenne nicht die Komintern, so habe ich ihn darauf aufmerksam machen müssen, dass selbstverständlich die Sowjetbehörden keine Beziehungen zur Komintern haben und wir der Miliz keine Vorschriften machen können, in welcher Weise sie solche Fragen beantwortet.¹⁶⁶

Mit bestem Gruss!

[Sign. russisch] Ulbricht

nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion wieder für das Ino-Radio als „Kommentator und Sprecher, u.a. Arbeitersendungen, spätestens seit Juni 1941“ arbeiten (Conrad Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich“. Ein Handbuch. Unter Mitwirkung von Ernst Loewy und mit einem Beitrag von Elke Hilscher, München u.a., K.G.Saur, 1986, S. 264).

165 Eine sogenannte Personalrente (russ. *personal'naja pensija*) wurde in der Sowjetunion Persönlichkeiten mit besonderen Verdiensten als arbeitsunabhängige Rente verliehen.

166 Gustav Sobottka war nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion u.a. als Instrukteur in Kriegsgefangenenlagern tätig. Im Mai 1945 kehrte er als Leiter der 3. „Initiativ-Gruppe“ nach Deutschland zurück, wo er später hohe Posten in der SBZ/DDR-Brennstoffindustrie innehatte. In seinem in der DDR verfassten Lebenslauf gab er an, beide Söhne seien in NS-Haft verstorben (Mensing: Von der Ruhr in den Gulag, S. 165). Aufgrund seiner Erfahrungen in der Sowjetunion „soll er Stalin insgeheim so sehr gehaßt haben, daß er über dessen Tod am 5. März 1953 noch jubelte, aber vor Aufregung einen Tag später selbst starb.“ (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 880).



Am 27.12.1939 nahm das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion das Einverständnis Deutschlands, bis zu 60.000 Flüchtlinge (aus dem sowjetisch besetzten Polen) auf sein Territorium zurückzuführen zu lassen, mit Wohlwollen zur Kenntnis. Im Gegenzug wurde beschlossen, 14.000 Flüchtlinge aus den deutschen Gebieten Polens zu übernehmen. Zur Aufnahme dieser Flüchtlinge wurde vom Politbüro am 30.12.1939 eine Kommission gebildet.¹⁶⁷

Am 29.12.1939 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion erneut über die Zwangsumsiedlung polnischer Wehrbauern aus den ehemals polnischen, nun sowjetischen Gebieten, unter anderem nach Sibirien.¹⁶⁸

Dok. 471

Politische Plattform der KPD als Ergebnis der Beratungen der deutschen Kommission der Komintern in Moskau

[Moskau], 30.12.1939

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1302, 49–59. In deutscher Sprache auszugsweise publ. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 532–535; Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 213–215. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 218–226.

Bö/6

8.I.1940.¹⁶⁹

*Vertraulich!*¹⁷⁰

¹⁶⁷ RGASPI, Moskau, 17/162/26, 156, 161.

¹⁶⁸ RGASPI, Moskau, 17/162/26, 159, 185–192.

¹⁶⁹ Oben auf der ersten Seite Vermerk: „Archiv“ und Stempel: „Endgültig. Sekretariat d. EKKI am 30.XII.39 N 525. Originaltext bestätigt / deutsch“.

¹⁷⁰ Der Entwurf der „Politischen Plattform“ der KPD wurde in der Sitzung des Sekretariats des EKKI vom 30.12.1939 bestätigt, zusammen mit einem Dokument über die politische Linie in der Jugendarbeit (RGASPI, Moskau, 495/18/1301, 75). Eine russische Übersetzung der Plattform wurde bereits am 4.1.1940 an Stalin geschickt. Dimitrov und Manuïlski baten ihn um Rat und Anweisungen „angesichts der Komplexität und Wichtigkeit der Frage“ (siehe: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 239). Am 13.1.1940 schrieb Dimitrov zum wiederholten Male an Molotov: „Angesichts der veränderten Lage hat die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands eine neue politische Plattform der Partei ausgearbeitet. Wie aus dem beigelegten Dokument zu ersehen ist, bestimmt die Plattform die taktische Position der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen. Diese Position der KP ist aus unserer Sicht richtig. Da es sich um eine besonders komplizierte und wichtige Frage handelt, haben wir Genossen Stalin um Rat und Weisung dazu gebeten.“ (RGASPI, Moskau, 495/74/155, 4–7. Publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 237f.). Am 21.1.1940 bemerkte Molotov im Gespräch mit Dimitrov: „Sie [die KPD-Führungskader] können sich nicht entschließen, den Krieg von Seiten Deutschlands als imperialistischen zu bezeichnen!“ – „Man muß einen Meinungs-austausch über die Taktik der deutschen Partei führen.““ (Dimitroff: Tagebücher, Bd. 1, S. 289).

Politische Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands.

1. Die taktische Orientierung der Partei in der gegenwärtigen Situation.

Die taktische Orientierung der Kommunistischen Partei Deutschlands in der gegenwärtigen Situation muss auf *die Entfaltung einer breiten Volksbewegung und auf die Schaffung der Volksfront der werktätigen Massen* – einschliesslich der nationalsozialistischen Werktätigen – zur Verteidigung der Interessen und Rechte der Volksmassen, *zur Festigung und Vertiefung der Freundschaft mit der Sowjetunion* und zur Beendigung des imperialistischen Krieges im Interesse des Volkes gerichtet sein. Nur dadurch können die Interessen der Arbeiterklasse u. die nationale Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes gesichert werden, die auf das Schwerste durch den aggressiven Kriegsplan des Blockes der englischen und französischen Imperialisten bedroht wird. Dieser Plan ist darauf gerichtet, Deutschland von dem Freundschaftspakt mit der Sowjetunion loszureissen, das deutsche Volk zu unterjochen, ihm unerhörte Lasten aufzuerlegen, seine nationale Selbständigkeit zu rauben, Deutschland in englische Vasallenstaaten umzuwandeln und das deutsche Volk in den Krieg gegen die Sowjetunion hineinzutreiben.

Diese taktische Orientierung erfordert die *volle Selbständigkeit der Politik der Kommunistischen Partei zur Wahrung der Interessen des werktätigen Volkes*, sie bedeutet nicht die Unterstützung des Krieges an der Seite des deutschen Imperialismus und auf keinen Fall eine Abschwächung des Kampfes gegen die Unterdrückungspolitik des gegenwärtigen Regimes in Deutschland.

Bei dieser taktischen Orientierung muss die Partei die Umgruppierung der politischen Kräfte und die Aenderungen in den Stimmungen der Massen in Deutschland beachten, die sich auf Grund des Abschlusses des sowjet-deutschen Freundschaftspaktes im Zusammenhang mit dem Kriege vollziehen. Gegenüber der *Front des herrschenden Regimes*, das den Freundschaftspakt mit der Sowjetunion abschloss – jedoch nicht eine konsequente Freundschaft mit der Sowjetunion garantiert, – bildet sich eine *zweite Front* aus Teilen der deutschen Bourgeoisie (Thyssen etc.)¹⁷¹ und Teilen der katholischen und sozialdemokratischen Führerschaft heraus, die direkt gegen den Pakt und gegen die Freundschaft mit der Sowjetunion gerichtet ist und die sich in den Dienst des englisch-französischen Kriegsblockes gegen das deutsche Volk und gegen die Sowjetunion stellt. Es muss damit gerechnet werden, dass mit der längeren Dauer des Krieges, im Zusammenhang mit den wachsenden Schwierigkeiten im Lande, die Tendenzen innerhalb der deutschen Bourgeoisie wachsen werden, den Bruch mit der Sowjetunion zu vollziehen, vor dem englisch-französischen Kriegsblock zu kapitulieren und sich zum Kriege gegen die Sowjetunion bereit zu finden.

¹⁷¹ Der deutsche Großindustrielle Fritz Thyssen (1873–1951), der seinerzeit die NSDAP finanziert hatte und seit 1931 ihr Mitglied war, verweigerte als Reichstagsabgeordneter seine Zustimmung zum Krieg gegen die Westmächte und emigrierte als Gegner der Nationalsozialisten im September 1939 in die Schweiz.

Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit der Entfaltung einer breiten Volksbewegung – Arbeiter, Bauern, Handwerker, werktätige Intelligenz –, der Volksfront von unten für die Festigung und Vertiefung der Freundschaft mit der Sowjetunion, zur Sicherung der nationalen Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes. Diese *dritte Front innerhalb des deutschen Volkes* wird sich aber nur im Kampfe für die politischen Rechte des werktätigen Volkes, für die Verbesserung seiner Lebenshaltung, für die Abwälzung der Kriegslasten auf die Schultern der Reichen und gegen jede soziale und nationale Unterdrückung entfalten. Dieser Kampf muss gegen das herrschende Regime gerichtet werden, weil dieses den werktätigen Massen in ihrem Kampfe um diese Forderungen entgegentritt und damit zugleich die Widerstandskraft des deutschen Volkes gegen den aggressiven Kriegsplan des englischen und französischen Imperialismus und den Kampf gegen die Feinde der Freundschaft mit der Sowjetunion und die Helfershelfer des englischen und französischen Imperialismus in Deutschland schwächt. Indem die werktätigen Massen ihren Kampf gegen die zwei Fronten in Deutschland führen, muss das Schwergewicht dieses Kampfes auf die Verhinderung des Kriegsplanes des englischen und französischen Imperialismus und auf den Schlag gegen die Feinde des deutschen Volkes gelegt werden,¹⁷² die in Deutschland den sowjetisch-deutschen Freundschaftspakt zerstören wollen, den englisch-französischen Kriegsplan gegen das deutsche Volk unterstützen und das deutsche Volk in das grösste Unglück eines Krieges mit dem grossen Sowjetvolke stürzen wollen.

Die Taktik der Partei muss ferner darauf gerichtet sein, die werktätigen Massen dafür vorzubereiten, dass sie unter keinen Umständen einen Bruch des Freundschaftspaktes mit der Sowjetunion zulassen und dass sie in einer im Zusammenhang mit der Entwicklung des Krieges eintretenden Krise des gegenwärtigen Regimes in Deutschland imstande sind, das Schicksal des deutschen Volkes und die Verteidigung des Landes gegen die Kriegspläne der englischen und französischen Imperialisten in ihre Hände zu nehmen.

Bei dieser taktischen Orientierung der Partei ist es besonders wichtig und notwendig, dass sie eine unermüdliche und systematische Propaganda für den Sozialismus und eine ständige Popularisierung der Grundsätze der marxistisch-leninistischen Theorie führt und die werktätigen Massen im Geiste des proletarischen Internationalismus und der Kampfverbundenheit der deutschen Arbeiterklasse mit der Arbeiterklasse der anderen kapitalistischen Länder, vor allem Englands und Frankreichs erzieht.

II. Die politischen Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Situation.

Ausgehend von dieser taktischen Orientierung steht vor der Partei in der gegenwärtigen Situation als *Hauptaufgabe*: Die Organisation des Kampfes für die Beendigung

¹⁷² Hier und im Folgenden wird die sprachliche Anpassung der KPD an den nationalsozialistischen Sprachgebrauch besonders deutlich.

des Krieges, die Befestigung und Vertiefung der Freundschaft des deutschen Volkes mit der Sowjetunion, die Verhinderung des Kriegsplanes der englischen und französischen Imperialisten, die Stärkung der politischen und organisatorischen Kraft der werktätigen Massen innerhalb Deutschlands. Aus dieser Hauptaufgabe ergeben sich die folgenden *weiteren Aufgaben*:

1. Gründliche Aufklärung der werktätigen Massen

a) über den *imperialistischen Charakter des europäischen Krieges*, besonders über die aggressive Rolle des englischen und französischen Imperialismus und seines Kriegsplanes. Umfassende Entlarvung der Feinde des sowjetisch-deutschen Freundschaftspaktes im eigenen Land. Wer gegen den Freundschaftspakt intrigiert oder Verleumdungen gegen die Sowjetunion verbreitet, muss als Feind des deutschen Volkes und als Helfershelfer der englischen und französischen Imperialisten gebrandmarkt werden. Dazu die Forderung auf Konfiszierung des Vermögens dieser Volksfeinde und ihrer Entfernung aus der Armee und dem Staatsapparat.¹⁷³

b) Ueber die *Bedeutung des sowjet[isch]-deutschen Freundschaftspaktes* und über die durch ihn im Zusammenhang mit dem Kriege herbeigeführten tiefgehenden Veränderungen der internationalen Lage und der Klassenkräfte in Deutschland.

c) Ueber die sich daraus ergebenden *neuen Bedingungen und Aufgaben des Kampfes der werktätigen Massen Deutschlands*.

2. *Gründliche Aufklärung der werktätigen Massen über die Sowjetunion*, über ihre konsequente Friedenspolitik, über die Verwirklichung des Sozialismus, über die Stalinische Verfassung der sozialistischen Demokratie, über die nationale Freiheit und das Zusammenleben der Völker im Lande des Sozialismus, über die wirtschaftliche und militärische Stärke der Sowjetunion und den Charakter der Roten Arbeiter- und Bauernarmee. Es ist den werktätigen Massen die völlige Uebereinstimmung ihrer Interessen mit denen der Sowjetunion und ihrer Aussenpolitik nachzuweisen, um dadurch den Massen die gewaltige Bedeutung des Freundschaftspaktes zu erklären und die Freundschaft der Massen zur Sowjetunion zu festigen und zu vertiefen.

3. Die Organisierung des Kampfes gegen die politische Entrechtung der werktätigen Massen und des Kampfes für ihre politischen Rechte.

Dem werktätigen Volke, dem im Kriege die schwersten Opfer und Entbehrungen auferlegt sind, werden von dem herrschenden Regime alle Rechte vorenthalten, über die Lebensfragen des Volkes seine Meinung zu sagen und in Versammlungen oder in der Presse seine berechtigten Forderungen zu vertreten. Wer aber dem werktätigen Volke seine Rechte vorenthält, untergräbt damit die nationale Existenz des deutschen Volkes. Die Rechtlosigkeit des werktätigen Volkes in Deutschland benutzt der engli-

173 *De facto* entsprach dies einer positiven Würdigung der von den Nationalsozialisten gegen Fritz Thyssen unternommenen Maßnahmen, dessen Vermögen wegen seiner Kritik an Hitlers Außenpolitik konfisziert wurde.

sche Imperialismus dazu, seine wahren Kriegsziele unter der Maske des „Kampfes für die Demokratie“ zu tarnen und die chauvinistische Verhetzung gegen das deutsche Volk mit der Behauptung zu betreiben, das deutsche Volk sei unfähig, seine Geschichte selbst zu leiten und müsse deshalb unter eine „Erziehungsdiktatur“ der sogenannten „westlichen Demokratien“ gestellt werden.

Deshalb muss besonders jetzt im Kriege der Kampf um die politischen Rechte des werktätigen Volkes geführt werden, für das Recht der freien Meinungsäußerung in Wort und Schrift, für die Selbstverwaltung der Gemeinden durch die von den Massen gewählten Personen ihres Vertrauens, für die Wahl der Vertrauensräte in den Betrieben und der Funktionäre in den Massenorganisationen, für die Rechte der Arbeiter, Bauern, Handwerker, werktätigen Intelligenz und Soldaten.

Es darf nicht länger sein, dass Männer wie *Ernst Thälmann* und tausend andere, die stets für die Freundschaft zwischen dem deutschen Volke und den Sowjetvölkern, gegen den Imperialismus und das Versailler Diktat gekämpft haben, noch immer eingekerkert sind. Es muss der Kampf für ihre Freilassung mit grösster Entschiedenheit geführt werden.

4. Die Organisierung des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung und für das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen, tschechischen, slowakischen und polnischen Volkes.

Eng verbunden mit dem Kampfe der werktätigen Massen für ihre politischen Rechte in Deutschland muss der Kampf gegen die nationale Unterdrückung des österreichischen, tschechischen, slowakischen und polnischen Volkes durch den deutschen Imperialismus und der Kampf für ihr volles Selbstbestimmungsrecht geführt werden. Die Germanisierungs- und Ausplünderungsmassnahmen in den annektierten Ländern und die Propaganda des grossdeutschen Chauvinismus sind nur Wasser auf die Mühlen der kriegerischen Aggression des englischen und französischen Imperialismus, erzeugen nur bittere Feindschaft in diesen Völkern gegen das deutsche Volk und hindern den gemeinsamen Kampf der deutschen, österreichischen, tschechischen, slowakischen und polnischen Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Kapitalismus. Unmittelbar ist der Kampf zu führen für die Zurückziehung der Gestapo und der SS, für die Freilassung der Gefangenen, Liquidierung der Konzentrationslager und für die volle Selbstverwaltung des Volkes und Entfaltung seiner nationalen Kultur.

5. Die Organisierung des Kampfes gegen die grosskapitalistische Ausbeutung und für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Massen.

Die grosskapitalistischen Kräfte wälzen die ganze Last des Krieges auf die Schultern der werktätigen Massen. Die nationalsozialistische Behauptung, dass in Deutschland fortschrittliche soziale Verhältnisse beständen, dass eine gleichmässige Verteilung der Lasten erfolgte, dass keine Kriegsgewinne zugelassen würden, dass es einen deutschen Sozialismus gäbe, entspricht nicht den Tatsachen. Es ist notwendig, den Massen *den Widerspruch zwischen den nationalsozialistischen Behauptungen und den*

Tatsachen zum Bewusstsein zu bringen, den Schwindel über die angebliche „Volksgemeinschaft“ zu enthüllen und den Kampf um die Verbesserung der Lebenshaltung der werktätigen Massen und um die Erhaltung der Volksgesundheit zu führen.

a) Gestützt auf die zähe Arbeit in den Massenorganisationen ist auf Grund der Verteuerung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ein *entschlossener Kampf der Arbeiter* zu führen für Loherhöhungen, für Weiterzahlung der Lohnzuschläge und Einhaltung der Urlaubsbestimmungen, für Verkürzung der Arbeitszeit, für den Gesundheitsschutz der Frauen und Jugendlichen, für die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen, für ausreichende Versorgung der Betriebsarbeiter, Angestellten und selbständigen Werktätigen; gegen die ungerechte Verteilung der Waren, wie sie in der bevorzugten Belieferung der besitzenden Kreise zum Ausdruck kommt. Kampf für die Freizügigkeit der Landarbeiter und der Verbesserung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen.

b) *Tatkräftige Unterstützung der Forderungen der Klein- und Mittelbauern im Reichsnährstand*¹⁷⁴ auf Streichung der Pacht- und Zinsrückstände und Aussetzung dieser Zahlungen für die Dauer des Krieges, auf Herabsetzung der Steuern, auf das Mitbestimmungsrecht der Bauern in den Organisationen des Reichsnährstandes und den ihnen unterstellten Genossenschaften usw., auf Aufhebung aller Gesetzesverordnungen, durch die die Bauernwirtschaft zugrunde gerichtet und durch die die armen und mittleren Bauern minderen Rechtes gegenüber den Grossgrundbesitzern gemacht, die nachgeborenen Kinder der Erbhofbauern völlig enterbt und entrechtet werden,¹⁷⁵ gegen die Bevorzugung der Grossagrarien bei der Versorgung mit Lebens- und Futtermitteln.

Ferner muss der Kampf geführt werden für die Zuteilung von Boden an die Kleinbauern auf Kosten des Grossgrundbesitzes, für die Gewährung ausreichender zinsloser Kredite und anderer staatlicher Unterstützungen zur Technisierung der Bauernwirtschaft.

c) *Tatkräftige Unterstützung der Forderungen der Handwerker, Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler auf Schutz ihres Eigentums* und ihrer Betriebe, für eine gerechte Auftragsverteilung und Rohstoffversorgung, auf Streichung rückständiger Kapitalzinsen und Steuern, auf Senkung der Steuern und Erleichterung der Mietzahlungen.

d) *Kampf gegen die vielen, die werktätigen Massen besonders belastenden Steuern, Sammlungen und Abgaben* (Winterhilfe¹⁷⁶ etc.) und Verwandlung dieser Steuern, Sammlungen und Abgaben in Sonderabgaben und eine progressive Besteuerung und

¹⁷⁴ Zum Reichsnährstand siehe Dok. 370.

¹⁷⁵ Das Reichserbhofgesetz vom 29.9.1933 schuf im NS-Deutschland die Institution der „Erbhöfe“, für die das Anerbenrecht galt: Sie durften nicht unter den Erben aufgeteilt, sondern nur als Ganzes an den ältesten Erben vererbt werden. Die Deklaration eines Bauernhofes als „Erbhof“ war, im Gegensatz zur Mitgliedschaft im Reichsnährstand, freiwillig.

¹⁷⁶ *Winterhilfe*: Hier gemeint das „Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“, gegründet am 13.9.1933, das der NS-Volkswohlfahrt unterstand.

Sonderabgaben der besitzenden Kreise. Die Kriegsgewinne und jede anderweitige Bereicherung der kapitalistischen Kreise im Kriege sind durch progressive Vermögensabgaben bis zur völligen Konfiskation des Vermögens der Volksausplünderer zu kassieren.

6. *Die entscheidende Kraft in allen diesen Kämpfen ist die Arbeiterklasse*, deren politische und organisatorische Kraft auf das Höchste gesteigert werden muss. Deshalb ist die wichtigste Aufgabe *die Schaffung der Aktionseinheit* durch die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und der nationalsozialistischen Werktätigen für den gemeinsamen Kampf.¹⁷⁷

Die *sozialdemokratischen Arbeiter* sind jetzt infolge der durch den Krieg geschaffenen Situation und der sich daraus ergebenden Aufgaben vor die verantwortungsvolle Entscheidung gestellt: entweder gemeinsam mit den Kommunisten die *Einheitsfront von unten* zu schliessen, einzutreten für den gemeinsamen Kampf, für eine Volksfront der Arbeiter, Bauern, Handwerker und werktätigen Intelligenz, für die aktive Freundschaft mit der sozialistischen Sowjetunion und sich zu trennen von den sowjetfeindlichen, reaktionären sozialdemokratischen Führern – oder mitschuldig zu werden an der Verwirklichung der Raubpläne der englischen und französischen Imperialisten und der reaktionären Pläne des deutschen Grosskapitals.

Die infolge des sowjetisch-deutschen Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes auch in den *nationalsozialistischen Werktätigen* begonnene Orientierung auf die Freundschaft mit der Sowjetunion eröffnet *grosse Möglichkeiten ihrer Gewinnung und Einreihung in die gemeinsame Kampffront* mit den kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern gegen den Raubplan des englischen und französischen Imperialismus, gegen die mit ihm verbundenen grosskapitalistischen Landesverräter in Deutschland, gegen die Herrschaft des Grosskapitals und für die Stärkung der politischen und organisatorischen Kraft der werktätigen Massen innerhalb Deutschlands, um dadurch eine feste Garantie für die Erhaltung und Vertiefung der Freundschaft zwischen der Sowjetunion und Deutschland zu schaffen.

Es ist notwendig, die *nationalsozialistischen Massenorganisationen zu Stützpunkten des Kampfes* für die Lebensinteressen der werktätigen Massen zu machen, festen Kurs zu nehmen auf die Gesinnung der unteren Funktionäre in den nationalsozialistischen Massenorganisationen und auf die Wahl solcher Werktätiger als Funktionäre solcher Organisationen, die ehrlich für die Interessen der Werktätigen eintreten.

Mit aller Schärfe hat der Krieg vor die Arbeiterklasse die Aufgabe gestellt, *in den Kampf der werktätigen Massen die Massen der Jugend einzubeziehen*, die durch die

¹⁷⁷ Die nachfolgenden Absätze bis Punkt 7 wurden in der DDR-Publikation des Dokuments ausgelassen (vgl.: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 532–535).

„Hitlerjugend“¹⁷⁸ und den „Bund deutscher Mädchen“¹⁷⁹ zur Mobilisierung des Hinterlandes eingesetzt werden. Die Arbeiterklasse setzt sich entschieden für die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen der Jugend ein und hilft ihr tatkräftig, den richtigen Weg zur Erfüllung ihrer sozialistischen Ideale zu beschreiten, um zu verhindern, dass breite Massen der Jugend unter den Einfluss des Chauvinismus in Gegensatz zu den werktätigen Massen gebracht werden.

7. Die führende Rolle der Kommunistischen Partei in allen diesen Kämpfen ist eine unbedingte Notwendigkeit, die sich die Partei durch ihre Massenarbeit verschaffen muss. Je tiefer sich die Partei in den Massen verankert, je aktiver sie den Kampf für die Interessen der werktätigen Massen führt, umso stärker wird sie von den Massen selbst unterstützt und gegen Terrormassnahmen geschützt werden, desto eher wird die Partei zu halblegaler Tätigkeit übergehen können und sich schliesslich die volle Legalität erkämpfen. Diese Perspektive erfordert von der Partei die aufmerksame Beachtung jeder wichtigen Veränderung in der Lage, damit die Kader rechtzeitig und richtig auf sie reagieren.

III. Die organisatorischen Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Situation.

Vor der Partei steht die Aufgabe des Aufbaues einer festen Parteiorganisation im Lande mit einheitlichen Leitungen welche, auf das Engste mit den Massen verbunden, die politische Linie und die Aufgaben der Partei im Lande durchführen.

Die Parteileitungen sind verantwortlich für die einheitliche politische Orientierung der Kader auf der Grundlage der Beschlüsse des ZK und der Komintern. Es sind ernste Anstrengungen notwendig, um die ideologischen Unklarheiten zu überwinden, die sich aus der nicht genügenden Beachtung der Veränderungen in der Lage und aus dem Mangel an kollektiver Durcharbeitung der politischen Fragen in der Parteiorganisation und aus der Vernachlässigung der ideologischen Erziehung der Kader ergeben haben. Die in der Partei bestehenden Tendenzen von Spekulationen auf spontane Entwicklung der Ereignisse, Beschränkung auf Flüsterpropaganda und Berichterstattung, opportunistische Unterschätzung der Möglichkeiten zur Schaffung einer festen Parteiorganisation, mangelhafte Verbindung zu den Massen durch Vernachlässigung der Arbeit in den Massenorganisationen, müssen gründlich überwunden werden.

178 Hitlerjugend (HJ), 1926 gegründete Jugendorganisation der NSDAP, 1933 bis 1945 einzige legale Jugendorganisation in Deutschland und seit 1936 Zwangsorganisation für Jugendliche zwischen 10 und 18 Jahren, mit bis zu neun Millionen Mitgliedern, die auf Grund der sog. Jugenddienstpflicht daran teilnehmen mussten. Der Bund Deutscher Mädels (BdM) mit dem Jungmädelsbund (JM) wurde zum weiblichen Zweig der HJ. Langfristig diente die HJ der Heranführung der männlichen Jugendlichen an die Wehrpflicht.

179 *Bund deutscher Mädchen*: Richtig: Bund deutscher Mädels (BdM), 1930 gegründeter weiblicher Zweig der Hitlerjugend, in dem ab 1936 Pflichtmitgliedschaft für alle „arischen“ Mädchen und jungen Frauen bestand. Aufgabe des BdM war eine ideologische Führung und Schulung als Vorbereitung auf ihre zukünftige Rolle in NS-Deutschland.

Die Durchführung der Aufgaben der Partei ist in erster Linie von der sorgfältigen Auswahl der Kader, ihrer systematischen marxistisch-leninistischen Erziehung und von der kühnen Heranziehung neuer Kräfte abhängig. Zur Stärkung der Parteiorganisation ist eine systematische Werbung erprobter Arbeiterkader notwendig. Es gilt, einen grossen Kreis von Sympathisierenden um die Partei zu scharen. Die Parteiorganisationen sind verantwortlich für den Aufbau des Kommunistischen Jugendverbandes innerhalb der H.J.¹⁸⁰ und des BdM¹⁸¹ und für die ständige Anleitung und Unterstützung seiner Arbeit und für die ideologische Erziehung seiner Mitglieder.

180 Hitlerjugend.

181 Bund deutscher Mädel.

1940



Am 8.1.1940 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion weitreichende Propagandamaßnahmen zum 16. Todestag Lenins. Neben einer großen Presse- und Filmkampagne wurden das Marx-Engels-Lenin-Institut (IMEL) sowie der Staatsverlag mit der Herausgabe der vierten Auflage von Lenins gesammelten Werken beauftragt, die bis zum Juli 1942 abgeschlossen sein sollte.¹

Gemeinsam mit dem Rat der Volkskommissare beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 10.1.1940 den Export von sowjetischen Kinofilmen nach Deutschland. Beide Teile der Kinoserie „Petr I.“ (1937/38, Regie: Vladimir Petrov) sollten für 20.000 Mark an einen deutschen Verleih gehen, wobei man sich bereiterklärte, die beiden Teile zusammenzufügen und den Film neu deutsch synchronisieren zu lassen. Der 1939 neu fertiggestellte Film „Minin und Požarskij“ (Regie: Vsevolod Pudovkin) sollte den Deutschen für 15.000 Mark überlassen werden.²

Am 17.1.1940 entschied das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion über das Schicksal der „aktiven Angehörigen konterrevolutionärer, rechtstrotzkistischer, Verschwörer- und Spionagegruppen im Umfang von 457 Personen“. Gegen 346 von ihnen sollte das Todesurteil vollstreckt werden, die restlichen Personen sollten mit Haftstrafen von mindestens 15 Jahren belegt werden.³

Am 26.1.1940 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, bei den Handelsvertretungen in Italien, Deutschland und den USA spezielle Büros für Luftfahrttechnik einzurichten.⁴

Am 16.2.1940 entsprach das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion der Bitte Dimitrovs, Franz Rákosi zwecks Wiedersehen mit seinem Bruder, dem ungarischen KP-Führer Mátyás Rákosi, eine Reise nach Ungarn zu genehmigen.⁵ Am 18.3.1941 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, 56 ungarische Fahnen aus der Revolutionsperiode von 1848 an die ungarische Botschaft zu übergeben. Dabei handelte es sich um eine Gegenleistung für die Befreiung von Mátyás Rákosi aus ungarischer Haft,⁶ der bereits Anfang November 1940 in der Sowjetunion eintraf.

¹ RGASPI, Moskau, 17/3/1018, 30–31.

² RGASPI, Moskau, 17/3/1018, 33.

³ RGASPI, Moskau, 17/162/26, 175.

⁴ RGASPI, Moskau, 17/162/27, 3.

⁵ RGASPI, Moskau, 17/3/1020, 2.

⁶ RGASPI, Moskau, 17/3/1036, 24.

Dok. 473**Schreiben der sowjetischen Militäraufklärung an Dimitrov über die Unterstützung von Rosa Thälmann und die Treue ihres Mannes zur Sowjetunion**

[Moskau], 17.2.1940

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/86, 32–33. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 198. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 270–271.

PERSÖNLICH

ABS[OLUT] GEHEIM

An Dimitrov G.M.

Auf Ihre Anweisung hin wurde eine Geldübergabe an die Frau von E. Thälmann organisiert. Das Geld ist übergeben worden. Der zurückgekehrte Genosse⁷ erzählte über das Treffen mit Rosa Thälmann⁸ Folgendes:

Auf die vereinbarten Parolen hin bestätigte Rosa ihre Identität und sagte, daß sie Ernst zweimal im Monat sehe, Ernst sei nicht gebrochen.⁹ Auf die Frage nach dem russisch-deutschen Pakt habe er gesagt, das sei sehr gut.¹⁰

Man kam zu Ernst mit dem Vorschlag, ein Papier zu unterschreiben, ein Dokument, das den Kommunismus verhöhnt und seine Abkehr vom Kommunismus ver-

7 Zurückgekehrter Genosse: Es dürfte sich um Olga Muth (Ps. Ollo) gehandelt haben, die Kinderfrau von Ruth Werner, die im Auftrag der sowjetischen Militäraufklärung Rosa Thälmann Geld überbrachte (siehe: Sassning: Zur NS-Haftzeit Ernst Thälmanns, S. 53). Auch die finnische Kommunistin Irja Nousiainen (Ps. Strand) war in dieser Sache als Kurier tätig (Siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 197).

8 Rosa Thälmann, die Frau Ernst Thälmanns, besuchte ihren Ehemann ungefähr dreiwöchentlich im Gefängnis und bewerkstelligte damit indirekt die Kommunikation mit der KPD-Exilführung. Der Kurier Edwin (Ps.), d.i. Walter Trautzsch, versorgte sie mit Geld und Nachrichten für Thälmann. Als Trautzsch im Februar 1939 verhaftet wurde, wandte sich Rosa am 8.11.1939 an die sowjetische Botschaft in Berlin, um Geld für ihren Lebensunterhalt zu erhalten und Briefe Thälmanns, v.a. an Stalin, zu überbringen, wurde dort jedoch zunächst abgewiesen. Am 26.11.1939 kritisierte Molotov das Verhalten der Botschaft und genehmigte eine Zuteilung über 2000 Mark, die am 28.11. übergeben wurden. Die Unterstützung erfolgte nun parallel über Kanäle der Komintern und der sowjetischen Militäraufklärung (siehe: Sassning: Zur NS-Haftzeit Ernst Thälmanns, S. 52ff; Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 196–198).

9 Zu den Befürchtungen sowjetischerseits, Thälmann könnte „gebrochen“ werden oder sei zumindest defätistischen Stimmungen verfallen, siehe Dok. 422. Laut einem Eintrag in den Notizen Wilhelm Piecks vom 4.12.1939 wurde Thälmann via TASS-Telegramm sogar für tot erklärt (Siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 197).

10 In einem an Stalin übermittelten Brief Thälmanns vom 5.3.1940 gab er zwar keine persönliche Meinung über den Pakt ab, sah ihn jedoch zweifellos als positive Tatsache: „Hitler und Ribbentrop sind ehrlich und aufrichtig für die Fortsetzung und weitere Festigung der Freundschaft zwischen Deutschland und der Sowjet-Union.“ (Bayerlein, Der Verräter, Stalin, S. 199).

kündet, weil seine Freunde sich entschlossen hätten, ihn in Stich zu lassen. Als Antwort darauf nannte er die Namen der Führer und des höchsten Führers (gemeint ist Gen. Stalin) und sagte, daß diese Freunde ihn nie verlassen werden.¹¹

Rosa hatte Angst, die ganze Summe anzunehmen, weil die Polizei ihre Geldangelegenheiten vollständig kontrolliere, sie behielt nur 1100 Mark (von 2500 Mark). Rosa teilte mit, daß sie manchmal Geld von Sympathisanten aus anderen Ländern bekäme, darunter aus Stockholm.¹²

Unser Resident berichtet, daß er die Möglichkeit habe, noch einmal Geld zu übergeben, und ich bitte Sie, mir mitzuteilen, wie man im Zusammenhang mit Rosas Aussage verfahren soll.

Mit Gruß

[Sign.:] Proskurov¹³

Nº 229984 ss.

17.2.40.

Am 19.2.1940 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, der Komintern Geldmittel und Baumaterial für die Grundsanierung und den Ausbau der Gebäude der Geschäftleitung des EKKI zuzuteilen.¹⁴



Am 21.2.1940 wurde beschlossen, für die sowjetische Eisenverarbeitung deutsche Ausrüstungen im Wert von 8 Millionen Rubel einzukaufen.¹⁵

11 Im Brief vom 5.3.1940 schrieb Thälmann: „Von dem aktiven Eingreifen meiner russischen Freunde verspreche ich mir den *einzigsten* und *allein ausschlaggebenden* Erfolg zu meiner baldigen Freilassung.“ Stalin allerdings versah den Brief mit dem Vermerk „ins Archiv“ und bemühte sich nicht weiter. Nach Meinung russischer Historiker wollte er die Freundschaft mit NS-Deutschland nicht durch derartige Bemühungen trüben, zumal Thälmann für ihn im Gefängnis politisch nützlicher gewesen sei als in Moskau (siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 198–199). Am 15.10.1941 schließlich ging Stalin im Gespräch mit Dimitrov auf Distanz zu Thälmann: „Er ist kein prinzipientreuer Marxist, und seine Briefe zeugen vom Einfluss der faschistischen Ideologie. [...] Sie werden ihn nicht umbringen, weil sie offensichtlich hoffen, ihn sich bei Bedarf als ‚vernünftigen‘ Kommunisten zunutze machen zu können...“ (Ibid.)

12 Im Brief vom 5.3.1940 erwähnte Ernst Thälmann die „Geldsumme einer dänischen Genossin über einen Verlag in Stockholm (400 schwedische Kronen = 236,50 RM.) an meine Frau“, die als legale Überweisung zur „Beruhigung“ der Gestapo beigetragen habe (Wolfram Adolphi, Jörn Schüttrumpf (Hrsg.): Ernst Thälmann: an Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941, Berlin, Dietz, 1996, S. 59). Aber auch der illegale Geldtransfer an Rosa Thälmann wurde über Stockholm abgewickelt. Von der Komintern-Funkstelle Stockholm ging u.a. das folgende Telegramm vom 28.2.1940 bei der Komintern ein: „Rosa Thelman hat Empfang Karin [d.h. US-Dollar] bestätig[t]. Sollen wir noch verschicken.“ (RGASPI, Moskau, 495/184/2 (Eingang 1940), 17. Publ. in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 198).

13 Ivan Proskurov (1907 in der Sowjetunion 1941 erschossen), ehemaliger Militärpilot und Spanienkämpfer, war von 1939 bis 1941 Leiter der sowjetischen Militäraufklärung.

14 RGSAPI, Moskau, 17/3/1020, 9. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 784.

15 RGASPI, Moskau, 17/162/27, 44.

Am 27.2.1940 behandelte das Politbüro die Ansprüche ausländischer Privatpersonen und Unternehmen im Zusammenhang mit der Nationalisierung ausländischen Eigentums auf dem Territorium der Westukraine und Westweißrusslands. Diesbezüglich wurde eine Note an die deutsche Botschaft formuliert, worin die Nationalisierung als unumkehrbar deklariert wurde, da sie von der Westukraine und Westweißrussland beschlossen worden sei, noch bevor die Territorien in den Bestand der UdSSR eingingen.¹⁶

Dok. 474

Beschluss der „Mitglieder des ZK der KPD“ zur Parteitätigkeit im Ausland

[Moskau], 28.2.1940 (Datum des Begleitbriefs)

Typskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1317, 50b-d. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 280–283.

28.2.40

Lieber Genosse Dimitroff!

Wir haben anliegenden Beschluss gefasst zur Förderung unserer Propaganda im Ausland.¹⁷ Das vorgeschlagene Bulletin soll einfach abgezogen werden.¹⁸ Wenn technisch die Möglichkeit besteht, eine „Internationale“¹⁹ im Ausland zu drucken und ins Land zu bringen, so soll das vom Auslandsbüro²⁰ vorbereitet werden.

Der anliegende Beschluss wird nur mündlich übermittelt.

Mit bestem Gruss!

[Sign.] Pieck²¹

¹⁶ RGASPI, Moskau, 17/162/27, 47, 57–59.

¹⁷ Am 14.3.1940 wurde das Dokument der KPD vom Sekretariat des EKKI bewilligt. Das Beschlussprotokoll siehe: RGASPI, Moskau, 495/18/1317, 50a.

¹⁸ Gemeint ist hier die Kopiertechnik des Abziehens. In der russischen Übersetzung heißt es „einfach abgedruckt“.

¹⁹ D. i. eine Ausgabe der Zeitschrift *Die Kommunistische Internationale*. Vgl. Dok. 464.

²⁰ Gemeint ist die seit Anfang 1940 von Stockholm aus tätige Auslandsleitung der KPD, deren Aufgabe es war, Verbindung zu den Parteistrukturen in Deutschland und im Exil zu halten. Die Auslandsleitung bestand aus Karl Mewis, Richard Stahlmann, Erich Glückauf und Heinrich Wiatrek. 1941 kam Herbert Wehner hinzu (siehe: Michael F. Scholz: Herbert Wehner in Schweden 1941–1946, München, Oldenbourg, 1995, S. 24ff.).

²¹ Der Beschluss wurde vom Sekretariat des EKKI am 14.3.1940 bestätigt. Siehe: RGASPI, Moskau, 495/18/1317, 50a.

Beschluss der Mitglieder des ZK der KPD.²²

Zur Arbeit im Ausland.

Die Aenderung der Lage und die taktische Neuorientierung der Partei erfordert auch eine Aenderung der Taktik der Arbeit in der Emigration.²³ In der deutschsprachigen Auslandspresse nutzt die englisch-französische Kriegspropaganda und die II. Internationale jede Möglichkeit aus, um mit Hilfe früherer antifaschistischer Losungen deutsche Emigranten für die Unterstützung der Kriegspolitik des englischen Imperialismus zu gewinnen. Bisher wurde auf die Stellungnahme der sozialdemokratischen Kriegstreiber im „Neuen Vorwärts“,²⁴ die Briefe, die in der englischen Presse über Deutschland veröffentlicht wurden, und auf die Veröffentlichungen in der „Neuen Volkszeitung“ New York²⁵ noch wenig geantwortet. Oft wird in der Presse der Eindruck erweckt, als ob die Taktik der Kommunistischen Partei in England und Frankreich im Kampf gegen den Krieg die gleiche sei, wie die der KPD.

Wir schlagen Euch vor, zunächst eine Art Bulletin herauszugeben, dem eine Artikelbeilage angefügt wird, durch die alle wichtigen Artikel von uns verbreitet werden. Dieses Bulletin sollte an Freunde in den verschiedenen Ländern, darunter auch bekannte Schriftsteller und sympathisierende Sozialdemokraten geschickt werden. Das Bulletin soll die Arbeit unter den Emigranten fördern und auch den Genossen in den kommunistischen Redaktionen helfen, die Besonderheiten unserer Taktik in Deutschland zu verstehen.

Der politische Haupt Gesichtspunkt des Bulletins ist der Kampf gegen die Pläne des englisch-französischen Kriegsblocks, für den Frieden, für die Stärkung der Freund-

22 Darüber handschriftliche Resolutionen Dimitrovs in russischer Sprache: „Protokoll B zusammenstellen. 10.3.40. GD.“ „Gen. Pieck zeigen. GD.“ „Gen. Manuilski, Gottwald zeigen. 29.2.40. GD.“ Signaturen von: Manuilski, Florin, Gottwald und Pieck. Stempel: 27 Eing. N° 108/s „28“.2.1940. Hdschr. Vermerk des Sekretärs: „N° 42 28.II.40.“ Hdschr. Resolution Gottwalds in deutscher Sprache: „Habe Bedenken über den rot angestrichenen Satz auf der 3. Seite!“.

23 Durchgestrichen: „und unter den Auslandsdeutschen“.

24 *Sozialdemokratische Kriegstreiber*: Unter dem Titel „Für Finnland – Unsere Solidarität mit dem finnischen Freiheitskampf“ brachte der *Neue Vorwärts* vom 11.2.1940 eine Stellungnahme des Parteivorstands der SPD zum sowjetischen Überfall auf Finnland. Darin hieß es u.a.: „Zwei Monate sind jetzt vergangen, seitdem die Truppen der Sowjetunion das freie und demokratische Finnland überfielen. Seit diesen Tagen verfolgen wir mit innerer Bewegung und brüderlicher Anteilnahme den heldenmütigen Freiheitskampf des finnischen Volkes gegen einen übermächtigen und barbarischen Gegner. Wir sprechen für die deutschen Arbeiter, die der beispiellose Terror des Hitlerregimes, des neuen Verbündeten Stalins, heute noch zum Schweigen verurteilt, wenn wir Euch in Eurem schweren Kampf für die Freiheit Eures Landes, der zugleich ein Kampf für die Freiheit Europas ist, unsere herzlichste Sympathie übermitteln.“

25 *Neue Volkszeitung*, New York, Tages- und später Wochenzeitung, Organ der 1939 in New York gegründeten sozialdemokratischen German Labour Delegation unter dem ersten Vorsitzenden Alber Grzesinski. Ziel war es u.a. für die Sopade politische und finanzielle Unterstützung zu erhalten. Trotz der Mitgliedschaft im *Council for a Democratic Germany* sprach man sich streng gegen eine Zusammenarbeit mit Kommunisten aus.

schaft mit der sozialistischen Sowjetunion und für die Herbeiführung einer inneren Neuordnung Deutschlands durch den Kampf um die Rechte des werktätigen Volkes.

Unsere Berichterstattung über Deutschland muß die wirkliche Stimmung im deutschen Volke wiedergeben. Wir wollen nichts veröffentlichen, was den englischen Plan fördert. Unsere Berichterstattung soll zeigen: die Sympathie und die Freundschaft der Massen mit der SU – ohne Übertreibung und bare Erfindung; die Feindschaft gegen Thyssen und die Agenten des britischen Imperialismus,²⁶ die Forderungen, die im Interesses des Volkes liegen, die demokratischen Forderungen, die Verteidigung der unterdrückten Völker, den Internationalismus der Arbeiter, ihren Willen zum Frieden.

Die Berichte sollen zeigen, dass die deutschen Arbeiter und Bauern unter den Verhältnissen des Krieges für ihre Rechte kämpfen, dass sie aber keinerlei Illusionen über ihr Los haben, das sie im Falle des Gelingens des englischen Planes erwartet. Diese Berichte sollen zeigen, dass die Massenbewegung für den Frieden in England und der USA in Deutschland ein Echo finden und dass sich die fortgeschrittenen Teile der deutschen Arbeiter brüderlich verbunden fühlen mit diesen gegen den Imperialismus und für Frieden kämpfenden Arbeiter[n]. Die englischen Kriegsorganisatoren glauben, daß mit dem Wachstum innerer Schwierigkeiten in Deutschland jener Teil der deutschen Bourgeoisie die Oberhand bekommt, der zu einer Kapitulation vor dem englischen Imperialismus bereit ist und der dem sowjetisch-deutschen Freundschaftspakte fanatisch gegenübersteht. Die englischen Imperialisten glauben im Zusammenhang mit wachsenden inneren Schwierigkeiten in Deutschland dem deutschen Volke einen imperialistischen Gewaltfrieden aufzuzwingen. Wir wollen aber im Interesse der Weltarbeiterklasse und des deutschen Volkes und der europäischen Völker einen solchen imperialistischen Gewaltfrieden verhindern. Darum geht der Kampf der Arbeiter und Bauern für den Frieden in Deutschland *auf andere Weise vor sich, als wie in England und Frankreich*. Die revolutionären Arbeiter in Deutschland sind daher nicht an der Erzeugung aller und jeder Schwierigkeiten interessiert, die eine baldige Kriegsniederlage Deutschlands herbeiführen würden.²⁷

Es wäre sehr wichtig, daß deutsche Schriftsteller in der Emigration, Sozialdemokraten und andere deutsche Emigranten durch kurze Artikel, durch Briefe usw. entschieden im Ausland als die Vertreter des deutschen Volkes gegen die Politik der Hilferding und Stampfer und gegen die Stellungnahme verschiedener katholischer Führer auftreten. Das Auslandsbüro soll den Freunden in den einzelnen Ländern konkrete Vorschläge mitteilen.

²⁶ Siehe Dok. 471.

²⁷ Der Satz ist handschriftlich durchgestrichen sowie am Rand doppelt angestrichen; es ist wohl derjenige Satz, der den Unmut Klement Gottwalds erregte (siehe Vermerk am Anfang des Dokuments).



Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 2.3.1940 eine Reihe von repressiven Maßnahmen zur „Sicherung der Staatsgrenze“ auf dem ehemals polnischen Territorium. Alle Anwohner innerhalb von 800 Metern zur Grenze sollten umgesiedelt, ihre Häuser abgerissen werden. Außerdem sollten bis zum 15.4.1940 alle Familien internierter polnischer Soldaten nach Kasachstan deportiert werden, wobei die „böswilligen“ unter ihnen zu verhaften seien. Ebenfalls sollten alle Prostituierten aus dem Grenzgebiet deportiert werden. Denjenigen Flüchtlingen aus dem deutsch besetzten Teil Polens, die in der Sowjetunion bleiben wollten, sollte untersagt werden, sich innerhalb der nächsten fünf Jahre näher als 100 km von der Grenze entfernt anzusiedeln. Die Flüchtlinge, die in den deutsch besetzten Gebieten abgewiesen wurden, sollten dagegen in „nördliche Gebiete“ zu Holz- und anderen Arbeiten deportiert werden.²⁸

Auf Anfrage des NKVD beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 5.3.1940 auf Vorschlag von Lavrentij Berija, die Angelegenheiten von 14.700 gefangenen ehemaligen polnischen Offizieren, Polizisten und anderen höheren gesellschaftlichen Rängen, sowie von 11.000 unter Spionageverdacht und ähnlichen Beschuldigungen inhaftierten Polen, „in einem Sonderverfahren zu bearbeiten, unter Anwendung der Höchststrafe – der Erschießung.“ Das – erst Mitte der neunziger Jahre bekannt gewordene – Dokument, mit dem das Massaker von Katyn angeordnet wurde, trägt die Unterschriften von Stalin und Kliment Vorošilov. Michail Kalinin und Lazar' Kaganovič stimmten dem Beschluss nachträglich zu.²⁹

Das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschloss am 13.3.1940 eine Auswechslung des stellvertretenden Militärattachés der UdSSR in Deutschland, Michail V. Beljakov, durch Jurij G. Bažanov.³⁰

Am 15.3.1940 beschloss das Politbüro, die in Brest vom NKVD internierte militärische Besatzung eines Flugzeugs vom Typ Junkers 34, das die sowjetische Lufthoheit verletzt hatte, nach Deutschland zurückkehren zu lassen, sowie den Deutschen das Flugzeug nach einer Reparatur zurückzugeben.³¹

Am 5.4.1940 bewilligte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Entwurf einer Direktive über die „Anwendung von Waffen durch die Grenzschutztruppen an der sowjetisch-deutschen Grenze“. Darin hieß es u.a., dass hierbei stets darauf zu achten sei, dass keine Geschosse auf deutschem Boden niedergehen.³²

Am 10.4.1940 setzte das Politbüro V.I. Smirnov als stellvertretenden Kriegsmarine-Attaché der UdSSR in Deutschland ein.³³

Am 11.4.1940 befasste man sich mit der Gültigkeit standesamtlicher Verfahren in den ehemals polnischen Gebieten und ihrer Kontrolle durch das NKVD, an das auch alle standesamtlichen Dokumente und Archive zu übergeben seien.³⁴

28 RGASPI, Moskau, 17/162/27, 48–49. Publ. in: Kostjuško: Materialy „osoboj papki“, S. 99–100.

29 RGASPI, Moskau, 17/162/27, 50; APRF, F. 3, Paket N 1. Publ. in: Ibid., S. 100–102.

30 RGASPI, Moskau, 17/3/1020, 45.

31 RGASPI, Moskau, 17/162/27, 52; APRF, Moskau, 3/64/678, 84. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 267.

32 RGASPI, Moskau, 17/162/27, 73, 81.

33 RGASPI, Moskau, 17/3/1021, 88.

34 RGASPI, Moskau, 17/3/1021, 91.

Dok. 475**Chiffretelegramm an die Komintern-Funkstelle Brüssel für die Kader der KPD und der KP Österreichs in Belgien und Frankreich**

[Moskau], 16.4.1940

Typoskript, französisch. RGASPI, Moskau, 495/184/3 (Ausgang 1940), 112. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 233. In französischer Sprache publ. in: Bernhard H. Bayerlein, Mikhail Narinski, Brigitte Studer, Serge Wolikow (Hrsg.): *Moscou-Paris-Berlin, 1939–1941. Télégrammes chiffrés du Komintern*, Paris, Tallandier, 2003, S. 211.

[An:] Marcel [d.i. Eugen Fried]. Wir sind dagegen, daß sich die österreichischen und deutschen Führer in Agen [Belgien] freiwillig den Behörden von Agen stellen. Krebs [d.i. Othmar Strobel], Pohl [d.i. Alfred Klahr] und Schacht [d.i. Fritz Heinrich] müssen in der Illegalität bleiben und, wenn möglich, ausreisen. Die anderen Österreicher sollen sich, wenn möglich, ins Land [nach Österreich] zurückbegeben. Ein Teil der deutschen Führungsfunktionäre soll illegal über Digne [die Niederlande] ins Land [nach Deutschland] zurückkehren.

Die anderen gehen, wenn möglich, legal über Digne ins Land zurück. Jene, gegen die schwerwiegende Urteile vorliegen, bleiben illegal in Agen [Belgien].

Paul [Georgi Dimitrov].³⁵

35 Im Zusammenhang mit dieser Rückkehrdirektive erhob Franz Dahlem in den 1950er Jahren schwere Vorwürfe gegen Ulbricht und die Moskauer Parteiführung. In seinen handschriftlichen Notizen heißt es, auf Anweisung Ulbrichts sei die Arbeit der Auslands-Abschnittsleitungen nach Deutschland eingestellt und ihre Mitglieder den Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien unterstellt worden. Am 26.3.1954 notierte er: „Demgegenüber bin ich gezwungen die Frage der Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Einschätzung der Perspektive der Entwicklung in Deutschland nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes zu stellen, wie sie Gen. Ulbricht Anfang 1940 von Moskau aus als Direktive an verantwortliche Funktionäre der KP Deutschlands in Skandinavien, Frankreich und Belgien sandte: daß nämlich die Voraussetzungen einer halblegalen und vielleicht legalen Arbeit der Kommunisten in Hitlerdeutschland sich entwickeln werden, und daß deshalb alle Politemigranten, die bei ihrer Rückkehr nicht mehr als 4 Jahre Gefängnis zu erwarten hätten, veranlaßt werden sollen, sich legal nach Deutschland repatriieren zu lassen. Diese Frage hat zu großen Diskussionen unter den Tausenden Häftlingen auch im Lager Vernet geführt und erst nach mehrfacher Bestätigung von Seiten höchster Parteileitungen über die Richtigkeit der Direktive wurde mit meiner Zustimmung eine Anzahl unbelasteter Spanienkämpfer veranlaßt, sich freiwillig zur Rückkehr nach Deutschland zu melden, um dort in die DAF einzutreten und die antifaschistische Arbeit zu organisieren. Die überwältigende Mehrheit der übrigen Genossen, meist ehemalige Parteifunktionäre, führten einen heroischen Kampf gegen die Auslieferung nach Deutschland. Die Geschichte hat bewiesen, daß eine derartige Perspektive der Entwicklung in Deutschland sich als ein Irrtum erwiesen hat.“ (Franz Dahlem: Weiteres Beweismaterial zur Aufdeckung der Falschheit der gegen mich erhobenen Verdächtigungen und Verleumdungen, Berlin, 26.3.1954, SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/9975, 105–106; zit. in Bayerlein: *Der Verräter, Stalin, bist Du*, S. 133f.; vgl. Bruno Frei: *Die Männer von Vernet: ein Tatsachenbericht*, Hildesheim, Gerstenberg, 1950; RGASPI, Moskau, 17/3/1023, 8).



Am 17.4.1940 befürwortete das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Abschluss einer Konvention zwischen der UdSSR und Deutschland über die Richtlinien zur Untersuchungen und Beilegung von Grenzzwischenfällen und -konflikten.³⁶

Am 10.5.1940 behandelte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Frage der Kosten für die Demarkation der neuen sowjetisch-finnischen sowie der sowjetisch-deutschen Grenzen. Für die Demarkation letzterer wurden zusätzlich 352.105 Rubel zu Verfügung gestellt.³⁷

Dok. 476

Deklaration der KPD zum Vormarsch Hitlers in Westeuropa

[Moskau], 6.6.1940

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/15/274, 226–229. Russische, mit 24.5.1940 datierte Variante: RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 22–27. Erstveröffentlichung des deutschen Originaltextes. Rückübersetzung aus dem Russischen auszugsweise publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 266–267. Verkürzt und entstellend publ. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 537–538. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 347–352.

NICHT ZUR VERÖFFENTLICHUNG!

HS

Presse- und

Agitationsabt.

Sektor: Inform.

BULLETIN Nr. 307

=====

vom 9.Juni 1940

(*Sonderinformation*)

*Deklaration der KP. Deutschlands.*³⁸

³⁶ APRF, Moskau, 3/64/674, 104. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 271.

³⁷ RGASPI, Moskau, 17/3/1023, 8.

³⁸ Die russische, im Komintern-Archiv überlieferte Fassung des Dokuments wurde mit dem Satz „Aus einem Dokument, das von Kommunisten in Deutschland verbreitet wird“, eingeleitet (RGASPI, Moskau, 495/10a/317, 22). Allerdings wurde dieses Dokument nicht in Deutschland, sondern in Moskau von Wilhelm Pieck und führenden Funktionären von KPD und Komintern am Ende der zweiten Maidekade verfasst, ungefähr zeitgleich mit der Deklaration der KP Frankreichs „Wir klagen an!“. Zahlreiche Formulierungen in den beiden Dokumenten stimmen überein. So wird in beiden Erklärungen betont, dass die Kommunisten des jeweiligen Landes ebenso gegen die imperialistischen Kriegsziele ihrer „eigenen“ Kapitalisten und Ausbeuter kämpften wie die Kommunisten der Länder, die gegen sie Krieg führten. Die Erklärung wurde von Georgi Dimitrov, Manuilski und Ivan Stepanov zur Kenntnis genommen und am 10.6.1940 Stalin, am 11.6.1940 auch Molotov und Ždanov zugeschickt (siehe Dok. 477). Bereits am 4.6.1940 hatte Dimitrov an die schwedischen Kommunisten die Anweisung übermit-

„*Ny Dag*“, Stockholm, veröffentlicht in der Nummer vom 6. Juni.

Der imperialistische Krieg ist in eine neue Etappe eingetreten und hat sich auf weitere Länder ausgedehnt. Die imperialistischen Machthaber beider Seiten treiben ihre Millionen-Armeen, zusammengesetzt aus Arbeitern und Bauern, in die Hölle der Materialschlachten. Sie haben begonnen, das Hinterland durch Fliegerbomben zu verwüsten.

Der imperialistische Krieg hat seine Logik: Die Imperialisten auf beiden Seiten suchen militärische Vorteile zu erringen und günstige strategische Positionen zu erobern. Zu diesem Zwecke haben sie bereits eine Reihe kleiner Völker in den Krieg hineingezwungen und Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Luxemburg zu ihrem blutigen Kriegsschauplatz gemacht.³⁹ Der Völkermord hat sich auf die blutgetränkten Felder Frankreichs ausgedehnt.⁴⁰

Die deutschen Kommunisten haben in Übereinstimmung mit den französischen und englischen Kommunisten von Anfang an gegen diesen imperialistischen Krieg und für den Frieden gekämpft. Die Kommunisten wandten sich von Anfang an die Ausbreitung dieses ungerechten Krieges, gegen die Hineinziehung neutraler Länder in diesen Krieg, gegen die Vergewaltigung der kleinen Völker. Verantwortlich und schuldig für dieses unerhörte Blutvergießen und Massenmorden, für die schrecklichen Verwüstungen sind die grosskapitalistischen Kriegstreiber auf beiden Seiten.

Die deutschen Kommunisten kämpfen gegen die imperialistischen Kriegsziele ihrer „eigenen“ Kapitalisten und Ausbeuter, wie die englischen und französischen

telt, die Erklärung in der *Welt* und der *Ny Dag* zu veröffentlichen (RGASPI, Moskau, 495/184/9 (Ausgang 1940), 96).

39 Am 9.4.1940 marschierte die deutsche Wehrmacht in Dänemark und Norwegen ein („Unternehmen Weserübung“). Am 10.5.1940 griffen Hitlers Truppen die Niederlande, Belgien und Luxemburg an („Fall Gelb“).

40 Am 14.5.1940 überschritten deutsche Truppen die Maas, und es begann die für die sowjetische Führung unerwartet schnelle Eroberung Frankreichs („Fall Rot“). Anlässlich der Schlacht von Dünkirchen (26.5.–5.6.1940) wurden das britische Expeditionskorps sowie große Teile der französischen Armee von der Wehrmacht eingekesselt. Die Stadt wurde schließlich besetzt, über 300.000 britische und französische Soldaten konnten nach Großbritannien evakuiert werden. Am 14.6.1940 fiel Paris. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Paul Reynaud, der für die Fortsetzung der Verteidigung Frankreichs mit englischer Unterstützung plädiert hatte, im Kabinett jedoch keine Mehrheit gewinnen konnte, wurde sein Stellvertreter Philippe Pétain Ministerpräsident und schloss den Waffenstillstand von Compiègne ab. Die französische Kapitulation am 22.6.1940 hatte zu Folge, daß 60% des französischen Territoriums unter deutsche Besatzung kam und der Rest von einer Kollaborationsregierung unter Marschall Pétain mit Sitz in Vichy verwaltet wurde. Der Frankreichfeldzug war für Deutschland damit abgeschlossen. Während des Feldzugs verübte die deutsche Wehrmacht auch Kriegsverbrechen, wie etwa das Massaker in Vinkt (130 getötete Zivilisten) und in Wormhout (zwischen 80 und 97 getötete britische und französische Kriegsgefangene). Mehrere tausend Senegalesen und andere koloniale Soldaten in der französischen Armee wurden nach ihrer Gefangennahme getötet. Auch setzte bald in Zusammenarbeit mit den französischen Polizeibehörden die Verfolgung und Deportierung von Juden ein.

Kommunisten gegen „ihre“ Kapitalisten und Ausbeuter kämpfen. Die Kommunisten haben von Anfang an eine selbständige Politik durchgeführt, ausschliesslich geleitet von den Interessen der Werktätigen, in unverbrüchlichem Vertrauen zur Friedenspolitik der SU, die inmitten des imperialistischen Chaos die einzige Friedensmacht ist.

Der deutsche Imperialismus spricht nicht im Namen der Millionen deutscher Werktätiger, wenn er unter der Losung „mehr Lebensraum“ die Gewaltherrschaft über die europäischen Völker und Kolonien anstrebt. Er betrügt das werktätige Volk, wenn es behauptet, ein Sieg Deutschlands sei die Voraussetzung, um die Lage der deutschen Arbeiter und Werktätigen von Grund auf zu verbessern. [...]

Der Siegfrieden, den die deutschen Imperialisten unter Aufopferung des Lebens von Millionen und Millionen deutscher Soldaten den Völkern Europas aufzwingen wollen, liegt keineswegs im Interesse der deutschen Arbeiterklasse und der Werktätigen und damit auch nicht im wahren nationalen Interesse des deutschen Volkes. Ein solcher Sieg wäre nur im Interesse der deutschen Grosskapitalisten, die damit ihre Gewaltherrschaft über das werktätige deutsche Volk stärken, den Zustand der Unfreiheit und Unterdrückung verlängern und noch mehr fremde Völker im Interesse ihres Profites unterwerfen würden.

Wir deutschen Kommunisten führen den Kampf um die baldige Beendigung dieses imperialistischen Raubkrieges, der den Völkern, und vor allem dem deutschen Volke, nur schreckliche Blutopfer, die Qualen des Hungers und unerhörte Leiden auferlegt.⁴¹ [...]

Die deutschen Kommunisten sprechen ihre volle Sympathie aus für die Opfer der Vergewaltigung und des imperialistischen Krieges in Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Luxemburg, für das unterdrückte tschechische, polnische und österreichische Volk. Die deutschen Kommunisten fühlen sich solidarisch und kampfbund mit der Arbeiterklasse dieser Länder. Sie beschwören die deutschen Arbeiter und Bauern im Soldatenrock, sich nicht missbrauchen zu lassen für die Vergewaltigung, Terrorisierung und Ausplünderung ihrer werktätigen Brüder in den von der deutschen Armee besetzten Gebieten. Die deutschen Proletarier fühlen sich mit den Arbeitern und Bauern Frankreichs verbunden, die jetzt am schwersten von den Greueln des Krieges betroffen werden. Sie fühlen sich solidarisch mit dem Kampf ihrer Brüder in England und Frankreich gegen die Imperialisten in ihrem eigenen Lande.

Während die deutschen Kommunisten, die Avantgarde der Arbeiterklasse Deutschlands, in der Aussenpolitik wie in der Innenpolitik der deutschen Bourgeoisie mit einer selbständigen Politik im Interesse des Volkes und des Friedens entgegen-treten, stehen die deutschen reaktionären sozialdemokratischen Führer zusammen mit den Führern der II. Internationale im Dienste des englischen und französischen

41 Nur von hier an wurde das Dokument (ebenfalls auszugsweise) in der offiziellen DDR-Dokumentensammlung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung veröffentlicht (siehe: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung V, S. 537–538).

Imperialismus. Die verruchten Verräter an der Sache der Arbeiterklasse treten für die Verschärfung, Ausbreitung und Verlängerung des Völkergemetzels ein.

Die deutschen Arbeiter und Werktätigen, die selbst gegen die Versklavung anderer Völker durch den deutschen Imperialismus sind, kämpfen gleichzeitig gegen die verbrecherische Politik der deutschen reaktionären sozialdemokratischen Führer, die für den Sieg des englisch-französischen Imperialismus arbeiten. Die Behauptung, dass der Sieg der englisch-französischen Imperialisten den deutschen Arbeitern und Werktätigen die Freiheit bringe, ist ein zynischer Betrug. Die reaktionäre englische und französische Bourgeoisie, die fünfhundert Millionen Kolonialvölker [sic] in Sklaverei hält, die das eigene werktätige Volk immer schärfer unterdrückt und terrorisiert, der der Sozialismus in der Sowjetunion zutiefst verhasst ist, kämpft für ihre imperialistischen Ziele, um die Aufrechterhaltung und Verstärkung ihrer Weltherrschaft, nicht aber um die Freiheit anderer Völker und sie hasst und fürchtet den wirklichen Freiheitskampf des werktätigen deutschen Volkes. Der Frieden, die Freiheit und der Aufstieg der deutschen Arbeiter und aller Werktätigen können niemals an der Seite des englischen Imperialismus erreicht werden, sondern nur im Kampfe gegen jeden Imperialismus und in der Solidarität mit der Arbeiterklasse der anderen Länder, besonders im brüderlichen Kampfbündnis mit der Arbeiterklasse Frankreichs und Englands.

[...] Um die werktätigen Massen in den Dienst ihrer imperialistischen Raubinteressen zu stellen, behaupten die Machthaber in Deutschland demagogisch, dass Deutschland siegen müsse, damit der sogenannte „deutsche Sozialismus“ voll verwirklicht werden könne. Die deutschen Werktätigen erinnern sich, was aus ähnlichen Versprechungen im ersten Weltkriege geworden ist und haben am eigenen Leibe bereits verspürt, was dieser „deutsche Sozialismus“ der deutschen Monopolkapitalisten ist. [...]

Einem Regime, das Tausende und Abertausende der besten Kämpfer für Frieden, Freiheit und Brot, darunter Ernst Thälmann, den Führer unserer Partei, in Zuchthäusern gefangen hält, können die Arbeiter kein Wort glauben. Selbst diese barbarische Unterdrückung wird das Volk nicht hindern, seiner Abscheu gegen den imperialistischen Krieg, seinem Willen zum Frieden Ausdruck zu geben. Aber die rasche Erringung des Friedens erfordert den unerschrockenen Kampf für die Beseitigung der Rechtlosigkeit des werktätigen Volkes. Wenn das werktätige Volk selbst über sein Schicksal entscheiden kann, dann wird es bald zum Frieden kommen. Dazu ist notwendig die Sammlung der Kraft der Arbeiterklasse, die Schaffung der Aktionseinheit der Arbeiter und das Bündnis der Arbeiterklasse mit den anderen werktätigen Massen zu einer mächtigen Volksbewegung. [...]

Die deutschen Kommunisten erklären, dass die Völker aus diesem schrecklichen Krieg herauskommen können und ein solcher Frieden erreicht werden kann durch den gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse aller Länder und durch die Solidarität mit dem grossen Lande des Sozialismus.

Dok. 477**Fragen Dimitrovs und Manuilskis an Stalin zu den politischen Losungen der KPD**

Moskau, 10.6.1940

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/519, 20–30. Deutsche Erstveröffentlichung. Rückübersetzung aus dem Englischen. In englischer Sprache publ. in: Dallin/Firsov: Dimitrov and Stalin, S. 165–166.

An Genossen STALIN

Lieber Genosse Stalin,

Die internationale Situation, die sich durch die Eskalation der Kriegsoperationen im Westen verkompliziert hat, zwingt uns erneut, Sie zu stören und nach Ihrem Rat zu ersuchen. [...]

Mit der Frage nach der Position der französischen Kommunisten⁴² ist die Frage nach der Linie der deutschen Kommunisten, die sie in Bezug auf die aggressive Politik der deutschen herrschenden Klassen einnehmen sollten, verbunden.

Die deutschen Kommunisten haben ein Dokument herausgegeben, das in der ausländischen kommunistischen Presse veröffentlicht wurde,⁴³ in dem sie die imperialistischen Pläne ihrer Bourgeoisie entlarven und die Losung des Friedens ohne territoriale Annexionen und Kontributionen, ohne Unterdrückung eines Volkes durch ein anderes aufwerfen, eines Friedens, der auf einer freien Willensäußerung der Selbstbestimmung der Völker basiert.

Die Gen. Pieck und Florin fragen uns, ob es für die deutsche kommunistische Partei zweckmäßig wäre, die Forderung nach Konfiszierung der Kriegsprofite und Nationalisierung der Banken, großen Trusts und Konzerne aufzustellen, um die Last des Krieges auf die begüterten Klassen umzuschichten, das Los für die Familien der mobilisierten Soldaten zu erleichtern und die schwierige Situation der Arbeiter und Bauern zu verbessern.

Wir sehen die Positionen der französischen und deutschen Kommunisten nicht als falsch an. Jedoch ist die internationale Situation so kompliziert, und der Moment so entscheidend, dass jeder politische Fehler, den wir machen, negative Auswirkungen auf die Interessen der UdSSR haben kann.⁴⁴

42 Dimitrov legte dem Brief den Entwurf einer Deklaration der KP Frankreichs bei, deren Hauptpunkte er im hier nicht publizierten Teil des Briefes darlegte

43 Siehe Dok. 476.

44 Die hier zum Ausdruck kommende Vorsicht bei der Bewertung des deutsch-französischen Krieges durch die beiden Verantwortlichen der Komintern war bezeichnend für die fortgeschrittene Unterordnung der Komintern unter die sowjetischen Interessen und den Verlust einer selbst minimalen Handlungsfreiheit.

Wir bitten Sie, Genosse Stalin, uns Ihre Ratschläge und Direktiven zu erteilen.

Mit Genossengruß,

G. DIMITROV

D. MANUILSKI

Moskau, 10. Juni 1940. [...]



Am 5.6.1940 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit der Aufteilung der Bezirke der deutschen Konsulate in der UdSSR sowie der sowjetischen Konsulate in Deutschland: das Leningrader Konsulat sollte für das Leningrader Gebiet, das Konsulat in Vladivostok für das Pomor'e-Gebiet und das Konsulat in Batumi für Georgien zuständig sein. Von sowjetischer Seite sollte das Konsulat in Königsberg für Ostpreußen und Danzig, das Konsulat in Wien für die Wiener Region und das Konsulat in Prag für das Protektorat Böhmen und Mähren zuständig sein.⁴⁵

Dok. 478

Argumentationshilfe der Führung der KP Frankreichs zur Kontaktaufnahme mit den deutschen Besatzungsbehörden in Paris

[Paris], 20.6.1940

Autograph, französisch. Archives de la ville de Paris, carton 1466 W 1, scellés 1 (Provenienz: Préfecture de police, cabinet de E.F. Lafont, commissaire de police, PV du 21 juin 1940, affaire Tréand, Ginollin, Schrodt et Roux). Deutsche Erstveröffentlichung. In französischer Sprache publiziert in: Jean-Pierre Besse, Claude Penetier: Juin 40. La négociation secrète. Les communistes français et les autorités allemandes, Ivry-sur-Seine – Paris, Les Éditions de l'Atelier/Éditions Ouvrières, 2006, S. 10–13.

1) Sie [die deutschen Besatzungsbehörden] haben kommunistische Zeitungen in anderen Ländern erscheinen lassen Dän[emark], Nor[wegen], Belg[ien].⁴⁶
[Wir] Sind auf normalem Weg gekommen um die Erlaubnis zu erbitten⁴⁷

⁴⁵ RGASPI, Moskau, 17/3/1024, 27.

⁴⁶ In Belgien brachte die KP des Landes u.a. zusammen mit flämischen Nationalisten die Zeitung *Uilenspiegel* legal unter deutscher Besatzung heraus (siehe: Rudi van Doorslaer: *Uilenspiegel*. Een kommunistisch experiment met een Vlaams-nationale legale oorlogskrant. In: *Wetenschappelijke Tijdingen* XXXIV (1975), S. 91–94).

⁴⁷ Die erst 2006 erstmals veröffentlichte interne Notiz zur Vorbereitung des Treffens mit den deutschen Besatzern und Argumentation gegenüber Otto Abetz als deutschem Gesandten im besetzten Frankreich, stammt vermutlich von Maurice Tréand, dürfte jedoch mit Jacques Duclos für die in Paris anwesende Parteiführung abgestimmt gewesen sein. Ziel der Kontakte war es, zu erreichen, die Parteizeitung *l'Humanité* und weitere Pressorgane frei unter deutscher Besatzung herauszugeben. Tréand wurde später als alleiniger Verantwortlicher für die Kontakte abgestraft, um die Parteilegende der KPF des antifaschistischen Widerstands von Anfang an zu zementieren. Siehe ausführlich:

2) [Wir] Sind Kommunisten haben die Linie [der] KP unter Dal[adier]Ray[Reynaud] [und dem] Juden Mandel umgesetzt

[Der] Jude M[andel] hat uns nach Dal[adier] ins Gefängnis geworfen.⁴⁸ Arbeiter erschossen, die nat[ionale] Verteidigung sabotierten.

[Wir] Sind [die] französische KP haben keine Angst gehabt

3) [sind] nicht vor der Diktatur [des] Juden M[andel] und des Verteidigers der englischen kapitalistischen Interessen zurückgewichen

Mut [der] französischen Pariser Arbeiter, und wenn es französische oder Pariser Arbeiter sind, ist es die KPF

4) [Wir] Sind eine Kraft, wir⁴⁹ repräsentieren sie, wir repräsentieren eine Kraft, die über die französischen Grenzen hinausgeht

verstehen Sie? Hinter uns [steht] die UdSSR

das ist eine Macht, die UdSSR

Sie haben dem Rechnung getragen

[der] deutsch-sowjetische Pakt beweist das. Man macht einen Pakt nicht mit Schwächlingen jedoch mit starken Menschen

[Wir] waren mit dem D[deutsch-] S[owjetischen] Pakt einverstanden

unser Kampf gegen Bonnet, Dal[adier], Ray[Reynaud], Man[del], das hat Ihren Sieg erleichtert

unsere Verteidigung des Pakts

das hat Ihnen Vorteile verschafft

für die UdSSR haben wir gut gearbeitet, folglich indirekt für Sie [...]

Wenn Sie die *Huma[nité]* verbieten,⁵⁰ zeigen Sie, dass Sie gegen die Arbeiter- und kleinbürgerlichen Massen Frankreichs kämpfen wollen, dass Sie die UdSSR in Paris bekämpfen wollen.

6) Ich wiederhole Ihnen, was ich Ihnen gesagt habe wenn Sie [sie erscheinen] lassen, verpflichten wir uns nicht dazu, das Lob Hitlers und der UdSSR anzustimmen, jedoch dazu, nichts gegen Sie [zu unternehmen]

[Wir] verpf[lichten] uns zu schweigen

Jean-Pierre Besse, Claude Pennetier: Juin 40. La négociation secrète. Les communistes français et les autorités allemandes, Ivry-sur-Seine – Paris, Les Éditions de l'Atelier/Éditions Ouvrières, 2006.

48 *Der Jude Mandel*: Der konservative Politiker Georges Mandel war in der Regierung Paul Reynaud von Mai bis Juni 1940 Innenminister und für das Parteiverbot der KPF mitverantwortlich. Wegen seiner jüdischen Abstammung wurde Mandel im Laufe seiner Karriere von verschiedenen Seiten angefeindet, ein derart offen antisemitischer Angriff stellte seitens der KP gleichwohl eine neue Qualität dar.

49 Die Passage „werden es bleiben“ ist durchgestrichen.

50 Infolge des Scheiterns (oder des Abbruchs) der Verhandlungen im August 1940 zwischen der KPF und der deutschen Besatzungsbehörde (Otto Abetz) blieb die *Humanité* während der deutschen Besatzung verboten und wurde weiter illegal hergestellt und verbreitet (*l'Humanité clandestine*). Erst nach der Befreiung von Paris am 22.8.1944 konnte die Zeitung wieder legal erscheinen.

wir wollen alles, damit die Massen keine schmerzhaften Vorkommnisse erleiden, [um] ihnen zu helfen durch Ihre Zusammenarbeit, wenn Sie wollen: Flüchtlinge, Kinder⁵¹ wir werden nichts für Sie tun jedoch nichts gegen Sie

bitten Sie um die Erlaubnis, uns unter Franzosen auszusprechen [...]

In dem Maße, in dem Sie uns nicht erlauben, [die] Massenbewegung zu kanalisieren, die sehr radikal daher kommen kann, weil es in den Pariser Herzen bewahrt wird, dass es sich um die deutsche Invasion handelt

Diese Feinde, die wir vorher hatten, Kleinbürgerliche und Bürgerliche und selbst andere können sich hinter uns stellen, sollten Sie uns verfolgen, sollten Sie uns ins Gefängnis stecken, sollten Sie uns erschießen [...]

wenn Sie [dies] ändern wollen, [liegt es] an Ihnen, sie [die Orientierung] darzulegen [liegt es] an Ihnen, uns am Erscheinen der *Huma[nité]* zu hindern

haben Erfahrung [der] belgische[n] Freunde, sehr freundlich, unsere belgischen Freunde, *Voix du peuple*⁵² ist 3–4 Tage erschienen, man hat ihnen immer wieder gesagt, bis morgen

mit uns nicht

wir sind nicht die belgische Partei wir sind *Paris*⁵³

Wenn⁵⁴ Sie dieser Linie gegen [die] Arbeiterklasse folgen wollen, die man nicht von der KP trennen kann, werden alle dies erfahren.

Schlussfolgerung

10) Sind Sie mit der von uns übernommenen Verpflichtung einverstanden oder nicht Keine Antwort [oder] wenn Sie uns sagen, in einigen Tagen, werden wir dies als negative Antwort auffassen

L'Huma[nité] wird morgen herauskommen

Sie können mich verhaften, mich erschießen, unsere Verkäufer erschießen

Sie sind die Leiter, wir jedoch sind die Arbeiterklasse, wir können noch etwas bewirken

⁵¹ Die deutsche Armee in Frankreich produzierte bzw. trieb einen Flüchtlingsstrom vor sich her, der sich nach der Besetzung von Paris Richtung Süden ergoss.

⁵² *La voix du peuple*, Zentralorgan der KP Belgiens.

⁵³ Im Unterschied zur KP Frankreichs fand die 1939 ca. 10000 Mitglieder zählende, vom Komintern-delegierten Andor Berei in Brüssel geführte KP Belgiens einen „*modus vivendi*“ mit den deutschen Behörden (José Gotovitch). Zumindest ein Teil ihrer Presse (*La voix du peuple* in Brüssel, *Uilenspiegel* in Antwerpen) konnte frei erscheinen und Parteilokale blieben geöffnet. Die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten funktionierte so gut, dass es im Juni 1940 Julien Lahaut, dem KP-Abgeordneten von Seraing und späteren Ehrenpräsidenten der Partei, gestattet wurde, in Frankreich für die Rückkehr belgischer Flüchtlinge, besonders der Arbeiter, zu werben, die für die Erhöhung der Produktion unter deutscher Besatzung notwendig waren (siehe: Rudi van Doorslaer: De Kommunistische Partij van België en het Sovjet-Duits niet-aanvals-pakt tussen augustus 1939 en juli 1941, Brussel, Frans Masureel Fonds, 1975, S. 132ff.; José Gotovitch: Du Rouge au Tricolore. Les communistes belges de 1939 à 1944. Un aspect de l'histoire de la Résistance en Belgique, Bruxelles, 1992, S. 83f., 87ff.; Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 272–273).

⁵⁴ Schreibfehler: „Ci“ statt „Si“.

Wir sind stark
 Wir sind von großer Bedeutung
 Wir sind keine kleinen Leute
 Wir sind stärker als vor Ihrem Einmarsch
 Das ist es, was wir Ihnen sagen wollen, machen Sie mit mir, was Sie wollen.⁵⁵

Am 22.7.1940 beauftragte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den sowjetischen Geschäftsträger in Deutschland, Aleksandr Škvarcev damit, beim Außenministerium in Berlin den Wunsch vorzubringen, die Handelsvertretung in Belgien weiterhin (also nach dem Einmarsch der Deutschen) betreiben zu können.⁵⁶



Dok. 479

Vorschläge der Komintern zur Einrichtung einer Telegrafagentur in den baltischen Ländern

[Moskau], [23.6.1940]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/102, 12. Erstveröffentlichung.

*Vorschlaege zur Organisierung der Arbeit der Telegrafagentur in den baltischen Laendern.*⁵⁷

1. Zur Bedienung der Arbeiterpresse in den baltischen Laendern und zum Eindringen in die gewerkschaftliche Presse der skandinavischen und der Balkanlaender, die keinen direkten Kontakt mit Moskau wuenschen und zur Entlastung der Moskauer

⁵⁵ Anlässlich der Kontaktaufnahme von Vertretern des Leitungsapparats der KP Frankreichs am 17.6.1940 mit der deutschen Besatzungsverwaltung in Paris wurde Maurice Tréand, der Leiter des illegalen Verbindungsapparats der Komintern in Frankreich, am 20.6.1940 in Paris verhaftet, am 25.6.1940 von den deutschen Besatzungsbehörden jedoch wieder freigelassen. Am 26.6.1940 empfing Otto Abetz als Vertreter des Deutschen Reichs Tréand, Jean Catelas und den Parteianwalt Robert Foissin. Der Beginn von Sabotageaktionen und individuellen Attentaten gegen deutsche Soldaten im August 1940 und die zunehmende Kritik an Abetz führten dazu, dass im Herbst 1940 die Verhandlungen mit der KPF, denen die deutsche Militärverwaltung ohnehin ablehnend gegenüberstand, abgebrochen wurden. Die bisher eruierten Dokumente lassen den Schluß zu, dass die Kominternführung zwar nach zweimonatigen Verhandlungen mit der deutschen Besatzungsmacht die Kontakte scharf kritisierte, jedoch das Prinzip der Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten nicht grundsätzlich in Frage stellte. Gemeinsam mit dem frankophilen Literaturkritiker und späteren politischen Feuilletonisten Friedrich Sieburg sah Abetz die Kontakte in der Perspektive einer deutsch-französischen Verständigung bzw. eines „Befriedungskonzepts“ unter nationalsozialistischer Ägide (siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 284–295; Roger Bourderon: La Négociation. Été 1940, Paris, Syllepse, 2001).

⁵⁶ APRF, Moskau, 3/64/639, 167. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 279.

⁵⁷ Über die ersten beiden Absätze verläuft eine unleserliche handschriftliche Notiz Dimitrovs.

Agentur von Material, dessen Uebermittlung Schwierigkeiten bietet (Fragen der KP Deutschlands und der Parteien in den von Deutschland besetzten Laendern) ist in den baltischen Laendern eine Telegrafagentur als Zweigstelle von Bildtjaenst, Stockholm,⁵⁸ oder von Inter Continent News, New York⁵⁹ einzurichten.

2. Als geeignetester Ort fuer diese Agentur ist Riga anzusehen als die Stadt mit der entwickeltsten Arbeiterbewegung, einer ziemlich entwickelten Presse und einem starken Radiosender, der Telegramme selbst nach Amerika uebermitteln kann. Eventuell kaeme noch Tallin in Frage, wo die Presse ebenfalls sehr entwickelt ist, aber die Moeglichkeiten direkter Telegrammsendungen viel geringer und die Arbeit einer Telegrafagentur daher schlecht zu rechtfertigen ist. (Selbst wenn die Agentur keine Telegramme versendet, muss ihr Sitz so gewaehlt sein, dass sie nicht nur ueber Moskau arbeiten kann.)

3. Die Telegraphenagentur muesste ein Bulletin von bescheidenem Umfang vor allem ueber die Fragen der internationalen Arbeiterbewegung und den Kampf gegen den Krieg herausgeben, das in deutsch, eventuell russisch und in der Landessprache oder englisch veroeffentlicht werden sollte. Die Herausgabe des „Kunst und Kulturbulletins“ in deutscher Sprache oder zumindest sein Vertrieb in diesen Laendern wuerde der Agentur Zutritt zu den Pressekreisen schaffen, die fuer die Organisation der Agentur eine grosse Bedeutung haben koennen.

4. Bei der Organisation der Arbeit ist in Betracht zu ziehen, dass die Redaktionen in diesen Laendern die Sowjetpresse am dritten Tag bekommen, also sehr rasch gearbeitet werden muss. Darum muesste das in den Laendern verbreitete Material vor allem internationale Fragen behandeln, die die breite Arbeiterpresse interessieren.

5. Zur Verbindung mit den Balkanlaendern waere es zweckmaessig, etwa woeentlich ein Bulletin-Pressedienst mit reichlicher Information ueber die Vorgaenge in den baltischen Laendern selbst zu veroeffentlichen. Dies muesste in russischer und eventuell franzoesischer und deutscher Sprache sein.

Zur Durchfuehrung dieser Arbeiten waere es notwendig, einen legalen Genossen, Buerger eines neutralen Landes dorthin zu schicken, der mit Partei und Journalistenkreisen Kontakt aufnehmen kann und mit Hilfe eines erfahrenen Parteijournalisten, der nicht oeffentlich auftritt, die Arbeit einleitet. Ein bescheidener Apparat muesste aus Mitarbeitern aus dem Lande oder vielleicht aus Daenemark oder Norwegen geschaffen werden, da so auch der Kontakt mit den skandinavischen Laendern erleichtert werden koennte. Fuer die Balkanverbindungen haengt alles von der Hilfe von hier ab.

Diese Agentur koennte regelmaessige Telefonverbindungen mit Moskau haben.

⁵⁸ *Bildtjaenst, Stockholm*: deutsch Bilderdienst.

⁵⁹ *Inter-Continent News*: Telegrafagentur der Komintern mit Sitz in New York.



Am 29.7.1940 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion jüdischen Flüchtlingen aus dem „ehemaligen Polen“, die in Litauen festsaßen und sich ins Ausland begeben wollten, den Transit durch die UdSSR in Gruppen zu 50 bis 100 Personen zu gestatten.⁶⁰

Am 31.7.1940 wurde beschlossen, den traditionellen Komintern-Antikriegstag wegen des „Jahrestags des Kriegsbeginns in Westeuropa“ vom 1. August auf den 1. September zu verlegen.⁶¹

Am 14.8.1940 bestimmte das Politbüro die Zusammensetzung der Delegation für die Verhandlungen mit dem deutschen Reichsverkehrsministerium zwecks Einrichtung eines regulären Eisenbahnverkehrs zwischen Deutschland und der Sowjetunion.⁶²

Am gleichen Tag wurden dem Volkskommissar für die Marine Geldmittel zugeteilt, um den in Deutschland erworbenen Kreuzer „Lützow“ aufzurüsten.⁶³

Am 15.8.1940 beschloss man, eine sechsköpfige Kommission nach Deutschland zu entsenden, um sich in Fragen des Baus von Werkbänken kundig zu machen.⁶⁴

Am 17.8.1940 fasste das Politbüro einen Beschluss über sog. „Vaterlandsverräter“. Ein solcher „Verräter“ wurde als „Flucht ins Ausland auf dem Land- oder Luftweg“ definiert. Unter anderem wurde gegen die Delinquenten ein beschleunigtes Verfahren bei Militärtribunalen, die Mitbestrafung von Familienangehörigen sowie die Verkündung von Todesurteilen in den militärischen Einheiten beschlossen, in denen solche „Verräter“ gedient hatten. Zugleich wurde angemahnt, „undisziplinierte und moralisch schwankende“ Soldaten nicht in der Nähe der Landesgrenzen einzusetzen.⁶⁵

⁶⁰ RGASPI, Moskau, 17/162/28, 62.

⁶¹ RGASPI, Moskau, 17/3/1026, 34. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 787.

⁶² RGASPI, Moskau, 17/3/1026, 49–50.

⁶³ APRF, Moskau, 3/64/669, 2. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 286.

⁶⁴ RGASPI, Moskau, 17/162/28, 70–71.

⁶⁵ RGASPI, Moskau, 17/162/28, 73.

Dok. 480**Chiffretelegramm von Sven Harald Linderot an Dimitrov über die Verhaftungswelle deutscher Emigranten in Dänemark**

[Stockholm], 22.8.1940

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/184/2 (Eingang 1940), 184. Deutsche Erstveröffentlichung. In französischer Sprache publ. in: Bayerlein/Narinskij/Studer u.a.: *Moscou-Paris-Berlin*, S. 287.

Dokumententext

Dimitroff.

Hundert deutsche Emigranten in Danemark [sic] verhaftet davon achtzehn Kommunisten. Einer sozi [sic] und zwei Kommunisten nach Deutschland verschickt.⁶⁶ Ein[er] von uns geht nach Norwegen wo führende Genossen verhaftet sind.⁶⁷

Paul [d.i. Sven Linderot] [...]



Auf eine Anfrage des EKKI hin beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion am 23.8.1940, dass die sich auf dem Territorium der UdSSR befindlichen Angehörigen der Mitglieder der ehemaligen Internationalen Brigaden und Kämpfer der spanischen republikanischen Armee Anspruch auf reguläre Soldatenrenten hätten.⁶⁸

Am 24.8.1940 bewilligte das Politbüro einen Beschluss des Rats der Volkskommissare über den deutsch-sowjetischen Grenzverlauf anstelle der ehemaligen Grenze zwischen der UdSSR und (dem nicht mehr existierenden) Litauen.⁶⁹ Am 28.8.1940 wurde die deutsch-sowjetische Konvention zur Beilegung von Grenzkonflikten auf die neue Grenze ausgedehnt.⁷⁰

66 Nach der Besetzung Dänemarks durch Hitlerdeutschland am 9.4.1940 behielt das Land seine Souveränität und territoriale Integrität, musste jedoch innenpolitische Zugeständnisse an die Besatzer machen. Dazu gehörten mehrere Verhaftungswellen in der deutschen politischen Emigration, die auf deutsches Verlangen hin von der dänischen Polizei unternommen wurden. Besonders die Kommunisten waren davon betroffen. Im Juni 1940 begannen Auslieferungen politischer Emigranten nach Deutschland, auch wurden zahlreiche Emigranten in dänischen Internierungslagern inhaftiert (Einhart Lorenz: Dänemark. In: Krohn/von zur Mühlen/Gerhard u.a.: *Handbuch der deutschsprachigen Emigration*, S. 204–207; Helmut Müssener: *Deutschsprachiges Exil in Skandinavien: „Im Abseits...“ Die Gastländer Dänemark, Norwegen, Schweden*. In: *German Life and Letters* 51 (2003), 2, S. 302–323).

67 Der Großteil der KPD-Emigranten floh nach dem deutschen Überfall am 9.4.1940 nach Schweden, Verhaftungen „führender Genossen“ der KPD in Norwegen sind nicht überliefert (vgl. Einhart Lorenz: *Exil in Norwegen. Lebensbedingungen und Arbeit deutschsprachiger Flüchtlinge 1933–1943*, Baden-Baden, Nomos Verlagsgesellschaft, 1992, S. 315–326).

68 RGASPI, Moskau, 17/3/1026, 99. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: *Politbjuro i Komintern*, S. 787–788.

69 RGASPI, Moskau, 17/3/1026, 99; APRF, Moskau, 3/64/674, 157. Publ. in: Sevost'janov: *Moskva-Berlin, III*, Dok. 289.

70 APRF, Moskau, 3/64/674, 154. Publ. in: Sevost'janov: *Moskva-Berlin, III*, Dok. 290.

Am 23.8.1940 beriet das Politbüro über die Kostenaufstellung der „besonderen Ausgaben“ der Komintern für das laufende Jahr. Die entsprechende Summe wurde auf 12.000.400 Tschernwonzenrubel festgelegt.⁷¹

Dok. 481

Chiffretelegramm der Komintern an die Funkstelle Amsterdam für die KPD

Moskau, 3.9.1940

In deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/184/1 (Ausgang 1940), 62. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 298. In französischer Sprache publ. in: Bayerlein/Narinskij/Studer u.a.: Moscou-Paris-Berlin, S. 295.

Direktion [d.i. Daan Goulooze] für Alfred [d.i. Wilhelm Knöchel]. Du sollst I.W. Stalin kurze Lebensbeschreibung⁷² abschreiben und Funktionären ins Land geben. Mit Hilfe hiesigen Freunden das Buch in Kleindruck herstellen und verbreiten im Lande.⁷³ Mitteilt sofort über getroffene Maßnahmen. Wilhelm [Pieck].

Am 19.9.1940 bewilligte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion 5 Millionen Rubel aus dem Reservefonds des Rates der Volkskommissare zur Verfügung des Hauptbevollmächtigten des Deutschen Reiches für die Umsiedlung der Deutschen aus Bessarabien und der Nordbukowina, die infolge des Paktes zu sowjetischen Territorien erklärt und in die Ukrainische SSR eingegliedert wurden. Die Summe sollte mit der Einbehaltung des Eigentums der Betroffenen verrechnet werden.⁷⁴



Am 24.9.1940 ernannte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Mitglieder der sowjetischen Delegationen in den gemischten deutsch-sowjetischen Kommissionen zur Umsiedlung der Deutschen aus den ehemaligen baltischen Staaten Litauern aus dem Memelgebiet infolge der Grenzverschiebungen.⁷⁵

⁷¹ RGASPI 17/162/28, 76. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 788.

⁷² Die vom Moskauer Marx-Engels-Lenin-Institut erarbeitete, von Stalin selbst redigierte hagiographische Stalin-Biographie (russ. Erstausgabe: *Kratkaja biografija I. V. Stalina*, Moskva, OGIZ, 1939), sollte von Wilhelm Knöchel vermutlich nach der 1940 erschienenen deutschsprachigen Ausgabe reproduziert werden (siehe: Marx-Engels-Lenin-Institut, Moskau (Hrsg.): I. W. Stalin. Kurze Lebensbeschreibung, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur, 1940).

⁷³ Die Verbreitung stalinistischer Literatur in Deutschland wurde von der Komintern und der Exil-KPD zunehmend als Panazee und Ersatzhandlung für den Widerstand gehandhabt (siehe hierzu auch Dok. 467).

⁷⁴ RGASPI, Moskau, 17/162/29, 12.

⁷⁵ RGASPI, Moskau, 17/3/1027, 74, 77; 17/162/29, 13.

Dok. 482**Brief Franz Dahlems aus dem Internierungslager Le Vernet**

Le Vernet, 25.9.1940

Typoskript, vermutlich Abschrift. SAPMO-BArch, Berlin, RY 5/I 6/3/317, 55–59. Deutsche Erstveröffentlichung. Auszugsweise in deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 331f.

*Brief von Franz Dahlem aus dem Lager Vernet*⁷⁶25.9.40. Lieber Freund!⁷⁷

I. Zuerst von uns allen herzlichste Grüsse an alle Freunde. Wir brennen danach, bald wieder aktiv in die Arbeit zurückzukehren, anstatt hier untätige Beobachter der umstürzenden Ereignisse zu sein. Erinnert Euch, daß hier die aktivsten Kader der Emigration und die besten Kader der Internationalen Brigaden konzentriert sind.⁷⁸ Ueber den Gang und den Sinn der Ereignisse konnten wir uns im Lager von Anfang des Krieges an trotz der *unfranzösisch* scharfen Isolierung im allgemeinen richtig orientieren, so daß das ganze Lager, mit Ausnahme einer Minderheit von Trotzkiten,

76 Le Vernet war von 1918 bis 1948 ein Gefangenen- und Internierungslager im französischen Pyrenäenvorland. Bereits nach dem 1. Weltkrieg für Kriegsgefangene in Betrieb genommen, wurde es unter der Verwaltung der französischen Vichy-Behörden im Frühjahr 1939 zur Internierung von Spanienkämpfern und von Oktober 1939 an von „feindlichen Ausländern“ genutzt. Prominente kommunistische und linke Häftlinge waren Franz Dahlem, Gerhart Eisler, Lion Feuchtwanger, Bruno Frei, Paul Frölich, Alfred Klahr, Arthur Koestler, Rudolf Leonhard, Luigi Longo, Paul Merker, Siegfried Rädcl, Heinrich Rau und Friedrich Wolf. Im Februar 1942 kam es aufgrund der schlechten Lagerbedingungen zu einem Aufstand, der niedergeschlagen wurde und die Auslieferung der meist kommunistischen Anführer der Internierten nach Deutschland zu Folge hatte. Von 1942 bis 1944 ließ die Vichy-Regierung in Le Vernet verstärkt Juden internieren, um sie an Deutschland auszuliefern. Friedhof und Bahnhof von Le Vernet sind heute als Denkmal konserviert.

77 Das Dokument enthält zwei Paraphen vom 24.3.1941 und 26.3.1941 sowie einen handschriftlichen Eintrag „24.3.41“ und „Gen. Ercoli“ [d.i. Palmiro Togliatti]. Demnach ist der Brief erst im März 1941 an das zuständige Sekretariat in Moskau gelangt.

78 *Die besten Kader der Internationalen Brigaden:* Am 1.9.1938 notierte Dimitrov in seinem Tagebuch: „– mit Woroschilow gesprochen (telefonisch). (Mit der Auflösung der Internationalen Brigaden einverstanden. – Sicherte Waffenhilfe zu.“ (Dimitroff: Tagebücher, Bd. 1, S. 172). Nach dem von der spanischen Regierung Ende Oktober 1938 beschlossenen Rückzug der Internationalen Brigaden, der im November 1938 eingeleitet wurde und besonders das am Ebro stehende republikanische Heer beträchtlich schwächte, sowie dem darauf folgenden chaotischen „zweiten Einsatz“ zur Verteidigung Barcelonas konnte die Niederlage im spanischen Bürgerkrieg nicht mehr abgewendet werden. Der Krieg forderte ca. 500.000 Menschenleben. Die heillose Flucht von über 300.000 Emigranten und ca. 30.000 Interbrigadistas (die „Internationalen“) endete für viele in den spanischen und französischen „Konzentrationslagern“ (so der Sprachgebrauch der Komintern), in denen insgesamt ca. 275.000 Personen interniert wurden. Zur Auflösung der Internationalen Brigaden ist die Quellenlage noch unsicher, vgl. Dallin/Firsov: Dimitrov and Stalin, S. 76f.

Poumisten,⁷⁹ Anarchisten, internationalen Spionen und Mouchards,⁸⁰ bald unter der Führung der Partei marschierte. Durch eine Kette von kleinen und größeren Aktionen im Verlaufe des verflossenen Jahres sind wir aus dem Stadium absoluter willkürlicher Behandlung zu dem heutigen Stadium der Durchsetzung der von den Baracken gewählten Delegierten gekommen, die fast alle Freunde sind.⁸¹ Es wurden eine Reihe wichtiger Forderungen durchgesetzt, die das schwere Leben hier etwas erträglicher machten. Da wir die Verbindungsmöglichkeiten betreffend die Orientierung über die Entwicklung im Lande – die durch Briefverkehr möglich gewesen wäre – seit der Internierung radikal abgebrochen (...) ⁸² hatten, kennen wir die Prozesse im Lande nicht, können sie nur ahnen und sind daher heiss hungrig, zu wissen, was dort vor sich geht. Heute ist unsere allgemeine Orientierungsmöglichkeit ziemlich zufriedenstellend, besonders auch was die Entwicklung in Frankreich betrifft, mit Ausnahme, was konkrete Lage und Politik bei uns im Lande selbst angeht. Man sollte uns deshalb an Informationen vermitteln was möglich und *zulässig* ist. Die Zeit hier wurde weitgehend zur Schulung der Kader ausgenutzt, durch systematische Kurse, Einzelstudium, Sprachen lernen, kulturelle Arbeit. Die Haltung der Kader war gut und vorbildlich, nur einige angefaulte Elemente mussten aus der Partei ausgeschlossen werden.

Während der politische und moralische Stand gut ist, ist die physische Lage, besonders bei den Kadern der Interbrigaden, die schon 19 Monate (seit dem Uebertritt der republikanischen Armee im Februar 1939 auf französischen Boden) in Konzentrationslagern sind, teilweise sehr *besorgniserregend*. Darüber und über den Gesundheitszustand leitender Genossen wird der Freund berichten. Bis zum Zusammenbruch Frankreichs war die Hilfe aus Holland, Belgien, England usw. noch einigermaßen, jetzt gehen wir schwierigen Zeiten entgegen, da die Lagerkost immer kraftloser und ungenügender wird. Wie wir dem durch die Solidarität etwas entgegenwirken, auch darüber wird der Freund berichten. Für die wichtigsten Kader, für die gesundheitlich bedrohtesten, ist Fürsorge getroffen. Was für uns von aussen jetzt getan werden kann – es gibt *kein anderes wirksames Mittel als diesen äusseren Druck*, der uns viel geholfen hat und auf den allein wir uns weiter verlassen⁸³ – unsere Vorschläge dazu wirst Du mündlich erfahren.

79 Mitglieder der spanischen POUM (*Partido Obrero de Unificación Marxista*), einer linkssozialistischen antistalinistischen Partei, die eine bedeutende Rolle im Spanischen Bürgerkrieg spielte. Die POUM wurde von der KP Spaniens und der Komintern in exponierter Weise als Agenten des Faschismus u.ä. diffamiert (siehe: Tosstorff: Die POUM im Spanischen Bürgerkrieg).

80 *Mouchards* (franz.): Spitzel, Aufpasser.

81 Mit „Freunde“ sind Kommunisten gemeint.

82 Auslassung im Original.

83 Am 26.8.1939 hatte die Komintern eine Direktive an die kommunistischen Parteien erlassen, um die internationalen Freiwilligen, die nun infolge des Stalin-Hitler-Paktes zusätzlich bedroht waren, „zu retten und ins normale Leben einzugliedern“. Darin wurde u.a. auf die Gründung der von prominenten Emigranten angeführten Komitees zur Freilassung der internierten Spanienfreiwilligen gedrungen. Die Direktive ist noch im antifaschistischen Duktus gehalten. Für den Stalinismus bezeichnend ist die Koppelung der (viel zu spät organisierten) Hilfskampagne an die Parteitreu bestimmter Gruppen. Nicht KP-

II. Habe Mitteilung des Vaters [d.i. Georgi Dimitrov] so verstanden, daß für Jean [d.i. Franz Dahlem] und Feld [d.i. Paul Merker] der direkte Weg nach Hause [nach Moskau] unmöglich ist. Wir nehmen an, daß dasselbe für die zuletzt aktiven Kader gilt.⁸⁴ Das entspricht unserer eigenen Auffassung, da wir alles vermeiden wollen, was uns aus irgendwelchen Gründen nach der erfolgten Befreiung von hier wieder auf ein Geleise ausserhalb der alten Arbeit bringen könnte. Die Aussichten für das Wegkommen der Kader hier sind sehr gering, nicht nur wegen dem für die Deutschen und Oesterreicher geltenden Paragraphen 19.2 des Waffenstillstandsabkommens.⁸⁵ Selbst Einzelne, die Visen haben, können bisher nicht weg. Bitte diese Lage zu berücksichtigen. Betreffs der Repatriierungsmöglichkeiten, wo die Direktiven mit der von uns eingehaltenen Linie übereinstimmen, erfahrt ihr näheres mündlich. Ueber Stand und Möglichkeit des Ausreisens bestimmter Kader nach Hause müssen wir konkreteres wissen. Bisher haben wir besonders seit Anwesenheit des Sowjetdelegierten hier nur die Freunde zur Einreichung von entsprechenden Anträgen veranlasst, die entweder Bürger [der Sowjetunion] waren, bezw. von denen bereits solche Anträge früher liefen. Bei dieser Frage auch die Genossinnen berücksichtigen, von denen die meisten im Konzentrationslager sind. Ihr erhaltet eine Liste jener Freunde, die überprüft sind und von uns vorgeschlagen werden könnten. Nr. 11 wurde auf die Liste genommen, obwohl der einzige Nichtgenosse, da er sich vor und während der Internierung sehr gut und nützlich bewährt hat. Die Liste der Spanienfreiwilligen – fast alles Genossen – dient zur Kenntnisnahme, wer jetzt noch alles im Lager ist. Personalnotizen von uns bezw. Rückfragen werden wir mit Hilfe der Nummern erledigen.

III. Einige Informationen über die Ursache des falschen Schrittes unseres Hingehens zur Registrierung der Ausländer am 7. September 1939, der zu unserer Festhaltung

konformen Lagerinsassen wurde die Unterstützung verweigert – bisweilen wurden sie auch öffentlich denunziert, eine unter den herrschenden Umständen lebensbedrohliche Stigmatisierung (zur Direktive siehe: Bayerlein: *Der Verräter, Stalin, bist Du*, S. 115–116). Der Kampagne vorausgegangen war eine Konferenz des Internationalen Koordinations-, Informations- und Hilfskomitees für das Republikanische Spanien in Paris (15.–16.7.1939). Hier engagierten sich Teilnehmer aus 34 Ländern für die Bürgerkriegsflüchtlinge, die Auflösung der Internierungslager sowie konkrete Hilfe für die in Spanien vor Gericht gestellten Interbrigadisten wurde ein Hilfsfonds von 30 Millionen Francs eingerichtet.

84 Am 29.4.1940 wies Dimitrov Maurice Tréand und Eugen Fried telegrafisch an, dass die internierten deutschen KP-Kader sich nach Schweden begeben sollten (siehe: Bayerlein/Narinskij/Studer: *Moscou-Paris-Berlin*, S. 218), wozu es jedoch nicht kam. Dahlem erhielt im April 1941 die sowjetische Staatsbürgerschaft, ihm wurde allerdings aufgrund eines Einspruchs von KPD-Seite die Aushändigung des Passes verweigert. Im August 1942 wurde er an Hitlerdeutschland ausgeliefert, wo er bis zur Befreiung durch die Alliierten im KZ Mauthausen inhaftiert blieb. Paul Merker hingegen gelang 1940 die Flucht aus dem Lager und 1942 die Ausreise nach Mexiko.

85 Punkt 19 des Waffenstillstandsabkommens zwischen Deutschland und Frankreich betraf die „deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen“, die „unverzüglich den deutschen Truppen zu übergeben“ seien. Absatz 2 verpflichtete die Vichy-Regierung, eine Verbringung solcher Gefangener ins Ausland zu verhindern (zum Text siehe: *Dokumente über den Waffenstillstand mit Frankreich*. In: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* (1940), H. 10, S. 851–859, hier: S. 856).

und Internierung führte.⁸⁶ 1./ Unser Aufenthalt bis zuletzt entsprang der Sorge, noch bis zum letzten Moment das Land [Deutschland] zu informieren (Resolution zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt),⁸⁷ alle Stellen abzuwickeln, zu sichern, und die letzten Massnahmen zu treffen, das Land auf sich selbst zu stellen. Darauf können wir mit ruhigem Gewissen zurückblicken.

2./ Auf Grund der Aussprache mit dem Freund, dem ich für Dich die Resolution zum Pakt übergab, wo das Verbleiben in Frankreich für den Fall des Krieges noch Perspektive war, verlangte ich von X.⁸⁸ dringend Information, als Ende August das Gesicht der Lage sich schnell änderte. Bei dem letzten Treff, Anfang September, erhielt ich die Direktive „*Nach der Haltung der französischen Freunde orientieren*“.⁸⁹

86 Am 4.9.1939 trat ein bereits vor der Kriegserklärung vorbereitetes Dekret der Regierung Daladier in Kraft, nach dem alle 17–50jährigen Angehörigen Ausländer „die aus den Gebieten des Feindes“ stammten, sich in sog. „Sammelzentren“ registrieren lassen mussten. Gegen Widerstand in den eigenen Reihen forderte Dahlem dazu auf, dem Registrierungsbehl zu folgen. Am 14.9.1939 wurde diese Maßnahme auf die 50–65jährigen ausgeweitet. Zunächst wurden deutsche und österreichische Staatsbürger (bis 50 Jahre) in Frankreich interniert, ob politische Exilanten, Hitler-Gegner oder nicht. Entgegen der Moskauer Linie richtete Dahlem mehrere Schreiben direkt an den französischen Ministerpräsidenten Daladier in denen er wie auch Münzenberg die Integration der KPD-Emigranten in die französische Armee zur Bekämpfung Hitlers anbot bzw. forderte. In der KPD wurde er daraufhin als Mitglied des Zentralkomitees suspendiert, über den Parteianwalt der KPF sollte Druck auf ihn ausgeübt werden, damit er seine Erklärungen zurückziehe. Nach Kriegsausbruch erließ die Komintern an alle führenden KPD-Funktionäre in Frankreich die Direktive, sich in ein sicheres Land zu bringen. Siehe: Peschanski: *La France des camps*, S. 99ff.; Bayerlein/Narinski/Studer/Wolikow: *Moscou-Paris-Berlin*, S. 150 u.a.; Bayerlein: *Der Verräter, Stalin, bist Du*, S. 137.

87 Das Pariser Sekretariat der KPD erließ am 25.8.1939, anscheinend ohne Konsultierung mit der Komintern, eine Erklärung zum Nichtangriffspakt, die noch im alten Stil die traditionelle Forderung „zum Sturz Hitlers und zur Erreichung eines freien Deutschlands“ aufrief. Der Text wurde 1939 nur in kurzen Auszügen veröffentlicht, der volle Wortlaut erschien erst 1989 (siehe: Bayerlein: *Der Verräter, Stalin, bist Du*, S. 131–133).

88 X.: Sehr wahrscheinlich Maurice Thorez, Generalsekretär der KP Frankreichs.

89 Dahlem beschrieb in einem späteren Kommentar die widersprüchliche Situation: „Auf dieser Einschätzung des antifaschistischen Charakters des 2. Weltkrieges, wobei ich demselben Irrtum unterlag, wie der Gen. Thorez, daß es in den ersten Septembertagen noch zu Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion und doch noch zum Abschluß eines Vertrages der gegenseitigen Sicherheit vor dem Aggressor und im Falle einer Aggression Hitlers zum Inkrafttreten des Bündnisses Polen-Frankreich und zum Kriege gegen das faschistische Deutschland kommen würde, entstand der Beschluß, daß auch die wenigen Mitglieder der Auslandsleitung, die nicht zur legalen Politemigration gehörten, sich in die Listen der Ausländer registrieren lassen, nachdem eine direkte operative Arbeit von Frankreich nach dem Innern Deutschlands aufgrund der Bildung der Westfront nicht mehr möglich war. Dieser Fehler entstand, nachdem ich auf Rückfrage beim Gen. Thorez am 1. September 1939 die Antwort erhielt: Nach der Linie des ZK der KPF richten, konkret als ich am 2. September abends von einem Mitglied des ZK der KP Frankreichs die Nachricht übermittelt erhielt, daß die kommunistische Kammerfraktion am 3. September 1939 der Daladier-Regierung die Kriegskredite bewilligen werde und danach alle Kommunisten, die Abgeordneten mit Gen. Thorez an der Spitze, als die besten Vaterlandsverteidiger zu ihren militärischen Einheiten einrücken werden. Das ist die Wahrheit. Ich rechnete damals mit einer ähnlichen Entwicklung, wie sie 1936 in Spanien eintrat, d. h. mit der Möglichkeit

Dann wurde die Verbindung zu uns abgebrochen und funktionierte seitdem nicht mehr. Eine andere Direktive hat mich nie erreicht, obwohl ich bis zum 6. September zu erreichen war und dies indirekt weiterhin immer möglich gewesen wäre.

3./ Am 3. September erfuhr ich durch einen Freund – Abgeordneten – den ich aufsuchte, dass die Kammerfraktion [der KPF] die [Kriegs-]Kredite bewilligen werde, und dass M[aurice] T[horez] zur Truppe einrückt.

4./ Die Papiere für J[ean, d.i. Franz Dahlem] und F[eld, d.i. Paul Merker] erhielten diese so spät, dass sie nicht nur nicht mehr brauchbar waren, sondern in der Situation als besonders gefährlich vernichtet werden mussten.

5./ Unter diesen Umständen: a) einer verwirrenden politischen Marschroute, die nicht sofort als falsch erkannt wurde b) bei der Perspektive, dass Holland, Belgien, Schweiz sofort Kriegsschauplatz werden würde und deshalb die Reise dorthin nicht zweckmäßig sei, fassten wir den Beschluss zu manövrieren, um Zeit zu gewinnen in Frankreich zu bleiben und dann weiter zu sehen, was zu tun sei.

6./ Der Brief vom 4. September um Asylrecht ist der Ausdruck dieser Situation.⁹⁰ Ebenso hatten wir die Illusion, dass die Registrierung der Ausländer nicht zur ständigen Festhaltung der Ausländer führen würde; wir hatten uns selbst ins Konzentrationslager hineinmanövriert. Diese Einschätzung erwies sich als falsch, wir wurden im Gegenteil, sofort einer Sonderabteilung übergeben.⁹¹ Der Brief vom 12. September erfolgte als Protest und als Versuch, eine ministerielle Entscheidung in der Frage der deutschen Politemigration zu erhalten.⁹² Am 16. September erfolgte Verhör von mir in der Pariser Präfektur. Dort gab ich die programmatische Erklärung ab, wie sie im

einer antihitlerischen Tätigkeit der deutschen Politemigration in Frankreich.“ (zit. in Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 137).

90 Am 4.9.1939 richtete Dahlem einen Brief an den französischen Premierminister Daladier, in dem er gegen die drohende Internierung protestierte und das Recht der deutschen Emigration zur antifaschistischen Betätigung in Frankreich einforderte. Der Brief konnte bisher nicht eruiert werden. Nach seiner eigenen Darstellung bat er darum, „(...) daß ihm und seinen politischen Feunden die Möglichkeit zugestanden wird, in Frankreich eine unabhängige politische Arbeit gegen das Hitlerregime unter den Bedingungen, die der Kriegssituation angepaßt sind, fortzusetzen.“ VKP(b) und Komintern hatten jedoch den Antifaschismus infolge des Paktes bereits ad acta gelegt (Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 134).

91 Die Internierung Dahlems erfolgte am 6.9.1939 (Heike Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963: Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster, Lit, 2003, S. 196).

92 In einem weiteren Brief an Daladier bekräftigte Dahlem am 12.9.1939 aus dem Sammellager heraus seine Bitten und Forderungen vom 4.9.1939. Er beschwerte sich über die verschärften Bedingungen seiner Internierung und der seiner politischen Freunde (SAPMO-BArch, Berlin, DY 30/9975, 73–74, teilweise publ. in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 135–136).

Brief an den Innenminister vom 20. März 1940 wiederholt ist.⁹³ Diese Linie entsprach unserer Politik im Lager der 5.000 in Colombes⁹⁴ und hatte zur Konsequenz die praktische Haltung der antifaschistischen Kader in Frankreich zum Krieg und zur Sowjetunion, die bekannt ist. Die Antwort der Regierung war unsere Internierung in Roland Garros⁹⁵ und Vernet.

7./ Seit September 1939 wurde nicht versucht, eine Verbindung mit uns aufzunehmen; es kamen Gerüchte über die Verurteilung unserer Haltung (was noch zu verstehen war) aber auch Gerüchte von einer *Distanzierung uns gegenüber*.⁹⁶ Es blieb uns vorläufig nichts anderes übrig, als dies ruhig hinzunehmen. Wir führen den Zustand der absoluten Passivität fast ein ganzes Jahr lang, den tausenden Antifaschisten im Camp du Vernet⁹⁷ gegenüber nicht nur auf die großen Schwierigkeiten, sondern auch auf solche Einstellungen zurück. Das ist auch für alle hier anwesenden Mitglieder der Sektionen eine Frage des Prestiges und der Autorität unserer verschiedenen Bruderparteien.

8./ Ueber meine spezielle Lage und Perspektiven (Nationalität) wird der Freund berichten, ebenso über diejenige anderer Freunde. Wir nehmen an, dass Hala [d.i. Amleto Locatelli?] geholfen wird nach Hause zu kommen, nachdem er zur Erholung bei den Eidgenossen ist.

Herzliche Grüsse. Grüsse meinen Jungen von mir und seine Mutter, die ich alle 14 Tage sehe, da jetzt Besucherlaubnis ist.⁹⁸

Am 8.10.1940 legte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion neue Modalitäten für die Parteiorganisationen der Kommunistischen Parteien Estlands, Lettlands und Litauens fest.⁹⁹



⁹³ Siehe: Berlin SAPMO-BArch, NY 4072/45/Bl. 35–39. Vgl. zum Ablauf: Amos: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 195ff.

⁹⁴ In der Stadt Colombes bei Paris befand sich ein Internierungslager.

⁹⁵ Das Tennisstadion Roland Garros (fr.: *Stade Roland-Garros*) im Westen von Paris wurde im Herbst 1939 zu einem Internierungslager umgebaut.

⁹⁶ Die Erklärung vom 25.8.1939, und erst recht die Briefe Dahlems an Daladier, in denen er die Möglichkeit eines antifaschistischen Einsatzes der Emigranten forderte, entsprachen nicht der neuen Linie der Komintern nach Abschluss des Paktes mit Deutschland. Am 21.1.1940 forderte Dimitrov telegraphisch von Tréand, mittels eines Anwalts auf Dahlem einzuwirken, damit er seine Äußerungen zurückziehe (Bayerlein/Narinskij/Studer u.a.: *Moscou-Paris-Berlin*, S. 150). Am 12.8.1940 wurde Dahlems Haltung von Moskauer ZK-Mitgliedern der KPD offiziell als „Kapitulation vor dem Klassenfeinde“ verurteilt. Zum „Fall Dahlem“, auch im Lichte der Vorwürfe, die 1953 gegen ihn erhoben wurden, und die fast zu einem Schauprozeß führten, siehe: Amos: Politik und Organisation, 188ff.).

⁹⁷ *Camp du Vernet* (franz.): Lager von Le Vernet im französischen Pyrenäenvorland.

⁹⁸ Franz Dahlems Frau Käte kam 1933 mit Tochter Luise und Sohn Robert nach Frankreich. Während sich Robert 1935 in die Sowjetunion und Luise (als Frau von Karl Mewis) 1939 nach Stockholm begaben, blieb Käte Dahlem in Frankreich und war von 1941 an in der Résistance aktiv (siehe: Weber/Herbst: *Deutsche Kommunisten*, S. 142–143).

⁹⁹ RGASPI, Moskau, 17/3/1028, 27.

Am 11.10.1940 beschloss das sowjetische Politbüro zwecks Steigerung der Produktionsmenge von Aluminium und Magnesium, Kommissionen von Experten nach Deutschland und in die USA zu entsenden.¹⁰⁰

Qua Beschluss vom gleichen Tag wurde es dem Volkskommissariat für Textilwirtschaft gestattet, zwei Spezialisten für die Dauer von zwei Monaten nach Deutschland zu entsenden.¹⁰¹

Auf Beschluss des Politbüros vom 25.11.1940 wurde der bisherige Bevollmächtigte Vertreter der UdSSR in Deutschland, Aleksandr Škvarcev, durch Vladimir Dekanozov ersetzt.¹⁰²

Am 30.11.1940 wurde ebenfalls durch einen Politbüro-Beschluss der Stabschef des Militärbezirks von Charkow, V.I. Tupikov, als neuer Militärattaché bei der sowjetischen Vertretung in Deutschland eingesetzt.¹⁰³

100 APRF, Moskau, 3/64/670, 1. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 298.

101 RGASPI, Moskau, 17/3/1028, 46.

102 RGASPI, Moskau, 17/3/1030, 33; APRF, Moskau, 3/64/638, 148. Publ. in: Ibid., Dok. 311. Aleksandr Škvarcev wurde kurz darauf in der Sowjetunion umgebracht, Dekanosov wurde 1953 als Gefolgsmann Berijas hingerichtet.

103 RGASPI, Moskau, 17/3/1030, 42.

1941

Dok. 483

Note Ulbrichts zur Lage der deutschen Politemigranten in der Sowjetunion

[Moskau], 27.1.1941

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/2/277, 34–37. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 490–493.

Vertraulich! /3Ex/Bi.

Zur Lage bei den Politemigranten.

Obwohl von den Werktätigen der Sowjetunion hohe Geldmittel für die Betreuung der Politemigranten zur Verfügung gestellt wurden,¹ ist infolge der falschen Methoden der Arbeit der Mopr-Leitung und vieler Fehler in der Behandlung der Politemigranten eine starke Stimmung gegen die Leitung der Mopr vorhanden. Genosse Bogdanow und Genosse Sinekin² fühlen sich nicht für die Politemigration verantwortlich, sondern handeln nur als bürokratisches ausführendes Organ. Von Internationalismus ist bei den genannten Genossen nicht viel zu merken.

1./ Die Genossen Bogdanow und Sinekin behandeln die Politemigranten nicht als Kader der Partei, oder Genossen, die noch revolutionäre Aufgaben zu erfüllen haben, oder die als langjährige Parteiarbeiter nur noch teilweise arbeitsfähig sind, sondern meist als lästige Leute.

Die Situation unter den deutschen Politemigranten ist deshalb besonders schwierig, weil wir verhältnismässig viele ältere Funktionäre haben und Frauen, die nur teilweise arbeitsfähig sind. Dazu kommt, dass es viele Frauen von Verhafteten gibt. Darunter sind gute Genossinnen.³ Auch ihnen und ihren Kindern verweigert die Mopr

1 Die sowjetische Sektion der Roten Hilfe (MOPR) war durch ihre hohen Mitgliederzahl die wichtigste finanzielle Stütze der internationalen Aktivitäten der Roten Hilfe (vgl. Kurt Schilde: ‚Sanitätskolonne im Klassenkampf‘. Die Internationale Rote Hilfe und ausgewählte nationale Sektionen im Vergleich. In: Sabine Hering/Berteke Waaldijk (Hrsg.): Die Geschichte der Sozialen Arbeit in Europa. 1900–1960. Wichtige Pionierinnen und ihr Einfluss auf die Entwicklung internationaler Organisationen, Opladen, Verlag Leske + Budich, 2002, S. 135–146, hier v.a. 143–144).

2 M.A. Bogdanov löste 1938 Elena Stasova als Vorsitzende des ZK der MOPR, der sowjetischen Sektion der IRH, ab. In der Literatur sind keine weiteren Angaben zu ihm überliefert (vgl. Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 194; Anatolij I. Avrus: MOPR v bor’be protiv terrora i fašizma 1922–1939, Saratov, Izdatel’stvo Saratovskogo universiteta, 1976, S. 228). Über Sinekin waren Angaben über seine Lebensdaten oder über seine Funktion in der MOPR nicht zu eruiieren.

3 Zu Ulbrichts beschämender Denunziation eben derselben Frauen verhafteter KPD-Mitglieder siehe Dok. 485.

Hilfe, selbst wenn sie mit dem Mann schon seit 10 Jahren nichts mehr zu tun hatten. Besonders starke Unzufriedenheit hat die Not einer Anzahl Kinder hervorgerufen.⁴ (Alles Tatsachenmaterial darüber haben wir mit konkreten Vorschlägen der Leitung der Mopr übermittelt. Als das nicht genügte, haben wir Protokolle über die Lage einzelner Politemigranten angefertigt und von drei Genossen unterschreiben lassen.)

2./ Es ist notwendig, festzulegen, dass die Leitung der Mopr für die Arbeitsbeschaffung, für die materielle Hilfe und in gewissem Masse auch für die politische Entwicklung der Politemigranten verantwortlich ist. Darüber hinaus trägt sich auch die Verantwortung für die anderen Emigranten, die aus verschiedenen Gründen nach der Sowjetunion kamen, aber gegenwärtig nicht in ihr Land zurückkehren können. Die Mopr soll mit Hilfe des Parteikomitees der WKP(B) im Betrieb und mit Hilfe des Mestkoms⁵ dahin wirken, dass die Politemigranten enger mit dem Sowjetleben verbunden werden und an der gesellschaftlichen Arbeit im Betrieb teilnehmen. Die politische Schulung über die Fragen ihres Landes und das Studium der Geschichte der WKP(B) soll unter verantwortlicher Leitung des Parteivertreters und im Einvernehmen mit der Propagandaabteilung des EKKI geschehen. Die bereits begonnenen Konsultationen sollen noch ausgebaut und auch noch mehr Schulungsmaterial an die in der Provinz lebenden Genossen geschickt werden.

3./ Die Mopr soll alle Anträge der Politemigration möglichst selbständig erledigen. Bei Zweifelsfällen soll sie nicht die Politemigranten an die Komintern verweisen, sondern selbst bei der Kaderabteilung des EKKI oder beim Parteivertreter Informationen einziehen.

Da Genossen der Bruderparteien nicht mehr im Mopr-Apparat angestellt sind, aber die dort beschäftigten Genossen die Politemigranten nicht genügend kennen, sollen die Parteivertreter Genossen bestimmen, die in der Sprechstunde der Mopr anwesend sind und die Mopr-Vertreter konsultieren, sowie bei der Erledigung schriftlicher Anträge aus der Provinz mitberaten.

4./ Es ist notwendig, die Lage einer Reihe Politemigranten und Jugendlichen, die in Moskauer Betrieben arbeiten über ihre materiellen Lebensbedingungen, Entwicklung ihrer beruflichen Qualifikation, ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und ihre politische Entwicklung zu überprüfen. Es ist zweckmässig dazu zeitweilige Kommissionen zu schaffen, die ähnlich arbeiten wie jene Kommissionen die nach der Provinz

⁴ Eine Reihe von Fällen materieller Not von Kindern infolge von Verhaftungen ihrer Eltern in der Sowjetunion sind überliefert, sofern sie nicht in NKVD-Waisenhäuser eingeliefert wurden. So schrieb Dimitrov am 23.2.1939 an den stellvertretenden NKVD-Chef Vsevolod Merkulov, die drei Kinder des 1935 verstorbenen polnisch-litauischen Kommunisten Vincas Mickiewicz-Kapsukas seien nach der Verhaftung ihrer Mutter „faktisch zu Straßenkindern geworden“ (RGASPI, Moskau, 495/73/76, 17–20).

⁵ *Mestkom*: Abkürzung für russ. *mestnye komitety* (Ortkomitees).

entsandt wurden.⁶ (Ein Vertreter der Mopr – dazu wäre Genosse Slepov geeignet⁷ – ein Vertreter von WCSPS, ein Vertreter der Kaderabteilung des EKKI und der betreffende Parteivertreter.) Diese Kommission, die im Auftrage des Moskauer Parteikomitees arbeiten müsste, kann viele Fragen unmittelbar mit den zuständigen Organen im Betrieb erledigen. Ausserdem ist notwendig, die Ueberprüfung der Lage eines Teiles der Politemigranten, die als Heimarbeiter beschäftigt sind oder krankheitshalber nur zeitweise arbeiten. Diese Massnahmen sind notwendig, um gewisse Fehler zu korrigieren und das bestehende Misstrauen gegen die Leitung der Mopr zu überwinden.

5./ Grosse Schwierigkeiten sind entstanden infolge von Fehlern in der Arbeitsvermittlung. Zum Teil beruhen diese darauf, dass die Mopr nicht genügend Verbindungen hat und deshalb Politemigranten zu Arbeiten vermittelt, zu denen sie physisch nicht fähig sind. Es muss dafür gesorgt werden, dass die Arbeitsvermittlung sich in den einzelnen Fällen nicht wochenlang hinzieht. Das ist nur möglich, wenn die bei WCSPS bestehende Kommission voll mitverantwortlich ist für die Arbeitsvermittlung für die Emigranten. Ein Teil der Politemigranten weigerte sich, in die Provinz zu fahren, weil sie nach kleinen Orten vermittelt wurden, wo die Lebensbedingungen schwieriger waren und sie infolge Sprachschwierigkeiten isoliert waren.

6./ Es ist notwendig, dass von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte der Politemigranten der einzelnen Länder durchgeführt werden, in denen solche Fragen behandelt werden, über die sie im Betrieb nicht genügend informiert werden. (Das betrifft die Politemigranten, die nicht an der Abendschule teilnehmen.)⁸

7./ Dem Komsomol sollte mitgeteilt werden, welche Jugendlichen von Politemigranten in den einzelnen Betrieben und Schulen tätig sind, für deren Entwicklung der Komsomol eine gewisse Verantwortung hat. Ausserdem ist es notwendig, diese Jugendlichen besonders zusammenzufassen, um sie spez[iell] zu schulen über die Fragen ihres Landes.

8./ Eine Anzahl alte Parteifunktionäre sind Invalid. Die Genossen weigern sich zumeist, in Invalidenheime zu gehen weil sie dort vielfach mit Schwerkranken zusammen sind und sich isoliert fühlen. Schon vor einem Jahr wurde mit der Mopr

⁶ Nachdem Ende 1939 im Zusammenhang mit dem Pakt und dem Finnlandkrieg eine Reihe von Politemigranten aus Moskau in die Provinz ausgesiedelt wurden, sandte die MOPR zwischen 1939 und 1941 mehrere Beauftragte dorthin, um ihre Lebenssituation und politische Haltung zu überprüfen (siehe: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 151–152).

⁷ Auch über Slepov und seine Funktion in der MOPR sind keine Angaben eruierbar. Die Übergabe von Schlüsselpositionen in der wichtigsten Sektion der IRH an scheinbar marginale, mit der internationalen Bewegung nicht verbundene Funktionäre ist bezeichnend dafür, wie die einstmals populärste sowjetische „freiwillige“ Massenorganisation der 1920er Jahre im Hochstalinismus an die Peripherie rückte. Zur MOPR als sowjetischer Massenorganisation siehe: Il'ina: Obščestvennyye organizacii, S. 112, 135–136 u.a.

⁸ Im Oktober 1940 wurden in den Räumen der MOPR Abendkurse für KPD-Mitglieder eingerichtet, die von Ulbricht und Ackermann geleitet wurden und bis zum deutschen Angriff auf die Sowjetunion durchgeführt wurden (siehe: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 162).

besprochen, dass es notwendig ist, Räume zu beschaffen in denen die alten Genossen untergebracht werden können.

9./ In Bezug auf das Kinderheim in Iwanowo⁹ müsste nachgeprüft werden, ob der Direktor für diese Funktion geeignet ist; es müsste dafür gesorgt werden, dass die Kinder in ihrer nationalen Sprache unterrichtet und über die Fragen ihres Heimatlandes informiert werden. Zum Beispiel gibt es im Kinderheim in Iwanowo eine deutsche Genossin, die aber wahrscheinlich aus finanziellen Gründen nur teilweise für diese Aufgabe ausgenutzt wird. Für die Jugendlichen, die im Emigrantenheim in Moskau leben,¹⁰ müsste ein spezieller Genosse als Erzieher verantwortlich gemacht werden, der im Heim wohnt.

[Sign. russisch] Ulbricht

27. Januar 1941



Am 30.1.1941 wurde Lavrentij Berija vom Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion zum „Generalkommissar der Staatssicherheit“ ernannt.¹¹

Dok. 484

Beschluss des Sekretariats zum Budget der Komintern für das Jahr 1941

[Moskau], Ende Januar 1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1330, 35. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 498.

BESCHLUSS DES SEKRETARIATS DES E.K.K.I.

I. Das Budget des EKKI für das Jahr 1941, vorgelegt von der Kommission unter Berücksichtigung der Änderungen, die von der Kommission und dem Sekretariat eingebracht wurden, in Höhe von 8.461.900 Rubel zu bestätigen für die Einzelposten:

⁹ Das Internationale Kinderheim in Ivanovo wurde im Mai 1933 von der MOPR eröffnet. Es beherbergte zunächst vor allem Waisenkinder von Antifaschisten aus Deutschland, Ungarn etc. und während des Spanischen Bürgerkriegs verstärkt „Spanienkinder“. Das Kinderheim existierte, wenn auch nicht unter der Ägide der MOPR, auch nach der Auflösung der Komintern weiter; es überlebte sogar die Sowjetunion (siehe die zeitgenössische Schilderung: Fritz Beyes: Das Haus in der Sonne, Paris, Editions Universelles, 1935).

¹⁰ Das Emigrantenheim der MOPR in Moskau wurde errichtet, um Emigranten, die ohne eine Kommandierung der Komintern oder einer anderen Institution nach Moskau gekommen waren, einen Wohnraum zu bieten. Es bot Platz für ungefähr 200 Personen (Siehe: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 28).

¹¹ RGASPI, Moskau, 17/3/1033, 31.

1) Gehälter mit Zuschlägen	4.320,2 Tsd. Rub.	
2) Verwaltungskosten	497,2 “	“
3) Transportkosten	1.216,9 “	“
4) Operative Ausgaben	296,7 “	“
5) Sozial- und Alltagsausgaben	1.232,3 “	“
6) Unterhalt des Wohnungsbestands	88,1 “	“
7) Unterhalt der Kindereinrichtungen	348,8 “	“
8) Reserve	100,0 “	“
Betriebskosten gesamt	8.100,2 Tsd. Rub.	
<i>Neuanschaffungen</i>	361,7 “	“
Gesamt:	8.461,9 Tsd. Rub.	

(Acht Millionen Vierhunderteinundsechzig Tausend Neunhundert Rubel)

II. Den von der Kommission vorgelegten Finanzplan des EKKJI¹² für das Jahr 1941 in Höhe von 1.161,8 Tsd. Rub. (Eine Million Einhunderteinundsechzig Tausend Achthundert Rubel) zu bestätigen.

[Sign.:] Dimitrov, Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Gottwald, Pieck, Marty, Dolores [Ibárruri], Florin.

Am 3.2.1941 bestätigte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Ernennung Lavrentij Berijas zum Volkskommissar für innere Angelegenheiten, sowie von Vsevolod Merkulov zum Volkskommissar der Staatssicherheit, durch den Obersten Sowjet der UdSSR.¹³ Am 13.2.1941 wurden Berija und Lazar' Kaganovič per Politbüro-Beschluss zu Mitgliedern des Wirtschaftsrates beim Rat der Volkskommissare ernannt.¹⁴



Am 14.2.1941 wurde seitens des Politbüros der Verteilungsschlüssel für die 4. Ausgabe der Gesammelten Werke Lenins beschlossen. Zur Hälfte sollten die Bände in den Handel kommen, der Rest sollte vorrangig Stadt-, Regional- und Hochschulbibliotheken zugeteilt werden.¹⁵

¹² *EKKJI* (Abk.): Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Jugendinternationale.

¹³ RGASPI, Moskau, 17/3/1033, 39.

¹⁴ RGASPI, Moskau, 17/3/1034, 18.

¹⁵ *Ibid.*

Dok. 485**Brief Ulbrichts an Dimitrov über angebliche antisowjetische Aktivitäten der Frauen verhafteter deutscher Kommunisten**

[Moskau], 28.2.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/143, 1–5. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 508–511. Mit falschem Datum (28.2.1939) bei: V.K. Bylinin: O dejatel'nosti spetslužb SSSR i Germanii v svjazi s rešeniem tak nazyvaemogo „nemeckogo voprosa“. 1939–1941. In: V.K. Bylinin, I.I. Vasil'ev, T.K. Gladkov u.a. (Hrsg.): Trudy obščestva izučenija istorii otečestvennych spetslužb, Bd. I, Moskva, Kučkovo pole, 2006, S. 89–118, hier: S. 92.

AN GENOSSEN BERIJA

Werter Genosse Berija,

Ich übermittle Ihnen den beiliegenden Brief der Vertretung der Kompartei Deutschlands beim EKKI zu Ihrer Kenntnis.

Welche Maßnahmen die Organe des NKVD in dieser Angelegenheit zu ergreifen haben, liegt in Ihrem Ermessen.

Mit Genossengruß,
(G. DIMITROV)

28.2.1941

Anlage: *Brief der Vertretung der KP Deutschlands beim EKKI, Brief von Beyes F.*¹⁶

GEHEIM¹⁷Lieber Genosse Dimitrov!¹⁸

Das Treiben deutscher Agenten, die deutsche Emigranten zur Rückkehr nach Deutschland zu überreden suchen, veranlasst die Mitglieder des ZK der KP Deutschlands, Sie zu bitten, Genossen Andreev als Sekretär des ZK der VKP(b) folgendes zur Kenntnis zu geben:

In den letzten Monaten sind mehrere Frauen von Inhaftierten mit Hilfe der deutschen Botschaft nach Deutschland zurückgekehrt. Diese Feinde der Sowjetunion schicken jetzt denjenigen ihrer Bekannten Briefe, bei denen sie vermuten, dass man sie ebenfalls zur Rückkehr nach Deutschland überreden kann. Wie die Agenten dabei

¹⁶ Der Brief von Frida Beyes konnte nicht eruiert werden.

¹⁷ Das Datum 26.10.1940 ist von Dimitrov durchgestrichen, offensichtlich war es das Originaldatum der Meldung Ulbrichts an Dimitrov; auf den 28.2.1941 fiel wohl die Weiterleitung an Berija (vgl. Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, Bd. 1, S. 508).

¹⁸ Dimitrov hat den folgenden ersten Absatz des Briefes gestrichen.

vorgehen, ist in der *beiliegenden Mitteilung von Frida Beyes*¹⁹ (wohnhaft Moskau 14, Sokolnitscheskaja uliza, Haus 11, Wohnung 61)²⁰ zu ersehen. Die Bemerkung des deutschen Agenten, der sie aufsuchte, er befördere derartige Briefe persönlich bei seinen Reisen zwischen Moskau und Berlin, um sie der Kontrolle zu entziehen, war eindeutig provokatorisch gemeint.

Außerdem haben wir erfahren, dass *Martha Kühne*, die im Hotel Lux gewohnt hat, am 17. Oktober nach Deutschland abgereist ist.²¹ Kurz bevor sie aufbrach, hielt sich am Eingang des Seitenflügels des Lux längere Zeit ein elegant gekleideter Herr auf. Martha Kühne sprach mit ihm, und er übergab ihr einen Brief. Es wurde festgestellt, dass *der Brief von Emmy Schweitzer (der Frau des Verhafteten Schulte) stammt, die nach Deutschland zurückgekehrt ist.*²² Der Brief war an *Elfriede Franke*²³ adressiert, die bereits vor mehreren Monaten in der deutschen Botschaft einen Antrag auf Rückkehr gestellt und einen deutschen Pass erhalten hat (Wieso hat eine Gegnerin der Sowjetunion eigentlich noch eine Aufenthaltsgenehmigung für Moskau?). Der Mann, der den Brief übergeben hat, logiert angeblich im Hotel Metropol und gibt sich als deutscher Ingenieur aus. Man kann davon ausgehen, dass auch er privat Briefe befördert.

Im Wohnhaus des Elektrowerkes wohnt eine gewisse *Baumert*, die in Privatgesprächen antisowjetische Propaganda betreibt.²⁴ Da sie in Moskau weit verzweigte Verbindungen unterhält, hat sie genügend Möglichkeiten, ihre antisowjetischen Ansichten

19 Frida Beyes, geb. Kupke (1903–1980), war die Frau des deutschen Kommunisten und Pädagogen Fritz Beyes, der im August 1937 verhaftet und 1942 im Lager ermordet wurde. Sie wurde 1941 mit ihren zwei Kindern nach Sibirien verbannt und kehrte 1947 in die SBZ zurück (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 113).

20 In den 1930er Jahren gab es in Moskau fünf Straßen mit der Bezeichnung „Sokol’ničeskaja ulica“. Denkbar wäre die „5-ja Sokol’ničeskaja“, wo in Haus Nr. 11 laut Recherchen der Menschenrechtsorganisation „Memorial“ ein KPD-Mitglied verhaftet wurde (siehe: <http://mos.memo.ru/shot-58.htm#s1>).

21 Martha Kühne (1888–1961), die Lebensgefährtin des 1938 erschossenen KPD-Funktionärs Bernhard Richter, war von 1933 bis 1937 Mitarbeiterin des Marx-Engels-Lenin-Instituts (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 45). Sie wurde nach ihrer Rückkehr nach Deutschland verhaftet und verbrachte die weiteren Jahre in Gefängnissen und Lagern, zuletzt im KZ Ravensbrück, aus dem sie 1945 befreit wurde (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 509).

22 Gemeint ist Gertrud Schulte, geb. Schorn, die Frau des KPD-Funktionärs und ehemaligen Reichsleiters der RGO Fritz Schulte. „Schweitzer“ war das Pseudonym Fritz Schultes auf der „Brüsseler Konferenz“ der KPD (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, 2008, S. 841). Von Emmy Schweitzer ist ein Brief vom 2.2.1940 an die deutsche Vertretung im EKKI überliefert, worin sie ihren Schritt, bei der deutschen Botschaft einen Pass zu beantragen, bereute und den Kontakt suchte. Da die deutsche Vertretung offenbar nicht bzw. zu spät reagierte, reiste Schweitzer am 4.5.1940 (Datum laut Herbert Wehner) nach Deutschland ab (siehe: Reinhard Müller: Die Akte Wehner: Moskau 1937 bis 1941, Berlin, Rowohlt, 1993, S. 396–397).

23 Möglicherweise die Frau des deutschen Kommunisten Ernst Franke, der 1937 in der Sowjetunion verhaftet wurde (siehe: Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 262).

24 Bei der „gewissen Baumert“ handelte es sich um Emilie Baumert, die Frau des 1938 in der Sowjetunion erschossenen deutschen Kommunisten Wilhelm Baumert, die Ulbricht sehr wohl aus der gemeinsamen Parteilarbeit in Deutschland kannte. Als die Baumerts 1932 in die Sowjetunion kamen, war Ulbricht sogar derjenige, der für sie bürgte (siehe: Sergej Shurawljow: „Ich bitte um Arbeit in der

zu verbreiten.²⁵ So erklärte sie gegenüber Genossin *Anna Gerberich*²⁶ [phon.], die im Haus des Elektrowerkes wohnt, die *tschechischen Flüchtlinge bereuten inzwischen, dass sie in die UdSSR gekommen sind, und dass es ihnen noch nie so schlecht gegangen ist wie hier*. Außerdem äußerte sie, dass *die deutsche Botschaft bestimmten Leuten mit Geld geholfen hat. Sie steht im Briefwechsel mit ihrer Tochter in Deutschland und mit der aus Moskau ausgewiesenen Bühren*²⁷ in Leipzig. Nach Informationen unserer Genossen kann man annehmen, dass diese Frau eine Agentin ist.

Käthe Raab [phon.] (wohnhaft Wystawotschny pereulok, Haus 16, Wohnung 12)²⁸ ist Tschechin. Ihr Mann, ein Deutscher, verstarb 1931 in der UdSSR. *Sie hat Verbindung zur deutschen Botschaft*. Nach Berichten unserer Genossen *erhält sie von der deutschen Botschaft Pakete und Geld für Deutsche*, die hier verhaftet wurden und in Lagern sitzen. So hat sie z. B. *Otto Ackermann*²⁹ (ehemals Redakteur in der Stadt Engels), der in einem Lager bei Saratov sitzt, einmal 200 Rubel und noch einmal 300 Rubel geschickt. Außerdem hat sie Direktor Ivanov, der in Chabarovsk arbeitet, ein Paket für den Deutschen Peter Bauer mitgegeben. *Das Geld für Bauer hat sie von der deutschen Botschaft erhalten*. Der Sohn des Direktors studiert am Bergbauinstitut in Moskau und steht zu Käthe Raab in einem recht engen Verhältnis. Er wohnt bei einer Österreicherin, deren Mann ebenfalls verhaftet ist (Adresse: Wystawotschny pereulok 16, Wohnung 10). Bei Käthe Raab verkehrt auch die Frau des inhaftierten *Falk* [phon.],

Sowjetunion“. Das Schicksal deutscher Facharbeiter im Moskau der 30er Jahre. Aus dem Russischen von Olga Kouvchinnikova und Ingolf Hoppmann, Berlin, Ch. Links Verlag, 2003, S. 139–140).

25 Emilie Baumert arbeitete bis 1937 in der Bibliothek der österreichischen Schutzbündler in Moskau, denen nach 1934 in der Sowjetunion Exil gewährt wurde, wodurch sie einen großen Bekanntenkreis hatte, „der sich vom normalen sozialen Umfeld der meisten Angehörigen der Ausländerkolonie deutlich unterschied.“ (ibid., S. 139).

26 Die Personalie ließ sich nicht eruieren. Möglicherweise handelt es sich um eine Angehörige Kurt Gerberichs, eines Lehrers und Gemeindevorstehers, der nach Angabe einer Exilpublikation im Januar 1934 als Opfer der Nationalsozialisten „in den Selbstmord getrieben“ wurde (siehe: Katharina Schlieper (Hrsg.): *Das deutsche Volk klagt an. Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland*. Ein Tatsachenbericht. Erweiterter Reprint der Originalausgabe von 1936 aus dem Pariser Exil, Hamburg, Laika, 2012, S. 309).

27 *Bühren*: Russ. Transliteration: „*Bjuren*“. Nach Carola Tischler handelte es sich um Gertrud Bühren (Tischler: *Flucht in die Verfolgung*, S. 153). Möglicherweise verwandt mit Friedrich und/oder Karl Robert Bühren, die beide 1937 in der Sowjetunion umkamen (siehe: Meschkat/Buckmiller: *Biographisches Handbuch*, Datenbank).

28 *Vystavočnyj pereulok*, heute: ulica Akademika Petrovskogo, Straße in Moskau in der Nähe des Leninskij prospekt. In Haus Nr. 16a wohnten sehr viele Angehörige ethnischer Minderheiten (vor allem Juden, Ungarn und Deutsche). Dementsprechend waren die Bewohner stark vom Terror betroffen. Nach Angaben von *Memorial* wurden 30 Personen aus dem Haus hingerichtet (siehe: <http://mos.memo.ru/shot-1.htm#s6>).

29 Der deutsche Kommunist Otto Ackermann (geb. 1891) wurde 1936 im Zusammenhang mit der „Gruppe Willi Leow“ verhaftet. Siehe Dok. 399.

die sich *Rothe* [phon.] nennt. Kontakt zu Käthe Raab unterhält ebenfalls ein gewisser *Wusch* [phon.], der nach uns vorliegenden Informationen Agent ist.³⁰

Die Agenten agitieren offenbar für die Rückkehr nach Deutschland, um dort antiso-wjetische Propaganda zu verbreiten. Mit der Rückkehr soll bewiesen werden, dass ehemalige Kommunisten lieber in Deutschland als in der UdSSR leben. Zugleich will man erreichen, dass die Frauen der Verhafteten bei ihrer Rückkehr nach Deutschland alle möglichen Schauergeschichten über die Lage der Häftlinge in der Sowjetunion erzählen. Wie Tatsachen zeigen, wird dies *als Verfolgung der KP Deutschlands* dargestellt.³¹

Bereits bei der Rückkehr *der Frau des verhafteten Eberlein*³² haben wir darauf hingewiesen, dass es nach unserer Meinung in solchen Fällen falsch ist, die Ausreise zu gestatten. *In der Tat war diese Frau die erste, die dann weitere Rückreisen organisiert hat*. Wir sind der Meinung, dass man in jedem Einzelfall entscheiden muss, ob die Ausreise gestattet wird oder nicht. Gegenwärtig haben solche Feinde noch Aufenthaltsrecht in Moskau.³³

Angesichts der Informationen über antisowjetische Propaganda in bestimmten Kreisen und die Rückkehr nach Deutschland halten wir es für notwendig, die MOPR darauf hinzuweisen, dass sie die Hilfersuchen von Politemigranten sorgfältiger prüft, damit Gegner keine Möglichkeit erhalten, die vorhandenen Schwierigkeiten auszunutzen. Unter den Frauen und Kindern von Verhafteten sind Frauen, die sich trotz ihrer schwierigen Lage als gute Kommunistinnen erwiesen haben und weiterhin KPD-Mitglieder sind. Wir meinen, diese Frauen und Kinder sollte man wie Emigranten behandeln und sie nicht, wie das jetzt geschieht, zurückstoßen, weil sie früher mit einem Verhafteten verheiratet waren oder eine gewisse Zeit in einer Beziehung zu ihm standen.³⁴

30 Die betreffenden Personen waren nicht zu eruieren.

31 Die Befragung der Rückkehrer durch die Gestapo erfolgte nach einem vorgegebenen Fragenkatalog, sie diente in erster Linie dazu, herauszufinden, ob die Betroffenen „politisch verdächtig“ seien, um entsprechende Maßnahmen zu treffen. Die Auskünfte der Rückkehrer wurden auch propagandistisch genutzt; eine „Studienstelle deutscher Rückkehrer“ im System der Antikomintern war damit beauftragt, die Erlebnisse von Rückkehrern auszuwerten und propagandistisch zu verarbeiten (siehe: Tischler: *Flucht in die Verfolgung*, S. 120–125; Shurawl'jow: *Ich bitte um Arbeit*, S. 139).

32 Gemeint ist Charlotte Scheckenreuter (1909–1982), die letzte Lebensgefährtin Hugo Eberleins. Nach dessen Verhaftung wurde sie im Juni 1938 ebenfalls verhaftet, jedoch nach viereinhalb Monaten wieder freigelassen. Da sie als ehemaliger Häftling keine Arbeit finden konnte und auch von der MOPR keine Unterstützung erhielt, wandte sie sich im Juni 1939 verzweifelt an die Kaderabteilung des EKKI und bat um ihren dort hinterlegten deutschen Pass, um nach Deutschland auszureisen. Gegen Bedenken Ulbrichts wurde ihr der Pass zurückgegeben. In Deutschland wurde Scheckenreuter gegen Meldeauflagen auf freien Fuß gesetzt und lebte bei ihrer Mutter in Essen; später siedelte sie in die DDR über. Über die von Ulbricht angeführte „Organisierung von Rückreisen“ seitens Scheckenreuter ist nichts bekannt (siehe: Ruth Stoljarowa/Wladislaw Hedeler: „Deine Liebe zu unserer Sache hat dir wenig Freude und viel Leid gebracht.“ Die junge Kommunistin Charlotte Scheckenreuter als Mitarbeiterin und Frau Hugo Eberleins in den 1930er Jahren, aufgezeichnet nach den Akten in Moskauer Archiven. In: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* (2008), S. 5–35).

33 Die folgenden beiden Absätze wurden von Dimitrov gestrichen.

34 Vgl. hierzu Dok. 483.

Diese Information erscheint teilweise vielleicht nicht ganz verständlich, weil wir die genannten Fälle nicht selbst gründlich prüfen konnten, denn alle diese Personen haben mit unseren Parteifunktionären nichts zu tun.³⁵ Wir hoffen, dass diese Angaben Anlass für weitere Ermittlungen in diesen Fällen geben.

Wir bitten die zuständigen Organe von diesen Sachverhalten zu informieren, damit sie die Maßnahmen ergreifen können, die sie für notwendig erachten.³⁶

Mit kommunistischem Gruß
Die Parteivertretung der KPD beim EKKI
(Ulbricht)

Anlage: Mitteilung von Frida Beyes.
Kopie des Briefes des Vaters von Frida Beyes³⁷

Abgeschickt als Poststück Nr. 74 28.II.41.



Am 6.3.1941 fasste das sowjetische Politbüro einen Beschluss zur personellen Zusammensetzung der sowjetischen Delegation in der russisch-deutschen Grenzkommission zur Neubestimmung des deutsch-sowjetischen Grenzverlaufs vom Fluss Igorka zur Ostsee.³⁸

Dok. 486

Referat Dimitrovs im Sekretariat des EKKI über die italienisch-deutsche Frage und die Perspektiven einer europäischen Revolution

[Moskau], 7.3.1941

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1331, 63–64. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 514–516.

Sitzung des Sekretariats
des EKKI am 7. III. 1941
Deutsch-ital. Frage³⁹

Vertraulich!

³⁵ Offensichtlich versteht Ulbricht unter „Parteifunktionär“ grundsätzlich ausschließlich nicht verhaftete Funktionäre der KPD.

³⁶ Absatz von Dimitrov handschriftlich eingefügt.

³⁷ Diese Anlagen sind nicht überliefert.

³⁸ APRF, Moskau, 3/64/675, 141. Publ. in: Sevost'janov: Moskva-Berlin, III, Dok. 323.

³⁹ Auf der Sitzung des EKKI-Sekretariats vom 7.3.1941 trat der Vertreter der KP Italiens, Vincenzo Bianco, mit einem umfangreichen Bericht über „die ökonomische und politisch-soziale Lage Italiens“ auf. Sein Kerngedanke war, dass obwohl Italien und Deutschland verbündete Mächte seien, sie unterschiedlich behandelt werden müssten, vor allem da Italien im laufenden Krieg bisher nur mili-

Diskussion 10/Bö.

Genosse Dimitroff:

In der deutschen und italienischen Frage gibt es eine Reihe von taktischen Problemen, die einer ernsten Prüfung bedürfen. Es wurde schon früher gesagt – und auch jetzt vom Genossen Bianco, dass die Lage in Italien ganz verschieden ist von der Lage in Deutschland und dass auch verschiedene Probleme stehen. Es war die Meinung vorhanden, dass die deutsche Frage und die italienische separat von verschiedenen Kommissionen behandelt werden sollten. Ich bin der Meinung, dass trotz der Verschiedenheit der Lage und trotzdem verschiedene Probleme stehen, auch eine Reihe von wichtigen Fragen vorhanden sind, die gemeinsam stehen für beide Länder in der jetzigen Situation, im jetzigen Kriege und die Entwicklung in Italien kann bedeutend die Entwicklung in Deutschland und umgekehrt beeinflussen. Darum sollten auch die Fragen der beiden Länder Deutschland und Italien durch eine gemeinsame Kommission untersucht und besprochen werden. Die Kommission soll die konkreten politischen Fragen der deutschen und italienischen Partei separat behandeln. Die Kommission soll die Fragen der Perspektive und andere grosse politische Fragen prüfen. In der Kommission selbst darf man nicht den einfachen und geraden Weg suchen, wie Genosse Pieck und einige andere Genossen hier erklärt haben.⁴⁰ Man kann nicht die Lage, wie sie in dem jetzigen Kriege ist und ausgehend von diesem Kriege so darstellen, dass man sich auf eine gemeinsame und gleichzeitige europäische oder internationale Revolution orientieren müsse.

(Pieck: So schnell geht das nicht ...)

Es ist so, dass vielleicht einige von den Ländern, die an diesem Kriege teilnehmen, weggehen, aus dem Kriege herausgehen durch Kämpfe und Bewegungen in diesen Ländern selbst, ohne noch zu einer proletarischen Revolution zu kommen.⁴¹

Ob Mussolini durch eine proletarische Revolution oder auf eine andere Art gestürzt wird, kann man jetzt nicht mit Bestimmtheit entscheiden. Viele ganz unerwartete Ereignisse sind möglich. Klar ist nur, dass die Kommunistische Partei alles tun muss, um die Kräfte des Volkes gegen die Kriegsführung Italiens zu konzentrieren, ausser dem Proletariat und der Bauernschaft, auch einen Teil der Bourgeoisie, auch einen Teil der faschistisch orientierten Massen gegen die Weiterführung des Krieges

tärische Niederlagen eingesteckt habe, im Gegensatz zu Deutschland (RGASPI, Moskau, 495/18/1331, 1–37). An der anschließenden Diskussion nahmen Jenő Varga, André Marty, Walter Ulbricht, Matyás Rákosi, Wilhelm Pieck, Palmiro Togliatti und Georgi Dimitrov teil. In ihrem Verlauf musste Varga eine vernichtende Kritik über sich ergehen lassen, weil er angeblich zu behaupten gewagt hätte, dass die Propaganda der Faschisten und Nationalsozialisten wirksamer sei als die der Komintern und ihrer Sektionen (Ibid., Bl. 38–42).

⁴⁰ Pieck sprach in seinem Diskussionsbeitrag „zwangsläufig“ von der Perspektive der „Beendigung des Krieges durch die proletarische Revolution“ (RGASPI, Moskau, 495/18/1331, 57).

⁴¹ Vgl. die Stellungnahme Stalins zur Weltrevolution am 21.1.1940: „Die Weltrevolution als einheitlicher Akt – ist Blödsinn. Sie spielt sich in unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichen Ländern ab.“ (Dimitroff: Tagebücher, Bd. 1, S. 289).

und die deutsche Vormundschaft mobilisieren. Notwendig ist, dass diese Kräfte einen Kampf organisieren und alle Möglichkeiten der Entwicklung des Krieges ausnützen zum Sturz des faschistischen Regimes und der Weiterentwicklung zum Siege einer proletarischen Revolution.

Eine Reihe solcher Fragen inbezug auf die politische und taktische Orientierung soll in der Kommission besprochen und geklärt werden und dann ein Dokument von der italienischen Partei sowie von der deutschen Partei vorgelegt werden, das eine Reihe konkreter Massnahmen für die Arbeit, die Entwicklung und die Festigung der Parteien und des Kampfes in beiden Ländern festlegt.⁴²

Dok. 487

Notizen Ulbrichts zur Diskussion im Kominternorgan *Die Welt* über „Arbeiterklasse und Nation“

[Moskau], [19.3.1941]

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/102, 25–26. Erstveröffentlichung.

*Bemerkungen zur Diskussion in „Die Welt“⁴³ über „Arbeiterklasse und Nation“.*⁴⁴

In der „Welt“ vom 28. Februar 1941 teilt die Redaktion mit, dass in der Zeitschrift die nationale Frage aufgerollt sei und spricht die Erwartung aus, dass viele Leser und Mitarbeiter zu diesem Problem Stellung nehmen werden. Der Ausgang der Diskussion ist ein Artikel von Genossen Seydewitz.⁴⁵ Eine Diskussion in der Zeitschrift „Die Welt“ kann sehr nützlich sein, wenn die Redaktion weiss, wohin sie mit der Diskussion will. Aus

⁴² Als Ergebnis der Diskussion wurden „Direktiven für die politische und organisatorische Arbeit der KPI“ ausgearbeitet und am 24.4.1941 bestätigt. Darin wurde die KP Italiens aufgefordert, die Unzufriedenheit der Massen in einen politischen Kampf gegen das Mussolini-Regime umzulenken (RGASPI, Moskau, 495/18/1331, 78–97).

⁴³ *Die Welt. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung. Bulletin der Kommunistischen Internationale.* Die Wochenzeitschrift der Komintern erschien von 1939 bis Mai 1943 in Stockholm. Sie war in erster Linie für Deutschland, Dänemark und Norwegen konzipiert. Als Herausgeber des Nachfolgeorgans der *Rundschau* fungierte der in Galizien geborene österreichische Kommunist Jakob Rosner (Ps. Franz Lang, 1890–1970).

⁴⁴ Auf dem Dokument befindet sich der folgende handschriftliche Vermerk Dimitrovs in russischer Sprache: „*Dringend* Gen. Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Fürnberg, Friedrich [d.i. Bedřich Geminder] zeigen. 20.3.41 GD“.

⁴⁵ Max Seydewitz (1892 Forst, Lausitz – 1987 Dresden). Deutscher linker Sozialist und Publizist. Nach SPD und SAP Mitte der dreißiger Jahre wurde er zum Exponenten der KPD-Vorstellungen in der „Deutschen Volksfront“, Der Artikel von Kraft (d.i. Max Seydewitz) wird hierin als „Beitrag des bekannten sozialistischen Politikers Michael Kraft“ eingeführt. Im Artikel wird als Lehre aus den Fehlern der Sozialdemokratie die zentrale Aufgabe der Arbeiterbewegung hervorgehoben, nicht nur den Feind im Innern, sondern auch jeden Angriff ausländischer Imperialisten auf die Lebensinteressen des eigenen

dem ersten Antwortartikel von Genossen Arndt [d.i. Karl Mewis] geht hervor, dass die Redaktion mit ihm gesprochen hat.⁴⁶ Diese „Diskussion“ wird jetzt geführt als persönlicher Meinungs­austausch zwischen Kommunisten. Eine Diskussion mit Seydewitz, der uns sehr nahe steht, hat politisch nur einen Sinn, wenn der Zweck der Diskussion ist mit seiner Hilfe die Sozialdemokraten zu überzeugen, d. h. gegen den falschen Standpunkt des Sozialdemokratismus in der nationalen Frage zu polemisieren.⁴⁷

Ich kann mir nicht vorstellen, dass die dortige Redaktion die Diskussion aus freiem Ermessen begonnen hat. Durch die Art wie jetzt die Diskussion geführt wird, kann die vorhandene Verwirrung nur vergrößert werden.

1. Bei der Frage der nationalen Interessen des deutschen Volkes muss davon ausgegangen werden, dass Land und Volk durch diesen imperialistischen Krieg ruiniert werden. Man muss anknüpfen an die unmittelbaren Interessen der Volksmassen in Deutschland und kann nicht in den Mittelpunkt stellen die Frage der okkupierten Länder.

2. Muss hervorgehoben werden, dass das Hindernis für die Herbeiführung eines Volksfriedens die imperialistischen Raubinteressen der herrschenden Klasse, die Okkupation fremder Länder ist.

3. In dem Artikel wird nicht berücksichtigt, dass breite Massen Furcht haben vor einer Zerstückelung Deutschlands. Es wäre wichtig im Zusammenhang mit dieser Frage an die ausgezeichneten Erklärungen auf dem englischen Volkskongress⁴⁸ anzuknüpfen und zu betonen, dass die englischen Imperialisten nicht imstande sein werden, ihre

Volkes zurückzuschlagen (Michael Kraft: Beitrag zum Problem: Arbeiterklasse und Nation. In: *Die Welt* 3 (1941), Nr. 4, 24.1.1941).

46 Der von der Parteiführung stark kritisierte Karl Mewis hatte in seiner Antwort an Seydewitz den Standpunkt begrüßt. (K. Arndt: Zum Problem Arbeiterklasse und Nation. In: *Die Welt* 3 (1941), Nr. 9). Dort heißt es: „Es hat vielmehr den Anschein, als wolle Kraft der deutschen Arbeiterklasse eine Gleichzeitigkeit des Kampfes gegen den „einheimischen“ und „ausländischen“ Imperialismus empfehlen. In dieser abstrusen, jedoch typischen „Diskussion“ versucht Ulbricht implizit, entsprechend der sowjetischen Außenpolitik und des Bündnisses der Sowjetunion mit Hitlerdeutschland die These von England als zu bekämpfendem Feind zu stärken und die deutschen kriegerischen Besetzungen anderer Länder zu verharmlosen.“

47 Der frühere SPD-Politiker und SAP-Mitbegründer Seydewitz war 1933/34 im Prager Exil insgeheim der KPD beigetreten. Ab September 1940 in Stockholm, wurde er von Hermann Matern zur Mitarbeit an *Die Welt* herangezogen, wo er unter den Pseudonymen K. A. Frankenberg, Michael Kraft, M. Schönerer und M. Kolbe schrieb (siehe: Michael F. Scholtz: Skandinavische Erfahrungen erwünscht? Nachexil und Remigration; die ehemaligen KPD-Emigranten in Skandinavien und ihr weiteres Schicksal in der SBZ/DDR, Stuttgart, Franz Steiner Verlag, 2000 (Historische Mitteilungen – Beihefte 37), S. 373).

48 Volkskongress: Unter dem Motto einer „Volksregierung“ trat die von Denis Nowell Pritt repräsentierte und von der KP Großbritanniens dominierte Volkskongressbewegung in den Jahren 1941/1942 (engl. „People’s Convention“) gegen die Regierung der Reichen und für eine Verständigung mit der Sowjetunion auf. Weitere Forderungen waren ein „Volksfriede“, Nationalisierungen und die Unabhängigkeit Indiens. Das britische Kriegskabinett verbot daraufhin die Parteizeitung *Daily Worker* mit der Begründung, sie agitiere gegen den Krieg und helfe Hitlerdeutschland. Die von der Labour Party und dem TUC scharf bekämpfte Initiative wurde 1942 wieder aufgegeben.

Armeen gegen ein von der kapitalistischen Herrschaft befreites Deutschland in Bewegung zu bringen, gegen ein Deutschland, in dem das arbeitende Volk die Garantien für einen Volksfrieden schafft.

4. Die Polemik richtet sich gegen eine Formulierung von Seydewitz die besagt, dass das nationale Interesse des deutschen Volkes nicht nur den Kampf gegen die eigenen Ausbeuter und Imperialisten, sondern auch gegen deren ausländische Gesinnungsgenossen erfordert. Zweifellos ist die Formulierung nicht richtig, denn der Kampf wird nicht „ebenso“ geführt. Es wäre aber auch falsch den Eindruck zu erwecken als ob wir in einer Front stehen mit der englischen Propaganda. Wir führen eine selbständige Politik, die den Interessen der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes und dem internationalen Proletariat entspricht. Wir müssen deshalb auch gegen eine gewisse englische Propaganda Stellung nehmen, die in Deutschland unter den Sozialdemokraten, Katholiken und in der Intelligenz Anhänger zu gewinnen sucht für die Politik jenes Teiles der Bourgeoisie, der eine Verständigung mit dem englischen Imperialismus erstrebt und die Sowjetunion und den Bolschewismus als Hauptfeind betrachtet.⁴⁹

5. Es wird gesagt, dass die Niederlage der Bourgeoisie nicht den Sieg der englischen Imperialisten über Deutschland bringe, sondern erst die Mobilisierung aller nationalen Kräfte für die Verteidigung des Landes ermögliche. Diese Schiefheiten kommen deshalb, weil die Frage des Kampfes um den Volksfrieden und die Erklärung welche Kräfte diesen Volksfrieden erkämpfen und sichern müssen, nicht im Mittelpunkt der Diskussion steht. Statt das herrschende Regime anzuklagen, dass es das Land in den Ruin treibt, wird eine Verteidigung versucht und geantwortet, die Niederlage der Bourgeoisie führe nicht zur Niederlage Deutschlands. Wir müssen davon ausgehen, dass das Land nur gerettet werden kann, wenn das arbeitende Volk selbst die Geschicke des Landes in die Hand nimmt und im Kampf für einen Volksfrieden die nationalen Interessen vertritt.

6. In der Einleitung des Artikels von Genossen Arndt wird zwar gesagt, dass Genosse Seydewitz die Rolle der Sozialdemokratie im verflommenen Kriege nicht richtig dargestellt habe, aber es wird nicht konkret gegen diesen Sozialdemokratismus polemisiert.

⁴⁹ Bereits Anfang 1940 erreichte ein Hetzartikel Walter Ulbrichts in der Auseinandersetzung über den „englischen Imperialismus“ traurige Berühmtheit. Der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding hatte im *Neuen Vorwärts* am 31.12.1939 leidenschaftlich für den Sieg Frankreichs und Englands gegen Hitler und für die Ideale von Demokratie und Freiheit als Kriegsziele Stellung genommen. In einem Antwortartikel in der *Welt* vom 9.2.1940 bezeichnete Ulbricht hingegen die Kriegspolitik Englands als verbrecherisch, sie bringe schlimmeres Elend als der Dreißigjährige Krieg hervor. Des weiteren kriminalisierte Ulbricht jeden, der gegen den sowjetisch-deutschen Pakt opponierte, als „Feind des deutschen Volkes und [...] Helfershelfer des englischen Imperialismus“. Besonders von sozialistischen und sozialdemokratischen Kritikern wurde Ulbrichts Artikel als „Aufforderung zum Bruch der Solidarität“ mit allen illegalen Hitlergegnern und als endgültige Positionierung der KPD an der Seite Hitlers gesehen, so mehrere linkssozialistische Exilorganisationen in einem am 31.3.1940 veröffentlichten Aufruf (näheres zur Debatte siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 222–226).

Der grösste Fehler ist, dass nicht Stellung genommen wird gegen die aussenpolitische Orientierung der Sozialdemokratie und der USP[D]-Führung auf die kapitalistischen Westmächte. Der Kampf der sozialdemokratischen Führung von 1917 bis 1932 gegen ein festes Bündnis Deutschlands mit der Sowjetunion und ihre antisowjetistische Einstellung auch während des Hitlerregimes, hat die Mächte von Versailles ermuntert und hat die Reaktion im Inneren des Landes gestärkt.

Ich schlage vor der Redaktion Direktiven zu schicken,⁵⁰ wie die Diskussion zu Ende geführt werden soll und telegrafisch Anweisungen zu geben, dass bis zum Eintreffen der Direktiven der nächste Artikel zurückgehalten wird.

Ulbricht

Dok. 488

Notizen Wilhelm Piecks über die Ankunft von Else und Friedrich Wolf und die mögliche Hilfe für die in Frankreich internierten Kommunisten

[Moskau], 19.3.1941

Autograph in deutscher Sprache. SAPMO-BArch, Berlin, NY 4036/560, 145. Erstveröffentlichung.

Angekommen in Moskau am 17.3.41: 200 Genossen (gereist über Belgrad, Budapest)⁵¹

Wolf (?): 1 5.9.39 im Lager Lombes (Paris) gestellt⁵²

50 Dem Dokument ist ein Begleitschreiben von Friedrich (Ps.), d.i. Bedřich Geminder vorangestellt: „Zum Schreiben des Gen. Ulbricht wurden flgd. Vorschläge dem Gen. Dimitroff unterbreitet. Zur Frage Nation und Arbeiterklasse werden zwei Artikel von hier geschickt. Einer der diese Frage vom prinzipiellen Standpunkt behandelt und der andere der diese Frage vom Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse behandelt. Im nächsten Schreiben an Ericson [d.i. Arvid Wretling] wird die Redaktion auf die Fehler im Artikel von Arndt [d.i. Karl Mewis] aufmerksam gemacht. Gen. Dimitroff hat diese Vorschläge zur Kenntnis genommen. 25.III.41 Friedrich.“ (RGASPI, Moskau, 495/73/102, 24).

51 Der Arzt und Schriftsteller Dr. Friedrich Wolf (1888–1953) wurde 1938 auf dem Weg nach Spanien in Frankreich verhaftet und verbrachte 18 Monate in Internierung, bis er 1941 die sowjetische Staatsbürgerschaft erhielt und in die Sowjetunion ausreisen konnte. Gemeinsam mit Wolf konnten am 18.3.1941 195 ehemalige Interbrigadisten und einige Emigranten in die UdSSR einreisen. Angesichts der Gesamtzahl von ca. 150 000 internierten Spanienkämpfern und 10 000 - 12 000 KP-Kadern bedeutete die Kampagne der Komintern für ihre Befreiung jedoch einen Fehlschlag (siehe hierzu: Werner Abel: Das Ende des Spanischen Bürgerkriegs, die Kommunistische Internationale, die Sowjetunion und das Schicksal der deutschen Interbrigadisten, Manuskript, S. 21, nach einem Bericht von André Marty (Stand Januar 1941) in RGASPI, Moskau 495/2/287, S. 125–126).

52 *Lombes*: Eigentlich gemeint ist das Sport- und Fußballstadion von Colombes in Paris, in dem nach Kriegsbeginn die nur aufgrund ihrer Nationalität unter Generalverdacht gestellten Deutschen und österreichischen Exilierten registriert und eingesperrt wurden. Viele der „unerwünschten Auslän-

8.10., befreit durch Intervention, nach 2 Tagen wieder verhaftet, zum Sammellager Stadion Roland Garros⁵³

12.10. Sammeltransport / 900 nach Vernet⁵⁴

am 4.10.40 mit anderen, die ein Ausreisevisum hatten, nach Militärlager Carpiagne⁵⁵

3.11.40 ins Übergangslager Les Milles⁵⁶

11.3.41 Abreise

Geschenke für mich aus dem Lager Vernet:

1 Schachbrett aus Stoff mit Reißverschluss, mit selbstgeschnitzten Figuren aus Knochen,

1 Album mit Bildern und Inschriften vom deutschen KZ-Chor [sic] im Lager Gurs,⁵⁷

1 handgeschriebenes Liederbuch aus Vernet, 11.11.1940 von Rudolf Leonhard,

1 Album von spanischen Genossen für Thälmann⁵⁸

der“ hatten sich freiwillig gemeldet, Dahlem hatte auch die KPD-Mitglieder dazu aufgefordert. Dieser „Skandal“ der französischen Regierung und der französischen Polizei führte häufig dazu, daß die Internierten ihrer Wertgegenstände und Unterlagen beraubt wurden (siehe Peschanski: *La France des Camps*, S. 87f., der einen Augenzeugenberichts des Leutnant Dubuc zitiert). Die Ausreise von Wolf erfolgte nach der Verleihung der sowjetischen Staatsbürgerschaft durch „Vermittlung sowjetischer Stellen“ (Barth/Schweizer: *Der Fall Noel Field*, Bd. 1, S. 766).

53 Zum Pariser Rolan-Garros-Tennisstadion und seiner Nutzung als Sammellager siehe Dok. 482. Vgl. Peschanski: *La France des camps*, S. 76ff.

54 Vernet: Zum Internierungslager Le Vernet siehe Dok. 482.

55 *Carpiagne*: Französisches Militärlager bei Aubagne (Region Provence-Alpes-Côte d’Azur).

56 Das Gefangenenlager im Dorf Les Milles südlich von Aix-en-Provence wurde im Herbst 1939 von der französischen Regierung errichtet, u.a. waren dort Lion Feuchtwanger und Golo Mann interniert. Mitte Juni 1940 lebten dort 3000 Gefangene unter katastrophalen Bedingungen. Nach der Kapitulation Frankreichs am 22.6.1940 wurden 2010 Gefangene aus dem Lager evakuiert, um sie vor den Deutschen in Sicherheit zu bringen. Aufgrund von Gerüchten, sie würden den Deutschen ausgeliefert, versuchten Flüchtlinge zu entkommen, was einigen auch gelang. Später wurden von Les Milles aus die Todeszüge der Juden nach Auschwitz eingesetzt. Im Jahre 2011 wurde die nationale Gedenkstätte Les Milles mit der restaurierten Ziegelei eröffnet, in der das Lager untergebracht war. Siehe: <http://www.campdesmilles.org/>; André Fontaine: *Le camp d’étrangers des Milles 1939–1943*, Aix-en-Provence, Edisud, 1989.

57 Das „Camp de Gurs“ im Département Pyrénées-Atlantiques war das größte Internierungslager Frankreichs. 1939 errichtet, wurde es zunächst für Interbrigadisten, baskische Nationalisten und deutsche Flüchtlinge genutzt, besonders auch für weibliche Internierte (u.a. waren die Totalitarismustheoretikerin Hannah Arendt und die Trotzki-Übersetzerin Alexandra Ramm, die Frau Franz Pfemferts, dort interniert). Unmittelbar nach der Kapitulation Frankreichs verbrannte der Kommandant des Lagers die Lagerakten und ließ die ehemaligen Spanienkämpfer entkommen. Unter dem Vichy-Regime wurden hier u.a. Juden aus Baden und dem Elsass interniert. Siehe: Claude Laharie: *Gurs 1939–1945. Ein Internierungslager in Südwestfrankreich. Von der Internierung spanischer Republikaner und Freiwilliger der Internationalen Brigaden bis zur Deportation der Juden in die NS-Vernichtungslager*. Unter Mitarbeit von Jacques Abauzit, Jean-François Vergez und der Amicale du camp du Gurs. Übersetzt aus dem Französischen und Anmerkungen: Cornelia Frenkel-Le Chuiton. Mit einem Anhang von Jürgen Stude, Karlsruhe, Evangelische Landeskirche in Baden; Biarritz, Atlantica (2008).

58 Einige der in Handarbeit von den Gefangenen angefertigten „Souvenirs“ aus den französischen Internierungslagern sind im Bestand des Revolutionsmuseums im RGASPI, Moskau, überliefert (Fonds 654), darunter ein auf Knochen geschnitztes Bild eines Chors mit der Inschrift „*Les jeunes Chanteurs – Camp de*

Infos Wolf über das Lager (2 Hungerrebellionen)⁵⁹

Frage – ob Befreiung durch Bestechung, es gab gewisse Taxe, viele dadurch freigekommen, besonders reiche Juden.

Bestechungsversuch betreffs Dahlem⁶⁰

Vorschläge des Genossen F. Wolf zur Hilfe für die in den Franz[ösischen] KZ's [sic] internierten Genossen / an Wilhelm Pieck

Geldsendungen, Lebensmittel-Kleiderpakete („Kaviar, der sehr nahrhaft ist und propagandistisch gut wirken würde“), Visa („Vorschlag der Abfahrt mit eigenem in Marseille geschachterten [sic] Sowj[et]schiff (3–4000 To[nnen]), worauf bis 1000 Mann / Kader und Interbrigaden, ausgesuchte Genossen fahren könnten; das wäre – wenn möglich – die grosszügige und schnelle Lösung.“), Sowjetbürgerschaft, Überführung der Kranken in franz[ösische] Lazarette / private Behandlung, Abtransport mit eigenem Schiff („Dieser Vorschlag ist nicht so phantastisch, wie er vielleicht auf den ersten Blick erscheint, falls man ihn pol[itisch] für tragbar hält.“)

Propagandistische Wirkung der sowjetischen Hilfe

Am 22.3.1941 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, dass von nun an die Bevollmächtigten Vertreter der UdSSR in Deutschland, der Türkei, Italien, Rumänien und Bulgarien alle Auslandsinstitutionen der UdSSR (Militärattachés, Handelsvertretungen etc.) zu leiten hätten.⁶¹



Am 2.4.1941 beriet das Politbüro über den Aufenthalt einer deutschen Luftfahrtkommission in der UdSSR. Der Besuchsplan beinhaltete, dass den Deutschen sieben Fabriken gezeigt werden sollten. Für den Besuch wurden 90.000 Rubel veranschlagt, ein Schlafwagen wurde zur Verfügung gestellt.⁶²

Gurs“ („Die jungen Sänger – Lager Gurs“) (RGASPI, F. 654 KP 99329 RP 417; siehe mit Abbildungen weiterer Exponate: Federal'noe archivnoe agentstvo (Hrsg.): La guerra civil en España. 1936–1939. Graždanskaja vojna v Ispanii. 1936–1939 gg. Katalog vystavki, Moskva, Drevlechranilišče, 2007, S. 98–101).

59 Wahrscheinlich ein Bezug zu den von Wolf beschriebenen Hungerrebellionen im Lager Le Vernet im Département Ariège, am Fuße der Pyrenäen im Winter 1940/1941 und am 19.3.1941. Dort war die Lebenssituation besonders bedrohlich. Siehe die eindringliche Zeitzeugenschilderung der Zustände in Le Vernet von Arthur Koestler, wo u.a. auch Paul Merker und Gerhart Eisler interniert waren (Koestler, Arthur: Abschaum der Erde, S. 347–480).

60 Über einen Bestechungsversuch ist bisher nichts bekannt geworden. Dagegen habe es, seit einem Jahr – wie es Dahlem in seinem hier publizierten Brief vom 25.9.1940 bitter festhielt, keinen Versuch der Kontaktaufnahme seitens der Parteiführung gegeben (siehe Dok. 482). Vielleicht bezieht sich Pieck auf den von Dahlem in seinen Memoiren angeführten Vorfall, daß ihm, den Lothringer, als er aus dem Durchgangslager Colombes 1939 in die Präfektur gebracht wurde, die französische Staatsbürgerschaft unter der Bedingung offeriert wurde, daß er mit Informationen diene (Dahlem: Am Vorabend, S. 445f.). Dahlem wurde nicht befreit und im August 1942 an Hitlerdeutschland ausgeliefert und nach achtmonatiger Bunkerhaft in der Gestapozentrale bis 1945 im KZ Mauthausen interniert. Nachdem er 1945 mit Pieck aus Moskau nach Berlin zurückkehrte, wurde er in der DDR seit 1950 schrittweise entmachtet.

61 RGASPI, Moskau, 17/162/33, 9, 38–41.

62 RGASPI, Moskau, 17/162/33, 99, 123–124.

Dok. 489**Brief von Johannes R. Becher, Willi Bredel, Erich Weinert und Georg Lukács an Dimitrov über den die Einschränkung der Veröffentlichungsmöglichkeiten**

Moskau, 10.4.1941

Typoskript in deutscher Sprache. RGALI, Moskau, 631/14/458, 39. Erstveröffentlichung.

Lieber, sehr verehrter Genosse Dimitroff!

Wir wenden uns an Sie in einer Angelegenheit, die nicht nur für die in der UdSSR lebenden deutschen Schriftsteller, sondern für die Entwicklung unserer internationalen revolutionären Literatur von entscheidender, lebenswichtiger Bedeutung ist.

Es handelt sich darum, dass bis heute von den massgebenden Instanzen trotz unserer Bemühungen kein Beschluss gefasst worden ist, um unsere Veröffentlichungsmöglichkeiten in der Meshdunarodnaja Kniga⁶³ zu sichern. Eine grosse Anzahl wertvoller Werke liegen dort seit Monaten im Manuskript vor und können nicht herausgegeben werden.

Im Ausland haben heute Verlagsmöglichkeiten nur solche Schriftsteller, die sich deutlich von uns abgrenzen. Die Meshdunarodnaja Kniga hatte in dieser Hinsicht, trotz aller Exportschwierigkeiten, die wichtige Aufgabe erfüllt, auch die revolutionäre Literatur zu Wort kommen zu lassen.

Alle unsere Bemühungen haben aber bis heute keine Entscheidung herbeigeführt. Einige unserer besten Schriftsteller stehen dadurch auch vor einer schwierigen materiellen Lage.

Wir wenden uns an Sie, Genosse Dimitroff, mit der Bitte, mit Ihnen in dieser Angelegenheit Rücksprache nehmen zu dürfen, damit wir Ihnen mündlich noch weitere Anhaltspunkte geben, die der Regelung dieser Sache dienlich sein können.⁶⁴

Mit kommunistischem Gruss

gez: Becher

Bredel

Weinert

Lukacs

⁶³ Meždunarodnaja kniga („Internationales Buch“), sowjetischer Verlag und Außenhandelsgesellschaft, gegründet 1923. Publierte zwischen 1938 und 1941 einige deutsche Titel (Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 46).

⁶⁴ In den Tagebüchern Georgi Dimitrovs findet sich für den Monat April kein Hinweis zu dieser Angelegenheit (Dimitroff.: Tagebücher I, S. 370ff.).



Per Beschluss des Politbüros des ZK der KP der Sowjetunion wurde am 6.5.1941 Molotov als Vorsitzender des Rats der Volkskommissare durch Stalin ausgewechselt, während Molotov zu seinem Stellvertreter ernannt wurde.⁶⁵

Am 10.5.1941 wurde beschlossen, in Deutschland Ausrüstung im Wert von 370.000 Rubeln für das Versuchsinstitut der Luftstreitkräfte der Roten Armee einzukaufen.⁶⁶

Am 24.5.1941 wurden Veränderungen in der Zusammensetzung der sowjetischen Regierungsdelegation in der gemischten Grenzkommission sowie der Grenzünterkommission der UdSSR und Deutschlands vorgenommen.⁶⁷

Am 4.6.1941 beschlossen das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion und der Rat der Volkskommissare die Aufstellung einer polnischen Schützendivision innerhalb der Roten Armee, die sowohl aus Polen, als auch aus polnischsprechenden Russen bestehen sollte.⁶⁸

Am 14.6.1941 beschloss man, Caridad Mercader, die Mutter des Trotzki-Mörders Ramón Mercader, Naum A. Ejtingon, der mit dem Leiter der Spezialabteilung des NKVD, Pavel Sudoplatov, den Mord plante, u.a. für die Ermordung Trotzki's in Mexiko am 22.8.1940 mit dem Lenin-Orden auszuzeichnen.⁶⁹

Dok. 489a

Weisung Stalins zur Auflösung der Komintern

[Moskau], 20.4.1941

In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher, I, S. 374–375 und Id.; „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 351–352.

– War im Bolschoi-Theater.⁷⁰ – Abschlußkonzert der tadschikischen Dekade.⁷¹ Anwesende (in der Loge des PB): Stalin, Molotow, Kalinin, Woroschilow, Andrejew, Mikojan, Kaganowitsch, Schwernik, Schtscherbakow, Schdanow, Malenkow, Dim[itroff] .

⁶⁵ RGASPI, Moskau, 17/3/1039, 13.

⁶⁶ RGASPI, Moskau, 17/162/34, 154.

⁶⁷ RGASPI, Moskau, 17/162/35, 10.

⁶⁸ RGASPI, Moskau, 17/162/35, 13.

⁶⁹ RGASPI, Moskau, 17/3/1041, 6.

⁷⁰ *Bolschoi*: „Großes Theater“, Oper- und Ballettheater im Zentrum Moskaus, bestehend seit 1776. In den 1930er Jahren gewann das Bolschoi-Theater im Zuge der Stalinschen „Wiederentdeckung“ klassischer Künste an Bedeutung; ab 15.4.1941 liefen am Gebäude Restaurierungsarbeiten an, wobei Auführungen fortgesetzt wurden.

⁷¹ Vom 12 bis 22.4.1949 fand in Moskau eine „Dekade der tadschikischen Kunst und Literatur“ statt. Auf dem Empfang für die Mitwirkenden im Kreml hielt Stalin eine Rede, deren Passagen als Kritik des Nationalsozialismus gedeutet werden können: „Eine Ideologie, die eine Rasse über die andere stellt und fordert, daß andere Rassen dieser Rasse untertan sein sollen, ist eine tote Ideologie, sie kann sich nicht lange halten...“ Allerdings verstieg er sich gleich darauf in ein rassistisches Statement: „Das tadschikische Volk ist ein besonderes Volk, es hat eine alte, reiche Kultur. Es steht über den Usbeken und Kasachen.“ (Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher, I, S. 376).

– Nach dem Konzert noch bis 2 Uhr geblieben. [...]

– Es wurde auch auf meine Gesundheit getrunken. Aus diesem Anlaß sagte J[osef] W[issarionowitsch] [Stalin]: Bei D[imitroff] in der Komintern treten Parteien aus (Anspielung auf die amerikanische Partei).⁷² Das ist nicht schlecht. Im Gegenteil, man sollte die kommunistischen Parteien zu völlig eigenständigen Parteien machen anstatt zu Sektionen der KI. Sie müssen nationale kommunistische Parteien werden, mit verschiedenen Bezeichnungen – Arbeiterpartei, marxistische Partei usw.⁷³ Der Name ist nicht wichtig. Wichtig ist, daß sie in ihrem Volk Fuß fassen und sich auf ihre eigenen spezifischen Aufgaben konzentrieren. Sie müssen ein kommunistisches Programm haben, müssen sich auf eine marxistische Analyse stützen, nicht immer nach Moskau blicken, sondern die im jeweiligen Land anstehenden konkreten Aufgaben selbständig lösen. Denn die Situation und die Aufgaben sind in den verschiedenen Ländern völlig unterschiedlich. In England sind es diese, in Deutschland jene usw. Wenn die kommunistischen Parteien auf diese Weise erstarkt sind, dann können sie ihre internationale Organisation wiederherstellen.

Die Internationale wurde unter Marx' Zeiten in Erwartung der nahenden internationalen Revolution gegründet.⁷⁴ Die Komintern wurde unter Lenin geschaffen, ebenfalls in einer solchen Periode. Jetzt rücken nationale Aufgaben für jedes Land in den Vordergrund. Daß jedoch die kommunistischen Parteien als Sektionen einer internationalen Organisation, die dem Exekutivkomitee der KI unterstehen, ist ein Hindernis ...⁷⁵

Halten Sie nicht an dem fest, was gestern war. Berücksichtigen Sie konsequent die neuentstandenen Bedingungen ...

Vom Standpunkt des Behördeninteresses (der KI) mag das unangenehm sein, aber nicht diese Interessen sind ausschlaggebend!⁷⁶

72 Das drohende Verbot der KP der USA durch das Jerry-Voorhis-Gesetz im Winter 1940/1941 veranlasste das EKKI, außergewöhnliche Schritte zu ergreifen und aus taktischen Gründen die formelle Trennung der Partei von der Komintern gutzuheißen. Nachdem ein außerordentlicher Parteikongress im November 1940 einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte, traf das EKKI-Präsidium am 3.12.1940 eine diesbezügliche Entscheidung. Die Partei erhielt weiterhin Instruktionen der Komintern (zum Beschluss des EKKI siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 350–351).

73 Der Verzicht auf den Kommunismus in den Parteinamen kommunistischer Parteien war in der Folge kennzeichnend für Parteineugründungen vor allem in Ost- und Mitteleuropa während und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg. Als erste Partei setzte die KP Polens die neuen Namensvorgaben um, die am 5.1.1942 als „Polnische Arbeiterpartei“ neugegründet wurde.

74 Gemeint ist die Internationale Arbeiterassoziation (IAA), die „Erste Internationale“, die am 28.9.1864 in London gegründet wurde.

75 Vgl. hierzu die Ausführungen Stalins zur tatsächlichen Auflösung der Komintern zwei Jahre später (siehe Dok. 522).

76 In vorausseilendem Gehorsam sprach am Tag darauf Dimitrov mit Palmiro Togliatti und Maurice Thorez darüber, „ob das EKKI seine Tätigkeit als *führende Instanz* für die kommunistischen Parteien in der nächsten Zeit einstellen und einzelnen kommunistischen Parteien völlige Selbständigkeit gewährt werden solle; ob man sie in wirkliche nationale Parteien der Kommunisten der einzelnen

Unter den jetzigen Bedingungen erleichtert die Zugehörigkeit der kommunistischen Parteien zur Komintern es der Bourgeoisie, sie zu verfolgen, und begünstigt ihren Plan, sie von den Massen des eigenen Landes zu isolieren; die kommunistischen Parteien werden daran gehindert, sich eigenständig zu entwickeln und ihre Aufgaben als nationale Parteien zu lösen ...

– Die Frage nach der Weiterexistenz der KI in nächster Zeit und nach neuen Formen der internationalen Verbindungen und der internationalen Arbeit unter Bedingungen des Weltkrieges ist klar und deutlich gestellt worden.⁷⁷

Als erste Reaktion auf den deutschen Angriff auf die Sowjetunion am 22.6.1941 verfügte am gleichen Tag das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Mobilmachung in zahlreichen Regionen der UdSSR und verhängte „in einigen Gegenden“ den Kriegszustand. Auch wurde die Einrichtung von Militärtribunalen beschlossen.⁷⁸



Länder umwandeln solle [...]. Anstelle des EKKI – ein Organ zur *Information und ideologischen und politischen Unterstützung der kommunistischen Parteien*. Beide meinten, – so Dimitrov weiter – diese Fragestellung sei im Grunde richtig und entspreche völlig der gegenwärtigen Situation der internationalen Arbeiterbewegung.“ (Dimitroff: Tagebücher, Bd. 1, S. 375). Zur faktischen Auflösung kam es allerdings erst im Mai 1943.

⁷⁷ Alles deutet darauf hin, dass nicht die „Situation der Arbeiterbewegung“ u.ä. vorgeschobene Gründe für diese Initiative Stalins ausschlaggebend waren, sondern seine Angst vor einem deutschen Angriff. „Die Informationen über Hitlers Angriffspläne auf die Sowjetunion mußte Stalin seinerzeit registriert haben. Aber selbst wenn er gewollt hätte, bestand im April und Mai 1941 keine Möglichkeit mehr, an den militärischen Planungen der Sowjetunion Grundsätzliches zu ändern, um sich einem deutschen Angriff entgegenzustellen. Wie ein von der Ausweglosigkeit der Situation Getriebener schien Stalin nun neben anderen Konzessionen, besonders der wirtschaftlichen Hilfe an Deutschland, weitere Zugeständnisse machen und die Komintern auflösen zu wollen.“ Ob ein solches „Angebot“ der NS-Führung kommuniziert wurde, ist unklar. Aus den Goebbels-Tagebüchern geht hervor, dass man, da der deutsche Angriffsplan feststand, Offerten jeglicher Art zu diesem Zeitpunkt generell nicht mehr beachtete (hierzu: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 350).

⁷⁸ RGASPI, Moskau, 17/3/1041, 23.

Dok. 490**Direktive Dimitrovs und Piecks an Wehner zum Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion**

[Moskau], 22.6.1941

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 11. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 371. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 98–99.

Gustav [d.i. Funkstelle Stockholm] für Hertel [d.i. Herbert Wehner].⁷⁹

Unter Bezugnahme auf die Erklärung der Sowjetregierung,⁸⁰ so schnell wie möglich in dortigen Presse Erklärung der KPD. veröffentlichen, dass Krieg gegen die Sowjetunion das grösste Verbrechen an den nationalen Interessen des deutschen Volkes ist. Dieses Verbrechen wurde von den Nazis seit längerer Zeit vorbereitet. Sowjetregierung hat Nichtangriffspakt streng eingehalten und niemals etwas gegen das nationale Interesse des deutschen Volkes unternommen, sondern stand immer an seiner Seite, besonders gegen das Versailler Diktat. Sowjetunion führt vaterländischen Verteidigungskrieg.⁸¹ Krieg gegen das mächtige Land des Sozialismus ist Versuch der Faschisten, sich aus der Sackgasse des imperialistischen Krieges zu retten, wobei sie das deutsche Volk nur noch tiefer in den Krieg hineintreiben. Scharf entlarven den Betrug am deutschen Volke durch faschistische Erklärungen zum Kriege. Schwergewicht legen auf Herbeiführung offenen aktiven Widerstandes und Kampfeinheit gegen die faschistischen Kriegsverbrecher. Das eigene Interesse des deutschen Volkes erfordert Vertiefung der Freundschaft mit der Sowjetunion. Offen zum Sturz der faschistischen Machthaber auffordern, die das deutsche Volk in den Abgrund stürzen. An Soldaten Aufforderung

⁷⁹ Von Dimitrov handschriftlich eingefügt.

⁸⁰ In den frühen Morgenstunden des 22.6.1941 griff die deutsche Wehrmacht ohne Kriegserklärung mit 153 Divisionen die Sowjetunion an („Fall Barbarossa“). Am selben Tag trat Molotov im Namen der Sowjetregierung mit einer Erklärung im Radio auf, in der er den deutschen Angriff als räuberisch und als Treuebruch Deutschlands anklagte. Er forderte die Armee dazu auf, die deutschen Eindringlinge „vom Territorium unserer Heimat zu verjagen“. In einer erweiterten Fassung wurde die Erklärung in der *Izvestija* vom 24.6.1941 veröffentlicht (zu beiden Versionen siehe: Leonid E. Rešin u.a. (Hrsg.): 1941 god, 2 Bde., Moskva, Fond „Demokratija“, 1998, Bd. II, S. 434–436. Siehe auch: Carola Tischler: „Unsere Sache ist gerecht“. Die Rundfunkansprache Molotovs am 22. Juni 1941 und ihre Hintergründe. In: *Rundfunk und Geschichte* XXII (1996), H. 1, S. 48–50.

⁸¹ *Vaterländischer Verteidigungskrieg*: Die Direktive basiert weitgehend auf dem Vortrag Dimitrovs auf einer EKKI-Sondersitzung am 22.6.1941, in der er die Definition des Krieges als „vaterländisch“ (in Anknüpfung an den Krieg gegen Napoleon) an die kommunistischen Parteien weitergab und den einzelnen Parteien Anweisungen erteilte (RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 3a–3g, in russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 93–97). Die Direktiven der Komintern unmittelbar nach dem deutschen Angriff stellen durch die Breitseite gegen den Faschismus und den Aufruf zum offenen Widerstand eine radikale Wende in der Generallinie dar.

richten, nicht gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Sich mit den werktätigen Massen in den okkupierten Ländern solidarisieren und ihre Befreiungsbewegung unterstützen. Stark hervorheben die Rolle und die Verantwortung der deutschen Arbeiterklasse bei der Führung dieses Kampfes und auffordern, dass sie ihre Kräfte in jeder Form organisiert und die gemeinsame Kampffront aller Werktätigen schafft.⁸²

Pieck, Paul [d.i. Georgi Dimitrov].⁸³

Am 25.6.1941 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Beschluss über die Einziehung der Radiogeräte der Bevölkerung. Diese waren innerhalb von 5 Tagen „zur vorübergehenden Aufbewahrung bis zum Ende des Krieges“ an staatliche Stellen abzugeben. Erlaubt blieben lediglich öffentliche Radiovorführungen „zu streng festgelegten Uhrzeiten“.⁸⁴



Dok. 491

Telegramm von Maurice Thorez und André Marty an Jacques Duclos über die Taktik der KP Frankreichs unter der deutschen Besetzung

[Moskau], 25.6.1941

Französischer Telegrammtext. RGASPI, Moskau, 495/184/13 (Ausgang 1941), 12–13. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 376. In französischer Sprache publ. in: Bayerlein/Narinskij/Studer u.a.: Moscou-Paris-Berlin, S. 441.

Yves [d.i. Jacques Duclos],

1. Es ist an der Zeit, direkten Kontakt zur Bewegung der Gaullisten⁸⁵ zu suchen und aufzunehmen, deren Anhänger begreifen, daß der heroische Kampf des sowjetischen

82 Als Resultat dieser Direktive verfasste die Moskauer Parteiführung der KPD einen auf den 24.6.1941 datierten Aufruf, in dem es u.a. hieß: „Unsere eigene Sache ist es, die von der Roten Armee siegreich verteidigt wird. [...] Befreien wir uns aus den Klammern der unwürdigen, den Namen unseres Volkes beleidigenden Herrschaft des blutbesudelten Faschismus! [...] Bildet um die Arbeiterklasse die Front des werktätigen Volkes, die Schulter an Schulter mit den um ihre nationale Freiheit kämpfenden unterdrückten Völkern und mit allen anständigen fortschrittlichen Menschen der Welt für den Sieg der Freiheit kämpft.“ (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 547–548). Doch dürfte dieser Aufruf „nur wenige Antifaschisten in Deutschland und in den Exilzentren“ erreicht haben (Kinner: Der deutsche Kommunismus, III, S. 152).

83 „Pieck, Paul“ von Dimitrov handschriftlich eingefügt.

84 RGASPI, Moskau, 17/3/1041, 27–28.

85 Anhänger von General Charles de Gaulle, Vorsitzender des „Nationalkomitees Freies Frankreich“ (*France Libre*), der seit seiner Proklamierung des bewaffneten antifaschistischen Widerstands am 18.6.1940 von London aus Befehlshaber der „Freien Französischen Streitkräfte“ wurde. Die ersten Kontaktversuche der französischen Kommunisten mit De Gaulle scheiterten (siehe hierzu Dok. 493).

Volkes gegen die Hitleraggression den Interessen des französischen Volkes entspricht und die Befreiung Frankreichs vom Sieg der Sowjetunion abhängt. Zusammenarbeit sollte auf folgender Grundlage angebahnt werden: Gemeinsamer Kampf für nationale Befreiung.⁸⁶ Gemeinsames Vorgehen gegen den gemeinsamen Feind, den deutschen Faschismus. Gegenseitige Hilfe in diesem gemeinsamen Kampf gegen die Besatzer, gegen die Verräter Laval und andere, gegen die Clique von Vichy, gegen Pétain und Darlan.⁸⁷ Unnütz, jetzt Fragen nach Zukunft zu stellen, aber Selbständigkeit Partei gewährleisten. In Öffentlichkeit umsichtig und zurückhaltend bleiben, um nicht Gegner in die Hände zu spielen, in Praxis aber maximal [mit den Gaullisten] zusammenarbeiten.⁸⁸

2. Besatzer suchen mit Hilfe Verräter und Kollaborateure französische Industrie maximal für ihren antisowjetischen Krieg zu nutzen. Vergeltungsaktionen, Streiks müssen Kriegslieferungen an Besatzer verhindern; ebenso Widerstand Bauern gegen Beschlagnahmen organisieren und Volk gegen Plünderung Hab und Gut durch Besatzer mobilisieren.

3. Bestehen nochmals darauf, in eurer gesamten Agitation unbedingt zu vermeiden, Krieg Deutschlands gegen Sowjetunion als Krieg zwischen kapitalistischem und sozialistischem System darzustellen. Für Sowjetunion ist dies ein nationaler Verteidigungskrieg gegen faschistische Barbarei. Geschwätz von Weltrevolution dient Hitler und schadet internationalem Zusammenschluß aller Anti-Hitler-Kräfte.

Stern [d.i. Maurice Thorez], André [Marty].⁸⁹

86 Die Kontaktaufnahme der Kommunisten mit allen Anti-Hitlerregierungen wurde von Maßnahmen unter der ideologischen Prämisse der „nationalen Fronten“ begleitet. Diese bedeuteten eine völlige Umkehrung, die Dimitrov in einem Telegramm nach London vom 8.7.1941 folgendermaßen erklärte: „In allen von Deutschland besetzten Ländern müssen die Kommunistischen Parteien unverzüglich mit der Organisation einer vereinigten nationalen Front beginnen, und zu diesem Zweck den Kontakt zu allen Kräften herstellen, die sich gegen das faschistische Deutschland auflehnen, ungeachtet ihrer politischen Orientierung und ihres Charakters.“ (RGASPI, Moskau, 495/184/4, 32–34. Publ. in: Bayerlein/Narinskij/Studer u.a.: Moscou-Paris-Berlin, S. 454. Der Begriff der „nationalen Front“ wurde bereits am 26.4.1941 von Dimitrov verwendet, ebd., S. 402ff.).

87 Pierre Laval (1883–1945) war als Außen- und später Premierminister in der Kollaborationsregierung von Vichy einer der stärksten Befürworter der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. François Darlan (1881–1941) war in der Vichy-Regierung Oberbefehlshaber der Streitkräfte; im November 1942 trat er auf die Seiten der Alliierten über, kurz bevor er im Dezember bei einem Attentat erschossen wurde.

88 Zu den weiteren von der Komintern geforderten Bemühungen seitens der KP Frankreichs um Kontakte zu De Gaulle, siehe Dok. 493.

89 Handschriftlicher Vermerk in russischer Sprache: „An Gen. Clément [d.i. Eugen Fried] übermitteln. G.D. [Georgi Dimitrov]. Auf Anweisung von Gen. Sorkin nur Nr. 14 senden. D. M. [Dmitrij Manuilski].“ Grigorij Sorkin war Leiter des Internationalen Verbindungsdienstes der Komintern.

Dok. 492**Anweisung Dimitrovs zur sofortigen Entsendung von KPD-Kadern nach Deutschland**

[Moskau], 1.7.1941

Autograph in deutscher Sprache. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 394.

An: Bernard [d.i. Eugen Fried] für Alfred [d.i. Wilhelm Knöchel], Amsterdam.

Alle geprüften deutschen Genossen und Genossinnen sofort ins Land für Organisation unmittelbarer Aktionen zur Unterstützung Rote Armee und Kampf für Sturz Hitlers. Vor allem leitende Genossen ins Land.⁹⁰

Schnellste Organisation von Gruppen für spezielle Tätigkeiten und Zersetzungsarbeit.⁹¹

1. Juli 1941 Wilhelm. [Hdschr.:] 1.741 GD

90 Eine Kommandierung „leitender Genossen“ nach Deutschland war illusorisch, von der Entsendung eines leitenden KPD-Funktionärs ist auch in neueren Untersuchungen nicht die Rede. Als erster Instrukteur des ZK der KPD nach dem deutschen Angriff ging Alfred Kowalke im Spätherbst 1941 nach Berlin, wo er nach Eintreffen von Wilhelm Knöchel im Januar 1942 zu seinem engsten Mitarbeiter wurde (siehe Dok. 509; Sandvoß: Die „andere“ Reichshauptstadt, S. 470; vgl. Peter Erler: Militärische Kommandounternehmen: deutsche Polit-Emigranten als sowjetische Fallschirmagenten und Partisanen 1941 bis 1945. In: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* (2000), 8, S. 79–101; Herbst: *Kommunistischer Widerstand*).

91 *Spezielle Tätigkeit*: Die Komintern kooperierte eng mit dem NKVD und der Roten Armee, indem sie Personal für klandestine Einsätze gegen den Gegner zu Verfügung stellte (siehe auch das Dok. 494). Ab August 1941 lernten 25 Emigranten aus Deutschland, Österreich und Ungarn, darunter neun KPD-Mitglieder, in einem wahrscheinlich der Hauptaufklärungsverwaltung der Roten Armee unterstellten Kurs diverse Spionage-, Diversions- und Kampftechniken. Ebenfalls wurden im Juli Vertreter der zweiten Generation deutscher Politemigranten zusammen mit ausgewählten sowjetischen Komsomol-Angehörigen trainiert. Dies erfolgte in einer am 29.6.1941 formierten Spezialeinheit, der Partisanen-Aufklärungsabteilung 9903, in einem vierzehntägigen Kurs im gleichen Arbeitsbereich. Zum Einsatz deutscher Kommunisten als Fallschirmagenten kam es jedoch erst ab Mai 1942 (siehe Erler: *Militärische Kommandounternehmen*, S. 82–83).

Dok. 493

Brief Dimitrovs an Molotov und Berija zum Einsatz hinter den feindlichen Linien und den nationalen Radioübertragungen

[Moskau], 1.7.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/112, 34. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 108–109.

An Genossen MOLOTOV

An Genossen BERIJA

1) Wir schicken Ihnen eine Information über die Existenz von Personen, die unverzüglich ins Hinterland des Feindes abgeworfen werden können. In dieser Angelegenheit ist die Hilfe seitens des NKVD notwendig.⁹²

2) Wir bitten Sie, die über Frage der geheimen Radiostation, die im Namen eines freien Deutschlands zu den Deutschen sprechen soll, zu entscheiden. Der Sender könnte ebenfalls zur Rundfunkübertragung für Rumänen, Finnen, Ungarn und Polen benutzt werden. Mit der Organisierung dieser Radioübertragung sollen wir befasst sein.⁹³

3) Wir bitten Sie ebenfalls, über die englische Mission die Frage der Reise nach England zu regeln, damit von dort Thorez, Marty und Raymond [Guyot] nach Frankreich übersetzen können. Sie rechnen damit, dass es ihnen, nachdem sie den Kontakt mit de Gaulle aufgenommen haben werden, gelingen wird, ein starkes Militärkorps in den Kolonien zu schaffen sowie innerhalb Frankreichs eine große Bewegung gegen die Regierung Pétain-Darlan bis hin zum Bürgerkrieg hervorzurufen.⁹⁴

1. Juli 1941.

⁹² Siehe Dok. 494.

⁹³ Dieser Vorschlag erhielt die Zustimmung der Adressaten. Am 15.7.1941 fragte Dimitrov bei Molotov an, ob man nicht aus Gründen der Konspiration die Radioübertragungen aus dem Rundfunkstudio der TASS in die Räumlichkeiten der Presseabteilung des EKKI verlegen sollte (RGASPI, Moskau, 495/73/112, 9).

⁹⁴ Dieser Vorschlag wurde nicht umgesetzt. Am 17.7.1941 informierte Vyšinskij Dimitrov darüber, dass die britische Regierung und de Gaulle es im Moment nicht für zweckmäßig hielten, mit der KP Frankreichs in Verhandlungen zu treten (Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher, I, S. 403). Am 27.9.1941 schließlich erkannte die Sowjetregierung, die bis zum 22.6.1941 mit der Vichy-Regierung diplomatische Beziehungen unterhalten hatte, das „Nationalkomitee Freies Frankreich“ unter De Gaulle als legitimen Repräsentanten Frankreichs an.



Am 3.7.1941 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion mit mehreren Anfragen des Exekutivkomitees der Komintern. Dem EKKI wurden zur finanziellen Hilfe an die ausländischen kommunistischen Parteien 200.000 Dollar zugeteilt, sowie zusätzlich eine Million Dollar für die KP Chinas.⁹⁵

Als Folge des schnellen deutschen Vormarsches der deutschen Truppen fasste das Politbüro am 5.7.1941 gemeinsam mit dem Rat der Volkskommissare den Beschluss, die Archive des Rats der Volkskommissare, des ZK der Kommunistischen Partei, des Komsomol, der Kommission für Parteikontrolle, der Komintern, des Marx-Engels-Lenin-Instituts und des NKVD aus Moskau nach Ufa zu evakuieren. Die Verlagerung der Akten mitsamt den Panzerschränken sollte innerhalb von 5 Tagen abgeschlossen sein.⁹⁶

Dok. 494

Brief Dimitrovs an Berija über die Bildung illegaler Partei- oder Partisanengruppen für Deutschland und andere Länder

[Moskau], 11.7.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/141, 3. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 115–116.

An Genossen BERIJA

Lieber Genosse Berija,
außer unseren Leuten [d.h. Sowjetbürgern], die wir auswählen und Gen. Sudoplatov sowie der Fünften Verwaltung der RKKK⁹⁷ übergeben, haben wir Gruppen aus-

⁹⁵ RGASPI, Moskau, 17/162/36, 41–42. Publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politbjuro i Komintern, S. 798.

⁹⁶ RGASPI 17/162/36, 41–42. Publ. in: Ibid., S. 798–799.

⁹⁷ RKKK („Raboče-Krest'janskaja Krasnaja Armija“) ist die Abkürzung für „Rote Arbeiter- und Bauernarmee“. Die Fünfte Verwaltung der Roten Armee war der mit Militäraufklärung befasste militärische Geheimdienst.

ländischer Kommunisten⁹⁸ zusammengestellt, überprüft und ausgebildet,⁹⁹ die in Deutschland, Polen, Ungarn, der Karpato-Ukraine und Bulgarien partei-politische Arbeit leisten und die Partisanenbewegung organisieren sollen.¹⁰⁰

Die Listen und Unterlagen dieser Gruppe der *ersten Staffel* sind heute an Gen. Merkulov gegangen. Die deutsche Gruppe besteht aus elf Personen,¹⁰¹ die polnische

98 Die Geheimdienste der Sowjetunion setzten im Laufe des Krieges über 3000 Fallschirmagenten in nahezu allen okkupierten Ländern Europas ab. Hier ergab sich eine Möglichkeit zum aktiven Widerstand für ausländische Kommunisten. Dabei kooperierte man auch mit den Alliierten, insbesondere mit Großbritannien. Bereits am 30.9.1941 wurde ein Abkommen zwischen dem NKVD und der britischen Special Operations Executive (SOE) zur gemeinsamen subversiven Arbeit in Deutschland und den okkupierten Ländern unterzeichnet. Die Gruppen hatten militärisch-technische Spionage- und Diversionaufträge oder sollten politisch tätig sein, etwa durch die Instruktion bestehender (illegaler) kommunistischer Parteien, oder ggf. durch deren Neuaufbau (Polen, Iran u.a.). Die Rekrutierung, Vorbereitung und Kommandierung solcher Agenten- und Politgruppen zum Einsatz hinter den feindlichen Linien in Deutschland, Polen, Ungarn, Bulgarien und anderen Ländern wurde zu einer der Hauptaufgaben der Komintern im Zweiten Weltkrieg, in enger Zusammenarbeit mit dem NKVD und der Militäraufklärung. Am 16.1.1942 teilte der Leiter der Kaderabteilung des EKKI Pantelejmon Guljaev Dimitrov mit, dass mit Ivan Bol'sakov, einem der Leiter der Militäraufklärung, vereinbart worden sei, von der zweiten Februarhälfte bis Mitte April Kominterngruppen in diversen Ländern abzusetzen (RGASPI, Moskau, 495/73/183, 10, publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 186–187; zu den Fallschirmagenten siehe allgemein: Vladimir Chaustov: Operative Gruppen sowjetischer Fallschirmagenten in den Kriegsjahren. In: Hans Schafranek, Johannes Tuchel (Hrsg.): Krieg im Äther: Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg, Wien, Picus Verlag, 2004, S. 153–164).

99 Auf dem Lehrplan der von der Komintern organisierten Kurse der als „Gruppe Guljaev“ titulierten Fallschirmagenten standen die „Theorie und Praxis der Divisionsarbeit“ und „Lehrstunden zu Fragen der Partisanenbewegung“, daneben auch politische Kurse (siehe: Brief von Plyševskij an Dimitrov, 2.8.1943, RGASPI, Moskau, 495/73/176, 59).

100 Am 15.7.1941 sandte Dimitrov folgendes Telegramm an die Funkstelle Amsterdam zur Weiterleitung an die kommunistischen Parteien: „In jetzige schicksalsschwere Zeit muss man alles daran setzen, um entschlossene und wirksame Kampfhandlungen gegen Okkupanten rasch organisieren, ohne Rücksicht auf Schwierigkeiten und Opfer. Informiere uns konkret über solche Aktionen.“ (RGASPI, Moskau, 495/184/1 (Ausz. 1941), N° 502).

101 *Deutsche Gruppe*: Gemeint ist wahrscheinlich die Gruppe deutscher Politemigranten, die von der Hauptaufklärungsverwaltung der Roten Armee ab Mitte August 1941 ausgebildet wurden. Historiker Erlers zufolge waren darunter neun KPD-Mitglieder: Erna Eifler, Wilhelm Fellendorf, Wilhelm Trapp, Wilhelm Jakob Freund, Hugo (oder Willi) Boerner, Erwin Panndorf, Walter Gersmann, Josef Zettler und Elsa Noffke (Erlers: Militärische Kommandounternehmen, S. 82). Der erste Abwurf deutscher Kommunisten über feindliches Gebiet erfolgte in der Nacht vom 16. zum 17. Mai 1942, als Panndorf, Fellendorf, Boerner und Eifler über Allenstein (Ostprenen) abgesetzt wurden. Zwei Tage später folgten Freund, Trapp und Gersmann über Insterburg (ebenfalls Ostpreußen). Auch wurden im August bzw. Oktober 1942 die Kommunisten Albert Hößler und Heinrich Koenen als Fallschirmagenten abgeworfen. Die im Jahr 1942 abgesetzten Agenten handelten stets im Auftrag von NKVD und roter Armee – für die KPD wurden „Fallschirmspringer“ erst 1943 tätig. Außer Hößler, der zusammen mit dem Widerstandskämpfer Hans Coppi wichtige Funksprüche in die Sowjetunion absetzen konnte, erfüllte nicht zuletzt wegen einer dilettantischen Vorbereitung keiner der 1942 abgesetzten Fallschirmagenten die ihnen anvertrauten Aufgaben. Zur Tätigkeit der deutschen Politemigranten als „Fallschirmagenten“, siehe: Erlers: Militärische Kommandounternehmen, S. 79–101; Johannes Tuchel: Das Ministerium für

aus zwölf, die ungarische aus zwölf, die für die Karpato-Ukraine aus sieben und die bulgarische aus elf Personen.

Gleichzeitig läuft die Auswahl und Ausbildung der Gruppen für die *zweite Staffel* sowie für weitere Länder.

Ich bitte Sie sehr, alles zu tun, was in Ihren Kräften steht, damit die bereitgestellten Gruppen von Genossen so rasch wie möglich eingesetzt werden.

Mit Genossengruß (G. Dimitrov)

11.7.1941

Am 18.7.1941 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion einen Geheimbeschluss „zur Organisation des Kampfes im Hinterland der deutschen Heere“. Darin wurde den regionalen und lokalen Parteiorganisationen im Hinterland des von den Deutschen eroberten Sowjetterritoriums aufgetragen, in den Untergrund zu gehen und die Destabilisierung der Verhältnisse zu koordinieren. Auf ihre Initiative hin sollten Partisanentrupps gebildet und bewaffnet werden. Die Flucht von Parteikadern vor den deutschen Truppen wurden dabei als Schande gebrandmarkt.¹⁰²



Staatssicherheit und die Fallschirmagenten der Roten Kapelle. Der Fall Albert Hößler. In: Schafranek/Tuchel: Krieg im Äther, S. 56–77; Hans Schafranek: Die illegale Tätigkeit Franz Zielaskos im Ruhrgebiet 1943. In: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* XLI (2005), 4, S. 450–470; Perry Biddiscombe: „Freies Deutschland“ Guerrilla Warfare in East Prussia. 1944–1945. A Contribution to the History of the German Resistance. In: *German Studies Review* XXVII (2004), 1, S. 45–62.

102 RGASPI Moskau, 17/162/36, 55–57.

Dok. 495**Fingierter Brief der Komintern: „Offener Brief an die deutschen Offiziere“**

O.O., Ende Juli 1941

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/471, 1–4. Vollständige deutsche Erstveröffentlichung. In deutscher Sprache auszugsweise publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 398–399. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 135–140.

*Offener Brief an die deutschen Offiziere*¹⁰³

Wir kriegsgefangenen deutschen Offiziere können nicht länger schweigen. Wir halten es für ein Gebot der Pflicht und der [Ehre],¹⁰⁴ uns in tiefster Sorge um die Zukunft unseres deutschen Vaterlandes an alle unsere Kameraden zu wenden, an alle deutschen Offiziere und an die ganze deutsche Armee. Uebereinstimmend kamen wir zu der Auffassung, dass wir als deutsche Offiziere alles tun müssen, um von Deutschland die grösste Katastrophe seiner Geschichte abzuwenden.

Diese Katastrophe hat mancher deutscher Offizier schon an dem Tage vorausgeahnt, an dem Hitler zur Macht kam. Viele von unseren Kameraden werden sich daran erinnern, welche bitteren Gefühle uns damals bewegten. Wir kannten die Nazi als skrupellose Abenteurer von dunkler Herkunft. Aus allen Ländern waren sie nach Deutschland gekommen, diese vaterlandslosen Gesellen.¹⁰⁵ Für sie war Deutschland einfach ein Sprungbrett ihres persönlichen Emporkommens. Es war für uns ein beschämender Gedanke, vor einem Hitler oder Goering strammzustehen. Aber damals lebte noch der greise Feldmarschall von Hindenburg und die Führung der Armee lag in bewährten Händen.

Die Ereignisse nach der Machtergreifung der Nazi¹⁰⁶ empfanden wir als entwürdigend und empörend. Deutschlands Ansehen wurde durch die Folterung und Ermordung wehrloser Menschen tief geschädigt. Die Gestapo zog den deutschen Namen in den Schmutz. Aber wir bissen die Zähne zusammen und wollten mit Politik nichts

103 Der „offene Brief“ wurde im EKKI-Apparat verfasst, möglicherweise von Wilhelm Pieck, dessen Korrekturen sich in der Vorlage befinden. „Auf Deutsch ist dieser Aufruf viel besser geschrieben, als es die russische Übersetzung vermuten lässt. Wir versuchten den Brief in Tönen zu halten, welche den Vorstellungen deutscher Offiziere entsprechen.“ (Manuiski im Begleitschreiben zum Brief an Lev Mechlis, zit. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 21).

104 Wort nicht zu entziffern.

105 Der Begriff „vaterlandslose Gesellen“ wurde im deutschen Kaiserreich auf die Sozialdemokraten und die Arbeiterbewegung angewendet, hier wohl als Anspielung auf Hitlers Herkunft aus Österreich.

106 Handschriftliche Anmerkungen von Dimitrov am Rand zwischen dem 2. und 4. Absatz: „Man muß überprüfen, ob deutsche Offiziere die Nationalsozialisten als Nazi bezeichnen“. „Meiner Meinung nach sehr gelungen. 30.7.41“.

zu tun haben. Wir trösteten uns damit, dass die Armee bekam, was sie brauchte. Wir vertrauten dem Feldmarschall von Hindenburg, der nur schweren Herzens, wie wir alle wussten, Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte.

Der Feldmarschall starb. Die Nazi schreckten nicht davor zurück, sein Totenbett zu durchwühlen und das Testament zu entwenden, das Hindenburg der deutschen Nation hinterliess. Nach vielen Tagen wurde der Öffentlichkeit ein gefälschtes Testament vorgelegt.¹⁰⁷ Deutschland wurde von Hitler um das warnende Vermächtnis des Feldmarschalls betrogen. Und Hitler riss die ganze Macht an sich. Ein Hitler als oberster Kriegsherr, das war ein Schlag für die ganze Armee. Ihm den Eid zu leisten, war für jeden Offizier von Tradition eine schwere Zumutung.

Hitler besudelte die Armee durch das Horst-Wessel-Lied.¹⁰⁸ Dieses Kaschemmenlied war ein Faustschlag gegen die ruhmvolle Tradition des Deutschlandliedes und des Hohenfriedbergermarsches.¹⁰⁹ Und jeder SS-Schnösel glaubte es wagen zu dürfen, einen deutschen Offizier über die Achsel anzusehn.¹¹⁰ Zu uns in die Armee kamen die Söhne ehrenhafter deutscher Familien, weil hier noch der alte deutsche Geist herrschte. Sie wollten nichts mit dem Schmutz der SS und SA zu tun haben. Aber Hitler wollte die deutsche Armee zum Werkzeug seiner Partei herabwürdigen. Er wollte das Feldgrau der Wehrmacht, die sich vier Jahre lang im Weltkrieg geschlagen hatte, mit seinem schmutzigen Braun beflecken. Die verdientesten und tüchtigsten Offiziere wurden kaltgestellt. Traditionslose Streber traten an ihre Stelle. In der Luftwaffe errichtete Goering ein System der Korruption und des Größenwahns. Nicht nur dem ganzen deutschen Volk, sondern auch uns ehrenhaften Offizieren wurde die Gestapo auf den Hals gesetzt.

Und dann kam der 30. Juni 1934. Schmachvoll wurden die Generale von Schleicher und von Brodow [richtig: Bredow] ermordet.¹¹¹ Damit nicht genug, versuchten die Meuchelmörder den reinen Namen der Ermordeten zu verunglimpfen. In seiner Ehre getroffen, bäumte das deutsche Offizierkorps sich auf und Hitler musste scheinbar

107 *Gefälschtes Testament*: Die neuere Historiographie ist der Auffassung, dass das von Hitler zeitverzögert publizierte Testament Paul Hindenburgs (das ohnehin in weiten Teilen von Vizekanzler von Papen verfasst wurde) keine Fälschung ist; allerdings wurde ein Teildokument, in dem Hindenburg die Restaurierung der Monarchie empfahl, von den Nationalsozialisten unterschlagen (zur Kontroverse um Hindenburgs Testament siehe: Horst Mühleisen: Das Testament Hindenburgs vom 11. Mai 1934. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* XL (1996), S. 355–371).

108 Das Lied „Die Fahne hoch“, auch als „Horst-Wessel-Lied“ bekannt, geschrieben und unter Rückgriff auf populäre Volksmelodien vertont von Horst Wessel, war seit ca. 1929 Hymne der SA. Später Parteihymne der NSDAP, wurde es nach 1933 *de facto* zur zweiten Nationalhymne Hitlerdeutschlands (siehe Siemens: Horst Wessel, S. 80–84 u.a.). Zu Horst Wessel siehe Dok. 401.

109 *Hohenfriedbergermarsch*: Populärer Militärmarsch aus der Zeit Friedrichs II..

110 *Über die Achsel ansehn*: Jmd. geringschätzig ansehen (ohne sich dabei ganz umzudrehen).

111 General Ferdinand von Bredow und der ehemalige Reichskanzler General Kurt von Schleicher wurden als Hitlergegner im Zuge des „Röhm-Putsches“ ermordet. Schleicher hatte u.a. Bredow damit beauftragt, eine Krankenakte Hitlers aus dem Jahr 1918 zu besorgen, die ihn als Psychopathen auswies (siehe Bernhard Horstmann: Hitler in Pasewalk, Düsseldorf, Droste, 2004).

einen Rückzug antreten. Er hat sich dafür gerächt und Schritt für Schritt die hervorragendsten militärischen Köpfe, die ehrenhaftesten Offiziere beseitigt und seinen Kreaturen und Arschkriechern zu einem schwindelhaften Aufstieg verholfen. Jeder Lausejunge von der SS schwamm obenauf, aber ein deutscher Offizier wie der weltberühmte Unterseebootkommandant Niemöller, der für jeden von uns ein Vorbild war, wurde hinter Schloss und Riegel gesetzt.¹¹² General von Fritsch, der fähigste Kopf der Armee, ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, wurde nicht nur kaltgestellt; er hat im polnischen Feldzug auf rätselhafte Weise den Tod gefunden.¹¹³ Wir glauben nicht an einen Zufall. Wir kennen die Hand der Gestapo.

Es war für uns eine Zeit schwerer Gewissenskämpfe. Trotzdem schwiegen wir und warteten zu. Es ging doch um Deutschland. Wir waren Soldaten und keine Politiker. Aber wir sahen immer deutlicher, dass die abenteuerliche Politik Hitlers unser deutsches Vaterland in Gefahr brachte. Der Krieg musste kommen, aber Deutschland hatte keine Freunde. Die Nazi waren in der ganzen Welt verhasst und dieser Hass schlug auf Deutschland zurück. Das Bündnis mit dem faschistischen Italien war alles, was Hitler zustandebrachte. Aber Italien kannten wir zur genüge.¹¹⁴ Und was uns Japan helfen sollte, war für uns unbegreiflich. Was Deutschland unbedingt brauchte, war die Verständigung mit England und vor allem mit Russland. Ein Staatsmann wie Bismarck hätte das erreicht, aber Hitler ist kein Bismarck, sondern ein Mächtetern. Seine ganze Politik war auf Bluff aufgebaut. Er hat uns geblufft und er wollte die ganze Welt bluffen. Die Folgen waren katastrophal.

Für uns war eines klar: Die deutsche Armee kann gewaltige Leistungen vollbringen und viele Fehler der Politik wettmachen – aber einen Zweifrontenkrieg kann sie auf die Dauer nicht durchhalten. Unsere letzte Hoffnung war, dass Hitler wenigstens das Versprechen halten werde, Deutschland in jedem Fall vor einem Zweifrontenkrieg zu bewahren. Hitler hat auch dieses Versprechen gebrochen. Jetzt haben wir den Krieg gegen England und gegen Russland. Das ist der helle Wahnsinn. An Russland wird sich die deutsche Armee verbluten. Dieser Krieg ist aussichtslos. Er kann nur mit einer Katastrophe enden, gegen die 1918 ein Kinderspiel war. Ein deutscher Offizier steht auf seinem Posten und fällt – aber niemals darf Deutschland auf einem verlorenen Posten aufgeopfert werden. Deutschland kann diesen Krieg vielleicht noch einige

112 Der Theologe Martin Niemöller (1892–1984), seit 1933 Organisator des protestantischen Widerstands gegen Hitler („bekenkende Kirche“), wurde 1937 verhaftet und blieb bis 1945 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Im 1. Weltkrieg gelangte er als U-Boot-Kommandant zu einiger Berühmtheit, verließ allerdings bereits 1919 den Militärdienst und war, obwohl Freikorps-Mitglied 1920 (und NSDAP-Wähler von 1924 bis 1933), wohl kaum als Sympathieträger für deutsche Anti-Hitler-Offiziere zu nutzen. Vgl. zu seiner Biographie: Matthias Schreiber: Martin Niemöller, Reinbek bei Hamburg, Rowohlt, 1997.

113 Generaloberst Werner von Fritsch (1880–1939) war seit 1934 Oberbefehlshaber des Heeres; mit Werner von Blomberg gehörte er zu den Kritikern von Hitlers aggressiver außenpolitischer Strategie und wurde durch eine Intrige und eine angebliche homosexuelle Affäre Anfang 1938 zum Rücktritt gezwungen. Er fiel am 22.9.1939 bei Warschau.

114 Anspielung auf den Seitenwechsel Italiens im Ersten Weltkrieg 1915.

Zeit durchhalten – aber je länger wir durchhalten, desto schlimmer wird das Ende sein. Der Gedanke an diese sinnlose Aufopferung der deutschen Armee ist einfach unerträglich. Und darum wenden wir uns an euch, Kameraden, an die ganze deutsche Armee, bei der unser Denken und Fühlen weilt. Setzt eure Kraft, euren Mut und eure Ehre darein, Schluss zu machen mit diesem verlorenen Krieg, ehe Deutschland am Boden liegt.

Es ist uns heilig ernst damit, wenn wir euch sagen: Deutschland kann nur gerettet werden, wenn es so schnell wie möglich aus diesem Zweifronten- und aussichtslosen Krieg herauskommt. Dieser Krieg ist Hitlers Sache, aber nicht unsere Sache. In Deutschland werden sich Männer finden, die ihr Vaterland mehr lieben als sich selbst, und die fähig sind Schluss zu machen mit den braunen Abenteurern. Wenn Hitler stürzt, ist der Krieg zu Ende und Deutschland gerettet. Für diese Überzeugung stehen wir ein mit unserem Namen und unserer Ehre als deutsche Offiziere.¹¹⁵

Am 12.8.1941 erließ das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion über den Rat der Volkskommissare eine Amnestie für polnische Staatsbürger in sowjetischen Gefängnissen.¹¹⁶



Dok. 496

Bitte Dimitrovs an Georgij Malenkov um Aufstockung der Mittel für die telegraphische Kommunikation der Komintern

[Moskau], 6.8.1941

Autograph in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/112, 14. Erstveröffentlichung.

6.8.41

Genossen Malenkov.

Werter Gen. Malenkov,

In unserer Kostenaufstellung der besonderen Ausgaben des EKKI war eine Summe in Höhe von 200.000 Rubel monatlich für die telegraphischen Informationen vorgesehen, die an die Redaktionen der kommunistischen und anderen Zeitungen ins Ausland geschickt werden.¹¹⁷

115 Die Zielsetzung des Dokuments, deutsche Offiziere für die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu gewinnen, war zum Entstehungszeitpunkt illusorisch. Erst nach der Niederlage von Stalingrad waren deutsche Offiziere zur Zusammenarbeit bereit. Siehe dazu auch Dok. 515.

116 RGASPI, Moskau, 17/3/1041, 72, 228.

117 Laut Beschluss des Sekretariats des EKKI von Ende Januar 1941 belief sich der Gesamthaushalt der Komintern für das Jahr 1941 auf 8.461.900 Rubel. Bei den zusätzlich beantragten Mitteln handelte es sich also um einen erklecklichen Betrag. Siehe: Beschluss des Sekretariats des EKKI (russisch),

Nach dem Angriff des fasch[istischen] Deutschl[ands] auf die Sowj[et]-Union haben wir diese Informationen beträchtlich erweitert. Aus diesem Grund erreichen die Ausgaben für Telegramme bis zu 800.000 Rubel im Monat.

Deswegen wäre es für uns unerlässlich, bis Ende des Jahres eine zusätzliche Zuteilung von 3.500.000 Rubel zu erhalten. Ich bitte sehr darum, eine entsprechende Anweisung zu geben, damit uns diese Summe zugeteilt wird.

Dok. 497

Vorschläge Manuilskis an Berija und Lev Mechlis zur verschärften Behandlung deutscher Kriegsgefangener

[Moskau], 15.8.1941

Typskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/10a/469, ohne Paginierung. Vollständige deutsche Erstveröffentlichung. Auszugsweise in deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: „Der Verräter, Stalin, bist Du!“, S. 397. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 143–146.

An den VOLKSKOMMISSAR FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN

Gen. LAVRENTIJ BERIJA

An den STELLVERTRETER DES VOLKSKOMMISSARS FÜR VERTEIDIGUNG,

Gen. MECHLIS

Im Auftrag des Sekretariats des ZK der VKP(b) wurde in eines der südlich von Rjazan' liegenden Kriegsgefangenenlager¹¹⁸ eine Gruppe von Genossen geschickt, um die Stimmungen unter den Kriegsgefangenen herauszufinden. In dieser Gruppe waren auch drei Mitarbeiter der Institution, in der ich arbeite.¹¹⁹ Ich befinde es für notwendig, das, was sie mir berichtet haben, Ihnen zur Kenntnis zu bringen.

Ende Januar 1941, RGASPI, Moskau, 495/18/1330, 35, veröffentlicht in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, I, S. 498.

118 *Südlich von Rjazan'*: Gemeint ist das Kriegsgefangenenlager Temnikov, das im Dezember 1939 zur Unterbringung von finnischen Soldaten erbaut wurde. Allgemein existierten gegen Ende 1941 nur drei Kriegsgefangenenlager in der Sowjetunion, die 9147 Gefangene beherbergten. Erst nach der Schlacht um Stalingrad stieg die Zahl der Kriegsgefangenen rapide an (siehe: Jörg Morré: Hinter den Kulissen des Nationalkomitees. Das Institut 99 in Moskau und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1946, München, R. Oldenbourg Verlag, 2001, S. 20–21; Stefan Karner: Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956, Wien u.a., R. Oldenbourg Verlag, 1995; Andreas Hilger: Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung, Essen, Klartext-Verlag, 2000).

119 Die betreffende Institution war die Komintern, die Mitglieder der Gruppe waren Walter Ulbricht (KPD), Jan Šverma (KPTsch) und Ivan Draganov (Ps.), d.i. Boris Stefanov (KP Rumäniens). Die Kommission war vom 4. bis 12.8.1941 im Kriegsgefangenenlager tätig.

Unter den Kriegsgefangenen fallen die Deutschen, besonders der faschistische Teil von ihnen, durch ihre Frechheit auf. Während sich die rumänischen Kriegsgefangenen, die in ihrer Mehrheit der sozialen Lage nach arme Bauern sind, rasch einer Bearbeitung unterwerfen, bleiben die deutschen Kriegsgefangenen unter sich, benehmen sich gegenüber den Rumänen wie eine „Herrenrasse“ und geben auf die Fragen unserer Leute meist unverschämte Antworten, wobei sie ihre faschistischen Zustände anpreisen. Anscheinend operiert unter den deutschen Kriegsgefangenen weiterhin eine faschistische Organisationszelle aus Offizieren, Feldwebeln und anderen eingefleischten Feinden, die früher Mitglieder der Hitlerpartei waren, und die die einfachen Soldaten terrorisieren und die niederträchtigsten Gerüchte verbreiten. So erzählen die faschistischen Drahtzieher den Soldaten, dass die „deutsche Armee vor den Toren Leningrads steht“, dass „Moskau eingekreist ist“ und dass Hitler die Kriegsgefangenen bald befreien wird.¹²⁰ Das geht so weit, dass Soldaten, die eine Erklärung gegen Hitler unterschreiben wollen, am nächsten Tag im Lager nicht mehr auffindbar sind, weil die Lagerältesten, zumeist Feldwebel und Mitglieder der faschistischen Organisation, sie verschwinden lassen und den Anweisungen unserer Lagerverwaltungen zuwiderhandeln. Eine Situation, in der die Masse der einfachen Soldaten in einem Raum mit Offizieren, mit Banditen aus den Sturmabteilungen durcheinander gewürfelt ist¹²¹ und von den letzteren bearbeitet wird, ist völlig anormal. Das Leben der Kriegsgefangenen ist so gestaltet, dass sich die ehemaligen faschistischen Vorgesetzten auf den Posten der „Lagerältesten“ wiederfinden, die unsere Lageradministration dadurch für sich einnehmen, dass sie bei Appellen die Kriegsgefangenen „schneidig“ aufzustellen wissen und äußerlich ein Musterbeispiel an militärischer Disziplin abgeben.¹²² In der Praxis jedoch wird bei diesem System die Hitlersche Disziplin nicht zersetzt, sondern eher noch gestärkt, wobei das ganze Hitlersche System sklavischer Unterwürfigkeit, das die Befreiung der Soldaten vom Einfluss der Offiziere, Feldwebel und anderer faschistischer Hierarchien verhindert, erhalten bleibt.

Ebenfalls ist notwendig festzustellen, dass es im Lager keinen differenzierten Zugang zu den Kriegsgefangenen gibt, ihre soziale Lage nicht geklärt wird, die bei ihnen beschlagnahmten Fotografien und Dokumente, die die politische Physiognomie des Kriegsgefangenen ans Licht bringen könnten, nicht immer untersucht werden. Für die Kriegsgefangenen besteht in den Lagern ein humanes, mildes Regime.¹²³ Wenn dieses für rumänische und ungarische Soldaten, die die deutschen Faschis-

120 Tatsächlich kam die deutsche Wehrmacht erst im Oktober-November 1941 näher an Moskau heran. Der deutsche Artilleriebeschuss von Leningrad begann am 4.9.1941.

121 Die SA spielte in Hitlers Russlandfeldzug so gut wie keine Rolle (siehe: Peter Longerich: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München, C.H. Beck, 1989, S. 237f.).

122 Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion waren an die Disziplinarordnung und an das Militärstrafrecht der Roten Armee gebunden (siehe: Hilger: Deutsche Kriegsgefangene, S. 121–122).

123 Im Großen und Ganzen waren die Lebensbedingungen deutscher Kriegsgefangener zwar etwas besser als die regulärer GULAG-Häftlinge, jedoch weit von Milde und Humanität entfernt (als Überblick hierzu Hilger: Deutsche Kriegsgefangene).

ten instinktiv hassen, oder für einfache deutsche Soldaten, die von den Faschisten irregeleitet wurden, auch angebracht sein mag, so ist es unzulässig für faschistische Banditen, die sich im Lager weiter so verhalten, als seien sie bei sich zu Hause. Dabei ist zu bedenken, daß diese Art faschistischen Abschaums nur die Sprache der Gewalt versteht und humane Behandlung als Zeichen unserer Schwäche ansieht.¹²⁴

Ausgehend von dem Gesagten halte ich es daher für zweckmäßig:

a) faschistische Offiziere, Feldwebel, Flieger, die unsere Städte und Dörfer zerbombt haben, Mitglieder der Sturmabteilungen und der Hitlerpartei von der Masse der Kriegsgefangenen in den Lagern zu separieren und unter Bedingungen zu halten, wie sie die Antifaschisten in deutschen Konzentrationslagern ertragen müssen;

b) bei deutschen Kriegsgefangenen, die ihre faschistische Ordnung und ihren verbrecherischen Krieg gegen die UdSSR nachdrücklich verteidigen, auf überflüssige Humanität zu verzichten und sie so zu behandeln, wie sie es verdienen, indem man sie in eine schwierigere Lage versetzt als die übrigen Gefangenen;

c) einfache Soldaten, die antifaschistische Stimmungen geäußert und sie durch Taten unter Beweis gestellt haben, für die Posten von Lager- und Barackenältesten zu benennen;

d) jeden Versuch von UdSSR-feindlicher Agitation durch strenge, der Kriegszeit angemessene Maßnahmen in Übereinstimmung mit den sowjetischen Gesetzen zu unterbinden.

(D. MANUILSKI)

15.8.1941

124 Zu dem in deutscher Sprache abgefassten Bericht der Kriegsgefangenen-Kommission, auf den Manuilski sich hier (in durchaus tendenziöser Weise) bezieht, siehe RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 80–91. Der nach Befragung von über 150 Kriegsgefangenen verfasste Stimmungsbericht offenbarte eine mehrheitlich zwischen politischer Indifferenz und Hitler-Anhängerschaft stehende Haltung der Soldaten. Dezidiert antifaschistische Aussagen waren minoritär. Der Bericht beinhaltete ebenfalls aufschlussreiche Aussagen zur Motivierung der einfachen Soldaten für den Einmarsch in die Sowjetunion: „Viele sagten, es sei am 21. Juni vom Feldwebel oder vom Leutnant mitgeteilt worden, dass die Rote Armee mit 160 Divisionen aufmarschiert sei. Die deutsche Armee müsse ihnen zuvorkommen. Auf die Frage, ob sie bei ihrem Vormarsch auf Sowjetterritorium den Eindruck bekommen hätten, dass die Rote Armee bereits mobilisiert und aufmarschiert sei, erklärten viele, dass sie einen solchen Eindruck nicht hatten. Viele andere Soldaten erklärten, dass ihnen beim Antreten der Kompanie in der Nacht vom 21. zum 22. gesagt worden sei, es bestehe eine Vereinbarung zwischen der Sowjetregierung und der deutschen Regierung über das Recht der deutschen Armee, durch eine bestimmte Zone nach dem Irak zu marschieren. Auf die Frage, wie es möglich sei, dass deutsche Soldaten glauben können, dass man ausgerechnet von Ostpreussen nach dem Irak marschiert, wussten sie keine Antwort.“ (Ibid., Bl. 82). Vgl. Walter Ulbricht: Zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, II.2, Berlin 1968, S. 245–253.

Dok. 498**Beschlüsse der Komintern zur Kriegsgefangenenarbeit**

[Ufa], 21.8.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 77. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 147–148. PROTOKOLL /B/ N° 758

DER SITZUNG DES SEKRETARIATS DES EKKI. vom
21. August 1941 [...]

ANGEHÖRT:

1. (1538) Über die deutschen und rumänischen Kriegsgefangenen.

Information – Gen. Ulbricht, Draganov [d.i. Boris Stefanov] und Šverma.

Vortragender – Gen. Dimitrov.

BESCHLOSSEN:

1. Den von der Kommission, die das Lager für deutsche und rumänische Kriegsgefangene besichtigt hat, gemachten Vorschlag über die Arbeit unter den deutschen und rumänischen Kriegsgefangenen für richtig zu befinden.¹²⁵

2. Der Presseabteilung, der Redaktion der *K[ommunistischen]I[nternationale]*, und allen Genossen, die im Propagandabereich arbeiten, zu empfehlen, die von der Kommission gesammelten Informationen¹²⁶ zu den Stimmungen und Ansichten der Kriegsgefangenen in ihrer Tätigkeit in der Radiopropaganda, der Verfassung von Broschüren, Flugblättern usw. zu berücksichtigen.

3. Es für zweckmäßig zu befinden, die Kommission nach einiger Zeit zur Besichtigung von neu eingetroffenen Kriegsgefangenen zu kommandieren.¹²⁷

GENERALSEKRETÄR DES EKKI

[Sign.] /G.DIMITROV/

125 Die Vorschläge Ulbrichts, des Leiters der entsprechenden Kommission (siehe Dok. 497) sahen vor, die politische Arbeit unter den Kriegsgefangenen zu verstärken, einschließlich der Informierung der Gefangenen über die Verluste der Wehrmacht, der Organisation von Kursen und Vorträgen für Antifaschisten usw. Betont wurde die Notwendigkeit eines differenzierten Zugangs zu Kommunisten und Antifaschisten einerseits und den Hitleranhängern andererseits. Letztere sollten keinesfalls als Baracken- oder Gruppenälteste aufgestellt, sondern aus dem Lager entfernt werden (RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 78–79).

126 Zu den Informationen siehe Dok. 497.

127 Die Kommission hielt sich erneut im Oktober 1941 im Kriegsgefangenenlager Temnikov auf. Siehe: Morré: Hinter den Kulissen, S. 23.



Am 26.8.1941 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion, herausragende Partisanen für ihren Kampf gegen Deutschland auszuzeichnen. Die Ankündigung erfolgte in der *Pravda* am nächsten Tag.

Zugleich erfolgte ein Beschluss, die ethnischen Deutschen aus der Republik der Wolgadeutschen, den Gebieten Saratow und Stalingrad zwangsumzusiedeln. Damit wurde eine der ältesten nichtrussischen Sowjetrepubliken per Dekret aufgelöst.¹²⁸

Am 12.9.1941 konkretisierte das Politbüro darüber hinaus die Modalitäten der Eingliederung der nach Kasachstan deportierten Deutschen in die dortigen Kolchosen.¹²⁹

Am 7.10.1941 wurde die personelle Zusammensetzung des neugegründeten Panslawischen Komitees festgelegt, das von Generalleutnant Aleksandr Gundorov geleitet wurde und Intellektuelle aus allen slawischen Ländern inkorporierte.¹³⁰

Dok. 499

Begleitschreiben Dimitrovs an Molotov zum Aufruf des ZK der KPD „An das deutsche Volk und die deutsche Armee“

[Moskau], 14.10.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/155, 68. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 153–154.

An Genossen MOLOTOV.

Lieber Genosse Molotov,

Wir schicken Ihnen die russische Übersetzung des Aufrufs des ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands.¹³¹

¹²⁸ RGASPI, Moskau, 17/3/1042, 2.

¹²⁹ RGASPI, Moskau, 17/3/1042, 20.

¹³⁰ RGASPI, Moskau, 17/3/1042, 45.

¹³¹ Der Aufruf des „ZK der KPD“ „An das deutsche Volk und die deutsche Armee“ vom 6.10.1941 war von Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Herbert Funk (Ps.), d.i. Herbert Wehner, Fritz Arndt (Ps.), d.i. Karl Mewis, Peter (Ps.), d.i. Anton Ackermann, Michael Niederkirchner, Irene Gärtner, Gustav Sobottka, Wilhelm Erasmus (Ps.), d.i. Wilhelm Knöchel, und Richard Stahlmann unterzeichnet. Er war die erste umfassende öffentliche Stellungnahme der KPD seit dem Angriff auf die Sowjetunion. Hierin hieß es u.a., die KPD habe seit Beginn des Weltkrieges Volk und Heer „mehrfach“ vor „der Bestie“ Hitler und seinen „wahnwitzigen“ Plänen gewarnt. Der Aufruf markierte die Geburt der Lebenslüge der KPD (und später der SED), wiederholt wurde das Paradigma vom Verrat des deutsch-sowjetischen Paktes durch Hitler (wobei nur von einem Nichtangriffspakt, jedoch nicht mehr von einem Freundschaftspakt gesprochen wurde). Der deutschen Bevölkerung wurde ultimativ – sollte sie sich nicht auf die Seite der Sowjetunion stellen – eine Zerstückelung des Landes angedroht. Das Dokument enthielt ebenfalls eine Reihe von Stalin ventilierter Vorstellungen für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg: Ansätze für eine Kollektivschuldthese werden ebenso artikuliert wie das Szenario einer „Zertrümmerung“ Deutschlands (vgl. hierzu: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V,

Die deutschen Genossen befinden, dass man den Aufruf verwenden soll als ein Dokument, das innerhalb Deutschlands geschrieben und verbreitet wurde. Wir sind derselben Meinung.¹³²

Ich bitte um Ihre weiteren Anweisungen.¹³³

Mit Genossengruß,
14. Oktober 1941.

Dok. 500

Brief Dimitrovs an Stalin mit dem Vorschlag, die Komintern nicht mehr offen in Erscheinung treten zu lassen

[Ufa], 31.10.1941

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/112, 24. Deutsche Erstveröffentlichung. In englischer Sprache publ. in: Dallin/Firsov: Dimitrov and Stalin, S. 192. In russischer Sprache publ. in: Adibekov/Anderson/Širinja u.a.: Politburo i Komintern, S. 801–802.

An Genossen Stalin.

Lieber Genosse Stalin,
mit der Verlegung des EKKI nach Ufa¹³⁴ hat sich eine Reihe Fragen des rechtlichen Status unserer Einrichtung, der Anmeldung der Mitarbeiter, ihrer Ausstattung mit verschiedenen Dokumenten, Lebensmittelkarten und anderen Papieren ergeben.

S. 300–303 und Dok. 79, S. 550–553; Teilveröffentlichung ebenfalls in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 441–443; in russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 154–160).

132 Im August 1941 hatte Dmitrij Manuilski den Text eines „Offenen Briefes an die deutschen Arbeiter“ an den ZK-Sekretär Aleksandr Ščerbakov geschickt. Dieser Text wurde daraufhin stark gekürzt und in Einklang mit den Anweisungen Ščerbakovs umgearbeitet, daraus entstand der Aufruf „An das deutsche Volk und die deutsche Armee“ (s.o.); das Urdokument siehe: RGASPI, Moskau, 495/10a/470, 472, ohne Paginierung, erwähnt in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 159, Fn. 1).

133 Stalin brachte mehrere Korrekturen im Aufruf ein. In einem Gespräch mit Dimitrov meinte er am 15.10.1941: „Der Aufruf ist gut gelungen. Wir werden ihn heute veröffentlichen. Er muß auch im Radio gesendet werden als ein Dokument, welches bei dem gefallenem Unteroffizier Stolz gefunden wurde...“ (Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher I, S. 440). Der Aufruf wurde in der *Pravda* vom 16.10.1941 veröffentlicht und am selben Tag in deutscher Sprache im Ino-Radio gesendet. (Siehe: Kinner: Der deutsche Kommunismus, III, S. 162). Ob er in deutscher Sprache veröffentlicht wurde, scheint fraglich.

134 *Verlegung des EKKI*: Die Komintern wurde am 15.10.1941, da die deutschen Truppen immer näher an Moskau rückten, nach Ufa (Baschkirien) und teilweise nach Kujbyšev (heute Samara, an der Wolga) evakuiert. Siehe ausführlicher: Dimitroff: Tagebücher, Bd. 1, S. 440ff.; Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 449f.

Es erhebt sich die Frage, ob es zweckmäßig ist, all das in der gegenwärtigen Situation unter der Fahne der Kommunistischen Internationale zu regeln. Wäre es nicht besser, wenn wir in Ufa *nach außen hin* als eine andere Einrichtung fungierten?

Ich persönlich bin der Meinung, dass wir jetzt keinen Anlass haben, die Kommunistische Internationale besonders herauszustellen. Im Gegenteil, politisch wäre es günstiger für uns, wenn wir unsere ganze praktische Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen nach außen unter einem anderen Aushängeschild, z. B. als *Institut zur Erforschung internationaler Fragen* betreiben könnten.

Ich bitte sehr um Ihren Rat und Ihre Weisung in dieser Frage.¹³⁵

Mit Genossengruß,
G. Dimitrov

Dok. 501

Brief des Leiters des sowjetischen Auslandsgeheimdienstes, Pavel Fitins, an Dimitrov über den erfolgreichen Vollzug des Geldtransfers für die KPD in Stockholm

Moskau, 30.12.1941

Typoskript, mit handschriftlichen Vermerken, in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/141, 8. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 171–172.

ABSOLUT GEHEIM

EKKI Genossen DIMITROV

Das Geld ist an „PAUL“ [d.i. Sven Linderot]¹³⁶ und „NIKOLAJ“ [d.i. Herbert Wehner (?)]¹³⁷ übergeben worden.¹³⁸ „PAUL“ sagt, dass er vor kurzem die Verbindung eingerichtet hat, gut hört und alles empfängt.

135 Am gleichen Tag schrieb Dimitrov ebenfalls an Andrej Andreev: „Bitte erwirken Sie so rasch wie möglich Weisung des Gen. Stalin, denn die örtlichen Organe in Ufa drängen unentwegt darauf, dass unsere Einrichtung die nötigen Formalitäten erledigt, ihre Mitarbeiter anmeldet usw.“ (RGASPI, Moskau, 17/121/105, 42). In Ufa figurierte das EKKI als Rundfunkinstitut getarnt und wuchs im Laufe des Jahres 1942 um mehr als die doppelte Belegschaftszahl an (404 Personen im Gegensatz zu 158 im November 1941). Im Laufe des Jahres 1942 kehrten einzelne Strukturen des EKKI partiell nach Moskau zurück, siehe Dok. 511. (Zu den Strukturen der Komintern in der Evakuierung siehe: Bayerlein: Transnationale Netzwerke und internationale Revolution; Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura, S. 220ff.).

136 Über „Paul“ in Dimitrovs Handschrift: „KP Schwedens“.

137 Über „Nikolaj“ in Dimitrovs Handschrift: „KP Deutschlands“.

138 Am 15.11.1941 teilte Fitin Dimitrov mit, dass „Kurt“ (d.i. Herbert Wehner), dringend um Geldsendung gebeten habe: 2000 Kronen für unmittelbare und 20.000 für weitere Arbeit. „Paul“ (Ps.), d.i.

[Sign.] (FITIN)

30. Dezember 1941

Nº 2/2/22900

MOSKAU¹³⁹

Sven Linderot, habe übermittelt, dass er die Direktive des EKKI erhalten habe und nun ebenfalls Geld benötige, da er nur noch 5000 Kronen habe. Am 22.11.1941 bat Paul erneut um Geld, andernfalls werde er die Arbeit komplett einstellen müssen. Er brauche für November und Dezember 40000 Kronen, vor allem für die Herausgabe der Komintern-Zeitschrift *Die Welt* (RGASPI, Moskau, 495/74/578, 8–9). **139** Hdschr. Resolution Dimitrovs: „Gen. Sucharev, Sorkin, Mezis vorzulegen. 6.1.42. GD“. Als Lesevermerke folgen auf dem Dokument die Signaturen von Konstantin Sucharev (EKKI-Sachverwaltung), Grigorij Sorkin (EKKI-Nachrichtenagentur SUPRESS) und Petr Mezis (Buchhalter des EKKI-Verbindungsdienstes).

1942

Dok. 502

Beschluss der Komintern für eine Kampagne gegen die Gräueltaten der Wehrmacht in der Sowjetunion

[Ufa], 9.1.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1336, 9. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 174–175.

PROTOKOLL DER SITZUNG DES SEKRETARIATS /A/ N° 772
(9. Januar 1942)

ANWESEND: Gen. Dimitrov, Manuilski, Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Pieck, Florin, Wieden [d.i. Ernst Fischer].

ANGEHÖRT:

§ 1553. Über die Note Molotovs.¹

BESCHLOSSEN:

1. Im Zusammenhang mit der Note des Gen. Molotov eine Kampagne im Ausland zu entfalten gegen die unerhörten Bestialitäten der deutsch-faschistischen Armee in den zeitweise okkupierten Territorien der Sowjetunion.
2. Eine Deklaration der in der UdSSR lebenden deutschen Personen des öffentlichen Lebens zu veröffentlichen, in der sie die tiefste Empörung und ihren Protest gegen die von den Hitlerbanden an der friedlichen sowjetischen Bevölkerung verübten Verbrechen zum Ausdruck bringen und an das deutsche Volk appellieren, dem Regime des Hitlerbanditismus, das es in Verruf bringt, ein Ende zu bereiten und den Sturz Hitlers zu erreichen, der das deutsche Volk zum Mittäter und Verantwortlichen für diese Verbrechen macht.²

¹ Am 6.1.1942 wurde eine Note Molotovs mit dem Titel „Über den allgegenwärtigen Raub, die Ausplünderung der Bevölkerung und die ungeheuerlichen Bestialitäten der deutschen Machthaber in den von ihnen besetzten sowjetischen Territorien“ an die diplomatischen Vertretungen aller Staaten übergeben, mit denen die UdSSR Beziehungen unterhielt. Darin wurde festgestellt, dass die von Deutschland okkupierten, nun wieder befreiten Territorien „das unerhörte Bild allgegenwärtigen Raubes, allgemeiner Verwüstung, abscheulicher Gewalt, Schandtaten und Massenmorde, die von den deutsch-faschistischen Okkupanten gegen die friedliche Bevölkerung verübt werden“, vermitteln. Als Verantwortliche dafür wurde die NS-Regierung angeklagt. Die Note schloss mit dem Ausdruck der Gewissheit, dass der Krieg nur durch eine völlige Vernichtung der Hitlertruppen enden könne (Vnešnjaja politika Sovetskogo Sojuza v period Otečestvennoj vojny. Dokumenty i materialy, Bd. 1, Moskva, OGIZ Gospolizdat, 1946, S. 169–189).

² Bereits die vorformulierten und rassistisch unterlegten Kriegsziele wie die Inkaufnahme des Hungertodes großer Teile der Zivilbevölkerung zugunsten der Ernährung der Wehrmacht, die Verschlep-

3. Die Gen. Pieck, Wieden und Florin zu beauftragen, den Entwurf einer solchen Deklaration vorzubereiten.

Generalsekretär des EKKI: [Sign.] /G.DIMITROV/

Dok. 503

Beschluss der Komintern zur Ausrichtung der Radiopropaganda gegenüber Deutschland

[Ufa], 10.1.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 156–161. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 177–182.

Auf der Beratung vom 30.XII.1941 unter Teilnahme von Kommentatoren der sowjetischen fremdsprachigen Radiosendungen,³ sowie von verantwortlichen Leitern der speziellen Radiosendungen⁴ stellt das EKKI fest:⁵

I) dass seit dem deutsch-faschistischen Überfall auf die Sowjetunion im Bereich der antifaschistischen Propaganda und in erster Linie im Bereich der Radiopropaganda eine große Arbeit geleistet wurde. Zugleich stellt das Sekretariat fest, dass unsere Radiopropaganda sowohl was den Inhalt, als auch die Qualität betrifft, bei weitem noch nicht als befriedigend betrachtet werden kann. [...] Deswegen befindet es das Sekretariat des EKKI für notwendig, die Aufmerksamkeit auf die wichtigsten nächsten Aufgaben dieser Propaganda zu richten, und zwar:

a) In erster Linie zur Zersetzung des Hinterlands der deutschen Armee, wie auch des Hinterlands der italienischen, finnischen, ungarischen und rumänischen Armeen beizutragen. [...]

pung der Einwohner als Zwangsarbeiter und die Erschiessung der Politikommissare bestimmten die erste Kriegsphase. Von 1942 an erfolgten verstärkt Geiselerchiessungen und Ermordungen der Bevölkerung einschließlich von Frauen und Kindern, die zumeist mit der Bekämpfung des Partisanenkampfes gerechtfertigt wurden. Die Ermordungen und der Hungertod sowjetischer Kriegsgefangener waren ohnehin die Regel, von ihnen starben bis Ende 1942 ca. eine Million. Weitere Opfer forderte die Politik der verbrannten Erde beim Rückzug der Wehrmacht und – nicht zuletzt – der Genozid an den sowjetischen Juden (siehe Ulrike Jureit, Jan Philipp Reemtsma (Hrg.): Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. 2., durchgesehene und ergänzte Auflage, Hamburg, Hamburger Edition, Hamburger Institut für Sozialforschung, 2002; Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Bonn, J.H.W. Dietz. Nachf., 1997).

³ Zum sowjetischen fremdsprachigen Rundfunk („Ino-Radio“), siehe Dok. 470.

⁴ Zur Entstehung der „speziellen“ Radiosendungen der Komintern, siehe Dok. 493.

⁵ Das Protokoll der entsprechenden Sitzung siehe: RGASPI, Moskau, 495/18/1335, 155.

b) Tief im Bewusstsein der deutschen Volksmassen und der Soldaten zu verankern, dass die militärische Niederlage Deutschlands, die Vernichtung des Hitlerismus und die Zerstörung seiner Kriegsmaschinerie der einzige Weg zur Loslösung Volksdeutschlands von Hitlerdeutschland ist, indem zur Befreiung des ersteren das zweite zerstört werden muss. Es ist notwendig, die Hitlerpropaganda in ihren verzweifelten Versuchen, die Niederlage Hitlerdeutschlands als Katastrophe für das deutsche Volk darzustellen, systematisch zu zerstören.

c) Es ist unabdingbar, den Volksmassen Deutschlands dabei zu helfen, Wege zum Kampf gegen den Hitlerismus und sein terroristisches Regime zu finden. Dafür ist es erforderlich, alle Beispiele des Widerstands in den Betrieben, im Dorfe und im Alltagsleben breit zu popularisieren.⁶ [...]

e) Mit allen Mitteln muss den Kampf der Völker der von der deutschen Armee besetzten Länder für ihre nationale Befreiung, für die Vertreibung der Besatzer und für die Rückeroberung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Freiheit stimuliert werden. Auf Grundlage der Fakten und einer soliden und verständlich dargelegten Argumentation müssen die verhängnisvollen Auswirkungen des nationalen Verrats der Quisling-Leute⁷ und der Marionettenregierungen systematisch entlarvt werden, um ihre vollständige Isolation zu erreichen und sie der einmütigen Verdammung durch die Völker der okkupierten Länder auszusetzen. Zugleich ist es notwendig, reale Perspektiven und praktische Wege des Kampfes für die Zerstörung des Hitlerismus aufzuzeigen; auf jegliche Stimmungen des passiven Abwartens einer Befreiung von außen, was den Widerstand und den Kampf der Massen gegen die Besatzer nur bremsen kann, ist zu reagieren. Das Streben des Volkes nach Einheit, nach dem Kampf gegen den Faschismus und die nationalen Verräter ist mit allen Mitteln zu unterstützen.

f) Es muss auf den Bruch der Länder, die in Abhängigkeit zum deutschen Imperialismus stehen (Italien, Finnland, Rumänien, Ungarn, usw.), hingearbeitet werden [...].

g) In allen anderen Ländern, die noch außerhalb des Krieges stehen, die jedoch nichtdestoweniger von einer Einbeziehung in den Krieg oder der Aggression seitens des deutschen Imperialismus bedroht sind, ist es unabdingbar, die Wachsamkeit der öffentlichen Meinung zu wecken und zu versuchen, den Widerstand des Volkes sowie all jener Bevölkerungsschichten zu verstärken, die die Interessen der Nation gegen alle Bestrebungen nach einer Kapitulation gegenüber der Hitleraggression verteidigen. [...]

h) Ausgehend von den nationalen Interessen jedes einzelnen Landes ist die Notwendigkeit von Solidaritätsaktionen aller Völker mit dem Volk der Sowjetunion und ihrer heroischen Roten Armee aufzuzeigen. Indem sie die Reihen der bewaffneten

⁶ Siehe Dok. 517.

⁷ *Quisling-Leute*: Im engeren Sinne Anhänger des norwegischen Faschistenführers und Ministerpräsidenten Vidkun Quisling, im weiteren Sinne Synonym für Kollaborateure mit dem Hitlerregime.

Kräfte des deutschen Imperialismus zerschlägt, macht die Rote Armee allen Nationen der okkupierten Länder den Weg frei zu ihrer Befreiung vom Joch des Hitlerismus und des Faschismus. [...]

II. Das Sekretariat stellt fest, das die Kommentare für das sowjetische Ino-Radio und die speziellen Radiosendungen der Gesamtheit dieser Aufgaben noch nicht in ausreichender Weise entsprechen. Ein Teil der Redaktionen ist politisch schwach und unterbesetzt, [und] reagiert nicht immer schnell genug auf die Ereignisse im [jeweiligen] eigenen Land. Das Sekretariat stellt fest, dass die Kommentare und Berichte teilweise oberflächlich verfasst sind, die Argumentation und die Kritik der Argumente des Feindes nicht genug durchdacht sind. Oft sind die Berichte und Kommentare lediglich agitatorische Aufrufe, die jeglicher Argumentation entbehren; Informationen aus den verschiedenen Ländern, Briefe von Soldaten und Kriegsgefangenen sowie politisch wichtige Dokumente (der Aufruf des ZK der KPD,⁸ die Deklaration der 158⁹ deutschen Kriegsgefangenen¹⁰ u.a.) werden nicht genügend herangezogen; die Notwendigkeit einer Anpassung der Propaganda an die Bedingungen jedes einzelnen Landes wird nicht genügend berücksichtigt; in manchen Fällen werden unter Einfluss der englischen Propaganda Überspitzungen in der Bewertung der Ereignisse an der sowjetischen Front bemerkbar. Es stellt außerdem einen weiteren entscheidenden Mangel einer Reihe von Redaktionen dar, dass in ihren Redaktionsmappen kein im Voraus vorbereitetes Material vorhanden ist, was eine gehetzte Arbeitsweise nach sich zieht. [...]¹¹

Am 18. sowie 20.1.1942 legte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Ablauf der Feierlichkeiten anlässlich des 18. Todestags Lenins am 21.1. fest.¹²



8 Vermutlich ist der Aufruf des ZK der KPD vom 6.10.1941 gemeint. Siehe hierzu Dok. 499.

9 „156“ im Typoskript, handschriftlich in „158“ korrigiert.

10 Als Ergebnis des zweiten Besuchs der Komintern-Delegation im Kriegsgefangenenlager (siehe Dok. 498) wurde ein „Appell an das deutsche Volk“ ausgearbeitet, der von 158 Kriegsgefangenen unterzeichnet und in der neugegründeten Kriegsgefangenenzeitung *Das neue Wort* abgedruckt wurde. In dem Dokument, das die programmatische Basis der Antifa-Arbeit unter den Kriegsgefangenen bis Ende 1942 darstellte, wurde der Sturz Hitlers zur Errichtung eines neuen, „freiheitsliebenden“ Deutschlands gefordert (siehe: Morré: Hinter den Kulissen, S. 23). Das Dokument ist abgedruckt in: Sie kämpften für Deutschland. Zur Geschichte des Kampfes der Bewegung „Freies Deutschland“ bei der 1. Ukrainischen Front der Sowjetarmee, Berlin(-Ost), Verlag des Ministeriums für Nationale Verteidigung, 1959, S. 114ff.

11 In einem weiteren Punkt beschloss das Sekretariat Maßnahmen zur Behebung der aufgeführten Missstände, darunter eine bessere Vernetzung der Mitarbeiter, die reibungslose Versorgung der Redaktionen mit Materialien sowie eine stärkere Zentralisierung der Arbeit.

12 RGASPI, Moskau, 17/3/1043, 41, 57.

Dok. 504**Brief des Komintern-Verlagsleiters Konstantin Kasradze an Dimitrov über Flugblattpropaganda und antifaschistische Literatur**

[Moskau], 23.1.1942

Typskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/140, 1–4. Erstveröffentlichung.

23.1.1942¹³

Lieber Georgij Michailovič [Dimitrov],

Im Januar sind aus Engels 8 Verlags- (Redaktions-)Mitarbeiter und 14 Druckereimitarbeiter nach Moskau gekommen.¹⁴ Es handelt sich dabei um diejenigen, die dringend für die ununterbrochene Herausgabe von Flugblättern gebraucht wurden (gegenwärtig geben wir täglich 8–10 Flugblätter heraus).¹⁵ All diese Personen arbeiten bereits. Ein Teil der Redaktionsmitarbeiter (spanische, englische und tschechische Redakteure) sind zwar durch die Flugblattarbeit nicht ausgelastet, sie sind jedoch vollständig beschäftigt und arbeiten an den Klassikern entsprechend des [Verlags-]Plans.¹⁶

Einige Fragen zu unseren Angelegenheiten.

1. Vor einigen Tagen hatte ich von der 7. Abteilung¹⁷ den dort völlig ohne Bearbeitung herumliegenden Sammelband über die Gräueltaten übernommen. Dort hätten zusätz-

13 Oben hdschr. Vermerk: „Den Gen. Manuilski, Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Anvelt, Ponomarev vorzuweisen. 4.2.42 G.D.“

14 Engels war der Sitz des „Deutschen Staatsverlags“. Der deutschsprachige Verlag musste nach dem Angriff auf die Sowjetunion seine Tätigkeit einstellen. Vermutlich wurden seine Mitarbeiter vom „Verlag für fremdsprachige Literatur“ der Komintern übernommen, der seinerseits Nachfolger des Komintern-Verlags „Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR“ war (siehe Dok. 392). Von 1942 an war er der einzige Verlag in der Sowjetunion, der deutschsprachige Bücher publizierte (Tischler: *Flucht in die Verfolgung*, S. 46).

15 In einem weiteren Brief an Dimitrov vom 14.2.1942 beschrieb Kasradze die siebenstufige Arbeitsweise der Flugblattherstellung im Verlag in der folgenden Weise: 1. Verfassen der Texte (wobei unter den deutschen Kommunisten Erich Weinert, Friedrich Wolf und Willi Bredel als Autoren genannt werden); 2. Übersetzung der von der Politischen Verwaltung der Roten Armee bewilligten Texte in andere Sprachen; 3. Lektorierung; 4. Herstellung maschinenschriftlicher Kopien und Vorbereitung für den Satz; 5. Satz und Endredaktion; 6. Künstlerische Gestaltung; 7. Lesedurchgang durch die Zensurbehörde (*glavlitovskaja čitka*). Die fertig gesetzten Flugblätter wurden dann an den Militärverlag gegeben, kleinere Aufträge jedoch auch direkt in der Hausdruckerei gedruckt (siehe: RGASPI, Moskau, 495/73/140, 8–13).

16 Zu den Aufgaben des Kominternverlags gehörten auch die Übersetzung und redaktionelle Betreuung marxistisch-leninistischer Standardwerke (siehe: RGASPI, Moskau, 495/73/140, 8–13).

17 7. Abteilung: Gemeint ist die 7. Verwaltung der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee, die für die Frontpropaganda gegen den Feind zuständig war. Die 7. Verwaltung unterstand zwar der Roten Armee, erhielt ihre Weisungen jedoch auch vom „Sowjetischen Büro für militärpolitische Propaganda“, das am 25.7.1941 als Koordinationsstelle zwischen der Roten Armee und VKP(b) gegründet worden

lich zu unseren Materialien noch weitere Dokumente hinzugefügt werden sollen. Sie haben jedoch nichts getan. Nun habe ich eine spezielle Person dafür abgestellt, wir selektieren Materialien (bis zu den letzten Tagen) und Dokumente, fügen ein spezielles Kapitel über den Vandalismus hinzu und bereiten verstärkt diesen Sammelband vor. Hier werden beide Noten des Gen. Molotov eingefügt,¹⁸ sowie die folgenden vier Sammelbandkapitel: 1) Gräueltaten und Gewalt gegen gefangene und verwundete Rotarmisten, 2) Gräueltaten und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, 3) Plünderungen, 4) Vandalismus. Wir haben mit Gen. Aleksandrov¹⁹ vereinbart, dass wir den Sammelband gemeinsam mit Gospolitizdat²⁰ herausbringen werden. Dieser wird ihn in russischer Sprache drucken, während wir die Ausgaben in Englisch, Spanisch und in den Sprachen, die uns von „Meždunarodnaja Kniga“²¹ übermittelt werden, übernehmen. Sobald der Sammelband endgültig fertig sein wird, werde ich ihn zu Ihnen ausschicken.²²

2. Betreffs der Zeitschriften *Inostrannaja Literatura*.²³ Bis jetzt haben wir noch nicht das Material für die ersten Nummern des Jahres 1942 erhalten. Noch helfen wir Gospolitizdat, die letzten Nummern für 1941 fertig zu stellen. Folgende nach Moskau berufene Redakteure sind noch nicht eingetroffen: Becher (deu.), Stasova (engl. und fr.) und Arconada (span.). Sobald sie eintreffen, werden wir sie zusammenrufen, uns umfassend beraten und entscheiden, welche Zeitschrift wo gedruckt werden soll.²⁴

war. Im Juni 1942 wurde das Büro in einen „Rat für militärpolitische Propaganda“ umgewandelt und der Politischen Hauptverwaltung unterstellt. Vorsitzender des Rates war Politbüro-Kandidat Aleksandr Ščerbakov, Mitglieder waren u.a. Dmitrij Manuilski und Lev Mechlis (siehe: Morré: Hinter den Kulissen, S. 21, 28–29).

18 Zur Note Molotovs gegen die Gräueltaten der deutschen Besatzer, siehe Dok. 502.

19 Georgij Aleksandrov (1908–1961) war, nachdem er 1938–1939 die Verlagsabteilung des EKKI geleitet hatte, von 1940 bis 1947 Leiter der Agitpropverwaltung des ZK der VKP(b).

20 Gospolitizdat, russ. *Gosudarstvennoe izdatel'stvo političeskoj literatury* („Staatsverlag für politische Literatur“), sowjetischer Staatsverlag.

21 Siehe Dok. 489.

22 Am 16.2.1942 schrieb Kasradze an Dimitrov: „Den Band über die Gräueltaten mit Illustrationen (über 100 sehr wichtige Fotodokumente und Faksimiles) haben wir an Gen. Aleksandrov abgegeben, der ihn mit einem ähnlichen Sammelband, der auf seinen Vorschlag hin vom Gospolitizdat vorbereitet wird, vereinigen will. Was daraus wird und wie schnell sie es machen – ich weiß es nicht. In 3 Tagen wird Gen. Ozorin Ihnen ein Exemplar unseres Sammelbandes zuschicken. Meiner Meinung nach ist er ganz ordentlich geworden. [...] Zwei Exemplare habe ich nach Engels geschickt und dort werden sie bereits ins Englische und ins Spanische übersetzt. Bis der Sammelband bewilligt ist, sind die Übersetzungen fertig.“ (RGASPI, Moskau, 495/73/140, 5–7). Als Resultat der Vorbereitungen erschien vermutlich der folgende Sammelband: Dokumenty obvinjajut. Sbornik dokumentov o čudoviščnych zverstvach germanskich vlastej na vremennno zachvačennych imi sovetskich territorijach. Bd. 1, Moskva, OGIz Gosudarstvennoe Izdatel'stvo Političeskoj Literatury, 1943. Fremdsprachige Ausgaben konnten nicht eruieren werden.

23 Zur Zeitschrift *Inostrannaja Literatura* (*Ausländische Literatur*) siehe Dok. 451b.

24 Laut einer Telefonnotiz Dimitrovs über ein Gespräch mit Kasradze vom 10.1.1942 hatte das ZK der VKP(b) grünes Licht für die Herausgabe der *Inostrannaja Literatura* in vier Sprachen (englisch, deutsch, spanisch und französisch) gegeben (RGASPI, Moskau, 495/73/183, 2).

Möglicherweise werden wir alle Ausgaben in Engels drucken lassen, außer der deutschen, da hier in Moskau die zentralen Autoren- und Redaktionskader konzentriert sind.

3. Von den deutschen Schriftstellern sind eingetroffen: Wolf, Weinert und Bredel. Gen. Becher wurde angefordert. Alle sind in unserer Flugblattgruppe beschäftigt und arbeiten an einer deutschen Zeitung (sie verfassen Flugblätter, Zeitungsartikel usw.).²⁵

4. Ich habe Gen. Weinert damit beauftragt, einen Sammelband der *besten* Werke deutscher antifaschistischer Schriftsteller für das Ausland, vor allem für England und Amerika, zusammenzustellen. Mir scheint, dass es politisch sehr wichtig ist, gerade *jetzt* und gerade *deutsche* Schriftsteller gegen den deutschen Faschismus in der internationalen Arena einzusetzen. Dies ist meiner Meinung nach wichtig, da erstens in Gestalt dieser Schriftsteller die besten Söhne des deutschen Volkes gegen den *deutschen* Faschismus auftreten²⁶ und die wahren Stimmungen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen; zweitens wird das Auftreten *deutscher* antifaschistischer Schriftsteller zur Zeit in gewisser Weise eindämmend auf die um sich greifenden Pogromstimmungen gegen „die Deutschen“ an sich wirken, die im Ausland vorhanden sind. Dabei habe ich ihm [Weinert] vorgeschlagen, den Sammelband nicht ausschließlich und nicht in so starkem Maße aus bereits erschienenen Werken zu kompilieren, sondern aus *speziell* für den *englischen* und *amerikanischen* Leser geschriebenen [Werken]. Gen. Weinert versprach mir, einen solchen Sammelband innerhalb von 2–3 Wochen zu liefern. Wenn Sie es gutheißen, werden wir diese Idee verwirklichen.²⁷ [...]

In jeweils einem Exemplar schicke ich Ihnen die Flugblätter, die seit dem 15. Dezember erschienen sind.²⁸

Mit Genossengruß,
[Sign.] (K. Kasradze)

²⁵ Ein von Willi Bredel und Erich Weinert verfasstes Flugblatt ist abgedruckt in: Walter A. Schmidt: *Damit Deutschland lebe: Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933–1945*, Berlin, Kongress-Verlag, 1959, S. 783–784.

²⁶ Im russischen Original wird das deutsche Volk mit dem förmlicheren, den Staat bzw. das Land markierenden Adjektiv „*germanskij*“ bezeichnet, während der deutsche Faschismus mit dem die Ethnie und die Sprache bezeichnenden und umgangssprachlicheren „*nemeckij*“ titulierte wird: „*vystupajut lučšie syny germanskogo naroda protiv nemeckogo fašizma*“.

²⁷ Dimitrov antwortete am 5.2.1942: „Es erweist sich als zweckmäßig, den Sammelband von Weinert herauszugeben. Er ist erst in den Druck zu geben, nachdem Sie über seinen Inhalt berichtet haben.“ (RGASPI, Moskau, 495/73/183, 53). Die Arbeit gestaltete sich jedoch langwieriger, als von Weinert versprochen. Am 16.2.1942 teilte Kasradze Dimitrov mit: „Gen. Weinert ist bezüglich der Abgabe des Sammelbands mit Erzählungen deutscher antifaschistischer Schriftsteller stark im Verzug. Er zieht es die ganze Zeit hin und wartet aus unerfindlichen Gründen auf die Ankunft von Gen. Becher.“ (RGASPI, Moskau, 495/73/140, 5–7).

²⁸ Die Anlagen sind nicht überliefert.

Am 4. und 16.2.1942 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion weitere Modalitäten zur Auszeichnung der im Hinterland der deutschen Truppen kämpfenden Partisanen mit Orden und Medaillen.²⁹



Dok. 505

Mitteilung Grigorij Sorkins an Dimitrov über die Verhaftung von Herbert Wehner

[Moskau], 6.3.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/183, 112. Erstveröffentlichung.

N° 30.

6. März 1942.

Eing[ang]: N° 284.

Sp. N° 38.

AN DIMITROV.

In Stockholm wurde KURT [d.i. Herbert Wehner] verhaftet. Er ging in die Wohnung zu WILLY [d.i. Josef Wagner], der vorher verhaftet wurde, um die Frau des Letzteren zu sehen, und dort verhaftete ihn die Polizei. Die näheren Umstände werden noch geklärt.³⁰
SORKIN.

²⁹ RGASPI, Moskau, 17/3/1043, 108, 168, 169.

³⁰ Am 19.10.1941 wurden die von Wehner beauftragten Instrukteure Josef Wagner und Werner Sager an Bord eines aus Deutschland kommenden Schiffes von der schwedischen Polizei verhaftet. Am 17.2.1942 wurde Wehner in der Wohnung Frieda Wagners, mit der er ein Liebesverhältnis hatte, verhaftet. Im April wurde er wegen „Gefährdung der schwedischen Freiheit und Neutralität“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Über die Umstände der Verurteilung wurde Dimitrov vom Leiter der Auslandsabteilung des NKVD informiert. Er notierte in seinem Tagebuch: „1.6.42. [...] Fitin informierte über Kurt [d.i. Herbert Wehner] (einen Funktionär der KP Deutschlands in Schweden). Vor den Untersuchungsbehörden hat er sehr detaillierte Aussagen über seine Tätigkeit gemacht. Hat seine Verbindungen nach Deutschland aufgedeckt usw. Vor Gericht hat er diese Aussagen bestätigt. Als Branting (sein Anwalt) ihn fragte, warum er diese Aussagen gemacht habe, habe Kurt geantwortet, auf der Polizei habe man ihm erklärt, es sei alles bekannt, und deswegen habe er es für sinnlos gehalten, etwas zu verbergen. Er habe um jeden Preis beweisen wollen, daß er kein Agent der Gestapo sei, und habe deshalb detaillierte Aussagen über seine Tätigkeit gemacht. Was für ein Lump!“ (Dimitroff. Tagebücher, I, S. 527). In der Literatur wird der Verrat Wehners in Frage gestellt: Um nicht für einen Gestapo-Agenten gehalten zu werden (was die Auslieferung nach Deutschland bedeutet hätte), soll er lediglich einige Namen von KP-Funktionären zu Protokoll gegeben haben, die allesamt im Ausland gewesen seien und denen aus der Aussage keine Gefahr erwachsen sei; außerdem habe er zugegeben, für die *Welt* gearbeitet zu haben; über alles Weitere habe er geschwiegen. Allerdings seien in seiner Wohnung Materialien gefunden worden, die von Karl Mewis und Richard Stahlmann nicht rechtzei-



Am 6.3.1942 traf das Politbüro eine Entscheidung zum „internationalen kommunistischen Frauentag“, dem 8. März. Außerdem wurde über weitere Ordensverleihungen an Partisanen entschieden.³¹

Dok. 506

Beschluss der Komintern über die Kampagne zum 1 Mai 1942

[Moskau], 18.4.1942

Typskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1337, 3–8. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 208–212.

*Einige Richtlinien zum 1. Mai 1942*³²

Die Durchführung des 1. Mai soll von folgenden Haupt Gesichtspunkten ausgehen:

Das Jahr 1942 muss das Jahr der Vernichtung des Hitlerfaschismus werden.³³ Die heroische Rote Armee, die Vorkämpferin für die Freiheit der Völker, hat den Mythos von der Unbesiegbarkeit der faschistischen Armee zerstört. Die faschistische Kriegsmaschine wurde durch schwere Schläge geschwächt und erschüttert.³⁴ Die Stunde des aktiven Handelns für alle freiheitliebenden Völker, für jeden freiheitliebenden und fortschrittlichen Menschen ist gekommen.

Es gilt durch den gemeinsamen Kampf, durch Einsatz aller Kräfte und Mittel die Pläne Hitlers für das Frühjahr und den Sommer 1942 zu vereiteln. Vorwärts zur einheitlichen Offensive der Völker zur Vernichtung des Faschismus. Die beste Verteidigung der eigenen Heimat ist die kraftvolle Offensive gegen Hitler. [...]

tig entfernt werden konnten. Nach Kenntnisnahme von Wehners Erklärung mit Informationen über KPD-Funktionäre – (wie Scholz ausführt, allesamt auch der Gestapo bekannte Spitzenfunktionäre außerhalb ihrer Reichweite) lehnte der für Wehner ursprünglich vorgesehene sozialistische Anwalt Georg Branting die Verteidigung allerdings ab. In Moskau wurde Wehners Verhalten weiterhin als „Verrat“ ausgelegt; am 6.6.1942 wurde er wegen „Parteierrats“ aus der KPD ausgeschlossen (siehe zuletzt: Scholz: Herbert Wehner in Schweden, S. 71–106; vgl. Müller: Akte Wehner, S. 401–406; Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 1002–1003).

31 RGASPI, Moskau, 17/3/1043, 250, 251.

32 „1942“ handschriftliche Eintragung.

33 Die Komintern übernahm die Stalinsche Sichtweise vom Jahr 1942 als dem Jahr des Sieges über den Hitler. Im Befehl vom 1.5.1942 proklamierte Stalin als Volkskommissar für Verteidigung: „Die ganze Rote Armee muss danach streben, dass das Jahr 1942 zum Jahr der endgültigen Zertrümmerung der faschistischen deutschen Truppen und der Befreiung des Sowjetbodens von den Hitlerschurken wird!“ (Befehl des Volkskommissars für Verteidigung Nr. 150. In: J. Stalin: Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion, Berlin-Ost, Dietz, 1951, S. 53–64, hier S. 63–64).

34 Im November 1941 kam die deutsche Heeresgruppe Mitte (Generalfeldmarschall Fedor von Bock) kurz vor Moskau zum Stillstand, im Dezember konnte sie den Angriff von sowjetischen Truppen unter General Georgij Žukov abwehren. Die „Schlacht um Moskau“ war verloren, Hitler liess nun eine defensivere Strategie umsetzen, um die Offensive auf den Süden zu konzentrieren.

Die Arbeiterklasse muss in den kommenden entscheidenden Kämpfen einheitlich zum aktiven Handeln übergehen. Sie soll als treibende Kraft in der antihitlerischen Front wirken.

Auf dieser Basis sollen für die einzelnen Länder die entsprechenden Losungen aufgestellt werden unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse in diesen Ländern. Für die fünf Ländergruppen: verbündete Länder, Achsenmächte, Vasallenstaaten, von Hitler okkupierte Länder und nicht kriegführende Länder sollen dabei noch folgende Hauptgesichtspunkte berücksichtigt werden.

1. Verbündete Länder

England. Der heldenhafte Kampf der Sowjetunion und der Roten Armee ist eine entscheidende Hilfe für unser Land. Heute gilt es gemeinsam zu handeln und zu kämpfen. Schulter an Schulter mit der heroischen Roten Armee wollen wir uns schlagen. Mit der ganzen Macht unseres Landes vorwärts zum Kampf gegen den Hitlerfaschismus.³⁵

Führen wir gemeinsam mit der Sowjetunion den tödlichen Schlag gegen Hitler, Jeder Tag des Abwartens erschwert unseren Kampf. Verlorene Zeit ist soviel wie eine verlorene Schlacht. Wenn wir nicht den Krieg verlieren wollen, müssen wir zum aktiven Kampf übergehen. Nicht abwarten und zusehen, sondern zuschlagen, ist das Gebot der Stunde. Wollen wir neue Bombardierungen unserer Städte verhindern, wollen wir die Gefahr des Einfalls Hitlers in unser Land endgültig beseitigen, wollen wir siegen und die Menschheit von der Hitler Tyrannie befreien, so müssen wir jetzt die zweite Front in Europa schaffen.³⁶

Alle Kräfte für den Krieg, alles für den Sieg über Hitler im Jahre 1942. Weg mit allen Hemmnissen und Hindernissen zur Steigerung der Produktion der Kriegsmittel.

³⁵ Appelle zur Unterstützung der Roten Armee fielen nicht nur in kommunistischen Kreisen auf fruchtbaren Boden und ließen den Stalinismus häufig vergessen. So schrieb etwa der Reformpädagoge Alexander S. Neill an den Psychoanalytiker Wilhelm Reich: „Wir sollten uns über den alten Jupp Stalin nicht streiten. Alles ist in Bewegung und in ständiger Veränderung. Ich wollte ja nicht mehr sagen, als daß das britische Publikum etwas Gedrucktes, das Stalin mit den beiden anderen Diktatoren in einen Topf wirft, zur Zeit nicht gut aufnehmen würde. Im Moment ist hier die Begeisterung für Rußland riesengroß.“ (Beverly R. Placzek (Hrsg.): Zeugnisse einer Freundschaft. Der Briefwechsel zwischen Wilhelm Reich und Alexander S. Neill 1936–1957, Köln, Kiepenheuer & Witsch, 1989, S. 104).

³⁶ Bereits am 22.6.1941 erklärte Großbritanniens Premier Winston Churchill sich mit dem Abwehrkampf der Sowjetunion solidarisch und sagte jede Unterstützung seitens Großbritannien zu, worüber am 12.7.1941 ein Bündnis zwischen der UdSSR und Großbritannien geschlossen wurde. Ein analoges Bündnis schloss die Sowjetunion am 2.8.1941 mit den USA. Bereits am 18.7.1941 forderte Stalin von den Westalliierten die Errichtung einer Zweiten Front in Frankreich oder Norwegen. Diese Forderung wurde von der Sowjetunion laufend erhoben, jedoch beschränkten sich die Westalliierten zunächst auf Materiallieferungen (siehe: Horst Boog u.a.: Der Angriff auf die Sowjetunion, Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt, 1987, S. 939ff (Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4); Jochen P. Lauffer, Georgij P. Kynin (Hrsg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, 4 Bde., Berlin, Duncker & Humblot, 2004–2012, Bd. I, S. 589).

Entfaltung der Initiative der Arbeiterschaft zur Verbesserung und Beschleunigung der Produktion. Lasst die Vertreter der Arbeiter, lasst die Betriebskomitees mitwirken bei der Hebung der Produktion, bei der Entfaltung aller noch nicht ausgenützter Reserven.

In der Sowjetunion ist die entscheidende Front gegen Hitler. Die Rote Armee zermürbt und zerschlägt die Armee Hitler-Deutschlands. Mehr Flugzeuge, Tanks, mehr Waffen und Ausrüstungsgegenstände für die heroische Rote Armee. Gebt der Sowjetunion alles, was sie in dem gigantischen Ringen mit Hitler braucht.³⁷

Frauen, stellt Eure Kraft in den Kampf gegen die blutige Hitlerherrschaft, für die Freiheit. Stellt Euch an den Platz der Männer in der Produktion. Organisieren wir die Frauen in den Gewerkschaften. Gebt ihnen gleiche Rechte und sie werden mit Aufopferung die Pflichten des antifaschistischen Kampfes auf sich nehmen.

Für *Amerika* sind ausserdem noch folgende Momente zu berücksichtigen:

Durch Organisierung der Arbeiterschaft und ihre Vereinigung zur Ausnützung aller Kräfte in der Arbeit für die Kriegsproduktion. Stellen wir alle Sonderinteressen zurück, keinen kleinlichen Organisationsstreit mehr.³⁸ Einheitlich und geschlossen stellt sich die Arbeiterschaft völlig in den Dienst des Freiheitskrieges gegen den Faschismus.

Gegen die 5. Kolonne. Legt den Agenten Hitlers und Mussolinis das Handwerk Weg mit den Saboteuren der Kriegswirtschaft, den Saboteuren des offenen aktiven Kampfes gegen den Hitlerfaschismus. Gegen die verderbliche Theorie, Amerika nur in Amerika selbst zu verteidigen. Der beste Schutz unseres Landes ist die Vernichtung des Hauptfeindes, die Vernichtung Hitlers und seiner Clique.

2. Achsenländer

Deutschland. Hitlers Niederlage ist besiegelt. Er konnte nicht siegen, solange seine Armee frisch und stark war, er konnte nicht siegen gegen England, er konnte nicht siegen trotz der Ueberraschung der SU durch seinen Überfall. Er kann heute nicht mehr siegen gegen die starke und grosse Sowjetunion, die vereinigt ist mit England und Amerika, deren Kriegsproduktion ein Vielfaches der Deutschlands ist.

³⁷ Durch ein Abkommen vom 1.10.1941 verpflichteten sich die USA und Großbritannien in der Folge des Lend-Lease Act, von Oktober 1941 bis Juni 1942 monatlich 400 Flugzeuge, 500 Panzer, 5250 andere Gefechtsfahrzeuge, 10.000 Lastwagen, 152 Fliegerabwehrgeschütze, 1256 Panzerabwehrgeschütze sowie umfangreiche Rohstoff- und Nahrungsmittelmengen an die Sowjetunion zu liefern. Zunächst liefen die Lieferungen langsam an, so wurden von Oktober bis Dezember 1941 gerade einmal 750 Flugzeuge, 501 Panzer und 8 Fliegerabwehrkanonen (von minderer Qualität) geliefert. Im Verlauf des Krieges nahmen die Lieferungen umfangreichere Ausmaße an, wobei Transport- und Nahrungsmittel eine größere Rolle spielten als Waffen. So erhielt die UdSSR im Verlauf des Krieges von den Westalliierten 427 284 Lastwagen sowie 4,5 Millionen Tonnen Fleischkonserven (siehe: Boog u.a.: Der Angriff auf die Sowjetunion, S. 491–492).

³⁸ Diese Passage war als Appell an die breitgefächerte US-amerikanische Gewerkschaftsbewegung zu verstehen, da die KP der USA alleine zu unbedeutend war.

Die rasche Niederlage Hitlers ist die Rettung für unser Land und unser Volk. Wer unser Land liebt, wer ein wahrer Patriot ist, der wirkt für die rasche und vollständige Niederlage Hitlers, die uns Friede und Freiheit bringt.

Keine sinnlose, verbrecherische Frühjahrsoffensive mehr.³⁹ Sie kann keinen Sieg, sondern nur noch Millionen Tote und Krüppel für Deutschland bringen. Setzt alles ein, um die blutigen Pläne Hitlers für Frühjahr und Sommer zum scheitern zu bringen.

Sabotiert die Kriegsproduktion mit allen Mitteln. Sabotiert alle Massnahmen der Nazi. Zerstört die Maschinen und ihr rettet zehntausenden Deutschen das Leben. Maschinen können wir im freien Deutschland neu bauen, aber unsere toten Söhne, Brüder und Männer können wir nicht mehr zum Leben erwecken. Die Arbeitererehre verlangt heute nicht gute und rasche, sondern schlechte und langsame Arbeit. Nur so dient ihr eurer Klasse und eurem Volk. Je mehr ihr sabotiert, umso rascher kommt Ihr zu Friedensarbeit.

Frauen, schliesst euch zusammen, lasst eure Söhne und Männer nicht weiter hinhinmorden. Lasst sie nicht an die Front. Verlangt ausreichende Lebensmittelrationen für euch und eure Kinder.

Antifaschisten! Hitlers Kriegsmacht ist durch den Kampf der Roten Armee erschüttert und geschwächt. Für Euch ist der Moment des Handelns gekommen. Tretet aktiv vor die Arbeiterschaft, vor das Volk. Stellt euch an die Spitze der Sabotage und des aktiven Kampfes gegen Hitler! Zeigt den Massen, dass nur die Niederlage und der Sturz Hitlers Deutschland retten kann. [...]

3. Vasallen-Länder

Lasst nicht zu, dass die Söhne unseres Landes wie Vieh auf die Schlachtbank des hitlerischen Raubkrieges getrieben werden. Verhindert mit allen Mitteln ihren Abtransport an die Front. Macht den 1. Mai zum Volkskampftag für die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Landes. Geht in Massen auf die Strasse. Verlangt die Rückkehr unserer Soldaten von der Front. Keinen Mann, keinen Handschlag, keine Erzeugnisse unseres Landes für Hitler und seinen Raubkrieg. Hinaus mit den deutschen Truppen aus unserem Lande.

Die rote Armee versetzt der Hitlerarmee einen schweren Schlag nach dem anderen. Die faschistische Kriegsmaschinerie, die unsere Unabhängigkeit zerstört hat, ist geschwächt und wird von Tag zu Tag noch mehr erschüttert. Das Schicksal unseres Landes liegt in unseren eigenen Händen. Hitler will unser Land mit sich in den Abgrund reissen. Wir müssen los von Hitler, weg von der Achse, die uns nur Tod und Not, Hunger und Untergang bringt. Retten wir unser Land und unser Volk. [...]

³⁹ Die „Frühjahrsoffensive“ Hitlers wurde propagandistisch als gescheitert dargestellt, was nicht uneingeschränkt der Wahrheit entsprach. Siehe hierzu den Kominternbeschluss zur Neuausrichtung der Propaganda infolge des „Scheiterns der Pläne Hitlers für eine ‚Frühlingsoffensive‘ infolge der gewaltigen Schläge der Roten Armee und des wachsenden Widerstandes der Völker der okkupierten Länder“, Dok. 511.

4. *Okkupierte Länder.*

Im Frühjahr und Sommer 1942 werden sich die entscheidenden Kämpfe entfalten. Jetzt entscheidet sich auch unser Schicksal. Auf zum Kampf für unsere nationale Befreiung. Der 1. Mai muss der Auftakt zur Volkserhebung in unserem Lande werden.⁴⁰ Entfacht den heiligen Krieg gegen Hitler und den Faschismus. Das Frühjahr muss unsere Offensive bringen. Folgt dem Beispiel der heroischen Sowjetpartisanen und der Partisanen Jugoslawiens.⁴¹ Sabotiert in den Betrieben, auf den Eisenbahnen, überall – wo es den Okkupanten schadet. Gebt den Okkupanten kein Korn Getreide, kein Erzeugnis eurer Produktion. Entfaltet die Partisanenbewegung gegen die Okkupanten und ihre Lakaien. Kein Sohn unseres Volkes darf mehr passiv sein. Alle Patrioten unserer Heimat müssen Soldaten im Kampfe gegen Hitler sein. Schliesst euch zusammen zum einheitlichen Kampf des ganzen Volkes.

5. *Nicht kriegführende Länder.*

Keinerlei Hilfe für den räuberischen Krieg Hitlers! Kämpft für die Entfernung der kriegstreiberischen faschistischen Agenturen. Hinaus mit den Hitler-Agenten aus unserem Lande. Verteidigt mit aller Kraft die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Volkes, das Leben unserer Söhne und die Zukunft unserer Heimat.

[hdschr.:] 18.4.42 [Sign.:] G. Dim[itrov]

40 Bereits am 30.12.1941 hieß es in einer Notiz für die Komintern-Radioredaktionen, eine wichtige Aufgabe sei es, „mitzuhelfen, die Volksmassen in den okkupierten Ländern auf den entschlossenen bewaffneten Aufstand gegen die Okkupanten vorzubereiten, der gleichzeitig mit dem Gegenangriff der Roten Armee im Frühjahr erfolgen soll.“ (Zit. in: Bayerlein: *Der Verräter, Stalin, bist Du*, S. 454). Am 27.2.1942 warnte das EKKI die Parteien bereits davor, „auf eine Verbesserung der Situation zur Aufnahme von bewaffneten Aktionen zu warten, indem hauptsächlich auf die Siege der Roten Armee gewartet wird.“ (Zit. in: Natal'ja Lebedeva, Michail Narinskij: *Il Komintern e la seconda guerra mondiale*. Prefazione di Silvio Pons. Traduzione di Andrea Romano, Perugia, Guerra Edizioni, 1996, S. 105). Mit Ausnahme von Jugoslawien entsprach die Realität in den okkupierten Ländern in keiner Weise dem eher der Verzweiflung entsprungenen Appell des EKKI.

41 Die vom Generalsekretär der KP Jugoslawiens, Josip Broz Tito, angeführte Jugoslawische Volksbefreiungsarmee leistete trotz ihrer schlechten Ausrüstung und Bewaffnung einen außergewöhnlich erfolgreichen Widerstand gegen die deutschen Besatzer; bis Ende 1941 kontrollierte sie bereits ein Drittel des jugoslawischen Territoriums. Obwohl die jugoslawischen Partisanen, wie im vorliegenden Dokument, gerne von Komintern und Sowjetpresse als Helden proklamiert wurden, vermied es die Stalin-Führung trotz Titos eindringlicher Appelle und eines gewissen Drucks seitens der Komintern, sie logistisch und auch mit Waffen zu unterstützen (siehe: Bayerlein: *Der Verräter, Stalin, bist Du*, S. 437–439).

Dok. 507

Beschluss der Komintern zur weiteren Anti-Hitler-Propaganda der KPD

[Moskau], 1.5.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1337, 82–83. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 217–218.

PROTOKOLL /B/ N° 787

DER SITZUNG DES SEKRETARIATS DES EKKI vom 1. Mai 1942

ANWESEND: Gen. Ackermann, Wieden [d.i. Ernst Fischer], Dimitrov, Manuilski, Pieck, Pauker, Rákosi, Florin, Friedrich [d.i. Bedřich Geminder], Fürnberg.

ANGEHÖRT:

§ 1568. Fragen der Kompartei Deutschlands.

Referent Gen. PIECK.

An der Diskussion nahmen alle Anwesenden teil.

BESCHLOSSEN:

1. Die deutschen Genossen zu beauftragen, auf Basis eines Meinungsaustausches eine Direktive für die weitere Antihitlerpropaganda und -agitation in Deutschland und in der deutschen Armee auszuarbeiten, um die Zersetzungsprozesse im faschistischen Lager zu beschleunigen und die Massen zum aktiven Kampf gegen die Fortsetzung von Hitlers räuberischem Krieg und gegen die von ihm erklärte terroristische Offensive gegen das deutsche Volk zu mobilisieren.

2. Die deutschen Genossen zu verpflichten, ihre Radiopropaganda besser zu organisieren und dabei die auf der Sitzung geäußerten Bemerkungen und Vorschläge zu berücksichtigen.

3. Sofortige Maßnahmen zu ergreifen zur Hilfe an die Partei im Land durch Menschen und Material.⁴²

Generalsekretär des EKKI: [Sign.:] /G. DIMITROV/

⁴² Im Januar 1942 wurde der KPD-Instrukteur Wilhelm Knöchel von Amsterdam nach Berlin entsendet, im August 1942 kam der ehemalige hessische Landtagsabgeordnete Wilhelm Beuttel hinzu. Knöchel hatte zwar keine direkte Funkverbindung zu Moskau, dennoch konnte dank der Vermittlung der Amsterdamer Zentrale des Komintern-Verbindungsdienstes unter Daan Goulooze eine Kommunikation stattfinden. Der Aufbau einer KPD-Landesleitung schlug jedoch fehl, der schwerkranke Knöchel wurde im Januar 1943 verhaftet und im Juli 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet (Herlemann: Auf verlorenem Posten; Sandvoß: Die „andere“ Reichshauptstadt, S. 473ff.; Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 342 ff.; Herbst: Kommunistischer Widerstand).

Dok. 508**Gesuch Walter Ulbrichts an die Kaderabteilung der Komintern zur Befreiung von KPD-Mitgliedern aus sowjetischen Arbeitslagern**

[Moskau], 15.5.1942

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/293/155, 42. Erstveröffentlichung.

15.5.42./Bi

An die Kaderabteilung.

Wir geben Ihnen davon Kenntnis, dass eine Reihe weiterer Genossen in Arbeitslagern eingezogen wurden⁴³ und dort mit sowjetfeindlichen Elementen zusammenleben müssen. Wir schlagen folgendes vor:

1. *Wolf, Heini* [d.i. *Heinrich Dollwetzl*]: Spanienkämpfer, geboren 1912, Mitglied der KPD seit 1932, hat als Elektroschweisser in der Tscheljabinsker Traktorenfabrik gearbeitet und galt dort als guter Arbeiter.⁴⁴ Wir schlagen vor, den Genossen durch die Sowjetorgane nach *Ufa* zu holen und dort zu prüfen, ob seine Teilnahme an der Schule⁴⁵ in Frage kommt.⁴⁶

43 *Arbeitslager*: Von August 1941 an wurden Russlanddeutsche in der Sowjetunion in die sogenannten „Arbeitsarmeen“ (trudarmii) zu Arbeitseinsätzen meist auf den dem NKVD unterstellten Baustellen zwangseingezogen. Für die Zwangsmobilisierten wurde die neue offizielle Kategorie der *trudmobilizovannye nemcy* („arbeitsmobilisierte Deutsche“) eingeführt, die eine „Mischung aus Lagerhäftling, Bauarbeiter und Militärangehöriger“ darstellte (Viktor Krieger). Dabei galt selbst eine Parteimitgliedschaft nicht als Hindernis für eine Zwangsmobilisierung. In einigen Fällen wurden nicht nur Russlanddeutsche, sondern auch deutsche Exilanten in die Arbeitsarmeen eingezogen – eine Maßnahme, gegen die die Komintern- und Exil-KPD-Führung opponierte, während sie die Einziehung der Russlanddeutschen grundsätzlich für richtig befand (Tischler: *Flucht in die Verfolgung*, S. 186–193; zu den russlanddeutschen Zwangsarbeitern siehe: Viktor Krieger: *Personen minderen Rechts. Russlanddeutsche in den Jahren 1941–46*. In: *Heimatbuch der Deutschen aus Russland* (2004), S. 93–107).

44 Heini Wolf (Ps.), d.i. Heinrich Dollwetzl (1912–1966), wurde Ende 1938 nach seiner Rückkehr aus Spanien, wo er Kommandeur einer Panzerkompanie der XI. Internationalen Brigade war, verhaftet und zu zwei Jahren Lager verurteilt. Nach seiner Freilassung arbeitete er als Metallarbeiter in Čeljabinsk und wurde von dort zum Arbeitseinsatz zwangseingezogen (vgl.: Weber/Herbst: *Deutsche Kommunisten*, S. 192).

45 Heini Wolf war von 1942 bis 1943 an der EKKI-Parteischule in Kušnarenkovo (siehe: Buckmiller/Meschkat: *Biographisches Handbuch, Datenbank, Eintrag „Dollwetzl, Heinrich“*); zur Parteischule siehe: Tischler: *Flucht in die Verfolgung*, S. 207–210).

46 Am 10.7.1942 beantwortete das NKVD die von Ulbricht initiierte Anfrage des Dimitrov-Sekretariats. Über Wolf heißt es dort: „Der Politemigrant WOLF Heini lebt nach der Demobilisierung aus der Arbeitskolonne in der Stadt Tscheljabinsk.“ 1944–1946 war Heini Wolf Politinstrukteur in einem Kriegsgefangenenlager, 1946 bis 1948 Lehrer an der Antifa-Schule in Juža, heute im Gebiet Ivanovo (RGASPI, Moskau, 495/73/141, 26).

2. *Kiefel, Josef*: geboren 1909, Mitglied der KPD seit 1929, hat bisher in einem Betrieb in Kasan gearbeitet; ist Sowjetbürger. Wir ersuchen ebenfalls, Kiefel nach *Ufa* zu holen und dort zu prüfen, ob er an der Schule teilnehmen kann. Früher galt er als entwicklungsfähiger Genosse, der eine gute Charakteristik von seinem Betrieb erhielt.⁴⁷

3. *Scheib, Peter*: geboren 1902, Mitglied der KPD seit 1920. Er war Stachanowarbeiter⁴⁸ und gehörte zu den besten Arbeitern des Betriebes. Sobald seine Adresse bekannt ist, ersuchen wir ihn nach *Ufa* zu holen zur Prüfung, ob er an der Schule teilnehmen kann.⁴⁹

Wir nehmen an, dass die Kaderabteilung den Brief des Genossen Dietrich [d.i. Paul Jäkel] an die Kaderabteilung bekommen hat.⁵⁰ Wir schlagen vor, bei folgenden Genossen die Freilassung aus dem Arbeitslager zu befürworten:

1./ *Porombka [richtig: Porombka], Vinzens*: geboren 1910, Spanienkämpfer. Tscheljabinsk. Mitglied der KPD seit 1934.⁵¹

2./ *Charnetzki, Georg*: Geboren 1891, Invalid, Mitglied der KPD seit 1919.⁵²

3./ *Peschky, Willy*: geboren 1902, Mitglied der KPD seit 1928.⁵³

4./ *Lochthofen, Bernhard*: Mitglied der KPD.⁵⁴

Ulbricht.

47 Josef Kiefel (1909–1988) wurde 1944 als Partisan der Gruppe „Andreas Hofer“ in Polen eingesetzt. Im Juli 1946 kehrte er nach Deutschland zurück und machte Karriere im MfS, wo er u.a. Leiter der HA II (Spionageabwehr) und der Abt. 21 (Innere Sicherheit im MfS) wurde (siehe: Helmut Müller-Enbergs, Jan Wielgohs, Dieter Hoffmann, Andreas Herbst: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin, Ch. Links Verlag, 4. Ausgabe, 2006, Bd. I, S. 498).

48 Siehe Dok. 392.

49 Peter Scheib wurde unter der Nr. 93 auf einer am 19.11.1942 angelegten Liste der KPD-Parteiereserve geführt (siehe: RGASPI, Moskau, 495/73/147, 23v).

50 Paul Jäkel (Ps. Dietrich), der sich bereits 1938 für verhaftete KPD-Mitglieder eingesetzt hatte (siehe Dok. 439), schrieb am 22.4.1942 an Togliatti und Vilkov und machte die Komintern auf die Lage der zwangsmobilisierten KPD-Mitglieder aufmerksam. Dabei stellte er die Institution der Arbeitsarmeen und die Zwangsmobilisierung der Russlanddeutschen jedoch nicht in Frage, sondern hob hervor, daß die „Gleichstellung mit sowjetfeindlichen Elementen“ für deutsche Antifaschisten „entehrend und herabwürdigend“ sei (siehe Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 188–189).

51 Über Vinzent Porombka (1910–1975) lautete die Auskunft des NKVD, er sei „zur Verfügung an den Generalstab der Roten Armee überstellt worden“. (RGASPI, Moskau, 495/73/141, 26). Porombka wurde am 22.4.1943 als Funker einer dreiköpfigen Gruppe in Ostpreußen per Fallschirm abgesetzt und konnte sich von der Gestapo unentdeckt bis zum Anrücken der Roten Armee halten (siehe: Müller-Enbergs u.a.: Wer war wer in der DDR?, II, S. 788).

52 Über Georg Charnetzki ließen sich keine weiteren Angaben eruieren.

53 Wilhelm Peschky (1902–1943) war einer der Hauptangeklagten beim „Bülowplatz-Prozess“ (siehe Dok. 275). Bei ihm haben Ulbrichts Bemühungen offenbar nicht gefruchtet, denn er starb im Mai 1943 gemeinsam mit seinem Sohn bei einem Grubenunglück in der Sowjetunion (Buckmiller/Meschkat: Biographisches Handbuch, Datenbank; Otto: Erich Mielke: S. 49, 246, dort ist der Unfall auf 1945 datiert).

54 Bernhard Lochthofen (geb. 1902 geb. in Gelsenkirchen), KPD-Mitglied seit 1930, Vetter des Journalisten und späteren ZK-Mitglieds der SED Lorenz Lochthofen. Ging 1931 in die Sowjetunion, nahm



Am 15. und 18.5.1942 befasste sich das sowjetische Politbüro erneut mit der Verleihung von Orden an die im deutschen Hinterland kämpfenden Partisanen.⁵⁵

Dok. 509

Internes Bulletin des EKKI zur Information über die Lage der KPD in Deutschland

[Moskau], 24.5.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/127, 30–31. Erstveröffentlichung.

INTERNE MITTEILUNG N° 7⁵⁶

1/ In Holland wurden Informationsmaterialien aus Deutschland erhalten⁵⁷ sowie drei verschiedene Zeitungen: *Ruhr-Echo* und *Freiheit* (Parteiorgane), *Friedenskämpfer* (Organ der Volksfront);⁵⁸ von jeder Zeitung [sind] mehrere Nummern [vorhanden]. Die Hauptlinie in den Materialien: Einheit des Volkes gegen den Krieg, für den Sturz Hitlers. Der Frieden ist ein zentrales Problem. In drei Aprilnummern wird außerdem die Frage der Vorbereitung eines Gaskrieges behandelt. Dazu die Losungen: Widersetzt Euch Hitlers Frühlingsoffensive, damit dem deutschen Volk der Gaskrieg erspart bleibt. Fordert vom Reichsluftschutzbund⁵⁹ die in seinen Zeitungen benannten Hilfs-

1936 die sowjetische Staatsbürgerschaft an. Am 11.3.1928 verhaftet, am 14.12.1929 wieder freigelassen. Nach dem deutschen Angriff in die Arbeitsarmee eingezogen. Sein weiteres Schicksal, wie auch der mögliche Erfolg der Bemühungen Ulbrichts um seine Freilassung, sind unbekannt (Mensing: Von der Ruhr in den Gulag, S. 273).

⁵⁵ RGASPI, Moskau, 17/3/1044, 28, 31.

⁵⁶ Ab März 1942 ließ Dimitrov an ausgewählte Vertreter der kommunistischen Parteien beim EKKI ein internes Bulletin mit Berichten und Instruktionen versenden. Die „Vertrauen erweckenden Informationen, die zur persönlichen Orientierung und für Spezialsendungen genutzt werden können,“ thematisierten Widerstand, Sabotage, Partisanenkampf, die innere Lage der einzelnen Länder sowie die Maßnahmen der Machthaber bzw. der deutschen Besatzer. Bis zum 24.6.1943 erschienen 68 Nummern des Bulletins (RGASPI, Moskau, 495/73/127, 17).

⁵⁷ In Amsterdam arbeitete der Verbindungspunkt der Komintern unter der Leitung von Daan Goolooze (siehe Dok. 507).

⁵⁸ Unter der Leitung von Wilhelm Knöchel konnte mit Hilfe klandestiner Abzugseräte in Düsseldorf und Wuppertal zum ersten Mal seit 1935 eine nennenswerte Anzahl kommunistischer Flugschriften herausgebracht werden, darunter der als überparteilich deklarierte *Friedenskämpfer* (1942–1943) sowie die traditionellen KPD-Organen *Ruhr-Echo* (Essen, 1919–1933, 1942–1943) und *Freiheit* (Düsseldorf, 1918–1933, 1942). *Friedenskämpfer* und *Ruhr-Echo* erschienen annähernd monatlich in einer Auflage von etwas mehr als 100 Exemplaren. Diese Aktivitäten endeten im Januar/Februar 1943 mit der Verhaftung Wilhelm Knöchels und seiner Mitarbeiter Willi Seng, Alfred Kowalke, Wilhelm Beuttel u.a. (siehe: Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 347, 442–443; zum *Friedenskämpfer* *ibid.*, S. 348–361).

⁵⁹ Der Reichsluftschutzbund (RLB) wurde am 29.4.1933 von Hermann Göring gegründet und unterstand dem Reichsluftfahrtministerium. Er koordinierte ein engmaschiges Netz von Luftschutzwarten,

und Schutzmittel, wie etwa Anzüge, Leder- und Gummihandschuhe, Mittel zur Entfernung von Giftstoffen von der Haut – Fettvaseline und Milch, verlangt nach Militärmasken, da die für die Bevölkerung vorgesehenen Gasmasken untauglich sind.

Im Ruhrgebiet arbeitet die Partei gut. In den Bergwerken gibt es eine Leitung. Es zeichnen sich Resultate bei der Bildung von Komitees ab. Die Parteioorganisation vom Niederrhein verzeichnet ebenfalls Erfolge. In den großen metallverarbeitenden Betrieben gibt es eine funktionierende Leitung. Teilweise gibt es noch sektiererische Einstellungen. Bisher ist die Verbindung nur mit Mittelrhein und Frankfurt wiederhergestellt.⁶⁰

Berlin hat eine gute Verbindung zu den großen Betrieben wiederhergestellt und versorgt sie mit der Zeitung *Friedenskämpfer*.

2/ Letzte Woche ereignete sich in München in einem Kino, während einer Film-Revue von der Ostfront, eine spontane Kundgebung von Frauen, die riefen: „Bringt unsere Männer zurück; sie sollen nicht im Osten sterben; bringt sie nach Hause!“. Die Polizei und die SS versuchten, Verhaftungen unter diesen Frauen vorzunehmen, doch die im Kino anwesenden Frontsoldaten verhinderten dies. Daraufhin ließ die Polizei das Kino räumen. Auf der Straße kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der SS und der Polizei auf der einen und der Bevölkerung auf der anderen Seite. Die SS-Leute und die Polizei schossen in die Menge. Es gibt Tote und viele Verletzte. Eine Reihe Münchener Bürger wurde verhaftet.⁶¹

3/ In der Stadt Šumen (Bulgarien) wurde Anfang Mai eine antideutsche Verschwörung unter bulgarischen Militärs aufgedeckt. Viele Offiziere und Soldaten wurden verhaftet. Die Verhaftungen dauern an.⁶²

24.5.42.

G. DIMITROV.⁶³

die sowohl dem Schutz der Bevölkerung bei Luftangriffen wie auch der politischen Kontrolle der Bevölkerung dienen.

60 Zur Arbeit der illegalen KPD im Ruhrgebiet und im Rheinland siehe: Peukert: Die KPD im Widerstand.

61 Zu den geschilderten Ereignissen liessen sich in der Literatur keine Nachweise eruieren, ein Zusammenhang mit der Gruppe der Widerstandsgruppe „Die Weiße Rose“ um Sophie Scholl in München ist eher unwahrscheinlich.

62 Nachdem Bulgarien nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zunächst eine neutrale Position zu wahren versuchte, trat es Ende 1941 auf die Seite der Achsenmächte, ohne jedoch der Sowjetunion den Krieg zu erklären und Truppen an die Ostfront zu schicken. Dabei spielten traditionell prorussische Stimmungen in der bulgarischen Gesellschaft und vor allem in Teilen des Militärs eine Rolle. Bei der hier erwähnten Verschwörung handelt es sich wohl um eine prosovjjetische Konspiration hoher Militärs, die im März 1942 von der bulgarischen Polizei aufgedeckt wurde. Die Verschwörer, angeführt von Reservegeneral Vladimir Zaimov, sollen Kontakte zu bulgarischen Kommunisten und der sowjetischen Botschaft geknüpft haben (siehe Hans-Joachim Hoppe: Bulgarien – Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik, Stuttgart, DVA, 1979, S. 137).

63 Am oberen linken Rand der ersten Seite handschriftliche Notiz Dimitrovs: „Entsprechend der Liste vorzulegen. 24.5.42. GD“. Darunter befinden sich die Signaturen von Dmitrij Manuilski, Wil-

Dok. 510

Beschluss der Komintern zur Situation in Deutschland aus Anlass der Bombardierungen deutscher Städte und zum tschechischen Widerstand

[Moskau], 5.6.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1337, 88–90. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 222–224.

PROTOKOLL /B/ N° 790

DER SITZUNG DES SEKRETARIATS DES EKKI vom 5. Juni 1942

ANWESEND: Gen. Dimitrov, Manuilski, Pieck, Florin, Ulbricht, Šverma, Friedrich [d.i. Bedřich Geminder], Ackermann, Fürnberg, Wieden [d.i. Ernst Fischer].

ANGEHÖRT:

§ 1571. Über die Lage in Deutschland (im Zusammenhang mit den Luftangriffen auf das Rheinland und das Ruhrgebiet)⁶⁴ und in der Tschechoslowakei (im Zusammenhang mit dem Attentat auf Heydrich und den Massenhinrichtungen tschechoslowakischer Patrioten).⁶⁵

helm Florin, Friedrich, d.i. Bedřich Geminder, Vlasov, d.i. Veljko Vlahović (?), Mátyás Rákosi, Vylko Červenkov, Belov, d.i. Georgij Damjanov, Naum Slucker, Ana Pauker, Friedl Fürnberg, zwei unlesbare Unterschriften sowie Jakov Mirov. Außer den aufgezählten Personen gehörten Boris Ponomarev, Vasil Kolarov, Ivan Morozov, Augustyn Michał, Pantelejmon Guljaev, André Marty, Ernő Gerő, Anton Ackermann, Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck zu den Empfängern der „Internen Mitteilungen“ (RGASPI, Moskau, 495/73/127, 1).

64 Die im März 1942 begonnenen Flächenangriffe der alliierten Luftverbände auf Deutschland zielten vor allem auf Industriestädte im Rheinland und im Ruhrgebiet. An erster Stelle waren Städte wie Essen, Köln, Duisburg und Düsseldorf betroffen. Die britischen Befehlshaber erhofften sich durch die Bombardements die Lahmlegung der Industrie sowie eine Demoralisierung der Bevölkerung. Der vom britischen General Harris explizit gegen die Zivilbevölkerung, besonders auch die deutschen Arbeiter konzipierte alliierte Bombenkrieg mit mehr als 300000 Toten ist erst nach Erscheinen des Buches „Der Brand“ 2002 zum stark diskutierten Forschungsthema geworden. Vor allem die Fortsetzung der Bombardierungen gegen die Zivilbevölkerung auch dann, als der Krieg längst entschieden war, wird zunehmend als Verstoß gegen das Kriegsvölkerrecht gesehen (siehe: Richard Overy: Der Bombenkrieg, Europa 1939–1945, Berlin, Rowohlt, 2014; Ralf Blank: Battle of the Ruhr, <http://www.historisches-centrum.de/index.php?id=332>; zur Diskussion siehe: Wolfgag Sofsky: Bombenkrieg: Die Dinge beim Namen nennen. In: *GEO Magazin*, Nr. 02/2003, S. 1–4; Jörg Friedrich: Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945, München, Propyläen, 2002).

65 Auf den stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren und Chef des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard Heydrich, wurde am 27.5.1942 von Widerstandskämpfern der Londoner tschechoslowakischen Exilregierung ein längerfristig vorbereiteter Anschlag verübt, an dessen Folgen Heydrich starb. Die Deutschen antworteten mit umfangreichen Vergeltungsaktionen, u.a. wurden die Dörfer Lidice und Ležáky zerstört, wobei die männliche Bevölkerung ermordet wurde. In der offi-

BERICHTERSTATTER: Gen. Ackermann und Šverma.

INTERVENIERT: Gen. Dimitrov, Pieck, Ulbricht, Florin, Friedrich [d.i. Bedřich Gemin-der], Fürnberg, Manuilski.

BESCHLOSSEN:

1. Ausgehend von der Tatsache, dass die englischen Massenbombardements Deutschlands die Verlegung des Krieges auf deutsches Territorium mit [der sich daraus ergebenden] Verschärfung der inneren Schwierigkeiten für Hitler, einem ungewöhnlichen Anwachsen der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Krieg, einer Panikstimmung der Massen usw. bedeuten, ist der deutschen Radioredaktion zu empfehlen, folgendes in das Zentrum ihrer Propaganda zu rücken: a) sofortige Beendung des Krieges; b) Desertion der Arbeiter aus den Kriegsbetrieben; c) Wegzug der Bevölkerung aus den bedrohten Regionen; d) Schaffung eigener Schutz- und Hilfsorgane für die Bevölkerung; e) Schaffung eines bewaffneten Selbstschutzes gegen die Gestapo; f) Organisierung von Partisanentätigkeit gegen die Hitlerbanden sowie Entfesselung eines massenhaften bewaffneten Kampfes.⁶⁶

Dem ZK der KP Deutschlands zu empfehlen, sich in diesem Sinne mit einem Aufruf an das deutsche Volk zu wenden⁶⁷ und zugleich auch die Propaganda unter den deutschen Truppen für die sofortige Beendung des Krieges und den Abzug aus den okkupierten Territorien zu verstärken, wobei die Panikstimmungen der Bevölkerung in Deutschland selbst dazu genutzt werden sollen.

2. Angesichts des Scheiterns von Hitlers Plan, das Protektorat mittels einer tschechischen Marionettenregierung⁶⁸ ungehindert für seinen räuberischen Krieg zu benut-

ziellen Sicht der Geschichtsschreibung der KP der Tschechoslowakei wurde das Attentat auf Heydrich als eine „isolierte Aktion“ kritisiert, „ohne Zusammenarbeit mit der Widerstandsbewegung des Volkes“ (Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Berlin (-Ost), Dietz, 1981, S. 176).

66 Die reale Situation in Deutschland wurde von der Moskauer KPD-Führung nicht zuletzt aufgrund ihrer Abhängigkeit bürokratisch und propagandistisch überzeichnet. An „massenhafte bewaffnete Kämpfe“ in Deutschland war zu diesem Zeitpunkt nicht zu denken, die utopischen Forderungen Moskaus trafen auf Unverständnis. Als Wilhelm Knöchel von der Moskauer KPD-Führung im Herbst 1942 zum wiederholten Mal die Aufforderung erhielt, Arbeiter- und Soldatenkomitees zu bilden, schrieb er an seine Verlobte und Helferin Cilli Hansmann: „Sitzen die in Moskau auf dem Mond?“ (Peukert: Die KPD im Widerstand, S. 345).

67 Am 12. Juni wurde über den Moskauer Sender ein Aufruf der KPD (unterzeichnet von Pieck, Ulbricht, Florin, Hoernle, Sobottka, Arendsee) mit einem entsprechendem Text verbreitet (siehe: Pikarski/Warning: Gestapo-Berichte, Bd. 2, S. 241–244). Als Dokument veröffentlicht in: Margot Pikarski; Günter Uebel (Hrsg.): Der antifaschistische Widerstandskampf der KPD im Spiegel des Flugblattes 1933–1945, Berlin (-Ost), Dietz, 1978, vgl. Dok. 163.

68 Der 3. Staatspräsident der Tschechoslowakischen Republik, Emil Hácha, blieb während der deutschen Okkupation Tschechiens nominell Staatspräsident des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren. Für einen Überblick über die deutsche Besatzungspolitik siehe Detlef Brandes: Nationalsozialistische Tschechenpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren. In: Detlef Brandes, Václav Kural (Hrsg.): Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947, Essen, Klartext, 1994, S. 39–56.

zen, infolge dessen die Hitlerleute zum Vernichtungskrieg gegen das tschechische Volk übergehen, ist der tschechischen Radioredaktion zu empfehlen, eine äußerst aktive Kampagne zu entfachen unter der Losung: die Antwort auf den Vernichtungskrieg Hitlers gegen das tschechische Volk ist die unverzügliche Organisation und Entfesselung eines Volksbefreiungs- [und] Partisanenkrieges gegen die Hitlerokkupanten; die Organisation eines solchen ist zum Hauptanliegen der gesamten Radiopropagandapolitik der KP der Tschechoslowakei zu machen, und dabei sind die nach wie vor unter den tschechischen Genossen existierenden Schwankungen und Unsicherheiten in dieser Frage zu liquidieren.⁶⁹

3. Die nationalen Radioredaktionen zu verpflichten, in ihrer Radiopropaganda diese Positionen in Bezug auf Deutschland und die Tschechoslowakei zu berücksichtigen.

Generalsekretär des EKKI

[Sign.:] G. DIMITROV⁷⁰

69 *Volksbefreiungskrieg*: Die illegale KPTsch hatte sich nach 1938 zunächst für eine nationale Einheitsfront gegen die deutschen Besatzer ausgesprochen, wurde dann jedoch 1939 von der Exilführung auf die Pakt-Politik der Komintern ausgerichtet, was zu großen Widerständen innerhalb der Partei führte. Anfang 1941 wurde die illegale Parteiführung im Land durch die Gestapo zerschlagen, danach brach die Verbindung zwischen der Komintern und der KPTsch ab. Die Mitte 1942 von Josef Molák aufgebaute neue illegale Parteiführung hatte keinen Kontakt mit Moskau, sondern bemühte sich lediglich, ihre Kontakte zu den illegalen Gruppen im Lande zu knüpfen, die einer massiven Verfolgung seitens der deutschen Besatzer ausgesetzt waren. Erst 1943 konnte die Moskauer Exilführung vier KPTsch-Mitglieder als Fallschirmagenten ins Land absetzen, die Kontakt zur Parteileitung im Land aufnahmen, wobei zwei von ihnen verhaftet wurden und mit der Gestapo kollaborierten. Im Umfeld der regionalen KPTsch-Gruppen waren jedoch auch ohne das Zutun der Exilführung Widerstandsgruppen entstanden, die die Linie der „nationalen Einheitsfront“ vertraten und sich in die allgemeine Widerstandsbewegung einbrachten (siehe: Detlef Brandes: *Die Tschechen unter deutschem Protektorat*, Bd. 1, München-Wien, Oldenbourg, 1969, S. 74–78; Bd. 2, 1975, S. 76–86; Jacques Rupnik: *Histoire du Parti communiste tchécoslovaque. Des origines à la prise du pouvoir*, Paris, Presse de la Fondation nationale des sciences politiques, 1981, S. 142–165).

70 Auf dem Dokument Paraphen von Sucharev, Morozov, Červenkov, Sorkin, Manuilski, Pieck, Florin, Ulbricht, Ackermann, Fürnberg, Ponomarev, Pauker, Šverma, Gerő, Gromov, Kolarov, Belov, Mirov, Guljaev, Rákosi, Wieden, d.i. Ernst Fischer und Friedrich, d.i. Bedřich Geminder.

Dok. 511**Beschluss der Komintern zur Neuausrichtung der Propaganda nach dem Scheitern der deutschen Frühjahrsoffensive**

[Ufa], 7.6.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1337, 92–94. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 224–226.

*PROTOKOLL /B/ N° 791**DER SITZUNG DER SEKRETÄRE DES EKKI**UND DER POLITISCHEN MITARBEITER IN UFA**vom 7. Juni 1942*

ANWESEND: Gen. Gottwald, Dimitrov, Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Marty, Antipov, Appelt, Anton [d.i. Francisco Antón Sanz], Hexmann, Kopecky, Koplenig, Magnus [d.i. Richard Gyptner], Natanson [auch: Józef Kowalski], Permjakov, Svoboda, Stepanov [d.i. Stojan Minev], Tobosso [d.i. Irene Falcón], Helkonen.

ANGEHÖRT:

§ 1572. Über neue politische Aspekte und Aufgaben unserer polit[ischen] Arbeit und Radiopropaganda.

REFERENT: Gen. Dimitrov.⁷¹

DISKUSSION: Gen. Gottwald, Marty, Anton [d.i. Francisco Antón Sanz], Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Stepanov [d.i. Stojan Minev], Koplenig.

BESCHLOSSEN:

1. Angesichts a) des Scheiterns der Pläne Hitlers für eine „Frühlingsoffensive“ infolge der gewaltigen Schläge der Roten Armee und des wachsenden Widerstandes der Völker der okkupierten Länder;⁷² b) der Übertragung des Krieges unmittelbar auf deutsches Territorium infolge der Massenbombardements durch die Engländer; c)

⁷¹ In seinem Referat forderte Dimitrov eine kommunistische Aktionsoffensive in Deutschland wie auch in den okkupierten Ländern. Siehe: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 226–230.

⁷² Die alljährliche Schlammzeit führte im Frühjahr 1942 zu einer relativen Ruhe an der Front. Allerdings war die deutsche „Frühlingsoffensive“ in Richtung Kaukasus („Fall Blau“) noch keineswegs gescheitert. Vom 15. bis 21.5.1942 eroberte die Wehrmacht die Halbinsel Kertsch, womit die Krim mit Ausnahme Sevastopols in ihrer Hand war. Bei der Eroberung von Kertsch machte die deutsche Armee über 150.000 Gefangene und erbeutete zahlreiches Kriegsgerät. Die Komintern sah jedoch ein Scheitern. So behauptete Dimitrov in seinem Referat, die Operation auf der Halbinsel Kertsch habe Hitlers Angriffspläne für den Frühling endgültig durcheinandergebracht (Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 226).

des Bankrotts der Marionettenregierungen der „Zusammenarbeit“ mit Hitlerdeutschland infolge des Widerstandes ihrer Völker; d) des Anwachsens des Widerstands gegen Hitler unter seinen Vasallen und der gegenseitigen Bekämpfung der Vasallen untereinander;⁷³ e) des Übergangs zum immer aktiver werdenden Widerstand und des Beginns der Offensive gegen die Okkupanten in einer Reihe von Ländern; f) des Übergangs der Hitlerbanden zum Vernichtungskrieg gegen die Völker der okkupierten Länder, vor allem gegen die Tschechen; g) der aus all dem resultierenden Verschärfung der inneren Schwierigkeiten für Hitler in Deutschland selbst – ist es also notwendig zu erachten, unsere Radiopropaganda und unsere Losungen in folgender Richtung zu aktivieren: a) Übergang vom Widerstand zur aktiven Offensive auf ganzer Linie gegen die Hitlerleute. b) Für Deutschland: Die Hauptlosung ist die unverzügliche Beendigung des Krieges, [sowie] Losungen für unmittelbare aktive Handlungen (Schaffung eines bewaffneten Selbstschutzes, von Partisanenverbänden u.ä.).⁷⁴ c) Für die okkupierten Länder (vor allem die Tschechoslowakei) ist das zentrale Problem die Organisierung des Partisanenkrieges gegen die Okkupanten. d) Für die Länder der Hitlervasallen – unverzüglicher Bruch mit Deutschland, Einstellung der Kampfhandlungen, Rückkehr der eigenen Truppen von der sowjetisch-deutschen Front, Separatfrieden mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten.

2. Die tschechische, italienische, französische, spanische, polnische und andere Radioredaktionen zu beauftragen, auf dieser Grundlage einen Plan sowie konkrete Losungen für die weiteren Radiosendungen zu entwickeln, [und dabei] die sich vollziehenden Veränderungen in der Lage ihrer Länder und der Verschiebungen im Anti-Hitlerkampf der Massen zu beobachten, zu berücksichtigen und zeitnah auf diese zu reagieren.

3. Den [in] Ufa [stationierten] Teil der Mitarbeiter zu verpflichten, einen engeren politischen Kontakt mit dem Sekretariat des EKKI in Moskau zu halten und ihre eigene Arbeit als untrennbaren Teil der gemeinsamen Arbeit des EKKI zu betrachten, die von Moskau aus geleitet wird.⁷⁵

Der Generalsekretär des EKKI [Sign.] /G. DIMITROV/

⁷³ In seinem Vortrag benannte Dimitrov als Beispiele von Dissenz unter den Vassalenstaaten, neben Anti-Hitler-Stimmungen in italienischen und ungarischen Regierungskreisen, Spannungen zwischen Rumänien und Ungarn, einen abzusehenden Bruch Finnlands mit Deutschland sowie das Wirken einer Opposition in der bulgarischen Armee (siehe: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 228).

⁷⁴ Vgl. entsprechende Formulierungen und Umsetzungen der KPD (siehe: Dok. 510).

⁷⁵ Bereits im Januar 1942 wurde der Komintern-Apparat partiell (darunter Teile der Presse- und Telegrafenagentur) nach Moskau zurückverlegt (Dimitroff: Tagebücher, I, S. 473–474). Mitte März 1942 kehrte bereits ein großer Teil der Führungskader (ca. 60 Personen, darunter auch Dimitrov und Manuilski) nach Moskau zurück (Ibid., S. 493f.), so dass die Aktivitäten der Komintern faktisch wieder von Moskau aus geleitet wurden. Am 2.6.1942 erhielt Dimitrov von Stalin die Erlaubnis, für einige Tage nach Ufa zurückzukehren, u.a. um die hier wiedergegebene Sitzung abzuhalten (ibid., S. 528ff.).

Dok. 512

Brief Manuilskis an Stalin zur nichtöffentlichen Würdigung des 60. Geburtstags Dimitrovs

[Moskau], 11.6.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 558/11/763, 73. Erstveröffentlichung.

An Genossen STALIN.–

Lieber Genosse Stalin,

Am achtzehnten Juni wird Gen. Dimitrov sechzig Jahre alt. Da ich mir der Tatsache bewusst bin, dass es unter den Bedingungen des Krieges nicht zweckdienlich wäre, dieses Jubiläum in der Presse zu begehen,⁷⁶ bitte ich Sie darum, den leitenden Mitarbeitern des Exekutivkomitees der Komintern zu erlauben, sich mit einem internen kameradschaftlichen Grußbrief an Gen. Dimitrov zu wenden, der weder in unserer, noch in der ausländischen Presse veröffentlicht wird.

[Sign.] /D. Manuilski/⁷⁷

An Gen. Manuilski

Da gibt es doch nichts zu bitten, – es versteht sich von selbst, dass man sich mit einem Brief an Gen. Dimitrov wenden muss.⁷⁸

I. Stalin

76 Die hier zum Ausdruck kommende Zurückhaltung in der Propagierung von Komintern-Angelegenheiten markiert den Vorlauf zur Auflösung der Komintern ein knappes Jahr später.

77 Der folgende Text ist die handschriftlich auf das Dokument geschriebene Antwort Stalins.

78 Eine Grußbotschaft leitender EKKI-Kader konnte bislang nicht eruiert werden. Dimitrov vermerkte am 18.6.1942 in seinem Tagebuch: „Gut, daß es keine offiziellen Feierlichkeiten gab. Dafür sehr viele nichtoffizielle Grüße und Glückwünsche (Parteikomitee des EKKI, KJI, sowjetischer Komsomol, Moskauer Parteikomitee, Redaktion der „Komsomolskaja Prawda“, deutsche, italienische, tschechische, spanische, ungarische, rumänische, jugoslawische, bulgarische, französische, österreichische u.a. Parteien, die Gruppe der Aktivisten, die für den Auslandseinsatz vorbereitet wird, das Kollektiv der EKKI-Mitarbeiter, das Parteikomitee, die deutschen Schriftsteller, Schwernik, Jaroslawski und Manuilski mit Familie, die Gruppe der Leibwache u.a.).“ (Dimitroff: Tagebücher, I, S. 539).

Dok. 513

Brief Wilhelm Piecks an Dimitrov über Beanstandungen an den deutschen Sendungen des INO-Radios

[Moskau], 15.6.1942

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/74/155, 95. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 231–232.

Lieber Genosse Dimitroff!

In meiner für gestern Abend vorhergesehenen Ansprache im Ino-Radio über den Bündnisvertrag⁷⁹ wurde folgende Formulierung beanstandet:⁸⁰

„Schafft Euch eine nationale deutsche Friedensregierung, die endgültig Schluss macht mit allen Aggressionsplänen der deutschen Imperialisten und mit der Unterjochung anderer Völker, die sofort alle Kriegshandlungen einstellt und die deutschen Truppen aus allen fremden Ländern zurückzieht, die den gewaltigen Kriegsapparat abbaut und dem deutschen Volke wieder die Möglichkeit friedlicher Aufbauarbeit verschafft. Nur eine solche Regierung wird einen für das deutsche Volk ehrenhaften Frieden schliessen können“.

Die Beanstandung bezieht sich lediglich auf die Formel „Schafft Euch eine nationale deutsche Friedensregierung“, weil diese Formulierung noch nicht in dem Register der bestätigten Formulierungen enthalten ist.⁸¹ Damit haben die Genossen zwei-

79 Bündnisvertrag: Am 26.5.1942 unterzeichneten die Sowjetunion und Großbritannien einen Vertrag über militärische Zusammenarbeit gegen Hitlerdeutschland sowie über gegenseitige Hilfe nach Kriegsende. Beide Seiten verpflichteten sich, keine gegen das Interesse des Partners gerichtete Separatverträge zu unterzeichnen. Dem vorausgegangen war ein Besuch Molotovs in London sowie ein Telegrammaustausch zwischen George VI. und Michail Kalinin (zum Text des Abkommens und zur Molotovs-Stalin-Korrespondenz zu den Verhandlungen siehe: Laufer/Kynin: Die UdSSR, S. 46ff; Detlef Brandes: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran, München, Oldenbourg, 1988, S. 301ff.).

80 Nicht zum ersten Mal wurden Beschwerden deutscher Kommunisten gegen das Vorgehen der sowjetischen Zensur laut, da letztere u.a. alle Anspielungen auf die Verwirklichung des Sozialismus in der Auslandsberichterstattung zu vermeiden suchte. So schrieb Walter Ulbricht am 17.7.1941 an Palmiro Togliatti: „In der Rede des Genossen Hoernle wurde [...] gestrichen: ‚Ihre Sowjets wählen sie [die sowjetischen Bauern] selbst in geheimer, gleicher und direkter Stimmabgabe.‘ Diese Streichung bedeutet, daß wir nicht einmal mehr Propaganda machen dürfen für die Demokratie.“ (SAPMO-BArch, Berlin, I 6/3/287, 20).

81 Bestätigte Formulierungen: Eine rigorose Vorzensur von Radiobeiträgen wurde in der Sowjetunion bereits 1925 eingeführt, erwies sich jedoch zunächst aufgrund des Echtzeit-Charakters des Mediums als im Vergleich zur Zensur von Druckmedien wenig effektiv. Die Zensurmaßnahmen wurden im Verlauf der 1930er Jahre massiv verschärft, Live-Sendungen wurden mit Beginn der 1940er Jahre faktisch abgeschafft (Gorjaeva: Političeskaja cenzura, S. 246–283).

fellos recht und es ist deshalb notwendig, dass Du mit dem Genossen Scherbakow über die Aufnahme einer solchen Formulierung in das Register sprichst.

Die Formulierung ergibt sich ganz naturgemäss aus dem Artikel 2 des Bündnisvertrages, wo es heisst:

„Die hohen vertragschliessenden Seiten verpflichten sich, keinerlei Verhandlungen einzuleiten mit der Hitlerregierung oder irgend einer anderen Regierung in Deutschland, die nicht klar und deutlich alle aggressiven Absichten aufgibt ...“

In diesem Sinn hattest Du auch in Deinen Ausführungen in der Sitzung am Freitag die Forderung nach der Schaffung einer zentralen Regierung gestellt, die im Stande ist, den Krieg zu beenden und den Frieden zu bringen. Für unsere Propaganda in Deutschland ist es zweckmässig die Forderung so zu formulieren: Schaffung einer nationalen deutschen Friedensregierung, weil sich eine solche Formulierung schärfer im Bewusstsein der Massen einprägt. Natürlich muss man dabei diese Regierung so charakterisieren, wie das oben geschehen ist, um keine Zweifel aufkommen zu lassen, was diese Regierung sein soll.⁸²

Ich bitte Dich noch heute mit dem Genossen Scherbakow zu sprechen, damit ich heute abend im Ino-Radio sprechen kann. Es ist die höchste Zeit, dass wir uns dazu äussern.⁸³

Mit bestem Gruss!

[Sign.] Pieck

Am 21.7.1942 beschloss das sowjetische Politbüro die Einführung von drei neuen Orden, die nach Kriegshelden der Zarenzeit oder früheren Epochen (Aleksandr Suworov, Michail Kutuzov, Aleksandr Nevskij) benannt wurden.⁸⁴



⁸² Die Losung der „nationalen Friedensregierung“ wurde schließlich angenommen. Im sog. „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht“ vom 6.12.1942 (siehe Dok. 518) war die Rede von „Sturz der Hitlerregierung und Schaffung einer nationalen demokratischen Friedensregierung“ (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 569; siehe auch: Morré: Hinter den Kulissen, S. 39ff.; vgl. Dok. 519).

⁸³ Am gleichen Tag rief Dimitrov in dieser Angelegenheit bei Ščerbakow an (RGASPI, Moskau, 495/74/155, 93–94).

⁸⁴ RGASPI, Moskau, 17/3/1045, 1.

Dok. 514

Bericht über eine gemeinsame Sitzung des EKKI-Sekretariats mit den nationalen Radioredaktionen

[Moskau], 13.8.1942

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1338, 102–103. Erstveröffentlichung.

*Bericht über die am 13.VIII. stattgefundene Beratung.*⁸⁵

Auf Grund der Durchsicht der Sendungen des letzten Monats stellten wir folgende Fragen:⁸⁶

1. In unseren Sendungen überwiegen allgemein politische Fragen und wir stellen zu wenig von uns aus selbständige Probleme.

(Beispiel: Ungarische Sendung und Hans Weber)⁸⁷ Wir bleiben haften an den politischen Tagesfragen und auch blosse Information überwiegt in vielen unserer

⁸⁵ Dimitrov vermerkte am 13.8.1942: „Sitzung des Sekretariats mit den Mitarbeitern der Rundfunkredaktionen und unseren Kommentatoren bei Inoradio. Kritische Analyse der Arbeit der nationalen Rundfunkredaktionen. Eine fruchtbare Diskussion. Habe klargemacht, was uns der Augenblick abverlangt.“ (Dimitroff. Tagebücher, I, S. 571).

⁸⁶ Über das breit gefächerte Angebot der Komintern-Propagandasender berichtete Dimitrov am 1.8.1941 an die Komintern-Funkstelle London: „Machen auf Rundfunksender aufmerksam, die seit kurzem in verschiedenen Ländern geheimen Sendebetrieb aufgenommen haben. Sonntags, dienstags und freitags von 22.00–23.00 Uhr ‚Christlicher Sender‘ auf Deutsch, Italienisch, Französisch, Polnisch, Ungarisch und Slowakisch. Alle Sendungen auf Kurzwelle 30 bis 31 Meter. Künftig an gleichen Tagen Sendungen von ‚Tadeusz Kosciuszko‘ auf Polnisch, ‚Für die Befreiung des Volkes‘ auf Tschechisch. Beide von 21.00–21.35 Uhr auf Kurzwelle 36 bis 37 Meter. An gleichen Tagen senden ‚Milano Libertà‘ auf Italienisch und ‚España Independiente‘ auf Spanisch von 23.35–24.10 Uhr auf Kurzwelle 33 bis 34 Meter. Künftig montags, mittwochs und sonnabends von 22.00–22.36 Uhr ‚Christo Botev‘ auf Bulgarisch und ‚Romania Libera‘ auf Rumänisch über Kurzwelle 41 bis 42 Metern. Alle Zeitangaben in Mitteleuropäischer Zeit. Empfehlen, Sender abzuhören und alle interessierten Kreise darüber zu informieren. Teilt uns mit, wie Empfang ist und wie ihr die Sendungen nutzt. Montags, mittwochs und sonnabends von 23.00–23.20 Uhr sendet ‚SA Mann Hans Weber‘ auf Deutsch auf Kurzwelle 30 Meter.“ (RGASPI, Moskau, 495/184/4 (Ausgang 1941), 41. Publ. in: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 379–380). Zu einem Bericht über Inhalt und Taktik weiterer deutschsprachiger Komintern-Sender siehe Dok. 517.

⁸⁷ „SA-Mann Hans Weber – Sender der SA-Fronde“ war der Name eines von Fritz Erpenbeck und Walter Ulbricht initiierten Komintern-Senders, der vom 29.9.1941 bis 1944 aktiv war. Ziel war nicht, wie bei anderen Sendern der Komintern, die Versorgung mit Information, sondern die Demoralisierung und Desinformation der SA und der niederen NSDAP-Chargen. Die Sendung wurde von zwei fiktiven Charakteren, den abtrünnigen SA-Männern „Hans Weber“ (Fritz Erpenbeck) und „Max Schröder“ (Max Keilson) moderiert, die im Berliner bzw. Ruhrpott-Dialekt in lockerer Weise Alltagsmeldungen verlasen und kommentierten. Der Sender wurde von Soldaten viel gehört, wie britische Vernehmungprotokolle offenbaren. Allerdings verstanden die meisten Hörer den Begriff „Fronde“ nicht, so dass der Sender als „Sender der SA-Freunde“ bekannt war. Siehe: Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich“, S. 309–311; Carola Tischler: Die rote Welle. Der deutschsprachige Rundfunk aus der Sowjetunion

Sendungen. Zum Beispiel in den letzten Tagen wird Indien in jeder Sendung in Berichterstattungsform gegeben. (in der ungarischen Sendung wird sogar betont, dass Indien im Mittelpunkt des Interesses steht.)⁸⁸

2. Zur Ernte wurde in fast allen Sendungen eine gute Kampagne geführt, wobei in einer Reihe von Beispielen aufgezeigt wurde, mit welchen Formen die Abgabe des Getreides an die Deutschen verhindert und das Land vor dem Hunger gerettet werden kann.

3. Die Partisanenbewegung, ihre Organisierung und Entfaltung wird noch immer nicht als zentrale Frage behandelt. Viel zu wenig wird die Möglichkeit des Partisanenkampfes und ihre Bedeutung aufgezeigt. Ungenügend wird auch das jugoslawische Beispiel ausgenützt.⁸⁹

4. Zur Frage der Sabotage. Diese Frage ist aus unseren Sendungen fast verschwunden. Die Redaktionen begründen das damit, dass es an Material fehlt und es schwer ist, solche Dinge auszudenken. Das ist nur bedingt richtig, denn unsere Aufgabe ist es, die Berechtigung der Sabotage als patriotische Tat im Interesse des Volkes zu beweisen und zu erklären. Das kann durch konkrete Ratschläge in indirekter und in Form von Beispielen geschehen. Wir müssen uns auch gegen pazifistische Ansichten wenden, die sich gegen aktive Handlungen in der jetzigen Zeit stellen.

5. Vollkommen fehlt noch der systematische Kampf gegen Provokationen und gegen korrumpierte Elemente in den eigenen Reihen. In diesem Zusammenhang muss fortlaufend die Notwendigkeit und Bedeutung der Unterstützung und aktive Solidarität für die Antihitlergegner [sic] aufgezeigt werden.

6. Die jetzige Periode erfordert den Zusammenschluss der Massen auf der breitesten Grundlage, die wirklich konkrete Schaffung der nationalen Front.⁹⁰ Statt kühn die Frage der nationalen Front aufzurollen, ihr Programm auszuarbeiten und ständig zu popularisieren, hinzuweisen, mit welchen Elementen, Gruppen und Parteien im Lande diese Antihitlerfront geschaffen werden kann und muss, finden wir in manchen Sendungen ein unernstes oder sektantenhaftes Herangehen an diese wichtige politische Aufgabe. (Beispiel: Ungarische Sendungen, die den Zusammenschluss

(1929 bis 1945). Mit Beiträgen von Wolfgang Mühl-Benninghaus und Ansgar Diller, Potsdam, Verlag für Berlin-Brandenburg, 2001 (Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs, Bd. 29), S. 105ff.; Fritz Erpenbeck: „Hier spricht der Sender der SA-Fronde...“. In: *Beiträge zur Geschichte des Rundfunks* (1974), 4, S. 7–15.

88 Der Spätsommer 1942 bildete einen Höhepunkt der antikolonialen Bewegung in Indien. Der Indische Nationalkongress unter Mahatma Gandhi rief im Juli zum zivilen Widerstand auf, falls die Briten Indien nicht in die Unabhängigkeit entließen. Die Kolonialherren antworteten darauf mit Massenverhaftungen.

89 Die überaus erfolgreiche jugoslawische Partisanenbewegung war ein zentrales Thema in den „Internen Mitteilungen des EKKI“ (siehe Dok. 509).

90 Zur Genese des Begriffes der „nationalen Front“ siehe Dok. 491.

der ungarischen Emigration in England, Amerika nur registrieren, ohne die Schlussfolgerungen für das Land aufzuzeigen. Oder in der rumänischen Sendung, wo man das bulgarische Beispiel mechanisch aufgriff,⁹¹ ohne diese Frage zu durchdenken, einfach einem Redaktionsmitglied den Auftrag gab, ein Programm auszuarbeiten und diesen Artikel sogar ohne Durchsicht von dem verantwortlichen Redakteur in der Sendung laufen lassen wollte. Die Zentral-Redaktion liess natürlich diesen Artikel nicht durch.) Der Zusammenschluss der Massen zu einer nationalen Front (die Bezeichnung kann in jedem Lande verschieden sein) ist eine aktuelle und dringende Aufgabe.

7. Mangelnde Ausnützung unseres Materials. Die Redaktionen klagen oft über ungenügende Information, aber dem gegenüber ist festzustellen, dass die Informationen, die wir durch Radio, Telegramme und TASS haben, viel zu wenig verwendet werden. Gerade diese Berichte aus dem Lande können den gesamten Charakter der Sendungen bestimmen und sie zu wirklich im Lande stehenden Sendungen machen. Beispiele dafür sind die finnischen und bulgarischen Sendungen. Das finnische Radio und die finnische Presse muss sich fast täglich mit unseren Sendungen beschäftigen und mit uns polemisieren. In Bulgarien wurde ein eigener Regierungssender geschaffen, der sich mit den Argumenten unseres Senders beschäftigen muss. Diese Tatsachen zeigen, dass diese Sendungen im Lande Einfluss haben.

Nach einer ausführlichen Diskussion, in der vor allem die Richtigkeit der Kritik betont wurde, stellte Genosse Dimitroff u. a. folgende Fragen:

Aus der Kritik müssen die Redaktionen die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen. Sei können keineswegs mit dem Erreichten zufrieden sein. Sie dürfen nicht vergessen, dass unsere Sendungen ein leitendes Organ zu sein hat für alle, die wissen wollen, was im Lande zu machen ist. Das nationale Radio muss eine organisierende Rolle spielen und als seine Hauptaufgabe die Organisation der Antihitlerkräfte im Lande ansehen. Die Aufgabe ist: Das Hitlerlager im Lande zu zersetzen und alle Schichten im Lande gegen die Hitlerkräfte zu organisieren. Von dieser Aufgabenstellung aus gesehen bleibt unsere Propaganda hinter den Erfordernissen zurück. Wenn wir als das Neue in der jetzigen Etappe des Hitlerkrieges u. a. feststellen, dass Rumänien, Ungarn, Finnland gezwungen sind, für Hitler grosse Truppenkontingente herzugeben, so bedeutet das die Vernichtung grosser Volksteile. Wir haben es in der Hand, die Leiden der Völker und die Dauer des Krieges selbst zu verkürzen, das Land vor dem Untergang zu retten, wenn wir den Massen den Weg dazu aufzeigen.

⁹¹ *Bulgarische Beispiel*: Am 17.7.1942 rief Dimitrov die Kommunistische Partei dazu auf, in Bulgarien eine Vaterländische Front gegen die bulgarische Kollaborationsregierung zu bilden. Zum Aufruf Dimitrovs als „Versuch, die BKP als Sprachrohr für nationale Ansichten und Vorstellungen zu präsentieren“ siehe: Gerd R. Ueberschär: Handbuch zum Widerstand gegen Nationalsozialismus und Faschismus in Europa 1933/39 bis 1945, Berlin-München, De Gruyter, 2011, S. 54.

In diesem Zusammenhang steht die Frage der Schaffung der nationalen Front. Es muss überlegt werden, wo und wie man beginnen kann, welches die Kräfte sind, die die nationale Front schaffen können und wer den ehrlichen patriotischen Elementen, bei den Arbeiterorganisationen und Bauernorganisationen, bei den oppositionellen Parteien und Gruppen und in erster Linie bei den Kommunisten liegt. Wir dürfen keine enge sektantenhafte Politik betreiben, sondern uns mit allen verbinden, die gegen das volksfeindliche Regime sind.⁹² Für diese nationale Front muss eine Plattform ausgearbeitet werden. Diese ist kein ausführliches Programm der Zukunft und beschäftigt sich nicht damit, wie das Land nach dem Kriege ausschauen wird, sondern es ist das Programm des Kampfes gegen die hitlerischen Versklaver, für die Beendigung des Krieges, für die Rettung des Landes und des Volkes vor weiterem Verbluten und vor Untergang. Durch Aufzeigung der Sabotage gegen die Kriegstreiber und Kriegsverlängerer als patriotische Pflicht, durch konkrete Popularisierung des Volkskampfes, des Partisanenkrieges, geben wir der nationalen Front Mittel in die Hand zur Führung dieses Kampfes.

Wir müssen uns bei unserer Arbeit vermittels unserer nationalen Sendungen unserer Verantwortung vor Volk und Land bewusst sein. Wir müssen klar sehen, dass die hitlerische Offensive im Süden⁹³ die endgültige Niederlage Hitlerdeutschlands zwar nicht aufhebt, aber die Gefahr in sich birgt, wenn die hitlerischen Pläne nicht durchkreuzt und zerschlagen werden, dass der Krieg verlängert und der Sieg über den Hitlerfaschismus hinausgeschoben wird. Es gibt einen Faktor, der den deutschen Faschisten es unmöglich machen kann, den Krieg weiter herauszuziehen, zu verlängern. Das ist der Kampf der Volksmassen. Unsere Pflicht ist es, diesen Faktor einzusetzen, ihn so zu stärken, dass dem Faschismus in seinem Hinterland tödliche Schläge versetzt werden können. Dies zu erreichen, ist unsere Pflicht. Wir müssen, wie seinerzeit die Frühjahrsoffensive, auch die Sommeroffensive durch Einsatz der Volkskräfte in den einzelnen Ländern durchkreuzen und so der Roten Armee helfen, vernichtende Schläge den Hitlerarmeen zu versetzen.

Von diesem Gesichtspunkt aus unsere Aufgaben gesehen müssen wir sagen, dass die wesentlichen Bindeglieder, die diesen Faktor – die Volksmassen – mobilisieren können, von uns nicht erfasst werden und wir so hinter unseren Pflichten und Aufgaben zurückbleiben. Unsere Radiopropaganda muss vervollkommenet werden, wir müssen sie besser machen, geschickter gestalten.

Als Ergebnis der Beratung wurde eine kurze Resolution zur Anleitung für die Arbeit der Redaktionen ausgearbeitet.⁹⁴

92 In der Zusammenfassung seines Redebeitrags im Tagebuch drückte sich Dimitrov noch drastischer aus: „Jegliche *Emigrantentümelei* ist zu unterlassen, es muß ein Gefühl für das *eigene Land* und das *eigene Volk* entwickelt werden.“ (Dimitroff: Tagebücher, I, S. 572).

93 Gemeint ist die deutsche Offensive im Kaukasus. Siehe Dok. 511.

94 In der Resolution zu dieser Sitzung wurden die im vorliegendem Dokument aufgezählten Mängel erwähnt und die Direktiven Dimitrovs eingearbeitet (siehe: RGASPI, Moskau, 495/18/1338, 111–112. Publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 249–251).

Dok. 515**Beschluss der Komintern über die Antifa-Schulen**

[Moskau], 25.8.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1338, 122–123. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 251–253.

*PROTOKOLL /B/ N° 802**DER SITZUNG DES SEKRETARIATS DES EKKI**vom 25. August 1942.*

ANWESEND: Gen. Dimitrov, Manuilski, Marty, Pieck, Florin, Ackermann, Belov, Günter [?], Kolarov, Kopenig, Michel, Pauker, Rákosi, Szántó, Ulbricht, Försterling, Friedrich [d.i. Bedřich Geminder], Fürnberg, Soprunenko (NKVD), Stojko [?].

ANGEHÖRT:

§ 1583. Über die Kriegsgefangenschulen.

REFERENT: Gen. Jancen.⁹⁵

DISKUSSION: Gen. Stojko, Fürnberg, Rákosi, Manuilski, Pauker, Ulbricht, Kopenig, Florin, Dimitrov.

BESCHLOSSEN:

1. Am 10. August d.J. schloss die erste Gruppe von Hörern die antifaschistische Schule für kriegsgefangene Soldaten ab, die zur Vorbereitung von antifaschistischen Funktionären aus ihrer Mitte für die massenpolitische Arbeit unter den Kriegsgefangenen geschaffen wurde.⁹⁶ Das Ergebnis der Arbeit der Schule sowie die Analyse der

⁹⁵ Nikolaj Francevič Jancen (deutsche Schreibweise: Janzen, 1904–1973) war ein baltendeutscher Philosophieprofessor in Leningrad, bevor er von der 7. Verwaltung mobilisiert wurde. Er leitete die erste Antifa-Schule in Oranki, wo er einigen Überlieferungen zufolge auf die Schüler eine große Wirkung ausübte. Nach Kriegsende lehrte er an der Parteihochschule der VKP(b), war 1956–1965 Gastprofessor in Leipzig. Zu den Erinnerungen ehemaliger Antifa-Schüler an Janzen, siehe: Rudolf Fey: Ein Totgesagter kehrt zurück, Berlin, Militärverlag der DDR, 1989, S. 285–288; Heinz Hoffmann: Moskau Berlin: Erinnerungen an Freunde, Kampfgenossen und Zeitumstände, Berlin (-Ost), Militärverlag der DDR, 1989, S. 62–64.

⁹⁶ Das Konzept einer viermonatigen Schulung von deutschen, österreichischen, sudetendeutschen und rumänischen Kriegsgefangenen in einer sogenannten Antifa-Schule wurde von der im Januar 1942 gegründeten EKKI-Kommission für Kriegsgefangenenfragen ausgearbeitet. Die Schulen sollten der Lagerverwaltung der NKVD unterstehen und von einem Propagandisten der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee geleitet werden. Funktionäre der kommunistischen Parteien Deutschlands und Rumäniens sollten als Lehrer fungieren. Die für die Schule ausgewählten Kriegsgefangenen sollten nach Beendigung der Kurse selbst als Propagandisten unter Kriegsgefangenen tätig sein und für andere Zwecke eingebunden werden. Die erste Antifa-Schule nahm ihre Arbeit am 10.5.1942 im

gesamten Tätigkeit der Schule in den drei Monaten hat gezeigt, dass die Schaffung einer solchen Schule zweckmäßig gewesen ist und sich vollkommen bewährt hat. Die Leitung der Schule hat zusammen mit dem gesamten Lehrerkollektiv bestimmte positive Resultate bei der Vorbereitung und Erziehung bewusster Antifaschisten aus dem Milieu der Kriegsgefangenen erbracht, die in der Lage sind, massenpolitische Arbeit in den Kriegsgefangenenlagern zu leiten.

2. Als zweckmäßig anzuerkennen, alle Absolventen der Schule zur Arbeit in die Lager zu kommandieren und sie dort entsprechend der ihnen von der Schule und der Kriegsgefangenenkommission erteilten fachlichen und politischen Beurteilungen einzusetzen. Der Leiter der Lager, Gen. Soprunenko,⁹⁷ hat den Lagerkommissaren die notwendigen Anweisungen über die Leitung der Arbeit der Absolventen im Lager, über ihre zweckgerechte Verwendung und über die Sorge um ihre weitere politische Entwicklung zu erteilen, und sie zu verpflichten, nach Ablauf von zwei Monaten konkrete Informationen über die Arbeit eines jeden Absolventen zu übermitteln.⁹⁸

3. Als unabdingbar anzuerkennen, die Zahl der Höher der antifaschistischen Schule im zweiten Lehrgang auf 50 Rumänen, 85 Deutsche und 15 Österreicher festzulegen.⁹⁹ Sofort ist damit zu beginnen, eine zusätzliche Auswahl von Hörern aus dem Krasnogorsker Lager und den Arbeitslagern zu treffen.¹⁰⁰ Das Auswahlverfahren ist spätestens bis zum 10. September abzuschließen, der Unterricht des zweiten Lehrgangs ist am 15. September zu beginnen. Ausbildungsende – 15. Dezember.

Kriegsgefangenenlager Oranki bei Gorki (heute Nischni Nowgorod) auf, später kamen weitere Einrichtungen hinzu. Siehe: Morré: Hinter den Kulissen, S. 34–36. Das Standardwerk für die Antifa-Schulen ist: Gert Robel: Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Antifa, München, Verlag Ernst und Werner Giesecking, 1974. Zum Programm der Antifa-Schulen und der Zusammensetzung der Schüler siehe Morré: Hinter den Kulissen, S. 117–136.

97 Petr Soprunenko (1908–1992), einer der Verantwortlichen für die Ausführung des Massakers von Katyn, war Leiter der NKVD-Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten (russ.: *Glavnoe upravlenie po delam voennoplennykh i internirovannykh*, GUPVI), der die Kriegsgefangenenlager unterstanden. Zur GUPVI siehe: Karner: Im Archipel GUPVI; Hilger: Deutsche Kriegsgefangene, S. 82–96.

98 Entsprechende Berichte, die von der GUPVI an Dimitrov verschickt wurden, sind u.a. für Anfang 1943 überliefert. Siehe: RGASPI, Moskau, 495/77/31, 76–82.

99 Im ersten Lehrgang der Antifa-Schule von Oranki wurden 120 Deutsche, 15 Österreicher, 10 Sudentendeutsche und 80 Rumänen ausgebildet (Morré: Hinter den Kulissen, S. 35).

100 Nach dem Sieg der Roten Armee bei Stalingrad und der in Folge des Zustroms neuer Kriegsgefangener erfolgten Umorganisation des Kriegsgefangenenbildungswesens zog die Antifa-Schule von Oranki im Frühsommer 1943 nach Krasnogorsk um und wurde analog zum Krasnogorsker Kriegsgefangenenlager Nr. 27 als „Schule Nr. 27“ bezeichnet. Sie stellte eine auch als „Politschule“ bekannte Bildungsstätte für einen kleinen Kreis ausgewählter Kriegsgefangener dar, während die „Massenkurse“ (1000–1500 Hörer, die innerhalb von 4–6 Wochen ausgebildet wurden) von einer im Juni 1943 neu gegründeten Antifa-Schule in Juža durchgeführt wurden (Morré: Hinter den Kulissen, S. 118; Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 313–315).

4. Im Kriegsgefangenenlager Oranki eine Nebenstelle der Schule für antifaschistisch gesinnte Offiziere in Form eines Spezialseminars einzurichten.¹⁰¹ Der Unterricht ist mit Hilfe eines erweiterten Programms, das für die Schule bestimmt ist, durchzuführen. Zur Durchführung des Seminars sind als Lehrkräfte die Lehrer der Schule und der Instrukteur der Schule, Gen. Wagner [d.i. Otto Braun], heranzuziehen. Die allgemeine Leitung der Arbeit des Offiziersseminars ist dem Leiter des Lehrbereichs, Gen. Jancen, aufzuerlegen. Als Teilnehmer des Seminars ist ein von der Kommission ausgewähltes Kontingent zu bestimmen. Der Tätigkeitszeitraum des Seminars ist vom 15. September bis zum 15. Dezember 1942 festzulegen.

5. Der Kommission zur politischen Arbeit unter den Kriegsgefangenen nahezu legen, eine lebendigere, enge und konkrete Verbindung zur Schule aufzubauen und ihre Hilfe zu verstärken durch regelmäßige Reisen dorthin von Politarbeitern, durch die Abkommandierung von Schriftstellern sowie die Versorgung der Lehrkräfte mit allen vorhandenen Informationsmaterialien sowohl für die deutsche, als auch für die rumänische Abteilung. Der Schule sind aus der Bibliothek Bücher in deutscher und rumänischer Sprache entsprechend der Liste auszugeben.

6. Eine Lehrkraft zur Durcharbeitung von zusätzlichen Österreich-bezogenen Themen mit der Gruppe österreichischer Hörer abzustellen.

7. Die Unterrichtserfahrung hat gezeigt, dass das Lehrprogramm, mit dem die Schule gearbeitet hat, den gestellten Anforderungen entspricht. Trotzdem ist es notwendig, das Programm für den zweiten Lehrgang in einigen Teilen zu verändern und durch zusätzliche Fragestellungen zu ergänzen.¹⁰² Die von der Kommission und dem Lehrerkollektiv eingebrachten Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zum Programm sind gutzuheißen. Gen. Kondakov (ZK VKP(b)), Ulbricht, Jancen und Stojko sind damit zu beauftragen, die eingebrachten Vorschläge auszuarbeiten und sie in das Programm des zweiten Lehrgangs einfließen zu lassen.

101 *Antifaschistische Offiziere*: Bereits im Herbst 1941 wurden Gespräche mit einzelnen kriegsgefangenen deutschen Offizieren geführt. Als Ergebnis wurde im Frühjahr 1942 – gegen anfängliche Bedenken der KPD – eine erste Gruppe „antifaschistischer Offiziere“ gegründet, was die Durchführung einer „Ersten Konferenz antifaschistischer Offiziere“ am 30.–31.5.1942 zur Folge hatte. Am 22.6.1942 beschloss das EKKI, „Antihitleristen“ unter den Offizieren systematisch zu schulen (Morré: Hinter den Kulissen, S. 38–39). Die „antifaschistische“ Schulung von Offizieren nahm im Kriegsverlauf größere Ausmaße an. So wurde 22.5.1944 an Manuilski berichtet, in den vierten Lehrgang der „Schule Nr. 27“ seien 525 Hörer aufgenommen worden, darunter 143 Offiziere (RGASPI, Moskau, 495/77/40, 4).

102 Bereits beim Programm des ersten Lehrgangs der Antifa-Schule gab es Differenzen u.a. über die Gewichtung der Rolle der KPD in den Unterrichtsmaterialien. Als Manuilski am 6.4.1942 Dimitrov einen Entwurf Ulbrichts für Lehrmaterialien eines Kurses „zur Entlarvung des Faschismus“ zusandte, schrieb er im Begleitbrief: „Mein Widerspruch zum Entwurf besteht darin, dass in ihm der Teil über die Kompartei Deutschlands stark verbreitert wird, wodurch die Kurse in eine Art Parteischule verwandelt werden.“ (RGASPI, Moskau, 495/77/15, 65).

8. Mit den entsprechenden Instanzen die konkreten Fragen der Schule zu regeln (Ernährungs- und Kleidungs-zuteilungsnormen für die Hörer der Schule, Situation der Lehrkräfte, Instandsetzung des Schulgebäudes, Beleuchtung der Schule u.a.), um eine reibungslose Arbeit der Schule zu gewährleisten und die bestmöglichen Unterrichtsresultate zu erreichen.

Der Generalsekretär des EKKI [Sign.] /G. DIMITROV/

[Sign.:] Ulbricht
Fürnberg
Szántó

Dok. 516

Schreiben Dimitrovs an Pantelejmon Ponomarenko über die Bestellung von Sprengstoff und Zubehör für die Komintern

[Moskau], 1.9.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/163, 30. Erstveröffentlichung.

Abs[olut] geheim.

CK VKP(b).–

An Genossen PONOMARENKO.

Ich bitte Sie, uns aus den bei Ihnen vorhandenen Beständen zukommen zu lassen:¹⁰³

10 kg. TNT,
800 Sprengkapseln,
150 Meter Züandschnur,
3 el[ektrische] Sprengmechanismen,
100 Pistolen und Munition für sie.¹⁰⁴

Ich beauftrage Gen. I.A. Morozov damit, oben Aufgelistetes in Empfang zu nehmen.¹⁰⁵

¹⁰³ Pantelejmon Ponomarenko (1902–1984), Mitglied des ZK der VKP(b), war Vorsitzender des am 30.5.1942 gegründeten Zentralen Stabs der Partisanenbewegung, der die Aktivitäten der Partisanen auf dem Gebiet der UdSSR im Hinterland des Feindes koordinierte. Auch wenn das Schreiben an das ZK der VKP(b) adressiert ist, meint Dimitrov mit den „bei Ihnen vorhandenen Beständen“ offensichtlich die Bestände des Zentralen Stabs.

¹⁰⁴ Die Waffen und der Sprengstoff dienten höchstwahrscheinlich zur Ausstattung der Fallschirmagenten, die von der Komintern in Zusammenarbeit mit der Aufklärungsverwaltung der roten Armee im deutschen Hinterland abgeworfen wurden. Siehe auch Dok. 494.

¹⁰⁵ Ivan Morozov war 1942 Leiter der „1. Abteilung“ des EKKI, eines Nachfolgeorgans der OMS, das unter anderem für die Verschickung von Menschen und Gütern ins Ausland zuständig war (siehe: Adibekov/Šachnazarova/Širinja: Organizacionnaja struktura, S. 222–223).

/ G. DIMITROV /

1. September 1942.¹⁰⁶

N 462



Am 1. und 5.9.1942 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion erneut mit der Verleihung von Orden an die im deutschen Hinterland kämpfenden Partisanen.¹⁰⁷

Dok. 517

Aus einem Bericht Bedřich Geminders an Dimitrov über die Behandlung der Sabotagethematik in den deutschen Komintern-Sendern

[Moskau], 18.9.1942

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/132, 3–4. Erstveröffentlichung.

KURZE EINSCHAETZUNG [...] ¹⁰⁸

*Deutscher Volks-Sender*¹⁰⁹

Der Deutsche Volks-Sender zeichnet sich aus durch die Vielseitigkeit des Materials. Einerseits technische Ratschläge, die sehr gut verbunden sind mit der politischen Agitation gegen den Krieg. Andererseits politische Agitation gegen den Krieg mit

106 Bereits vorher, am 4.8.1942 hatte sich Dimitrov an Ponomarenko gewandt, um eine Anzahl deutscher Trophäen-Maschinenpistolen sowie 100 sowjetische MPs für Komintern-Zwecke zu erhalten (RGASPI, Moskau, 495/73/163, 28). Am 29.8.1942 wurden bei Ponomarenko 500 Minen angefordert (RGASPI, Moskau, 495/73/163, 29).

107 RGASPI, Moskau, 17/3/1045, 32, 35.

108 Die Einschätzung der deutschsprachigen Sender ist Teil einer umfangreichen Informationsmappe „Die nationalen Sender zur Frage der Sabotage-Aktionen und der Partisanen-Bewegung“ (RGASPI, Moskau, 495/73/132, 1–47), worin neben den deutschen Sendern auch über die rumänischen, finnischen, österreichischen, ungarischen und bulgarischen Komintern-Sender Rechenschaft abgelegt wird. Neben Inhalts- und Wirksamkeitsanalysen wie der vorliegenden enthält die Mappe auch Skripte einzelner Sendungen.

109 Der „Deutsche Volkssender“ war ein am 10.9.1941 von der KPD und der Komintern ins Leben gerufener Sender in deutscher Sprache, der ein breites, auch nichtkommunistisches Publikum ansprechen sollte. Täglich gesendet wurden Nachrichten, antifaschistische und antimilitaristische Beiträge und Anleitungen zur Sabotage. Ein starker Bekanntheitsgrad in Deutschland ist überliefert, sogar Soldaten an der Westfront war der Sender bekannt. Zunächst sollte der Sender als in Deutschland tätig dargestellt werden, bald jedoch gab man diese Tarnung auf und positionierte sich offen als Sprachrohr des KPD-Exils. Chefredakteur war bis 1944 Wilhelm Florin, zahlreiche KPD-Funktionäre waren als Redakteure und Sprecher involviert. Der Sender war auch nach der Auflösung der Komintern aktiv und stellte erst im Mai/Juni 1945 den Betrieb ein (Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich“, S. 286–291; Tischler: Die rote Welle, S. 108ff.).

Sabotage-Lösungen. Auch ist ein differenziertes Herangehen zu den verschiedenen Schichten von Arbeitern: Rüstungs-Arbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahner, etc vorhanden. Aus die Versen [sic, d.h. „auch Verse“] sind sehr wirksam und durch ihre Einfachheit sehr geeignet um sich ins Gedächtnis einzuprägen.¹¹⁰

Der Rhythmus [sic] der Beiträge ist langsamer als in anderen Sender[n]. Die Einwirkung auf den Hörer geschieht aber auch durch die Fülle des Materials und seinen kompakten Charakter.

*Deutsch II*¹¹¹

In diesem Sender konnte – der Natur des Senders entsprechend die Popularisierung von Sabotage-Akte[n] nur in indirekter Form geschehen. Es wurden aber dazu sehr geschickte Formen gefunden. Z.B.: Berichterstattung über einen Sabotage-Prozess, wobei die Verhandlungen selbst als Vorwand genommen wurden um eingehend und sehr „fachmännisch“ alle Einzelheiten der Sabotage-Akte zu schildern.

Weitere Beispiele: Berichte über vertrauliche Besprechungen in der S.A.-Führung zur Abwehr von Sabotage-Akte[n], wobei diese Sabotage-Akte gleichfalls beschrieben werden. Berichterstattung von Sabotage-Akte[n] durch ausländische Arbeiter, Schilderung von Schädlings-Aktionen auf der Eisenbahn – verbunden mit der Mobilisierung der Hörers [sic] gegen den Krieg. Schilderung (und auf diesem Wege Anregung) von Sabotage-Aktionen in einer Werks-Küche. Anführung von Beispiele[n] aus dem letzten Weltkrieg – um angeblich dagegen zu warnen, etc...

Sehr geschickt werden auch die tägliche „Kurznachrichten“ dazu benützt. Sie tragen einen stark ausgeprägten zersetzenden Charakter und sind auch vielseitig. Oft lehnen sie sich dem „Wehrmacht-Sender Nord“ an und zeitweilig entsteht mit denselben eine Art Spiel des Hinwerfens und Auffangens von Nachrichten. Die Kurznachrichten diesen [sic, d.i. dienen] auch dazu[,] den Kampf der von Hitler unterdrückten Völker zu propagieren.

Die Frage der Förderung des Partisanenkampfes wurde naturgemäss ausgelassen.

110 Ein „antifaschistischer Vers zum Auswendiglernen“ war fester Bestandteil der Sendungen des „Deutschen Volkssenders“ und wurde fast täglich gesendet (Tischler: Die rote Welle, S. 109–110).

111 Der folgenden Beschreibung nach zu urteilen (Vermeidung der Propagierung des Partisanenkampfes, nur indirekte Propagierung von Sabotage), ist hier die Rede vom Soldatensender „Die Heimat ruft die Front“, einem Untersender des Deutschen Volkssenders unter der Leitung von Otto Winzer, ab 1943/44? Richard Gyptner (Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich“, S. 287).

*Jugend-Sender*¹¹²

Unterlassung der Erteilung von technischen Ratschlägen. Vom Standpunkt der Förderung und Popularisierung der Partisanen-Bewegung unter der Jugend, eine ernste Unterlassung!



Am 14.10.1942 fasste das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion den Beschluss, eine Note der Sowjetregierung über „die Verantwortung der Hitlerokkupanten und ihrer Mittäter für die Gräueltaten, die von ihnen in den okkupierten Ländern Europas begangen werden“, zu veröffentlichen. Am gleichen Tag wurden die Losungen der Partei zum 25-jährigen Jubiläum der Oktoberrevolution beschlossen.¹¹³

Dok. 518**Zur Kritik der Komintern an der Arbeit der verantwortlichen deutschen Kommunisten**

[Moskau], 15.12.1942

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1338, 184–185. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 280–281.

*PROTOKOLL /B/ N° 812**BESCHLUSS DES SEKRETARIATS DES EKKI**vom 15. Dezember 1942*

ANGEHÖRT:

§ 1593. Über die Linie und die nächsten Aufgaben der Kompartei Deutschlands. (Vorschläge der Kommission – siehe Protokoll N° 811 vom 1.XII.42).¹¹⁴

112 Gemeint ist der von KPD und Komintern betriebene deutsche Jugendsender „Sturmadler – Sender der deutschen Jugend“ (Leitung: Fritz Schällicke), der am 20.12.1941 seinen Betrieb aufnahm und Nachrichten, Kommentare sowie Hörspiele sendete. Inhaltlich knüpfte man an die Traditionen der Arbeiterjugendbewegung an (hierzu Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich“, S. 292–293; Tischler: Die rote Welle, S. 106ff; Dimitroff. Tagebücher, I, S. 485–486).

113 RGASPI, Moskau, 17/3/1045, 60.

114 Das Sekretariat des EKKI befasste sich am 1.12.1942 mit der Situation in Deutschland und den Aufgaben der KPD, wozu Wilhelm Pieck referierte. Es wurde beschlossen, eine Kommission für die im Referat aufgeworfenen Fragen zu bilden (RGASPI, Moskau, 495/18/1338, 183. Publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 269–270).

BESCHLOSSEN:

1. Die Linie des von den deutschen Genossen entwickelten und von der Kommission ausgearbeiteten Manifestes an das deutsche Volk und die deutsche Armee im Allgemeinen gutzuheißen.¹¹⁵

2. Die Linie dieses Manifestes dient der Orientierung:

a) der Arbeit und dem Kampf der Partei im Lande;

b) der Sonderrundfunksendungen für Deutschland;

c) der Arbeit der Kommunisten und der antifaschistischen deutschen Emigration in England, den Vereinigten Staaten, Mexiko und anderen Ländern,¹¹⁶ die auf die Unterstützung der Volksbewegung gegen Hitler in Deutschland selbst ausgerichtet ist, und

d) der Arbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR.

3. Die sich hier befindenden deutschen Genossen zu verpflichten, bei ihrer Arbeit ihr Gesicht vollständig Deutschland zuzuwenden, ihre Kräfte in erster Linie auf die umfassende praktische Hilfe zum Wiederaufbau und zur Stärkung der Kommunistischen Partei im Lande, der lokalen Parteiorganisationen und Leitungen, auf die Orientierung der Parteikader auf die richtige und erfolgreiche Durchführung der im Manifest gezeichneten Linie sowie den nächsten Aufgaben des Massenkampfes für den Sturz der Hitlerbande und die Einstellung ihres verbrecherischen Krieges zu konzentrieren.

4. Zu diesem Zweck ist den hiesigen leitenden deutschen Genossen zu empfehlen, die gegenwärtig völlig unbefriedigende Organisation ihrer Arbeit und die Aufteilung dieser Arbeit unter den ZK-Mitgliedern und anderen Parteiaktivisten zu überdenken und radikale Maßnahmen zur Gewährleistung einer notwendigerweise ständigen und systematischen operativen, politischen und organisatorischen Arbeit zur Hilfe an die Partei im Lande zu ergreifen.

115 Das vom ZK der KPD am 6.12.1942 beschlossene „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht“, das im Namen einer (fiktiven) „Westdeutschen Beratung der nationalen Friedensbewegung“ verfasst war, beinhaltete eine grundsätzliche Einschätzung der militärischen und politischen Lage Deutschlands und warnte ultimativ das deutsche Volk und die Wehrmacht vor einer unvorstellbaren Katastrophe im Falle einer Fortsetzung des Krieges. Es wurden zehn Punkte als Ausweg aus der Lage angeführt, darunter der Kampf gegen die Fortsetzung des Krieges und die Schaffung eines demokratischen Deutschlands. Das Manifest zeichnete sich durch ein liberales Wirtschaftsprogramm aus, einschließlich des freien Handels und der Forderung nach einem „verfassungsmäßigen Schutz des rechtmäßig erworbenen Eigentums“ (zum deutschen Originaltext siehe: RGASPI, Moskau, 495/18/1338, 197–201. Publ. in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 569–570).

116 Zu weiteren bedeutenden Ländern der deutschen antifaschistischen Emigration gehörte neben den genannten Staaten v.a. auch Schweden.

5. Das vorgefallene verfaulte und parteifeindliche Verhalten von Funk [d.i. Herbert Wehner],¹¹⁷ Hedeler und Dröll¹¹⁸ als äußerst ernstes Signal der Zersetzungsgefahr unter den Parteikadern in der Emigration anzusehen, als ein Signal, dem die leitenden deutschen Genossen nicht die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet haben und das die letzteren verpflichtet, die entschiedensten Maßnahmen zum Kampf gegen alle Tendenzen der politischen und persönlichen Zersetzung der Parteiemigration in der UdSSR und in anderen Ländern sowie zur bolschewistischen Erziehung der Parteikader zu ergreifen.

6. Den leitenden deutschen Genossen vorzuschlagen, über die von ihnen im Sinne dieses Beschlusses durchgeführten Maßnahmen dem Sekretariat des EKKI spätestens bis zum 1. Februar 1943 Bericht zu erstatten.

Der Generalsekretär des EKKI [Sign.] /G. DIMITROV/



Am 24.12.1942 befasste sich das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion erneut mit der Verleihung von Orden an die im deutschen Hinterland kämpfenden ukrainischen Partisanen.¹¹⁹

117 Zur Affäre um den „Verrat“ Herbert Wehners siehe Dok. 505.

118 Der deutsche Kommunist Walter Hedeler (1911–1994) war Sprecher des Deutschen Volkssenders (siehe Dok. 517). Er hatte im Herbst 1942 in einem Gespräch mit Ruth von Mayenburg russische Gerüchte über deutsche Soldaten wiedergegeben, die angeblich humaner seien als die Rotarmisten. Obwohl Hedeler später behauptete, er hätte damit nur auf die Durchdringungskraft faschistischer Propaganda in Teilen der sowjetischen Bevölkerung hinweisen wollen, erstattete von Mayenburg Meldung über das Gespräch. Hedeler wurde daraufhin als „Sprachrohr der Faschisten“ aus der KPD ausgeschlossen, zusammen mit Karl Dröll (1897–1969), einem weiteren Mitarbeiter des Deutschen Volkssenders; beide wurden nach Tomsk verbannt und kehrten erst in den 1950er Jahren in die DDR zurück. Beide waren gute Radiosprecher, ihr Ausschluss hatte für den Sender negative Folgen (siehe: Tischler: Flucht in die Verfolgung, S. 203f.).

119 RGASPI, Moskau, 17/3/1046, 117.

1943

Dok. 519

Brief von Wilhelm Pieck an „Willi Keller“ über Deutschlands Zukunft und die Aufgaben der KPD

[Moskau], 13.1.1943

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1339a, 14–15. Erstveröffentlichung.

13.1.43

Lieber Genosse Keller [d.i. Wilhelm Kropp]¹

Walter [Ulbricht] ist schon seit längerer Zeit nicht in Moskau.² Ich will deshalb die Gelegenheit benützen, auf einige der von Dir gestellten Fragen einzugehen.

Du wirst inzwischen schon erhalten haben oder in der nächsten Zeit bekommen die „Nachrichten aus aller Welt“ Nr. 14,³ in denen ein Friedensmanifest und ein Bericht über Reden auf einer illegalen Beratung enthalten sind.⁴ Aus dem Manifest wirst Du die Linie ersehen, die wir in der gegenwärtigen Zeit einhalten, um in Deutschland eine möglichst alle Schichten erfassende Friedensbewegung zu schaffen mit dem Ziel des Sturzes der Hitlerregierung und der Errichtung eines demokratischen Deutschland. Ohne eine solche breite Bewegung wird es nicht möglich sein, Hitler zu stürzen, bevor es zur militärischen Niederlage kommt. Wir müssen selbstverständlich in den Vordergrund stellen, dass die Niederlage Hitlers unvermeidlich ist, Hitler aber durch die Verlängerung des Krieges versucht, die Niederlage so weit wie möglich hinauszuschieben, dabei aber die letzten Kräfte des deutschen Volkes verbraucht. Gerade das ist aber die Katastrophe und nicht etwa die Niederlage. Je schneller die Niederlage kommt, umso weniger vermag Hitler eben die letzten Kräfte des Volkes zu verbrauchen. In dieser Richtung liegt auch die Aufgabe des deutschen Volkes, dem Krieg dadurch ein Ende zu machen, dass es Hitler stürzt und es nicht erst zur militärischen Niederlage kommen lässt, die selbstverständlich mit sehr viel grös-

1 Der deutsche Kommunist Wilhelm Kropp (1899–1961, Ps. Willi Keller, bei Jörn Morré vermutlich irrtümlich „Gottfried Keller“) war bis 1940 Mitarbeiter Wilhelm Florins im skandinavischen Länderssekretariat des EKKI, wurde 1941 nach Ufa evakuiert und arbeitete dort seit Februar 1942 als Propagandist unter den deutschen Kriegsgefangenen (Weber/Herbst: Deutsche Kommunisten, S. 502; Morré: Hinter den Kulissen, S. 40)

2 Ulbricht, der im November 1941 nach Ufa evakuiert wurde, war 1942/1943 hauptsächlich mit der Arbeit unter den Kriegsgefangenen befasst; zum Zeitpunkt des Briefes dürfte er sich bei Stalingrad aufgehalten haben (siehe Dok. 520).

3 *Nachrichten aus aller Welt* wurde 1942/1943 von der Presseabteilung des EKKI herausgegeben.

4 Gemeint sind das „Friedensmanifest an das deutsche Volk und an die deutsche Wehrmacht“ vom 6.12.1942 und die fiktive „illegale Beratung“ (siehe Dok. 518).

seren Opfern verbunden ist. Es gibt also zwei Wege, dem Krieg ein Ende zu machen: die militärische Niederlage und die Volkserhebung zum Sturze Hitlers. Wir ziehen selbstverständlich den letzteren Weg vor, weil damit das deutsche Volk nicht nur den Krieg abkürzt, sondern sich auch wieder Achtung und Ansehen bei den anderen Völkern erwirkt und einen gerechten Frieden sich verschaffen wird.

Das ist eine Hauptfrage. Die andere Hauptfrage ist: Was soll nach Hitler kommen. Dafür gibt das Friedensmanifest ausreichende Auskunft.⁵ Wir wollen also ein demokratisches Deutschland an Stelle des Hitlerregimes. Wir erheben die Forderung deswegen, weil nicht nur auf dieser Basis die breite Kampffront geschaffen werden kann, sondern weil wir einen solchen Zustand brauchen, um den Massen die Möglichkeit zu verschaffen, auf dem Boden der Demokratie ihren Einfluss geltend zu machen und sich politisch zu orientieren.⁶ Erst dann werden die Massen entscheiden können, welchen weiteren Weg sie in der Entwicklung des Staates und der Wirtschaft gehen wollen. Wir erheben also keine weitergehenden Forderungen, als sie von den Massen gestellt und verstanden werden. Wir dürfen uns darin auch nicht beirren lassen, dass solche Stimmen laut werden: jetzt muss der Kommunismus an die Herrschaft kommen, wobei [damit] meist noch der Gedanke verbunden wird, dass das mit Hilfe der Roten Armee geschehen muss. Wir müssen sehr real die Lage in Deutschland nach den 10 Jahren Hitlerdiktatur einschätzen und jedenfalls mit unseren Forderungen mit den Füßen auf der Erde bleiben. Wir müssen vor allem Politik machen, d.h. die Massen für bestimmte Forderungen mobilisieren und in den Kampf führen. Ohnedem werden wir nur Agitation machen, ohne unseren Forderungen zum Siege zu verhelfen. Selbstverständlich geben wir damit nicht unsere marxistisch-leninistischen Auffassungen preis. Aber das gehört vorläufig in das Bereich [sic] der Propaganda, die wir selbstverständlich nicht vernachlässigen dürfen.

Auch die Überlegungen über die Möglichkeiten der weiteren Entwicklung in dem Verhältnis zwischen der SU., England und der USA müssen immer auf die Realität zurückgeführt werden, von der aus sich dieses Verhältnis angebahnt hat. So lange Hitler nicht vernichtet und damit dem Krieg ein Ende gemacht ist, wird sich an diesem

5 Im „Friedensmanifest“ heißt es unter anderem: „Sturz der Hitlerregierung und [...] Schaffung einer nationalen demokratischen Friedensregierung. [...] Einberufung einer aus freien, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehenden neuen deutschen Reichsversammlung, die eine demokratische Reichsverfassung beschließt und die verfassungsmäßigen und materiellen Garantien für Recht, Gesetz und Ordnung schafft. [...] Das neue, demokratische Deutschland wird nicht Schwäche und Wehrlosigkeit sein, sondern ein Reich, stark durch die Einheit und Freiheit des Volkes.“ (Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 569–570).

6 Als Versuch der institutionellen Umsetzung dieser Linie kann das nach der Auflösung der Komintern am 12.7.1943 gegründete „Nationalkomitee ‚Freies Deutschland‘“ angesehen werden, das aus antifaschistischen Intellektuellen, KPD-Funktionären und kriegsgefangenen Soldaten und Offizieren bestand und eine breite Front gegen Hitler symbolisieren sollte (siehe: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.): Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag, 1995; Morré: Hinter den Kulissen, S. 50ff; Sywottek: Deutsche Volksdemokratie, S. 123–147).

Verhältnis nichts ändern. Wie es sich dann weiter gestalten wird, das wird sehr davon abhängig sein, welche Auswirkungen der Krieg gerade auf die Stimmung der breiten Volksmassen haben wird. Es ist ganz selbstverständlich, dass die kapitalistischen Länder nicht mehr so aus dem Krieg herausgehen werden, wie sie hineingegangen sind. Jetzt kommt es aber darauf an, die Kräfte der verbündeten Mächte so zu steigern, dass Hitler so schnell wie möglich geschlagen wird. Dieses positive Ziel muss immer bei allen solchen Diskussionen in den Vordergrund gestellt werden. Wir sollen solche müssigen Diskussionen, wer wen betrügen wird,⁷ möglichst zu unterbinden versuchen. Für unsere Diskussionen ist die Grundlage durch die Aufgabe gegeben, die uns in dieser Zeit gestellt ist.

Ich denke, dass Dir diese wenigen Worte etwas helfen werden bei der Ausarbeitung Deines weiteren Schulungsplanes.⁸ Es ist sehr schade, dass Du nicht unsere deutschsprachigen Sendungen hören kannst, besonders die des Deutschen Volkssenders und Inoradio.⁹ Die Sendungen würden Dir sehr viel für Deine Arbeit geben. Vielleicht solltest Du nochmals mit den russischen Freunden sprechen, ob Du nicht doch die eine oder andere Sendung von Inoradio und vom deutschen Volkssender hören könntest.¹⁰ Es käme für den letzteren die Morgensendung um 8 Uhr Moskauer Zeit und die Abendsendung um 9 Uhr und 11.35 in Betracht (Morgensendung auf dem 31 Meterband und Abendsendung auf dem 48 Meterband). Wenn das nicht zu erreichen ist, dann muss es eben ohne das gehen. Aber diese Sendungen würden Dir gerade in Bezug auf die Agitation viel geben.

Was die Schaffung eines Freikorps von Kriegsgefangenen angeht, so denke ich, dass man von der Erörterung dieses Gedankens Abstand nehmen soll.¹¹ Ich glaube nicht, dass die Frage jemals akut werden wird. Die „kämpferischen Antifaschisten“

7 Das Verhältnis der Westmächte zur Sowjetunion und der entsprechenden Gestaltung der Nachkriegsordnung war ein zentrales Thema der sowjetischen diplomatischen Korrespondenz Anfang 1943 (siehe: Laufer/Kynin: Die UdSSR und die deutsche Frage, I, S. 94ff).

8 Durchgestrichene Passage: „Ich schicke Dir gleichzeitig meine Broschüre, in der Du ebenfalls Material dafür finden wirst.“

9 Zum Deutschen Volkssender und zum Inoradio siehe Dok. 517.

10 Kellers Schwierigkeiten, Radiosendungen zu hören, dürften mit der allgemeinen Reglementierung des Rundfunkkonsums in der Sowjetunion im Krieg zusammenhängen. Am 25.6.1941 hatte das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion beschlossen, die Radioempfänger der Bevölkerung „zur vorübergehenden Aufbewahrung bis zum Ende des Krieges“ zu requirieren, die an staatliche Stellen abgegeben werden mussten. Lediglich öffentliche Radiovorführungen „zu streng festgelegten Uhrzeiten“ blieben erlaubt (RGASPI, Moskau, 17/3/1041, 27–28).

11 Die Idee, deutsche bewaffnete Verbände auf Seiten der Sowjetunion zu errichten, wie es etwa später durch die polnische „Division Kosciuszko“ oder die rumänische „Division Tudor Vladimirescu“ geschah, wurde von KPD- und sowjetischer Führung nicht aufgegriffen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass Deutschen die Teilnahme an regulären Kampftruppen der Roten Armee weitgehend verwehrt wurde (siehe: Aleksej Filitov: Die sowjetische Deutschlandplanung zwischen Parteiräson, Staatsinteresse und taktischem Kalkül. In: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Ende des dritten Reiches. Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München, Piper, 1995, S. 117–139, hier: S. 128–129; Erlers: Militärische Kommandounternehmen, S. 80). Eine ähnlich negative Haltung hatte

unter den Kriegsgefangenen sollen sich in der Hauptsache darauf konzentrieren, selbst etwas zu lernen und andererseits Dich bei der Bearbeitung der anderen Kriegsgefangenen zu unterstützen. Trotzdem werde ich Deine Meinung, dass vielleicht die Zeit gekommen sei, dass die kämpferischen Antifaschisten unter den Kriegsgefangenen sich mit einem Brief an Stalin wenden, noch mit dem einen oder anderen Genossen besprechen.¹² Aber die Kriegsgefangenen sollen, wenn sie sich schon äussern wollen, sich gegen Hitler wenden und für seinen Sturz eintreten, um dadurch dem Krieg ein schnelles Ende zu bereiten.

Ich freue mich sehr über die guten Erfolge Deiner Arbeit und nehme an, dass Du selbstverständlich die Veränderungen in der Stimmung der Gefangenen¹³ sehr nüchtern einschätzt und Dich keiner Täuschung darüber hingibst, dass noch eine sehr grosse Arbeit geleistet werden muss, um die Verwirrung aus den Köpfen der Massen herauszubringen, die die faschistische Agitation in den 10 Jahren angerichtet hat. Wir werden damit noch sehr bittere Erfahrungen machen, wenn wir erst mal nach Deutschland zurückkommen. Aber gerade darum ist es sehr wichtig, wenn wir die hier gegebenen Möglichkeiten der Ausrottung dieser Konfusion nach besten Kräften ausnützen.

Ich bin überzeugt, dass in diesem Jahr noch die Entscheidung in diesem Krieg fallen wird, dass Hitler geschlagen und vom deutschen Volke gestürzt werden wird und wir deutsche Genossen wieder unsere Arbeit in der Heimat aufnehmen können. Und diese Arbeit wird nicht gering sein. In dieser Gewissheit wünsche ich Dir beste Gesundheit und dass wir beide unseren gemeinsamen Geburtstag im nächsten Jahr in Deutschland feiern werden – zu dem ich Dir noch nachträglich meine besten Glückwünsche übermittle.¹⁴

Wilhelm [Pieck]

bereits seit 1941 auch die Kominternführung in Bezug auf die Aufstellung eigener internationaler Brigaden eingenommen (siehe: Dimitroff. Tagebücher oder Id.: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 393f.).

12 Ein solches Schreiben ist nicht bekannt. Das Verfassen ritualisierter Briefe an Stalin wurde zumindest ab 1947 in den Kriegsgefangenenlagern zu einer gewöhnlichen politischen Praktik (siehe Karner: Im Archipel GUPVI, S. 104).

13 Gemeint ist wohl eine Veränderung der Stimmung unter den Kriegsgefangenen im Zusammenhang mit der Einkesselung der deutschen Truppen bei Stalingrad (siehe hierzu Dok. 520).

14 Hier irrt Wilhelm Pieck: Wilhelm Knopp wurde am 3.11.1899 geboren, Pieck am 3.1.1876.

Dok. 520**Beschluss der Komintern über die Propagandaaufgaben nach der Schlacht von Stalingrad und zu den siegreichen Vorstößen der Roten Armee**

[Moskau], 10.2.1943

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1340, 40–45. Deutsche Erstveröffentlichung. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 323–328.

*Beschluss des Sekretariats.*¹⁵

Mit der mächtigen Offensive der Roten Armee, ihrem gewaltigen Sieg bei Stalingrad, der Vernichtung und Gefangennahme der 6. Armee mitsamt ihren Generälen,¹⁶ den Siegen im Kaukasus,¹⁷ bei Woronesh,¹⁸ Welikije Luki,¹⁹ der Befreiung Leningrads²⁰ ist die entscheidende Wendung des Krieges eingetreten. [...] Gleichzeitig wird die

15 Der hier abgedruckte Text wurde nach einem Beschluss des EKKI-Sekretariats vom 29.1.1943 ausgearbeitet. Ebenfalls beschlossen wurde, die Frequenzen und Sendezeiten der Radiosendungen zu verändern, um eine bessere Hörbarkeit zu erreichen (RGASPI, Moskau, 495/18/1340, 39). Am linken oberen Rand handschriftlicher russischer Vermerk: „Bewilligt: 10.2.43. G. Dimi[trov]“.

16 Der Roten Armee gelang es am 22.12.1942, die 6. Armee der deutschen Wehrmacht vollständig einzukesseln, die zuvor nach heftigen Luftangriffen die weitgehende Kontrolle über die Stadt Stalingrad erlangt hatte. Auch deutsche Kommunisten, wie Walter Ulbricht, Erich Weinert und Willi Bredel, wurden zum Stalingrader Kessel beordert, um die psychologische Kriegsführung gegen die eingekesselten Soldaten u.a. in Form von Lautsprecherparolen zu koordinieren. Am 31.1.1943 begab sich der Oberbefehlshaber der 6. Armee, der von Hitler kurz zuvor zum Generalfeldmarschall gemachte Friedrich Paulus, entgegen eines (sinnlosen) Durchhaltebefehls Hitlers, in sowjetische Gefangenschaft (eine Kapitulation hat es nie gegeben); kurz darauf stellten alle Truppenteile im Kessel den Widerstand ein. Der Sieg der sowjetischen Armee bei Stalingrad (mit 500.000 gefallenen Rotarmisten und 150.000 gefallenen Wehrmachtssoldaten) läutete eine Wende im Russlandfeldzug Hitlers wie auch im Gesamtverlauf des Zweiten Weltkriegs ein (siehe Richard Overy: *Russia's War*, London, Allen Lane, Penguin Press, 1997; Karl-Heinz Frieser u.a.: *Die Ostfront 1943/44. Der Krieg im Osten und an den Nebenfronten*, München, Deutsche Verlags-Anstalt, 2007 (Das deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Bd. 8); Antony Beevor: *Stalingrad*, London u.a., Viking, 1998).

17 Die von der Wehrmacht in der ersten Jahreshälfte 1942 eroberten kaukasischen Territorien mussten im Zusammenhang der Stalingrader Ereignisse aufgegeben werden. Am 31.12.1942 wurde der etappenweise Rückzug eingeleitet (siehe Dok. 511).

18 Bei der sogenannten „Woronesch-Charkower Operation“ stieß die Rote Armee vom 13.1. bis zum 3.3.1943 mehrere hundert Kilometer vor und befreite Voronež, Kursk, Char'kov und andere Städte.

19 In der Schlacht um Velikije Luki (24.11.1942–20.1.1943) eroberte die Rote Armee unter erheblichen Verlusten mit der Kleinstadt Velikije Luki einen wichtigen Knotenpunkt der Truppenverschiebungen der deutschen Armee.

20 Bei der „Operation Iskra“ (12.–30.1.1943) gelang es der Roten Armee, einen Korridor in die deutsche Umzingelung Leningrads zu schlagen. Die endgültige Befreiung der seit September 1941 belagerten Stadt erfolgte jedoch erst im März 1944.

Bedrohung Hitler-Deutschlands vom Westen her immer realer.²¹ [...] Es zeichnen sich die Konturen der vollen Niederlage Hitlers immer deutlicher ab, und der Katastrophe, in die er Hitler-Deutschland führt, in die er die Vasallenstaaten mit hineinreissen will.

Es muss aber auch Klarheit darüber herrschen, dass Hitler und die Naziklique keinesfalls freiwillig die Waffen strecken werden, auch dann nicht, wenn die Niederlage Deutschlands schon unabwendbar und unmittelbar ist. Die Siege der Roten Armee rufen bei der HitlerklIQUE Raserei hervor und sie spannen alle Kräfte an zur Rettung ihrer Herrschaft und ihrer eigenen Person. Sie versuchen alles, um einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden. Sie erklären, dass sie den totalen Krieg führen werden.²² Das heisst, dass sie alle noch vorhandenen Menschenreserven und materiellen Kräfte Deutschlands bis zum letzten in den Kampf werfen wollen. Das heisst, dass sie aus den Vasallenländern bis zur letzten Grenze alles herauspressen wollen. Das heisst, dass sie aus den okkupierten Ländern alles rauben werden, was dort noch übrig geblieben ist und die gesamte Bevölkerung zur Arbeit für ihre Kriegsmaschine treiben wollen. Das heisst, dass sie den Terror und die Blutmassnahmen gegen das Volk sowohl in Deutschland selbst und vor allem in den Vasallen- und okkupierten Ländern verzehnfachen werden. [...]

Gegenüber dem Versuch der Nazi-propaganda, wiederum das Gespenst von der Gefahr des Bolschewismus an die Wand zu malen und sich als Verteidiger Europas vor dem Bolschewismus hinzustellen, zeigen wir den Raub- und Eroberungscharakter des Nazikrieges auf und führen eine ständige Aufklärung darüber, dass der Kampf in Wirklichkeit um die Frage Hitler-Tyrannie oder Freiheit der Völker steht.

Auf dieser Basis gilt es, die Propaganda umzustellen, die Demagogie und die Lügen der Faschisten konkret, rechtzeitig und schlagkräftig zu entlarven und neue, entsprechende Losungen auszuarbeiten und Schlussfolgerungen zu ziehen, die der neuen Lage Rechnung tragen. Dabei ist für die einzelnen Ländergruppen noch folgendes zu berücksichtigen:

21 Im Januar 1943 begann die Verdrängung der Truppen der Achsenmächte aus Nordafrika durch die Briten. Die von Stalin geforderte „zweite Front“ der Alliierten im Westen ließ jedoch noch immer auf sich warten. Am 10.7.1943 landeten die Alliierten in Sizilien; die Landung in der Normandie erfolgte erst fast ein Jahr später, am 6.6.1944.

22 Unter dem Eindruck der sich abzeichnenden Stalingrader Niederlage konnte Joseph Goebbels am 21.1.1943 Hitler davon überzeugen, einer Reorganisation der „Heimatfront“ unter dem Zeichen einer radikalen Umstellung des zivilen Lebens auf die Kriegsbedürfnisse zuzustimmen. Am 30.1.1943 bezeichnete Goebbels in einer Rede im Berliner Sportpalast die Situation an der Ostfront als ein „Alarmsignal zum totalen Krieg, zu dem wir nunmehr fest entschlossen sind.“ Die berühmte „Sportpalastrede“, die in dem Ausruf „Wollt ihr den totalen Krieg?“ kulminierte, hielt Goebbels erst am 18.2.1943, also acht Tage nach dem vorliegenden EKKI-Beschluss. Zum Volltext der Rede siehe in der Sammlung: 100(0) Schlüsseldokumente der Deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert, http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0200_goe&object=translation&t=&l=de, zuletzt eingesehen am 29.08.2013.

1./ In der Propaganda für Deutschland gilt es, die Verantwortung Hitlers für die geschaffene Lage den Massen klarzumachen. Er ist der Kriegsschuldige, er hat die deutsche Armee in die Katastrophe geführt. Mit aller Kraft muss der Versuch der deutschen Propaganda, um die 6. Armee eine Heldenlegende zu schaffen, zerschlagen werden. Die Gefangennahme von Paulus und der deutschen Generäle gibt dazu die beste Möglichkeit.

Gegen die Nazi-propaganda vom totalen Krieg stellen die Antifaschisten die Losung: Nicht totaler Krieg, sondern Schluss mit dem Krieg! Unsere gesamte Propaganda muss darauf ausgerichtet sein, den Versuch der Nazi zu zerschlagen, das deutsche Volk unter der Losung „nationaler Verteidigungskrieg“ zu den letzten Anstrengungen aufzupeitschen. Gegen die Mobilisierung der letzten Kräfte für Armee und Kriegsindustrie, stärkste aktive Sabotage, bewaffnete Gegenwehr gegen den Nazi-terror. Unsere ganze Propaganda muss dabei durchdrungen sein vom Hass gegen die Nazibonzen, gegen die Rüstungsfabrikanten und die SS und zum unerbittlichen Kampf gegen sie aufreizen.

Gleichzeitig zeigen wir den Ausweg für das deutsche Volk auf und verbinden unsere Propaganda mit dem Friedensmanifest zur Rettung Deutschlands durch den Sturz Hitlers und des Nationalsozialismus und die Schaffung einer demokratischen Friedensregierung aus allen Schichten des Volkes.²³

Von besonderer Bedeutung ist jetzt die Propaganda unter der Jugend, den Frauen und ehemaligen Anhängern der Nazi. Für die Verstärkung dieser Arbeit sollen sofort im Einvernehmen mit der Zentralredaktion besondere Massnahmen getroffen werden.

2./ In der Propaganda für die Vasallenländer muss das Hauptmotiv sein: Die Niederlage Hitler-Deutschlands ausnützen, um aus dem Krieg herauszukommen. Keine neuen Armeen für Hitler, dessen Krieg verloren ist. Sollen die Deutschen ihren totalen Krieg allein führen. [...]

3./ In den okkupierten Ländern gilt die Parole: Gegen den totalen Krieg Hitlers den totalen Volkskrieg. Nicht Abwarten und Passivität, sondern alle Mittel bis zur Volkserhebung einsetzen zur Verjagung der Okkupanten. Es genügt nicht, sich über die Siege der Roten Armee zu freuen, sondern es gilt den eigenen Kampf mit der Offensive der Roten Armee zu koordinieren.²⁴ [...]

²³ Zum „Friedensmanifest“ der KPD, verabschiedet am 6.12.1942, siehe Dok. 518.

²⁴ Im Falle Jugoslawiens (siehe im folgenden), wo die Partisanenarmee unter Tito, die im Herbst 1943 eine Stärke von 18 000 Soldaten erreichte, Erfolge errang, trug Moskau nicht zu einer solchen Koordination bei, auch logistisch wurden die Partisanen nicht von der UdSSR unterstützt. Am 10.2.1943 antwortete Dimitrov auf ein dringendes Hilfsersuchen von Tito und verschwieg dabei die eigentliche politische Grundsatzentscheidung Stalins: „Oft haben wir gemeinsam mit Jossif Wissarionowitsch [Stalin] höchstpersönlich erörtert, wie und auf welche Weise Ihnen geholfen werden kann. Leider ist es uns bisher aufgrund von unüberwindlichen technischen und Transportproblemen nicht gelungen, diese Aufgabe positiv zu lösen. (...) Ich bitte darum, die gegebene Situation richtig zu verstehen.“ (Dimitroff: Tagebücher, I, S. 648).

Entfaltung des Volkskrieges gegen den totalen Krieg heisst: Aktive Sabotage, Organisation des Partisanenkampfes, Brechung des Terrors der Okkupanten mit Waffengewalt. (Beispiele aus Jugoslawien, Frankreich,²⁵ Belgien,²⁶ Polen²⁷ popularisieren.)²⁸

25 Frankreich: Zentrale Aufgabe des von De Gaulle und (bis zu seiner Verhaftung im Juni 1943) Jean Moulin angeführten französischen Widerstands der „Armée secrète“ und des Conseil National de la Résistance als Schattenparlament war der Aufbau eines geheimen Heeres zur Vorbereitung der Invasion der Alliierten. Ende 1942 wurden die ersten „Maquis“ (korsisch „Buschwald“) in Gebieten im Süden, später auch im Osten und im Zentrum des Landes gebildet, sie erreichten im Herbst 1943 eine Stärke von 30–40 000 Mann. Die von der KP Frankreichs gegründete Organisation der Francs Tireurs et Partisans (FTP), unterstützt vom Front National als politischer Massenorganisation, begann – möglicherweise als Antwort auf die Instruktionen Dimitrovs – im Januar 1943 mit dem Aufbau eigener Maquis. Auch wurden 1943 die direkten Attentate auf deutsche Soldaten verstärkt, ebenfalls unter großen eigenen Opfern von der direkt der Komintern unterstellten FTP-MOI (Main d’oeuvre immigrée) für immigrierte Arbeiter durchgeführt. Erst 1943 wurde die KPF Mitglied des Conseil National de la Résistance, gewann jedoch rasch grösseren Einfluss. Im Unterschied zu Polen und Jugoslawien stellte die Résistance bis 1944 jedoch kein Massenphänomen dar (siehe: François Marcot, Bruno Leroux, Christine Levisse-Touzé: Dictionnaire historique de la Résistance. Résistance intérieure et France libre, Paris, Robert Laffont, 2006; Serge Wolikow: „Le Komintern, le PCF et les débuts de la Résistance. In: Jean-Marie Guillon, Pierre Laborie: Mémoire et Histoire. La Résistance. Préface de Philippe Joutard, Paris, Privat, 1995, 183–198; Laurent Douzou, Robert Frank, Daniel Peschanski, Dominique Veillon (eds.): La résistance et les français, Paris, CNRS, 1995 (Colloque de Cachan), S. 485–497.

26 In Belgien fehlten die geographischen Bedingungen für den Aufbau eines Maquis. Hier konzentrierte sich der Widerstand anfangs – mit starker englischer Unterstützung – auf die Beschaffung militärischer Informationen. In der zweiten Phase erfolgte die Bildung der Armée secrète (Geheime Armee), die Sabotage- und Straffaktionen durchführte. Die KP Belgiens schuf nach 1941 die Front de l’indépendance und später eine eigene Widerstandsorganisation der insbesondere jüdischen Arbeiterimmigranten. In den Bergbaugebieten wurden radikale Partisanengruppen gebildet, die sich auf Bombenattentate spezialisierten (Paul Aron, José Gotovitch: Dictionnaire de la Seconde Guerre mondiale en Belgique, Bruxelles, éditions André Versaille, 2008).

27 In Polen verfügte der Widerstand von Beginn an über eine einheitliche Struktur, die aus einer zivilen Komponente bestand, der es unter dem Ministerpräsidenten der Exilregierung, Wladyslaw Sikorski, gelang, einen „Untergrundstaat“ aufzubauen sowie einer militärischen Komponente, die ab Februar 1942 die Armia Krajowa (AK) (Heimatarmee) bildete. Im Januar 1943 begann der jüdische Widerstand im Warschauer Getto, der zum Aufstand führte. 1944 organisierte die Heimatarmee mit ca. 36000 Soldaten den Warschauer Aufstand, der zur größten bewaffneten Erhebung des europäischen Widerstands im Zweiten Weltkrieg wurde und durch die deutschen Besatzungstruppen barbarisch zerschlagen wurde, bei weitgehender Passivität bereitstehenden Roten Armee. Die Polnische Arbeiterpartei Polska Partia Robotnicza (PPR) als Nachfolgeorganisation der von der Komintern 1937/1938 blutig aufgelösten KP Polens stand außerhalb der nationalen Widerstandsstruktur; die von ihr geschaffene Miliz der Guardia Ludowa (GL) (Volksgarde) führte im sowjetischen Auftrag äußerst gewaltsame Aktionen und Attentate durch, verharrte jedoch in der Isolation. Dies umso mehr, als 1943 infolge der Entdeckung der Verbrechen von Katyn (siehe den Politbürobeschluss vom 5.3.1940) der Abbruch der Beziehungen zwischen der polnischen Exilregierung und der u.a. Sowjetunion erfolgte. Aus der GL entstand 1944 die sog. Volksarmee (Armia Ludowa/AL) (hierzu José Faraldo: La Europa Clandestina. Resistencia a las Ocupaciones Nazi y Soviética. 1938–1948, Madrid, Alianza Editorial, 2011, bes. S. 87–108).

28 Die „Internen Mitteilungen“ des EKKI (siehe Dok. 509) enthielten zum großen Teil Berichte über den Partisanenkampf, Widerstand und Sabotage aus den vier genannten Ländern.

Unsere ganze Propaganda geht gleichzeitig unter der Losung: Einheit des Volkes im Kampf gegen die Okkupanten und ihre verräterischen Helfer vor sich.

4./ Für die Propaganda in den neutralen Ländern gilt es, die wachsende Schwächung und die Schwierigkeiten Deutschlands besonders zu unterstreichen. Wer sich jetzt noch mit Hitler verbündet, der ist ein Selbstmörder. Keinerlei Hilfe für Hitler, umgekehrt, wir müssen auch als Neutrale unser Teil beitragen zur Befreiung Europas.

Von besonderer Bedeutung ist heute die Propaganda unter den ausländischen Arbeitern in Deutschland²⁹ und unter den deutschen Okkupationstruppen in den europäischen Ländern. Diese Arbeit muss von allen Radio-Redaktionen in entsprechender Weise durchgeführt werden, wobei die Einführung spezieller Sendungen in Betracht zu ziehen ist.

10.II.1943

Dok. 521

Beschwerde der Zeitschriftenabteilung an die Agtprop-Verwaltung des ZK der VKP(b) über das Zentralorgan der Kommunistischen Internationale

[Moskau], [18.2.1943]

Typoskript in russischer Sprache. RGASPI, Moskau, 495/73/166, 40–42. Erstveröffentlichung.

AN DEN LEITER DER VERWALTUNG FÜR PROPAGANDA UND AGITATION DES ZK DER VKP(b)³⁰ – Gen. ALEKSANDROV G.F.

In der ersten Nummer der Zeitschrift *Kommunistische Internationale* des Jahres 1943 wurde dem Leser der Artikel von F. Schneider [d.i. Erwin Zucker-Schilling]³¹ „Die Falsifizierung der deutschen Geschichte durch die Hitlerschen Dunkelmänner und

²⁹ *Ausländische Arbeiter*: Es handelt sich hierbei um die aus den besetzten Gebieten der Sowjetunion als „Fremd-“ oder „Ostarbeiter“ nach Deutschland verschleppten Bevölkerungsteile (siehe: Ulrich Herbert: *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Bonn, Dietz Verlag, 1999).

³⁰ Die Verwaltung für Propaganda und Agitation des ZK der KP der Sowjetunion wurde 1939 gegründet und 1948 wieder in Abteilung für Propaganda und Agitation umbenannt, was auch ihre ursprüngliche Bezeichnung bis 1930 war.

³¹ Erwin Zucker-Schilling, Ps. F. Schneider (1903–1985), österreichischer Journalist und Publizist, kam 1939 nach Moskau, wo er in der Auslandsleitung der KPÖ arbeitete. Anfang 1943 als Redakteur in der Presse- und Rundfunkabteilung des EKKI. Bereits in den 1930er Jahren publizierte er regelmäßig in der Komintern-Presse, vornehmlich zu österreichischen Themen (siehe Buckmiller/Meschkat: *Biographisches Handbuch, Datenbank*).

Rowdies“ dargeboten.³² In diesem Artikel schreibt der Autor: „Die eigenartige Dialektik der Napoleonischen Kriege,³³ ein zunehmender Despotismus der französischen Besatzungsmächte, die immer schwerer werdende Last des Unterhalts der Okkupationsarmee und die ständig steigenden Kontributionen – all das führte dazu, dass sich *die freundschaftlichen Gefühle des deutschen Volkes zum französischen Volk nach und nach in ihr Gegenteil umkehrten: die Deutschen fingen an, die Okkupanten zu hassen.*³⁴ *Diese antifranzösischen Gefühle flossen später in die einheitliche Nationalidee ein, die den Großteil des Volkes vereinte*“.

Auf eine solche Weise findet der Autor den Grund für die „Vereinigung des Großteils des deutschen Volkes“ hinter einer „einheitlichen Nationalidee“ in der französischen Außenpolitik, und nicht in den aggressiven Bestrebungen des deutschen Imperialismus, der auf demagogische Weise alles benutzt hat, was es in der Geschichte an Verletzendem für die nationalen Gefühle des deutschen Volkes gegeben hat. So wird der Krieg Deutschlands gegen Frankreich, das angeblich die Nationalgefühle der Deutschen verletzt habe, gerechtfertigt. Im Artikel F. Schneiders findet die Militarisierung Deutschlands, die Erziehung der Deutschen im Geiste des Hasses gegen andere Völker, die moralisch-politische Zersetzung des deutschen Volkes ihre Rechtfertigung.

Die Ausführungen des Autors stellen ein Fundstück für die Hitlerpropaganda dar, die nach „Schuldigen“ für den nun von den Faschisten ausgeheckten Weltkrieg sucht.

Anscheinend hat der Autor des Artikels den Standpunkt des Referats des Gen. Dimitrov auf dem VII. Kongress der Komintern vergessen: „Die Faschisten – sagte Gen. Dimitrov – durchstößern die ganze Geschichte jedes Volkes, um sich als Nachfolger und Fortsetzer alles Erhabenen und Heldenhaften in seiner Vergangenheit hinzustellen und benützen alles, was die nationalen Gefühle des Volkes erniedrigte und beleidigte, als Waffe gegen die Feinde des Faschismus.“³⁵

32 Siehe: F. Šnejder: Fal'sifikacija nemeckoj istorii gitlerovskimi mrakobesami i žulikami. In: *Kommunističeskij internacional* (1943), 1, S. 39–52. Die deutsche Ausgabe der *Kommunistischen Internationale* wurde nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion eingestellt, die letzte nachweisbare Ausgabe ist Heft 5 (1941).

33 Als Napoleonische Kriege werden die zwischen 1799 und 1815 geführten militärischen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und unterschiedlichen Koalitionen europäischer Staaten bezeichnet.

34 1792 marschierten republikanische französische Truppen in Teile des Rheinlandes ein, wo sie bis 1815 blieben. Zunächst trafen die Besatzer aufgrund ihrer vorsichtigen Modernisierungspolitik durchaus auf Wohlwollen in der Bevölkerung, unterstützt durch die Sympathien mit der französischen Revolution, die Einrichtung einer fortschrittlichen Verwaltung u.a.m., was allerdings während der andauernden Besatzung in Unmut und auch in Widerstand umschlug.

35 Zitiert nach: G. Dimitroff: Arbeiterklasse gegen Faschismus, Moskau-Leningrad, Verlagsgenossenschaft ausländischer Arbeiter in der UdSSR, 1935, S. 89.

Anstatt zu zeigen, wie die Faschisten all das ausnutzen, was es an Verletzendem für die nationalen Gefühle des deutschen Volkes gegeben hat, „durchstößert“ der Autor des Artikels die Geschichte Deutschlands im Sinne der faschistischen Propaganda.

Indem F. Schneider die tatsächliche Geschichte entstellt, gibt er auch die Ereignisse des Vaterländischen Krieges von 1812 fehlerhaft wieder.³⁶ Es ist bekannt, dass im Krieg gegen Russland ein preußisches Korps auf der Seite Napoleons auftrat, das von Kutuzov zerschlagen wurde und als Resultat dieser Zerschlagung aus dem Kampf ausschied. Allerdings verdreht Schneider auch hier die Fakten, indem er behauptet, „die preußische Armee“ habe sich „unter dem Druck der revolutionären Stimmung des Volkes den Befehlen widersetzt und zur Tat geschritten. Generalleutnant Yorck, der an der Spitze von 20 Tausend Soldaten Ostpreußen als das Hinterland Napoleons hätte decken sollen, zerriss unter der Zustimmung der gesamten Armee den schändlichen Bund mit Napoleon und unterzeichnete am 30. Dezember 1812 den berühmten Friedensvertrag mit den Russen in Tauroggen.“³⁷

Anstatt zu zeigen, dass sich die preußische Armee als Folge der entscheidenden, ihr im Krieg gegen Russland zugefügten Niederlage zersetzte und „den Befehlen widersetzte“, erklärt F. Schneider den Austritt Preußens aus dem Krieg nicht aus den tatsächlichen Gründen heraus, sondern aus einer der durch die Niederlage Preußens hervorgerufenen Folgen.

In den Tagen des Großen Vaterländischen Krieges des sowjetischen Volkes gegen Hitlerdeutschland ist es für den sowjetischen Leser wichtig, sich keinen Illusionen hinzugeben, sondern aus den Erfahrungen der vergangenen Kriege die Lehren zu ziehen und zu erkennen, dass nur die erbarmungslose Vernichtung der Besatzer den Sieg über Deutschland bringen kann. Die Schlussfolgerungen jedoch, die sich aus dem fehlerhaften und schädlichen Artikel von F. Schneider ergeben, können den sowjetischen Leser nur verwirren.³⁸

36 Als „Vaterländischer Krieg von 1812“ (im Gegensatz zum „Großen Vaterländischen Krieg“ gegen Deutschland 1941–1945) wird in Russland der Krieg gegen Napoleon 1812/1813 bezeichnet, bei dem das französische Heer bis in das russischerseits zerstörte Moskau vordringen konnte, jedoch aufgrund starker Verluste und eines strengen Winters zurückgetrieben und schließlich im Dezember 1813 von Russland und seinen Verbündeten in der „Völkerschlacht von Leipzig“ aufgerieben wurde.

37 Am 30.12.1812 schlossen der preußische General Graf Ludwig Yorck von Wartenburg und der russische General Hans von Diebitsch die Konvention von Tauroggen ab, die die Trennung des preußischen Hilfskorps von der französischen Armee zu Folge hatte.

38 Die Reaktion Kuz'mins auf die angeführten historisch nicht grundlegend falschen Teile des historischen Artikels belegt nicht nur die frühe Instrumentalisierung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs für propagandistische Zwecke, sie kann als exemplarisch für die zunehmend antideutsche Linie in der sowjetischen Propaganda gelten, die gerade auch vom marxistischen Standpunkt aus betrachtet den Klassenstandpunkt verwarf und nun kollektiv gegen „die Deutschen“ an sich gerichtet war. Exemplarisch dafür ist der Fall des Ökonomen Jenő Varga, der für einen historisch-materialistischen Vortrag über den deutschen Imperialismus nur knapp einer Verfolgung als „Verteidiger des Hitler-Imperialismus“ entging (siehe: Bayerlein: Der Verräter, Stalin, bist Du, S. 445–446).

Der Leiter des Zeitschriftensektors der Verwaltung für Propaganda und Agitation des ZK der VKP(b)
[Sign.] /L. Kuz'min/³⁹

Dok. 522

Stalins Begründung für die Auflösung der Komintern nach den Aufzeichnungen Dimitrovs

[Moskau], 21.5.1943

Typoskript vom Autograph. Zentrales Parteiarchiv der BKP(b), Sofia, 146/2/311, 173. In deutscher Sprache publ. in: Bayerlein: Georgi Dimitroff. Tagebücher, I, S. 694–695.

21.5.43.

Sitzung des *Politbüros* in Stal[ins] Arbeitszimmer. Neben den Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros waren auch Manuilski und ich anwesend.

Molotow verlas den Beschluß des EKKI-Präsidiums über die Auflösung der Komintern.⁴⁰

³⁹ Zu L. Kuz'min konnten keine Lebensdaten eruiert werden. Wahrscheinlich handelt es sich um L. F. Kuz'min, der in einem Politbüro-Beschluss von 1946 im Zusammenhang mit der Agitprop-Verwaltung erwähnt wird (siehe <http://www.alexandryakovlev.org/fond/issues-doc/69277>). Am 18.2.1943 leitete Georgij Aleksandrov die Beschwerde Kuz'mins an Dimitrov weiter, dessen Anweisung lautete, diese dem Redakteur der *Kommunistischen Internationale* Jakov Mirov-Roskin sowie dem politischen Referenten Dimitrovs, Boris Ponomarev, zur Kenntnis zu bringen. Daraufhin sandte Mirov-Roskin Dimitrov eine Zusammenstellung von Lenin-Zitaten, die die Beschwerde Kuz'mins entkräften sollten (RGASPI, Moskau, 495/73/166, 40, 43ff.).

⁴⁰ *Auflösung der Komintern*: Am 8.5.1943 wurden Dimitrov und Manuilski zu Molotov bestellt, wo sie darüber informiert wurden, dass die Komintern „als Führungszentrum für die kommunistischen Parteien unter den gegenwärtigen Bedingungen ein Hindernis für ihre selbständige Entwicklung und die Erfüllung ihrer speziellen Aufgaben“ sei (Dimitroff: Tagebücher, I, S. 688). Beide arbeiteten daraufhin am 11.5.1943 einen entsprechenden Beschluss des EKKI aus. Am 13.5.1943 tagte dazu das Präsidium des EKKI, wobei die EKKI-Sekretäre teilweise ihr Erstaunen und Bedauern über die Auflösung der Komintern aussprachen, gleichwohl dem Entwurf als Grundlage zustimmten (Lebedeva/Narinskij: *Komintern i Vtoraja mirovaja vojna*, II, S. 353–358). Bereits am 15.5. wurde in der Presse die Auflösung der Komintern angekündigt, nachdem einen Tag zuvor Churchill und Roosevelt sich in Washington getroffen hatten, um über die Errichtung der zweiten Front zu beraten. Zugleich sagte Stalin am 14.5.1943 in einer Unterredung zu Dimitrov, man solle „nichts überstürzen“. Am 17.5.1943 tagte das Präsidium des EKKI erneut. Über die weiteren Modalitäten wurde beschlossen, den Auflösungsbeschluss als „Vorschlag“ in der Komintern-Presse abzudrucken, zu dem *post festum* das „Einverständnis“ der Komintern-Sektionen eingeholt werden sollte (Lebedeva/Narinskij: *Komintern i Vtoraja mirovaja vojna*, II, S. 359–365). Am 19.5.1943 beschloss das Präsidium konkrete Maßnahmen betr. der Weiterführung von Radiosendungen, Presseagenturen etc., um „aufzulösen, ohne aufzulösen“ (Adibekov). Die vorliegenden Dokumente zeigen, dass am 21.5. das Politbüro des ZK der KP der

Kalin[in] merkte an, daß die Feinde diesen Schritt ausnutzen würden. Lieber sollte man das Zentrum der KI an einen anderen Ort verlegen, bspw. nach London! (Lachen).

Stal[in] erklärte, die Erfahrung habe sowohl zu Zeiten von Marx und Lenin⁴¹ als auch in der Gegenwart gezeigt, daß es unmöglich sei, die Arbeiterbewegung aller Länder von einem internationalen Zentrum aus zu leiten. Dies vor allem heute, unter Bedingungen des Krieges, da die kommunistischen Parteien in Deutschland, Italien und in anderen Ländern die Aufgabe hätten, ihre Regierungen zu stürzen und eine Taktik des Defätismus zu verfolgen, während die kommunistischen Parteien in der UdSSR, in England, Amerika und in anderen Staaten hingegen die Aufgabe hätten, ihre Regierungen zu unterstützen, damit der Feind baldmöglichst zerschlagen werden kann. Wir hätten unsere Kräfte überschätzt, als wir die KI gründeten und davon ausgingen, daß wir die Bewegung in allen Staaten leiten könnten. Das sei unser Fehler gewesen. Die weitere Existenz der KI wäre eine Diskreditierung der Idee der Internationale, was wir nicht wollen.

Es gäbe jedoch noch ein anderes Motiv für die Auflösung der KI, von dem im Beschluß nicht die Rede sei. Es handle sich darum, daß die kommunistischen Parteien, die der KI angehörten, in verleumderischer Weise beschuldigt würden, sie seien Agenten eines fremden Staates, und dies erschwere ihre Arbeit unter den breiten Massen. Mit der Auflösung der KI wird diese Trumpfkarte den Feinden aus den Händen geschlagen. Der eingeleitete Schritt wird zweifellos die kommunistischen Parteien als nationale Arbeiterparteien stärken und zugleich den Internationalismus der Volksmassen festigen, dessen Basis die Sowjetunion sei.

Der Beschluß wurde einstimmig angenommen.

Daran schloß sich die Diskussion einiger Fragen an, die mit der Auflösung der KI verbunden sind.

– Am Abend habe ich die Abteilungsleiter einbestellt und ihnen erklärt, die Auflösung erfolge nach einem *organisierten Plan*, und den Mitarbeitern müsse vorerst erklärt werden, daß sie die Arbeit fortzusetzen und weitere Anweisungen abzuwarten hätten.⁴²

Sowjetunion dem Auflösungsbeschluss zustimmte, insofern er am 22.5.1943 in der *Pravda* und anschließend in der Kominternpresse veröffentlicht wurde (*Die Welt*, 28.5.1943; zum Beschluss siehe Dok. 522a; vgl. Natalya Lebedeva/Mikhail Narinsky: Dissolution of the Comintern in 1943. In: Mikhail Narinsky, Jürgen Rojahn (Hrsg.): Centre and Periphery. The History of the Comintern in the Light of New Documents, Amsterdam, IISG, 1996, S. 153–162; Grant Adibekov: Das Kominform und Stalins Neuordnung Europas, Frankfurt am Main, Peter Lang, 2002, S. 33ff. Der Beschluss des Präsidiums des EKKI wurde (auf den 15.5.1943 rückdatiert) in deutscher Sprache publiziert in: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 573).

⁴¹ Vgl. die Argumentation Stalins im Dok. 489a, wo er die Konzeptionen von Marx und Lenin zwar erwähnt, nicht jedoch, wie hier, die Formen und Traditionen des Internationalismus der Arbeiterbewegung als gescheitert ansieht.

⁴² Am 13.5.1943 erläuterte Stalin gegenüber Dimitrov das Schicksal der führenden Komintern-Kader: „Nicht den Eindruck vermitteln, daß wir die führenden ausländischen Genossen einfach davonjagen



Am 21.5.1943 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Auflösung der Komintern. Der Wortlaut des Beschlusses stellt sich beim Vergleich mit den Tagebuchaufzeichnungen Dimitrovs als fast wörtliche Übernahme des Redebeitrags Stalins in der Sitzung des Politbüros dar. Der Beschluss lautete: *„Morgen, am 22. Mai, wird in der Pravda der Beschluss des Exekutivkomitees der Komintern über die zeitgemäße und zweckmäßige Auflösung der Kommunistischen Internationale und über die Entbindung der Sektionen der Komintern von den Pflichten, die sich aus der Satzung und den Beschlüssen der Kongresse der Komintern ergeben, veröffentlicht. Das Hauptmotiv für Auflösung ist die Unmöglichkeit der Anleitung der Tätigkeiten der Komparteien in allen Ländern der Welt von einem internationalen Zentrum aus unter den Bedingungen des Weltkriegs, in dem ein Teil der Komparteien, wie die deutsche, die italienische usw. verpflichtet ist, ihre jeweilige Regierung zu stürzen, während ein anderer Teil der Komparteien, wie unsere Partei, die englische u.a. verpflichtet ist, ihre Regierungen mit allen Mitteln zu unterstützen und ihren Sieg über den Feind zu erwirken. Es gibt ein weiteres Motiv, das nicht im Vorschlag des Präsidiums des EKKI benannt ist, und das darin besteht, dass die kommunistischen Bruderparteien, indem sie für den Austritt aus der Komintern und ihre Auflösung kämpfen, die verlogenen Behauptungen seitens der Feinde loswerden wollen, sie handelten angeblich auf Anweisung eines fremden Staates. Damit wollen sie dem Feind einen Trumpf aus der Hand schlagen, um so ihre Arbeit in den Massen zu erleichtern. Das ZK der VKP(b) zweifelt nicht daran, dass der vom Präsidium des EKKI unternommene Schritt zur weiteren Verstärkung der kommunistischen Bewegung weltweit und zur Festigung des Internationalismus in den Volksmassen beitragen wird.“*⁴³

Dok. 522a

„Vorschlag“ des Komintern-Präsidiums zur Auflösung der Kommunistischen Internationale

Moskau, 22.5.1943

Pravda, 22.5.1943. Die Welt, 28.5.1943, S. 62–28. In deutscher Sprache publ. in: Weber: Die Kommunistische Internationale, S. 344–348.

Die historische Rolle der kommunistischen Internationale, die im Jahre 1919 im Ergebnis des politischen Zusammenbruchs der überwältigenden Mehrheit der alten Arbeiterparteien der Vorkriegszeit entstanden war, bestand darin, dass sie die Lehren des Marxismus vor ihrer Verflachung und Verdrehung seitens der opportunistischen Elemente der Arbeiterbewegung verteidigte, in einer Reihe von Ländern den Zusammenschluss der Vorhut der fortgeschrittenen Arbeiter in wahrhaften Arbeiterparteien

wollen. Sie werden für Zeitungen arbeiten. [...] [E]benso können einzelne antifaschistische Komitees der Deutschen ins Leben gerufen werden.“ Zur Abwicklung der Komintern-Einrichtungen übermittelte Dimitrov am 14.5.1943 dem Politbüro-Mitglied Georgij Malenkov neben weiteren Informationen Listen der EKKI-Objekte sowie einen Bericht über die Tätigkeit der „Ersten Abteilung“ (Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 358f). Viele Tätigkeitsfelder der Komintern mitsamt den entsprechenden Apparaten flossen in die beim ZK der VKP(b) gegründete „Abteilung für Auslandsinformation“ ein (siehe den Politbüro-Beschluss vom 13.6.1943). Zu den Nachfolgeorganen der Komintern und dem Transformationsprozess siehe Adibekov: Das Kominform, S. 36ff.).

⁴³ RGASPI, Moskau, 17/3/1047, 63.

förderte, ihnen half, die Massen der Werktätigen zu mobilisieren zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen, zum Kampf gegen den Faschismus und den von ihm vorbereiteten Krieg, zur Unterstützung der Sowjetunion als Hauptstütze gegen den Faschismus. Die Kommunistische Internationale hat zur rechten Zeit die wahre Bedeutung des Antikominternpaktes enthüllt, dessen sich die Hitleristen als Werkzeug zur Vorbereitung des Krieges bedienten. Sie hat lange vor dem Kriege unermüdlich die schändliche Wühlarbeit der Hitleristen in den anderen Staaten entlarvt, die diese mit ihrem Geschrei über eine angebliche Einmischung der Kommunistischen Internationale in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten maskierte.

Noch lange vor dem Kriege wurde es immer klarer, dass mit der zunehmenden Komplizierung sowohl der inneren als auch der internationalen Situation der einzelnen Länder die Lösung der Aufgaben der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes durch die Kräfte irgendeines internationalen Zentrums auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen wird.

Dieser Unterschied der historischen Wege der Entwicklung der einzelnen Länder der Welt, der unterschiedliche Charakter, ja sogar die Gegensätzlichkeit ihres gesellschaftlichen Aufbaus, der Unterschied im Niveau und im Tempo ihrer gesellschaftlichen und politischen Entwicklung, schließlich der Unterschied im Grade des Bewusstseins und der Organisiertheit der Arbeiter bedingen auch, dass vor der Arbeiterklasse der einzelnen Länder verschiedene Aufgaben stehen. Der ganze Verlauf der Ereignisse im verflochtenen Vierteljahrhundert und die von der Kommunistischen Internationale gemachte Erfahrung haben überzeugend gezeigt, dass die Organisationsform, die vom I. Kongreß der Kommunistischen Internationale zur Vereinigung der Arbeiter gewählt wurde und die den Anforderungen der Anfangsperiode der Wiedergeburt der Arbeiterbewegung entsprach, mit dem Wachstum der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern und der Komplizierung ihrer Aufgaben sich immer mehr überlebte, ja sogar zu einem Hindernis für die weitere Stärkung der nationalen Arbeiterparteien wurde.⁴⁴

Der von den Hitleristen entfesselte Weltkrieg hat die Unterschiede in der Lage der einzelnen Länder noch mehr verschärft, er schuf eine tiefe Kluft zwischen den Ländern, die zu den Trägern der Hitler Tyrannie wurden, und den freiheitsliebenden Völkern, die in der mächtigen Antihitlerkoalition zusammengeschweißt sind. Während in den Ländern des Hitlerblocks die Hauptaufgabe der Arbeiter, der Werktätigen und aller ehrlichen Menschen darin besteht, allseitig auf die Niederlage dieses Blocks durch die Untergrabung der hitleristischen Kriegsmaschine von innen heraus hinzuarbeiten, an dem Sturz der am Kriege schuldigen Regierungen mitzuwirken – ist es in den Ländern der Antihitlerkoalition eine heilige Pflicht der breiten Volksmassen und vor allem der fortgeschrittenen Arbeiter, die Kriegsanstrengungen

⁴⁴ Der marxistische Zweig der 1864 in London gegründeten Internationale Arbeiterassoziation („Erste Internationale“) wurde 1876 aufgelöst. Die hier gesetzte Parallele zur Komintern-Auflösung ist insofern künstlich, als die IAA eine Spaltung durchmachte und der Aufbau sozialistischer Arbeiterparteien sich gerade erst in der Anfangsphase befand.

der Regierungen dieser Länder allseitig zu unterstützen, um den Hitlerblock aufs rascheste zu zerschmettern und die Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu sichern. Dabei darf ebenso nicht aus dem Auge gelassen werden, dass auch einzelne Länder, die der Antihitlerkoalition angeschlossen sind, ihre besondere Aufgabe haben. So besteht zum Beispiel in den von den Hitleristen okkupierten und ihrer staatlichen Unabhängigkeit beraubten Ländern die Hauptaufgabe der fortgeschrittenen Arbeiter und breiten Volksmassen in der Entfaltung des bewaffneten Kampfes, der in den nationalen Befreiungskrieg gegen Hitlerdeutschland hinüberwächst. Gleichzeitig hat der Befreiungskrieg der freiheitsliebenden Völker gegen die Hitler Tyrannie die breitesten Volksmassen in Bewegung gebracht, die sich ohne Unterschied ihrer Partei- oder Religionszugehörigkeit in den Reihen der mächtigen Antihitlerkoalition zusammenschließen, und hat offensichtlicher gezeigt, dass der allnationale Aufschwung und die Mobilisierung der Massen zum raschesten Sieg über den Feind durch die Vorhut der Arbeiterbewegung jedes einzelnen Landes am besten und fruchtbarsten im Rahmen ihres Staates verwirklicht werden kann.

Schon der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im Jahr 1935, der die Veränderungen berücksichtigte, die sowohl in der internationalen Lage als auch in der Arbeiterbewegung vor sich gegangen waren, und der eine große Beweglichkeit und Selbständigkeit von den Sektionen der Kommunistischen Internationale forderte, unterstrich die Notwendigkeit, dass die Exekutive der Kommunistischen Internationale bei der Beschlussfassung über alle Fragen der Arbeiterbewegung „von den konkreten Verhältnissen und Besonderheiten jedes einzelnen Landes auszugehen und in der Regel ein unmittelbares Eingreifen in die internen organisatorischen Angelegenheiten der kommunistischen Parteien zu vermeiden hat“.

Von diesen Erwägungen ließ sich die Kommunistische Internationale leiten, als sie den Beschluß der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika im November 1940 über ihren Austritt aus den Reihen der Kommunistischen Internationale zur Kenntnis nahm und billigte.⁴⁵ Die Kommunisten, die sich von den Lehren der Begründer des Marxismus-Leninismus leiten lassen, waren niemals Anhänger der Aufrechterhaltung überlebter Organisationsformen; sie haben immer die Organisationsformen der Arbeiterbewegung und die Arbeitsmethoden dieser Organisationen untergeordnet den grundlegenden politischen Interessen der gesamten Arbeiterbewegung, den Besonderheiten der konkreten gegebenen historischen Lage und den Aufgaben, die aus dieser Lage unmittelbar entspringen. Sie erinnern sich des Beispiels des großen Marx, der die fortgeschrittenen Arbeiter in den Reihen der Internationalen Arbeiter-Assoziation zusammenschloß und nach der Erfüllung der historischen Aufgabe der Ersten Internationale – die Grundlage für die Entwicklung der Arbeiterpartei in den Ländern Europas

⁴⁵ Auch hier trifft die historische Analogie nicht zu. Aus Gründen des drohenden gesetzlichen Verbotes der KP der USA – also aus rein taktischen Gründen – wurde am 29.11.1940 die formelle Trennung der Partei von der Komintern gutgeheißen, an der Lavrentij Berija und Pavel' Fitin maßgeblich mitwirkten (siehe: Klehr/Haynes//Anderson: *The Soviet World*, S. 87f.).

und Amerikas zu schaffen – im Ergebnis der herangereiften Notwendigkeit der Schaffung von nationalen Massenarbeiterparteien zur Auflösung der Ersten Internationale schritt, da diese Organisationsform diesen Notwendigkeiten schon nicht mehr entsprach.

Von den vorstehenden Erwägungen ausgehend, unter Berücksichtigung des Wachstums und der politischen Reife der kommunistischen Parteien und ihrer leitenden Kader in den einzelnen Ländern sowie auch angesichts des Umstandes, dass im Verlauf des jetzigen Krieges eine Reihe Sektionen die Frage der Auflösung der Kommunistischen Internationale als leitendes Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung aufwarfen, gestattet sich das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale – da es unter den Bedingungen des Weltkrieges nicht die Möglichkeit hat, den Kongreß der Kommunistischen Internationale einzuberufen – folgenden Vorschlag den Sektionen der Kommunistischen Internationale zur Bestätigung zu unterbreiten:

Die Kommunistische Internationale als leitendes Zentrum der internationalen Arbeiterbewegung aufzulösen und die Sektionen der Kommunistischen Internationale von den aus dem Statut und den Beschlüssen der Kongresse der Kommunistischen Internationale entspringenden Verpflichtungen zu entbinden.

Das Präsidium des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ruft alle Anhänger der Kommunistischen Internationale auf, alle ihre Kräfte auf die allseitige Unterstützung und aktiven Teilnahme am Befreiungskrieg der Völker und Staaten der Antihitlerkoalition zu konzentrieren zur raschesten Zerschmetterung des Todfeindes der Werktätigen – des deutschen Faschismus, seiner Verbündeten und Vasallen.

Die Mitglieder des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale:

*Dimitroff, Ercoli [d.i. Palmiro Togliatti], Florin, Gottwald, Kolaroff, Kopenig, Kuusinen, Manuilski, Marty, Pieck, Shdanow, Thorez.*⁴⁶

Vorstehendem Beschluss haben sich folgende Vertreter der Kommunistischen Parteien angeschlossen: Bianco (Italien), Dolores Ibárruri (Spanien), Lehtinen (Finnland), Pauker (Rumänien), Rákosi (Ungarn).⁴⁷

15. Mai 1943.⁴⁸

⁴⁶ Zu den Präsidiumsmitgliedern gehörte der zukünftige tschechoslowakische Staatspräsident Klement Gottwald (1896–1953), der Bulgare Vasil Kolarov, später Dimitrovs Nachfolger als Ministerpräsident (1877–1950), der Österreicher Johann Kopenig (1891–1968), seit 1945 über 20 Jahre lang Parteivorsitzender der KPÖ, sowie André Marty (1886–1956), der Organisator der Internationalen Brigaden im spanischen Bürgerkrieg, der 1953 als Intimfeind von Maurice Thorez aus der KPF ausgeschlossen wurde., Andrej Ždanov (1896–1948) war seit 1939 Mitglied des Politbüros der VKP(b), er wurde 1947 von Stalin mit dem Aufbau der Komintern beauftragt und tat sich als stalinistischer Kulturpolitiker hervor.

⁴⁷ Dabei handelte es sich um – in der Reihenfolge Vincenzo Bianco (1898–1980), 1940–1943 Vertreter der KP Italiens bei der Komintern, die charismatische Massenrednerin Dolores Ibárruri (1885–1989), „La Pasionaria“, die Finnin Inkeri Lehtinen (1908–1997), die auch nach 1945 Vertrauensperson Moskaus blieb, die späterer rumänische Außenministerin Anna Pauker (1893–1960) sowie den späteren ungarischen Gefolgsmann Stalins, KP-Generalsekretär und Ministerpräsidenten Mátyás Rákosi (1892–1971).

⁴⁸ Zur Vordatierung des Dokuments siehe Dok. 522.



Am 21.5.1943 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Gründung der Zeitschrift *Vojna i rabočij klass* („Der Krieg und die Arbeiterklasse“). In ihr sollten Fragen der Außenpolitik beleuchtet werden. Ziel sei es, eine „freiere Kritik der Außenpolitik ausländischer Mächte“ zu erreichen.⁴⁹

Dok. 523

Brief des „Zentralkomitees der KPD“ (Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Elly Schmidt) an das Präsidium des EKKI zur Auflösung der Komintern

Moskau, 24.5.1943

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1340, 135–137. Vollständige deutsche Erstveröffentlichung. Auszugsweise publ. in: Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung, V, S. 573–574. In russischer Sprache publ. in: Lebedeva/Narinskij: Komintern i Vtoraja mirovaja vojna, II, S. 371–374.

Präsidium des Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale
z. H. des Genossen *G. M. Dimitroff*.

Teure Genossen!

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands stimmt einmütig dem Vorschlag des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale und der dafür gegebenen Begründung zu.⁵⁰ Wir sind fest überzeugt, dass die Gruppen und Organisationen der Kommunistischen Partei Deutschlands, die unter den Bedingungen der Hitler Tyrannie einen schweren und opferreichen Kampf zur raschen Beendigung des Raubkrieges des deutschen Imperialismus, für den Sturz des Hitlerregimes, für Frieden und Freiheit führen, diese Entscheidung billigen und sich aus voller Ueberzeugung unserer Erklärung anschliessen werden.

Der Vorschlag zur Auflösung der Kommunistischen Internationale wird einer dringenden historischen Notwendigkeit gerecht. Unsere eigenen bitteren Erfahrungen lehren mit aller Eindringlichkeit, daß jedes Festklammern an überlebte organisatorische Formen der lebendigen, kämpfenden Arbeiterbewegung den größten Schaden zufügen und mit den schwersten Opfern bezahlt werden müssen. In keinem anderen Lande der Welt wurde die Lüge über die Kommunistische Partei als „Agentur Moskaus“ skrupelloser ausgenutzt zur Entfaltung des blutigsten Massenterrors gegen die Vorhut der Arbeiterbewegung, zur ideologischen Verwirrung breiter Teile

⁴⁹ RGASPI, Moskau, 17/3/1047, 63.

⁵⁰ Entgegen der hier verlautbarten enthusiastischen Zustimmung opponierten Teile der KPD-Führung, und gerade Wilhelm Pieck intern gegen die Auflösung der Komintern. Siehe: http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0026_auf_de.pdf; vgl. Bayerlein: Der Verräter, Stalin bist Du, S. 458ff.

des schaffenden Volkes, als in Hitlerdeutschland, dem Lande des tierischen Rasse-Chauvinismus. Wohl kaum eine andere Sektion der Kommunistischen Internationale hat in der Vergangenheit mit grösseren Rückschlägen und schwereren Niederlagen zahlen müssen für die Unterschätzung der historischen Besonderheiten der Entwicklung des Landes, für die Vernachlässigung der nationalen Probleme ihres Volkes als die Kommunistische Partei Deutschlands. Schwer büsst die gesamte deutsche Arbeiterbewegung dafür, daß seit ihrer Entstehung ein ständiger, entschiedener Kampf gegen den im deutschen Volk weit verbreiteten Ungeist hemmungsloser nationaler Ueberheblichkeit ebenso fehlte, wie das Verständnis, die hohen und bleibenden Ideale des Internationalismus der Arbeiterbewegung tief in den Boden der heimatischen Gefühle des schaffenden Volkes einzupflanzen.⁵¹

Jeder ehrliche deutsche Arbeiter, jeder standhaft gebliebene Kampfgenosse der deutschen Arbeiterbewegung, der die Lehren der Vergangenheit beherzigen und sein Volk aus der Schmach und Schande, der Erniedrigung und Unterdrückung durch die Hitlerbarbaren befreien will, kann den Vorschlag zur Auflösung der Kommunistischen Internationale nur begrüßen.

Nach der Veröffentlichung des historischen Beschlusses des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 15. Mai 1943 begann die Meute der hitlerfaschistischen Lügner, Räuber und Mörder zu heulen wie schwer getroffene Bestien. Wen nimmt dies wunder? Seitdem die hitlerfaschistische Armee nur Rückzüge und Niederlagen kennt, eine solche beispiellose Katastrophe wie bei Stalingrad⁵² und den Zusammenbruch in Nordafrika erntete, seitdem sich das militärische Kräfteverhältnis grundlegend geändert hat und die Unvermeidlichkeit der Niederlage Hitlerdeutschlands offen sichtbar geworden ist, sehen diese bankrotten Verbrecher nur noch einen dunklen Ausfluchtsweg vor dem drohenden Strafgericht der Völker. Mit der panischen Angst vor einem „Sieg des Bolschewismus in Europa“ versuchen diese ertappten Gangster das deutsche Volk weiter an sich und ihre verbrecherische und verlorene Sache zu ketten. Mit derselben gemeinen Lüge versuchen sie, die Allianz der friedens- und freiheitsliebenden Völker zu spalten. Die Auflösung der Kommunistischen Internationale entzieht diesen dunklen Manövern den Boden, entlarvt die Lüge der Hitlerfaschisten, dass „Moskau“ sich in die Verhältnisse anderer Staaten einmischen und sie „bolschewisieren“ will. Schon deshalb wird der Beschluss des Präsidiums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale von jedem ehrlichen Hitlergegner in Deutschland, von allen fortschrittlichen und freiheitlichen Menschen in der ganzen Welt gebilligt und begrüßt werden, weil dieser Beschluss ein schwerer Schlag gegen den gemeinsamen Feind der ganzen Menschheit ist, den

51 Die blumige Rhetorik läßt gleichwohl das stalinsche Motiv der Verantwortung und des Versagens der deutschen Arbeiter vor der nationalen Verantwortung durchscheinen.

52 Im September 1942 erfolgte die Entscheidung der Alliierten zur Landungsaktion in Nordafrika mit den Hauptzielen Casablanca, Oran und Algier. Zur Schlacht von Stalingrad, der Wende im Krieg in Afrika und die neuen Anforderungen an die kommunistischen Parteien siehe Dok. 520.

entschlossenen, einheitlichen Kampf gegen die Hitlerbanditen fördern und den Sieg der gerechten Sache der Völker beschleunigen wird.

Die Hitlerpartei, diese Partei der dunkelsten Reaktion, des hemmungslosesten Terrors und des wildesten Untermenschentums konnte nur deshalb zur Macht kommen und das deutsche Volk zum blinden Werkzeug ihrer Verbrechen machen, weil die Gegner Hitlers gespalten und der aktivste Flügel des antifaschistischen Kampfes in Deutschland mit den breitesten Volksmassen nicht genügend verbunden war. Und ist es nicht so, dass die Schaffung der Einheit aller Hitlergegner, besonders die Einheit der Arbeiterschaft schwer gehemmt wurde durch die Verleumdungen, dass die Vorschläge der Kommunistischen Partei Deutschlands zum gemeinsamen Kampf nur eine „Parole aus Moskau“, nur eine „Taktik der Komintern“ sei und die Kommunistische Partei Deutschlands ihr Verhalten nicht von den Interessen des schaffenden deutschen Volkes bestimmen liesse?! Wurden nicht noch in den letzten Jahren die aus ehrlichen Motiven geborenen Vorschläge zur Schaffung einer einheitlichen Volksbewegung gegen die drohende Gefahr des Hitlerkrieges mit denselben Ausflüchten abgelehnt? Wird nicht noch heute das weitere, verhängnisvolle Abwarten eines bedeutenden Teiles der Anhänger der ehemaligen antifaschistischen Parteien in Deutschland immer wieder damit zu begründen versucht, dass man mit den „Anhängern von Moskau“ nicht zusammengehen könne?

Die Auflösung der Kommunistischen Internationale setzt auch dieser Art von Verleumdungen und Ausflüchten ein Ende. Bedeutend erleichtert wird die Erfüllung der dringlichsten und unaufschiebbarsten Aufgaben der deutschen Hitlergegner: Die Schaffung einer einheitlichen Kampfbewegung des arbeitenden deutschen Volkes und aller jener ehrlichen Deutschen, die gegen Hitler und gegen die Fortsetzung seines verbrecherischen Krieges sind!

Nun gilt es, mit verdoppelter Energie, unter Einsatz aller Kräfte heranzugehen an die Lösung dieser Aufgabe, die Einheit aller Hitlergegner ohne Unterschied der Weltanschauung und des Glaubens herzustellen. Von Tag zu Tag schwerer wird die Last der Mitverantwortung des deutschen Volkes für das Kriegsverbrechen Hitlers, für die zahllosen unmenschlichen Grausamkeiten der Hitlerbanditen gegen andere Völker. Immer tiefer reißt Hitler Deutschland in den Morast seiner Verbrechen hinab. Immer weiter treibt Hitler mit seinem „Totalen“ Krieg und der „totalen“ Mobilisierung das schaffende deutsche Volk in den Ruin. Es gibt nur ein unaufschiegbares nationales Gebot, nur die eine brennende Aufgabe für jeden Arbeiter, Bauern und Intellektuellen in Hitlerdeutschland, der nicht mit den Nazihalunken entartet und verwildert ist. Das ist der unermüdliche, keine Opfer scheuende Kampf gegen die Hitlerbanditen, die Entfaltung einer einheitlichen, alltäglichen und allseitigen Aktion für die rasche Beendigung des Hitlerkrieges durch die Zertrümmerung der Kriegsmaschine Hitlers, für die Freiheit und die Rechte des Volkes. Das ist der einzige Weg für das deutsche Volk, sich vor dem Sowjetvolk und vor allen Völkern der Welt von der braunen Schande rein zu waschen und die Last der Mitverantwortung für Hitlers Verbrechen

von seinen Schultern zu werfen!⁵³ Das ist die einzige Rettung aus der Katastrophe, in die Hitler das schaffende Volk gestürzt hat!

Für die Niederlage der Hitlerregierung und der deutschen Imperialisten in dem von ihnen entfesselten ungerechten, verbrecherischen Krieg!

Tod den blutbesudelten Hitlerbanditen!

Es lebe die Einheit des schaffenden deutschen Volkes und aller Hitlergegner in der nationalen Friedens- und Freiheitsbewegung!

Es lebe das neue, freie Deutschland!

[Sign.] Wilhelm Pieck

Wilhelm Florin

Walter Ulbricht

Anton Ackermann⁵⁴

Irene Gärtner [d.i. Elly Schmidt]⁵⁵

Am 13.6.1943 beschloss das Politbüro des ZK der KP der Sowjetunion die Gründung einer „Abteilung für Auslandsinformation“ beim ZK der Partei. Zum Leiter wurde Aleksandr Ščerbakov bestimmt, zu seinen Stellvertretern der Generalsekretär der aufgelösten Komintern Dimitrov und sein Stellvertreter Manuilski. Zu den künftigen Aufgabenbereichen gehörten die Leitung des antifaschistischen Komitees, die nationalen Radiosendungen, die Verbindungen zum Ausland, die Telegrafagentur „Supress“ und der Verlag für fremdsprachige Literatur.⁵⁶



⁵³ Auch hier läßt sich die Übernahme der (später noch schärfer formulierten) These einer Kollektivschuld des deutschen Volkes seitens der KPD und der Komintern erkennen.

⁵⁴ Anton Ackermann (1905–1973). Funktionär der KPD und der Komintern in den dreißiger Jahren, Direktor der KPD-Schule im spanischen Bürgerkrieg, Mitglied des Politbüros, in der DDR Kandidat des PB, Parteistrafe wegen Kritik an Ulbricht, 1962 Entbindung von allen Funktionen.

⁵⁵ Elly Schmidt (1908–1980), Deutsche KPD-, Frauen- und NKFD-Funktionärin. Absolventin der Internationalen Leninschule. 1935 ZK, bis 1940 Paris, dann in die Sowjetunion. 1953 Opposition gegen Ulbricht, Politbüro-Ausschluß.

⁵⁶ RGASPI, Moskau, 17/162/37, 112. Publ. in: Adibekov: Das Kominform, S. 37; Georgi Dimitrov: Dnevnik. 9 mart-6 fevuari 1949, Sofija, Universitetsko izdatelstvo „Sv. Kliment Ochridski“, 1997, S. 372.

Dok. 524**Brief Bruno Köhlers an Dimitrov über die Arbeit beim Propagandarundfunk der Roten Armee**

Kasan, 26.5.1943

Typoskript in deutscher Sprache. RGASPI, Moskau, 495/18/1340, 181–182. Erstveröffentlichung.

Werter Genosse Dimitrow!⁵⁷

Anbei meine Zustimmung zu dem Beschluss des Präsidiums über die Auflösung der Komintern.⁵⁸

Gestatten Sie, Genosse Dimitrow, anschliessend einige Worte über die Arbeit hier in Kasan.⁵⁹ Seit meiner persönlichen Berichterstattung im November v.J.⁶⁰ hat die Nazibande besonders während der Winteroffensive der Roten Armee sehr nervös reagiert, was aus den Wochenberichten ersichtlich war, die ich ständig einschicke.⁶¹

In den letzten Tagen gibt es wieder eine ganz neue und noch stärkere Reagenz [sic] auf unsere Arbeit. Bekanntlich reagieren die Nazi bisher mit einer Störung, die unsere Worte durch „Schaukeln“ /katschat/ unverständlich machen sollte.⁶² Unsere Arbeit wurde deshalb dahingehend technisch verbessert, dass wir auch auf ihrer

57 Russischer handschriftlicher Vermerk Dimitrovs in der oberen rechten Ecke: „Zu den Materialien zur Auflösung der KI. GD“.

58 Zum Auflösungsbeschluss der Komintern siehe Dok. 522a.

59 Von Kazan' aus wurde nach der Evakuierung aus Moskau die „Geisterstimme“, d.h. das Einspeisen von gesprochener Propaganda und Echtzeit-Kommentaren in deutsche Rundfunksendungen, betrieben. Das entsprechende Verfahren, das von Leningrader Technikern entwickelt wurde, hatte das Volkskommissariat für Verteidigung unter entscheidender Mithilfe der Komintern und der KPD bereits im Oktober 1941 umgesetzt, der Sprecher war Anton Ackermann. Nach der Evakuierung übernahm der sudetendeutsche Kommunist und Mitglied der Auslandsleitung der KP der Tschechoslowakei, Bruno Köhler, vom 11.5.1942 an den Betrieb der „Geisterstimme“ (siehe RGASPI, Moskau, 495/83/323, 1; zu den Texten, die über die „Geisterstimme“ gesendet wurden, siehe RGASPI, Moskau, 495/83/322, 1ff; zur „Geisterstimme“ siehe das Manuskript von Anton Ackermann: Der Wellenreiter (1969), SAPMO-BArch, NY 4109/55, 28; Tischler: Die rote Welle, S. 142ff.; id.: Von Geister- und anderen Stimmen – Der Rundfunk als Waffe im Kampf gegen „die Deutschen“ im Großen Vaterländischen Krieg. In: Karl Eimermacher (Hrsg.): West-östliche Spiegelungen. Neue Folge. Bd. 1, Verführungen der Gewalt: Russen und Deutsche im Ersten und Zweiten Weltkrieg, München, Fink, 2005, S. 469–506; Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich“, S. 307–308).

60 Die Berichte Bruno Köhlers aus Kazan' beginnen im September 1942 (RGASPI, Moskau, 495/83/322, 339ff).

61 Die Wochenberichte von Köhler sind nur bis zum 19.12.1942 überliefert (vgl. RGSASPI, Moskau, 495/83/322, 140).

62 Um der „Geisterstimme“ gleichermaßen „auszuweichen“, setzten die deutschen Rundfunksender als „wobbeln“ bezeichnete Frequenzwechsel ein. Diese Maßnahme blieb jedoch unwirksam, da die sowjetische Technik schnell von Frequenz zu Frequenz wechseln und somit den jeweiligen deutschen Sender „einholen“ konnte (Tischler: Die rote Welle, S. 147–148). „Kačat“ (russ.): „schaukeln“.

Schaukel sassen, um ihre Störung gegenstandslos zu machen. Daraufhin blieb die Reagenz von ihrer Seite vollständig aus, sie stellten die Störung überhaupt ein. Wir waren zunächst besorgt, ob unsere Arbeit wirksam ist. Seit einigen Tagen bekommen wir aber eine neuartige Quittung. Sie schaukeln nicht mehr, sondern tanzen mit der ganzen Station.⁶³ Fast nach jedem von mir gesprochenen Absatz, oft auch nach einem Satze, rückt ihre Station zur Seite. Wir gehen ihr sofort nach und bei dem nächsten Auftreten rücken sie wieder nach der anderen Seite. So geht das während der ganzen Zeit, in der wir arbeiten. Das Ausrücken ihrer Station hat jedesmal ein grosses Geheul zur Folge.⁶⁴ Dieses Geheul kann ich leicht vorbeilassen und sobald die Station wieder ruhig steht, sitzen wir darauf und schiessen sie von neuem an, wobei unsere Sätze umso verständlicher sind, da der Störsender nicht mehr tätig ist. In dieser Hinsicht geht also die Arbeit erfolgreich weiter.⁶⁵

Zum Inhalt meiner Arbeit will ich Folgendes bemerken:

Aus dem Studium des PURKKA-Materials⁶⁶ geht nach meiner Meinung hervor, dass die Nazi unter den deutschen Soldaten an der Ostfront eine ausgedehnte Propagandakampagne zur neuerlichen Hebung der Moral betreiben. Man macht den Soldaten wieder Illusionen, dass durch eine neue Offensive doch noch ein Sieg im Osten erreicht werden könne, dass bis zum Herbst der Ostfeldzug mit einem Sieg oder günstigem Kompromiss abgeschlossen werden kann usw. Das ist natürlich alles Unsinn, aber wenn die Köpfe der deutschen Soldaten wieder mit frischen Hoffnungen voll sind, erschwert das den Kampf unserer Roten Armee. Da ich speziell für das Ostgebiet arbeite, beschäftige ich mich deshalb besonders mit der Zerschlagung der Nazi-argumente, die zur Hebung der Moral bei den deutschen Soldaten dienen sollen. Ich glaube, damit an der richtigen Stelle anzupacken und Tatsachen, sowie Argumente gegen die Nazistimmungsmache unter den Soldaten gibt es ja in Hülle und Fülle. Wie ich diese Aufgaben erfülle, ist zum Teil auch aus dem Manuskript ersichtlich, das ich laufend einsende.⁶⁷

63 Wahrscheinlich bezeichnet Köhler mit den Begriffen „tanzen“ und „schaukeln“ unterschiedliche Intensitäten der Frequenzwechsel der deutschen Stationen.

64 Die Frequenzwechsel hatten unerwünschte Pfeifgeräusche zur Folge (Tischler: Die rote Welle, S. 147).

65 Die Arbeit Köhlers wurde durch technische Schwierigkeiten stark beeinträchtigt. Am 4.7.1942 schrieb er an Dimitrov: „Bis 30. Juni war ich 50 Tage hier. Davon waren 27 Tage erfolgreich, 18 Tage überhaupt nichts und 5 Tage fast nichts.“ (RGASPI, Moskau, 495/83/323, 6). Aus einem Wochenbericht für die Zeit vom 5. bis 15.7.1942 geht hervor, dass er von zehn Tagen an sechs nicht arbeiten konnte, weil die Apparatur aussetzte (RGASPI, Moskau, 495/83/321, 12). Für den 16. bis 18.10.1942 heißt es: „Nicht gearbeitet. Keine Lampen.“ (RGASPI, Moskau, 495/83/322, 95). Aufgrund dieser und anderer Schwierigkeiten hatte Köhler bereits am 12.7.1942 Dimitrov um die Verlegung der Arbeit nach Moskau gebeten (RGASPI, Moskau, 495/83/323, 7), doch blieb er, wie das vorliegende Dokument aufzeigt, bis mindestens Ende Mai 1943 in Kasan'. Die „Geisterstimme“ operierte noch im Februar 1944 im deutschen Rundfunk (Tischler: Die rote Welle, S. 147).

66 PURKKA (russische Abk.). Die Politische Verwaltung der Roten Armee der Arbeiter- und Bauern.

67 Köhler überbrückte die durch technische Unzulänglichkeiten erzwungenen Sendepausen, indem er Beiträge für das Ino-Radio schrieb (Tischler: Die rote Welle, S. 144).

Ich glaube, dass ich richtig handle und setze diese Arbeit fort.

Mit kommunistischem Gruss:

[Sign.:] Bruno Köhler
Kasan, den 26. Mai 1943.